

Fachgebiet

Soziologie

Staatssoziologische Positionen der Linksoption in der deutschen  
Arbeiterbewegung von 1905 bis 1918

Inaugural - Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der  
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t  
der  
Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu  
Münster (Westf.)  
          

1982  
      

vorgelegt von  
Franz-Josef Brüseke  
            
aus Hamm (Westf.)

1981

Tag der mündl. Prüfung: 02.02.82

Dekan: : Prof. Dr. Brockhoff

Referent : Prof. Dr. A. Klönne

Referent: Prof. Dr. A. Klönne  
Koreferent: Prof. Dr. H. Wienold

Korreferent: Prof. Dr. H. Wienold

Fachgebiet

Soziologie

Staatssoziologische Positionen der Linksoption in der deutschen  
Arbeiterbewegung von 1905 bis 1918

Inaugural - Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der  
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t  
der  
Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu  
Münster (Westf.)

vorgelegt von  
Franz-Josef Brüseke  
aus Hamm (Westf.)

1981

Tag der mündl. Prüfung: 02.02.82

Dekan: i.V. Prof. Dr. H. Mainusch

Dekan : Prof. Dr. Brockhoff

Referent: Prof. Dr. A. Klönne

Koreferent: Prof. Dr. H. Wienold

Korreferent: Prof. Dr. H. Wienold



## INHALT

### Staatssoziologische Positionen der Linksopposition in der deutschen Arbeiterbewegung von 1905 bis 1918

1. Einleitung, S. I -
- Teil I. Von der russischen Revolution 1905 bis zum Kriegsausbruch
  - I.1 Zum Stellenwert der Staatsdiskussion im Konzept des Linkssozialismus, S. 1
  - I.2 Die russische Revolution von 1905 und die deutsche Linksopposition, S. 12
  - I.3 Die Auffassung Rosa Luxemburgs vom Parlamentarismus bis zum Bruch mit Kautsky, S. 27
  - I.4 Die Auseinandersetzung um das freie, gleiche und geheime Wahlrecht auf dem Jenaer Parteitag 1905, S. 39
  - I.5 Die Debatte über die Beratung des Militäretats auf dem Parteitag in Essen 1907, S. 47
  - I.6 Die Kolonialfrage nach dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart, S. 58
  - I.7 Die Auseinandersetzung des Parteizentrums und der Linksopposition mit den Budgetbewilligern, S. 63
  - I.8 Revisionistische Denkanstöße und Luxemburgs Kritik an Eduard Bernstein, S. 72
  - I.9 Die Kontroverse zwischen Karl Kautsky und Rosa Luxemburg, S. 88
  - I.10 Imperialismus und Kriegsgefahr, S. 100
  - I.11 Zur strategischen Orientierung der Linksopposition vor 1914, S. 106

Teil II. Von 1914 bis zur Novemberrevolution

- II.1 Die Linksoption bei Kriegsausbruch, S. 115
- II.2 Ein erster Vorstoß - die Zeitschrift 'Internationale', S. 123
- II.3 Die Formierung der Linksoption, S. 128
- II.4 Die Zimmerwalder Bewegung, S. 135
- II.5 Rosa Luxemburgs erste Verarbeitung der Krise der Sozialdemokratie: die Junius-Broschüre, S. 145
- II.6 Internationalismus versus nationalstaatliche Politik, S. 151
- II.7 Die Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, S. 155
- II.8 Die Divergenzen in der Opposition vor der Gründung der USPD, S. 159
- II.9 Die Debatten auf dem Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 163
- II.10 Rosa Luxemburgs Kritik an der bolschewistischen Diktaturtheorie, S. 172
- II.11 Vorläufer der deutschen Rätebewegung, S. 180
- II.12 Die Vorstellungen über das politische System Deutschlands bei der USPD, der Gruppe Internationale und den Revolutionären Obleuten zwischen Januar und November 1918
- II.13 Räteystem oder Nationalversammlung - Die Niederlage der Linksoption auf dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918, S. 198
- II.14 Rosa Luxemburgs Position im Konflikt um die Einberufung der Nationalversammlung, S. 202

Teil III. Zur Aktualität staatssoziologischer Diskussionen im Linkssozialismus

- III.1 Rückblick, S. 209
- III.2 Das Problem der politischen Macht - Zur Kritik leninistischer Staatstheorie, S. 212

III.3 Neo-marxistische Staatstheorien – die Ableitungsdebatte,  
S. 218

III.4 Probleme einer aktuellen Transformationsstrategie, S. 229

Literaturverzeichnis, S. 235 – 259



## EINLEITUNG

Die Staatssoziologie steht in einer von der Antike über das Mittelalter bis heute reichenden Tradition des Denkens über den Sinn und die Funktionsweise jener Einrichtung, die im allgemeinen als 'äußerliche Gewalt', seltener als vom Bürger selbst konstituierte Instanz erfahren wurde. Bildeten noch in der griechischen und scholastischen Staatsphilosophie Staat und Gesellschaft eine Einheit, so traten diese in den Staatstheorien, die den Beginn der im industriellen Maßstab betriebenen Warenproduktion begleiteten, auseinander. Der Schwerpunkt der Staatstheorie verlagerte sich von der Reflektion über den 'besten Staat' zu einer Legitimationsphilosophie bzw. Analyse des Staates.

Zentrales Problem frühbürgerlicher Staatstheorie war, wie eine Zentralgewalt an die Funktionsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft gebunden werden könnte. Ziel war eine Freisetzung der ökonomischen Sphäre von staatlichen Eingriffen und eine Rechtmäßigkeit, welche den formalen Regeln des freien Warenverkehrs Rechnung trug. So beruht in den diversen Vertragstheorien des klassischen Naturrechts der Staat auf dem freien Konsens aller privaten Eigentümer; eine dem Warenverkehr entstammende Kategorie wurde auf die politische Sphäre zu übertragen versucht. Die Theorie der Volks-Souveränität trat an die Stelle der feudalen monarchischen Souveränität und begleitete die historischen Durchsetzungsversuche einer demokratisch legitimierten politischen Zentralgewalt.

Gegen die Staatstheorien des antifeudalen Bürgertums setzte Marx eine Interpretation, welche die Funktion des bürgerlichen Staates als Garant des freien Warenverkehrs und einer auf Lohnarbeit beruhenden Gesellschaft als nur scheinbar neutral verstand. In Wirklichkeit sei der Staat Sachwalter kapitalistischer Interessen.

Die staatssoziologischen Positionen der westeuropäischen Arbeiterbewegung können den prägenden Einfluß der Traditionen der bürgerlichen Aufklärung nicht verleugnen. Diese standen in der historischen Zielperspektive jedoch reichlich unvermittelt neben der anvisierten alleinigen Ausübung der politischen Macht durch das Proletariat. Der Widerspruch in der Marxschen Konzeption sozialer Emanzipation, welche einerseits auf die Emanzipation aller Gesellschaftsmitglieder zielte und andererseits sich deren Realisierung nur vorstellen konnte mittels der Errichtung der proletarischen Klassenherrschaft, welche letztlich die Aufhebung aller äußeren Gewalt in sich einschließen sollte, hat bis heute nichts an Virulenz eingebüßt. Gerade in den 'Euro-Kommunismus-Debatten' der letzten Jahre ist verstärkt eine kritische Überprüfung orthodox-kommunistischer Transformationsstrategien unternommen worden. Dabei fällt auf, daß versucht wird, eine historische Kontinuität spezifisch westeuropäischer politischer Theoriebildung auch in der Arbeiterbewegung herzustellen. Bezugnahmen auf Ideen aus der Rätebewegung und auf Strategievorstellungen, die sich auf Rosa Luxemburg berufen, sind hier nicht selten. Ebenso fällt eine Betonung 'spezifisch westeuropäischer politischer Bedingungen' - wie bestimmter republikanischer Traditionen - auf, aus denen die Notwendigkeit eines besonderen westeuropäischen 'Weges zum Sozialismus' hergeleitet wird. Diese Rekonstruktionsversuche einer demokratischen Strategie sozialen Wandels jenseits dogmatischer Verengung und jenseits der Fixierung auf externe Revolutionsmodelle sind jedoch aus dem Stadium von Ansätzen noch nicht herausgekommen.

Auf diesem Hintergrund versteht sich meine Studie als Beitrag zur Diskussion, indem sie die in sich keineswegs widerspruchsfreie Staatssoziologie der Linksoption in der deutschen Arbeiterbewegung von 1905 bis 1918 systematisch untersucht und auf ihre strategischen Implikationen hin beleuchtet.

Das Jahr 1905 nehme ich zum Ausgangspunkt meiner Untersuchung, weil in der Diskussion um die Konsequenzen, welche die deutsche Sozialdemokratie

aus der russischen Revolution von 1905 zu ziehen hätte, sich innerhalb der Sozialdemokratie erstmals eine Linksoption in größerem Umfang artikuliert. Diese entwickelte zunehmend von der Mehrheitsmeinung der Partei abweichende Positionen, die gewissermaßen als Vorspiel zur während des ersten Weltkrieges vollzogenen Spaltung der deutschen Sozialdemokratie gewertet werden können. Daß die sozialdemokratische Linksoption in ihrem langwierigen Selbstverständigungsprozeß gerade in bezug auf die 'Staatsfrage' zu durchaus widersprüchlichen Positionen kam, will diese Untersuchung – dem historischen Prozeß folgend – aufweisen.

Den Beiträgen Rosa Luxemburgs, die in der Linksoption eine wichtige Rolle spielte, wird hier besondere Beachtung gewidmet.

Obwohl meine Studie die staatssoziologischen Positionen der Linksoption in ihrer historischen Entwicklung nachverfolgt, handelt es sich hier nicht um eine geschichtswissenschaftliche Arbeit. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist aber dergestalt eng mit der Entwicklung der in ihr vertretenen ideologischen Positionen verzahnt, daß eine Analyse linkssozialistischer Staatstheorien ohne Einbezug des historischen Kontextes zu Mißdeutungen führen müßte. Eine ahistorisch bleibende systematisch-theoretische Untersuchung wäre außerstande, die Genese offenkundig vorhandener theoretischer Widersprüche und Unentschiedenheiten in der Staatssoziologie des Linkssozialismus aufzuzeigen.

Die in der 'Endlosigkeit kategorialer Deduktion' (Altvater) endende Ableitungsdebatte der marxistischen Staatstheorie der 70er Jahre hat in dieser Hinsicht ein warnendes Exempel gesetzt.



Teil I.

Von der russischen Revolution 1905 bis zum Kriegsausbruch



## I.1 Zum Stellenwert der Staatsdiskussion im Konzept des Linkssozialismus

Eine Reflektion darüber, wie das, was Marx das 'Reich der Freiheit' nannte, erreicht werden könne, erscheint zunächst als müßiges Unterfangen. Anders als gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als sich der revolutionäre Marxismus nahezu homogen in der internationalen (europäischen) Sozialdemokratie ausdrückte, sehen wir uns heute mit einer Vielzahl von sozialen Emanzipationsentwürfen konfrontiert, welche zur Frage: 'wie kann man eine staatliche Ordnung errichten, in der ein Höchstmaß an Freiheit und Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verwirklicht ist?' oft diametral entgegengesetzte Lösungsvorschläge anzubieten haben.

Diese divergierenden Konzeptionen sozialer Transformation bedienen sich in ihrem Wettstreit nicht allein den Methoden einer rationalen Erörterung, sondern haben sich in einem Prozeß, der während des ersten Weltkrieges seinen Ausgang genommen hat, auch organisatorisch gegeneinander isoliert und dogmatisch verhärtet.

Mit dem machtkampftaktischen Erfolg der Bolschewiki in den revolutionären Erhebungen im Februar und Oktober 1917 in Rußland, war zum ersten Mal in der Geschichte die proletarisch-revolutionäre Umgestaltung einer Gesellschaft aus der Utopie zur realen Möglichkeit geworden.

Zumindest erschien dies so ihren politischen Akteuren.

Große Teile der westeuropäischen Arbeiterbewegung richteten fortan ihre Hoffnungen auf diesen ersten 'Arbeiter- und Bauernstaat'. Die Politik der erfolgreichen Bolschewiki bekam so etwas

wie einen Vorbildcharakter für die in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen westeuropäischen Schwesterparteien, obwohl diese auf gänzlich anderem Hintergrund operierten.

Für den Aufbau des Sozialismus fehlten jedoch in der UdSSR Bedingungen, welche Marx und Engels und mit ihnen die ganze Vorkriegssozialdemokratie einschließlich ihres linken Flügels als notwendig für eine erfolgreiche revolutionäre Umgestaltung angesehen hatten.

a) Rußland war ein industriell nur schwach entwickeltes Agrarland, mit einem zahlenmäßig kleinen Industrieproletariat. Nicht in den hoch entwickelten 'Metropolen' (England, USA, Frankreich, Deutschland usw.) siegte, wie erwartet wurde, die Revolution, sondern an der 'Peripherie' des Imperialismus.

b) Die russische Revolution blieb isoliert in einem Land, sprang nicht - wie von den Bolschewiki erhofft - auf Mitteleuropa über. Die steckengebliebene Weltrevolution, die Revolution in nur einem Land, mußte zwangsläufig zum Versuch des sozialistischen Aufbaus in nur einem Land führen.

Die Notwendigkeit die Produktivkräfte zu entwickeln, die Etappe der 'ursprünglichen sozialistischen Akkumulation' durchzumachen und zum andern die internationale Konterrevolution abzuwehren, sind Aufgaben, die von diesem ersten sozialistischen Land der Erde bewältigt werden mußten. Und war völlig auf sich gestellt und gänzlich ohne Erfahrungen.

Die kapitalistische Umwelt der Sowjetunion gestaltete sich nach der zurückgeschlagenen Intervention gegen die Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg immer aggressiver. 1922 siegte der italienische Faschismus, 1933 der deutsche, darauf der spanische.

Japan fiel 1931 in die Mandschurei ein, 1937 in China. 1936 schlossen Deutschland und Japan den Anti-Komintern-Pakt ab. Diesem, gegen die UdSSR gerichteten Pakt, traten 1937 Italien, 1939 Spanien, Ungarn und das japanisch besetzte Mandschukuo bei.

Werner Hofmann sagt deshalb zu recht: "Ohne Berücksichtigung dieses Umweltverhältnisses des Sowjetstaates ist die Entfaltung des Stalinismus nicht voll zu erfassen." (1) Und er erläutert weiter unten: "Die Funktion des Schutzes der neuen Staatsmacht nach außen wuchs ins Riesenhafte. (...) Unter den neuen Umständen mußte die Selbstwahrung gegenüber einer bedrohlichen Umwelt obenan stehen. Und dies schlug nicht nur auf die repressive Funktion nach innen (...) sondern auch auf die erklärte positive Hauptaufgabe, die Selbsterziehung der Produzenten für ihre großen neuen Aufgaben, zurück. Die alles beherrschende Sorge vor einem Überfall (die sich alsbald bewahrheiten sollte), das Gebot der Selbsterhaltung, unter das fortan alle großen Entscheidungen traten, verlangte, den bestehenden wirtschaftlichen Rückstand so schnell wie möglich zu überwinden - mit allem, was dies für die Innenbeziehungen der neuen Gesellschaft bedeutete." (2)

Ende 1929 beschloß die Partei-Führung, die meisten Bauern in den Getreideanbaugebieten in Kolchosen zu organisieren. Dieser Prozeß sollte innerhalb weniger Monate abgeschlossen sein.

"Natürlich war ein gewaltiger Druck notwendig, um die Bauern dazu zu zwingen, in die Kolchosen einzutreten. Die zentralen strategischen Elemente bei der Verwirklichung dieses Programms bildeten die Enteignung, die Zwangsumsiedlung und die Erschießung

-----

- (1) Werner Hofmann, Stalinismus und Anti-Kommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt a.M. 1967, S. 33
- (2) Werner Hofmann, a.a.O., S. 34

eines Teils der reicheren Bauern. Weil die Bestimmung der sozialen Kategorie der 'Kulaken' verschwommen war, geriet die sogenannte 'Liquidierung des Kulakentums' schnell zu einer Waffe gegen jeden Bauern, der gegen die Kolchose Widerstand leistete, oder sich ihr gegenüber gleichgültig verhielt." (1)

Die Bauern besaßen im neuen Kolchossystem kein entscheidendes Mitspracherecht; sie waren völlig einer staatlich/parteilichen Funktionärsschicht unterworfen. Die Idee der Plan-Wirtschaft geriet in der Praxis zur Befehls-Wirtschaft. Das System staatlicher Bevormundung bedurfte der ideologischen Rechtfertigung: "Es wurde zum zentralen Lehrsatz der sowjetischen Auffassung von Sozialismus, daß mehr staatliche Kontrolle, mehr Staatseigentum, mehr staatliche Eingriffe, auch mehr Sozialismus bedeuteten. Tatsächlich wurde daher der Begriff Sozialismus zunehmend dem des Staatseigentums gleichgesetzt." (2)

Die Schwierigkeiten und Rückschläge der sozialistischen Transformation in der Sowjetunion blieben nicht ohne Einfluß auf die sozialistischen und kommunistischen Parteien Westeuropas. Eine eigenständige Ausarbeitung einer auf die spezifischen Bedingungen westlicher Industriegesellschaften bezogenen Theorie sozialen Wandels war den diversen kommunistischen Parteien durch ihre Identifikation mit dem 'russischen Weg zum Sozialismus' verstellt.

Die Revolution in Rußland blieb jedoch kein singuläres Ereignis. Auch in anderen Ländern gelang es revolutionären Parteien, die

-----

(1) M. Lewin, Die Auseinandersetzung in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UdSSR 1928 - 1940; In: Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Hrsgg. von Peter Hennicke, Frankfurt a.M. 1973, S. 346

(2) M. Lewin, a.a.O., S. 352

Staatsmacht in die Hände zu bekommen. Besonders die chinesische Revolution 1949 bedeutete zunächst eine Einflußerweiterung der russischen KP, führte jedoch nach 1960 zum genauen Gegenteil. In einem Schreiben an das Zentralkomitee der KPdSU stellte das ZK der chinesischen Partei fest: "Als es in der Welt nur ein einziges sozialistisches Land gab, als dieses Land entschlossen eine korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik durchführte und sich damit die Feindschaft und Bedrohung aller Imperialisten und Reaktionsäre zuzog, da war es für jede kommunistische Partei ein Prüfstein ihres proletarischen Internationalismus, ob sie sich entschieden für die Verteidigung dieses einzigen sozialistischen Staates einsetzte, oder nicht. Heute gibt es in der Welt ein sozialistisches Lager, das aus dreizehn Staaten besteht: Albanien, Bulgarien, China, Deutsche Demokratische Republik, Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn und Demokratische Republik Vietnam." (1) Und deshalb könne, so schließt die KP Chinas, nicht mehr die Orientierung auf ein einziges Land – die UdSSR – zur Richtlinie politischen Handelns gemacht werden.

Die politische Ausstrahlungskraft des russischen Transformationsmodells, die schon während der Phase der Zwangskollektivierung und der folgenden innerparteilichen Unterdrückungsmaßnahmen starke Einbußen erlitten hatte, war durch die Existenz des von nun an 'anti-sowjetisch' eingestellten China endgültig relativiert. Der

-----

(1) Brief des ZK der KPCH an die KPdSU vom 14.6.1963.

Abgedr. in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Peking 1965. Deutsche Ausgabe Berlin 1970, S. 11

chinesische Sozialismus wurde für kleine Gruppen außerhalb und am Rande der kommunistischen Parteien Westeuropas das, was in der Frühphase der kommunistischen Parteien diesen die Sowjetunion war: Objekt der Identifikation, welche das Fehlen einer eigenen realisierbaren Theorie sozialen Wandels für die entwickelten Länder Westeuropas kaschierte.

Jenseits dieser Fixierung auf externe Revolutionsmodelle gab es jedoch Versuche, aus den vorliegenden Erfahrungen beim 'Aufbau des Sozialismus' erste Schlüsse zu ziehen und Konsequenzen für Westeuropa zu durchdenken. In der Tradition dieses Denkens steht eine Gruppe italienischer Intellektueller um Rossana Rossanda, welche aus einer Linksabspaltung von der PCI hervorgegangen war. Sie warf u.a. die Frage nach den Ursachen des Scheiterns der bisherigen Revolutionsversuche im Westen auf und beantwortete sie wie folgt:

"Dieser Grund (des Scheiterns, FB) ist, wie Gramsci erkannte, gerade das fortgeschrittene Entwicklungsstadium dieser Gesellschaften, ihr historisches Gepäck, ihre soziale und politische Differenziertheit, die Komplexität ihrer Produktions- und Lebensweise." (1)

Auf diesen westeuropäischen Gesellschaftstyp passen die traditionellen Transformationskonzepte nicht. Weder die Rigidität bolschewistischer Machteroberungstaktik, noch die Konzeption der Durchsetzung systemtranszendierender Reformen mittels einer parlamentsfixierten Bündnispolitik, konnten (bisher) in irgendeinem Industrieland des Westens einen grundlegenden Durchbruch verzeichnen.

-----

- (1) Aus den Thesen zum Gründungskongreß der 'Partito di Unità Proletaria per il comunismo'. In: Unità Proletaria Nr. 3/4 Jg. 1 Nov. 75 Deutsch: Rossana Rossanda u.a., Frankfurt 1976, S. 206

Es scheint, als ob die von Lenin und den Bolschewiki entwickelte Theorie der Revolution und der Rolle der Partei in ihr nicht zufällig auch in einem unterentwickelten Land mit despotischen Traditionen erfolgreich sein konnte, sondern gerade auf diese Gesellschaft und ihre spezifische Krisensituation zugeschnitten war. Zu den entscheidenden Merkmalen der sozialen Verfassung des vorrevolutionären Rußland, die eine revolutionäre Lösung im Leninschen Sinne möglich machten, gehören vor allem:

- die schwach entwickelte Infrastruktur
- die Konzentration der politischen Macht auf die Zentren Petrograd und Moskau
- eine den wachsenden Anforderungen der Industrialisierung nicht gewachsene staatliche Bürokratie
- halb-asiatische, immobile Wirtschaftsformen, überhaupt durch agrarische Produktion geprägte Verhältnisse
- eine durch den Krieg geschwächte Legitimationsbasis des schon seit 1905 angeschlagenen Zarismus und damit einhergehende Zersetzung des repressiven Kalküls und überhaupt der Möglichkeiten der 'alten Mächte' soziale Konflikte repressiv zu lösen
- und schließlich das Fehlen einer 'Elite' oder einer anderen sozialen Kraft, welche in der Lage gewesen wäre, die anstehenden Aufgaben im Rahmen des Systems zu lösen.

Die russischen Sozialdemokraten unter Lenins Führung hatten sich in den langen Jahren der Illegalität einen Organisationsapparat

geschaffen, in dem als Reaktion auf die beständige Bedrohung durch die Ochrana, die offene innerparteiliche Kommunikation auf ein Mindestmaß reduziert war. Die SDAPR hatte sich auf die Bedingungen, welche die zaristische Despotie diktierte, einlassen müssen, wollte sie sich nicht von vornherein der Gefahr des Scheiterns aussetzen. (1)

W.I. Lenin betonte bereits vor der Revolution von 1905 (3. Parteitag der SDAPR) beständig, daß es gelte, die konkrete Situation in Rußland zu analysieren und daraus Konsequenzen für die politische Arbeit zu ziehen. Die von Lenin 1902 verfaßte Arbeit 'Was tun?' macht deutlich, daß für ihn die Struktur revolutionärer Organisationen immer aus besonderen Klassenkampfsituationen heraus zu bestimmen ist. In einer Situation, in der selbst die Gewerkschaften verboten waren und Streiks als kriminelles Delikt verfolgt wurden, galt es, eine arbeitsfähige gewerkschaftliche Organisation aufzubauen. Lenin betont die sich hierfür aus der russischen Situation ergebenden Schlußfolgerungen: "Ein kleiner, festgefügtter Kern der zuverlässigen, erfahrensten und gestähltsten Arbeiter, der in den wichtigsten Bezirken Vertrauensleute hat und nach allen Regeln der strengsten Konspiration mit der Organisation der Revolutionäre verbunden ist, kann, unter weitestgehender Mitwirkung der Masse und ohne der Sache feste organisatorische Formen zu geben, sämtliche Funktionen durchaus erfüllen, die der Gewerkschaftsorganisation obliegen, und sie zudem so erfüllen, wie es für die Sozialdemokratie wünschenswert ist. Nur auf diesem Wege kann, allen Gendarmen zum Trotz, eine Festigung und Entfal-

-----

(1) vergl. dazu die Erinnerungen von Trotzki, Mein Leben, Berlin 1929; Ausgabe von 1974 (Frankfurt), S. 99 - 129

tung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung erreicht werden." (1) Die straff strukturierte und strikt konspirativ arbeitende Organisation der Revolutionäre (SDAPR) mit der konspirativ mit ihr verbundenen aber selbst nur lose aufgebauten Organisation der Arbeiter zur Seite, sollte den Fortschritt der russischen sozialistischen Bewegung sichern. "Beginnen wir mit einer festgefügtten Organisation der Revolutionäre, so werden wir die Widerstandsfähigkeit der Bewegung als Ganzes sichern und sowohl die sozialdemokratischen als auch die eigentlich trade-unionistischen Ziele verwirklichen können. Beginnen wir aber mit der der Masse angeblich 'zugänglichsten' breiten Arbeiterorganisation (die aber in Wirklichkeit für die Gendarmen am zugänglichsten ist und die Revolutionäre für die Polizei am zugänglichsten macht), so werden wir uns von der Handwerksklerei nicht freimachen und werden dadurch, dass wir zersplittert sind und immer wieder hochgehen, die Trade-Unions vom Subatowsschen oder Oserowsschen Typ für die Massen am zugänglichsten machen." (2) Auch die Organisation der Partei, die eine Organisation von Berufsrevolutionären ist, verkörpert in ihrer Arbeitsweise eine Antwort auf die Arbeitsweise der herrschenden Kräfte im zaristischen Rußland. Die Notwendigkeit einer straffen Führung und eines konspirativ arbeitenden harten Kerns, wird von Lenin vor allem deshalb betont, weil ... " es viel schwieriger ist, ein Dutzend Schlauköpfe zu schnappen als hundert Dummköpfe." (3) Wenn es sich erweisen sollte, daß die Mitglieder des zentralen Komitees ... " ziemlich zahlreich sind und es für sie daher gefährlich

-----

(1) W.I. Lenin, Was tun? Lenin Werke, Bd. 5, S. 475

(2) ebd., S. 476

(3) ebd., S. 480

ist häufig zusammenzukommen, so sollte man vielleicht aus dem Komitee eine besondere, sehr kleine (sagen wir fünf Personen oder noch weniger) leitende Gruppe aussondern, der unbedingt der Sekretär und die Mitglieder, die sich für die praktische Leitung der gesamten Arbeit am besten eignen, angehören müssten. Für diese Gruppe wäre es besonders wichtig, sich für den Fall der Verhaftung Ersatzleute zu sichern, damit die Arbeit keine Unterbrechung erleidet."(1)

Lenin begründet die Notwendigkeit einer Zentralisierung der Entscheidungskompetenz konkret in bezug auf die politische Ausgangslage. Der Despotismus zwingt unter dem Gesichtspunkt der Machtkampftaktik zur Reproduktion tendenziell undemokratischer Strukturen. Kriterium für die Bewertung eines politischen Instrumentariums konnte für Lenin in viel geringerem Maße als für die westeuropäische Sozialdemokratie dessen Übereinstimmung mit den 'Idealen' demokratischer Willensbildung sein. Unter dem Druck der Verhältnisse schufen die Bolschewiki vielmehr eine sozialdemokratische Politikvariante eigenen Typs. Dies konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf die Konzipierung der Staatsstruktur in der Phase des Übergangs (nach 1917) bleiben.

Das bolschewistische Konzept vor seinem Entstehungshintergrund zu reflektieren, empfahl R. Luxemburg bereits in ihrem Aufsatz 'Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie'.(2)

-----

(1) W.I. Lenin, Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben, 1904. In: Lenin Werke Bd. 6, S. 230

(2) vergl. R. Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: Die Neue Zeit, 22. Jg. 1903/04, 2, Bd., S. 484 ff. und S. 529 ff. abgedr. in: R. Luxemburg, Ges. Werke, Bd. 1/2, S. 422 ff.

Die Betrachtung des russischen Parteitypus, des revolutionären Verlaufsmodells, sowie des über den revolutionären Akt von 1917 hinausreichenden Transformationskonzepts insgesamt, beleuchtet seine spezifische Abhängigkeit von den Besonderheiten der russischen Entwicklung. Die Notwendigkeit der Diskussion eines westeuropäischen Transformationskonzepts ist so zunächst einmal zumindest negativ angedeutet.

## I. 2 Die russische Revolution von 1905 und die deutsche Linksopposition

Rußland, dessen wirtschaftliche und politische Struktur sowohl von europäischen als auch asiatischen Traditionen geprägt ist (1), galt lange Jahrzehnte hindurch als sichere Bastion im Verein der europäischen Monarchien und der auf Erhalt des status quo bedachten Kräfte.

Kulturell rückständig, wirtschaftlich unterentwickelt und beherrscht von einer jede Freiheitsregung unterdrückenden zaristischen Despotie, war Rußland auch in den Augen der deutschen Sozialdemokraten, die mit ihren politisch anders denkenden Landsleuten das Gefühl der Fremdheit gegenüber den russischen Zuständen

-----

(1) In jüngster Zeit ist die Diskussion über die halb-asiatischen Besonderheiten Rußlands neu angeregt worden durch R. Dutschkes Buch: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale. Berlin 1974, vergl. auch R. Köbler, 1979

und Traditionen teilten. (2)

Spezifische Kenntnis der politischen Entwicklung im Machtbereich des Zarismus hatten nur wenige Sozialdemokraten: zumeist waren es Emigranten, die neben ihrer erzwungenermaßen eingeschränkten Unterstützungsarbeit für die revolutionäre Bewegung ihrer Heimat

-----

- (2) "Bei den westeuropäischen Liberalen und Sozialisten galt das absolutistische Rußland des 19. Jahrhunderts als schlimmstes Beispiel von Verdummung, Unterdrückung und Barbarei. Die russische Geschichte war weitgehend isoliert von der in Europa seit dem 16. Jahrhundert einsetzenden Emanzipationsbewegung verlaufen. Die Reformation, die durch das Nebeneinander zweier Kirchen zu einer Relativierung des Glaubens in Westeuropa führte, war nicht bis Rußland vorgedrungen. Es fehlte die Entwicklung der Städte und eines freien städtischen Bürgertums, das zum Träger der Renaissance und des Humanismus wurde. Das Zeitalter der Aufklärung ging fast spurlos an Rußland vorüber. Im 19. Jahrhundert bot das Land noch immer das Bild einer vorindustriellen Gesellschaft, deren einziges Unruhe stiftendes Element die Intelligenz war. Die Geheimpolizei unterdrückte alle Liberalen und demokratischen Tendenzen. Außenpolitisch galt Rußland als stärkste Stütze der Heiligen Allianz." (Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 - 1920. Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der freien Universität Berlin Bd. 29, Berlin 1967, S. 16 f.)

mehr oder weniger intensiv in der deutschen Schwesterorganisation aktiv wurden. Unter den aus Rußland und Russisch-Polen emigrierten Sozialisten erreichten Julian Marchlewski-Karski, Karl Radek, Rosa Luxemburg, aber auch der hauptsächlich auf organisatorisch-praktischem Gebiet tätige Leo Jogiches eine besondere Bedeutung. Obwohl die Integration vieler Emigranten in die deutsche Arbeiterbewegung fast völlig gelang – wie bei Rosa Luxemburg – hinterließ die Erfahrung der zaristischen Despotie und die von der westeuropäischen Arbeiterbewegung sehr verschiedene Kampfesweise der russischen und polnischen sozialistischen Oppositionellen bleibende Spuren. (1)

Bei den deutschen Sozialisten registrierte man zwar wohlwollend die kleinen Schritte, welche die russischen Sozialdemokraten machten, aber da gemäß der damals allgemein anerkannten Auffassung, die Voraussetzung der Revolution die hochentwickelte Industriegesellschaft ist, erwartete man von dem zurückgebliebenen Agrarland mit seinen wenigen Arbeitern (2) und den Millionen bäuerlichen Analphabeten

-----

(1) vergl. auch: H. Schurer, The Rumian Revolution and the Origins of German Communism. The Slavonic and East European Review, Bd. 39, S. 459 – 471

(2) vergl. R. Zahl, Eine Statistik des russischen Proletariats. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., 1905/06, S. 185 ff.

nicht viel.(1)

Die politischen Ereignisse des Jahres 1905 überraschten die deutsche Sozialdemokratie deshalb völlig. Was war geschehen?

-----

(1) "...man muß sich davor hüten, von den Bauern mehr zu erwarten, als sie leisten können, und zu glauben, sie seien imstande, in der Landwirtschaft den Sozialismus zu verwirklichen, für den in der Großindustrie die Stunde noch nicht gekommen ist. Alle derartige Erwartungen können nur Enttäuschungen und sogar Gefahren für die Revolution nach sich ziehen.

Woraus soll denn dieser bäuerliche russische Sozialismus erstehen? Aus dem Dorf-Kommunismus? Aber selbst vor einem Menschenalter, als dieser Kommunismus noch in voller Kraft stand, war er als Übergang zu einer sozialistischen Produktionsweise nur denkbar, wenn der Sozialismus vorher in den höher entwickelten Ländern schon gesiegt hatte." (Karl Kautsky im Vorwort zur russischen Ausgabe seines Buches 'Das Erfurter Programm', auch abgedruckt in: 'Die Neue Zeit', 24. Jg., 1. Bd., 1905/06 S. 412, 'Die Agrarfrage in Rußland'). Zum Verhältnis der russischen Sozialdemokratie zur deutschen, vergl. L. Trotzki, über den Marxismus in Rußland; in: Die Neue Zeit, Nr. 1, 26. Jg., Bd. 1907/08, (Stuttgart 1908) S. 7 ff.

Eine ca. 140 000 Personen zählende Menschenmenge war am 9. Januar 1905 zum Winterpalais des Zaren Nikolaus II. (1894 - 1917) gezogen und wollte diesem eine Petition überreichen, in der wirtschaftliche und soziale Reformen gefordert wurden. Aber anstatt die Petition der unbewaffneten und friedlich demonstrierenden Menge entgegenzunehmen, ließ der Zar schießen. Ungefähr 5000 Menschen wurden verletzt und 1000 getötet. (1)

Dieser als 'Blutsonntag' in die Geschichte Rußlands eingegangene Tag war Auslöser einer Streikwelle, die von Woche zu Woche an Heftigkeit zunahm und das ganze Jahr über andauerte. Im Januar 1905 befanden sich 440 000 Personen im Ausstand, davon nach W.I. Lenins Schätzungen ca. 123 000 aus rein politischen Motiven. (2) Die Gesamtsumme der Streikenden von Januar bis Dezember 1905 erreichte fast die Drei-Millionen-Grenze; eine Streikwelle von bisher auch in Westeuropa und Nordamerika unbekannten Ausmaßen. Der Einfluß der russischen Sozialdemokraten (SDAPR) auf Ausbruch und Verlauf der Massenstreiks war gering. Anfang 1905 hatten die menschewistischen und bolschewistischen Gruppen nicht mehr als insgesamt 8400 Mitglieder (3), auch Gewerkschaftsorganisationen waren so gut wie nicht vorhanden.

Das organisatorische Vakuum füllten von den Streikenden selbst geschaffene Organe: die sogenannten sovety rabočich deputatov, die Räte der

-----

(1) Vergl. auch A.M. Pankratowa/Die erste russische Revolution von 1905 bis 1907, Berlin 1973, ebenso Ptg. Prof. Jena 1905, S. 40 - 42

(2) W.I. Lenin/Ein Vortrag über die Revolution von 1905 in: Lenin Werke, Bd. 23, S. 259

(3) Vergl. Marcel Liebmann - Lenin im Jahre 1905. Eine Revolution erschüttert eine Doktrin. In: M. Liebmann, Rita di Leo. Zur Lenin-Diskussion, Berlin 1973, S. 8

Arbeiterdeputierten. Die Räte verstanden sich nicht als Keimzellen einer neuen Staatsordnung, sondern dienten lediglich der Zusammenfassung und Effektivierung der zersplitterten Kämpfe und traten den Unternehmern und Behörden gegenüber als Sprecher auf. (1) Diese besondere Form der politischen Selbstvertretung fand – verglichen mit den Massenstreiks, die zumindest für kurze Zeit ein lebhaftes Echo hervorriefen, in der deutschen Sozialdemokratie kaum Beachtung. Die Räte ... "wurden geschichtlich wirksam erst durch die nachfolgenden Ereignisse..." (2), nämlich die

-----

- (1) Daß die Räte der Arbeiterdeputierten jedoch auf vorher nicht bekannte Möglichkeiten einer sozialistischen Staatsorganisation hinwiesen, wurde in den Reihen der russischen Revolutionäre durchaus wahrgenommen. In einer Auswertung der Ereignisse nach dem Oktober 1905 bemerkt Parvus: "In dem Rate der Arbeiterdeputierten in Petersburg kam zum ersten Mal eine Organisation zur Geltung, die nicht nur zerstörend, sondern auch aufbauend wirkte. Man spürte, daß hier eine Kraft zutage trat und sich ausbildete, die imstande sein könnte, den Umbau des Staates zu unternehmen."

Parvus, Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Aufgaben für die Zukunft; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 2. Bd., Nr. 27 (1905-06), Berlin 28. März 1906, S. 110 f.

- (2) Oskar Anweiler/ Die Rätebewegung in Rußland 1905 – 1921; Leiden 1958, S. 79

Rätebewegung in der russischen Revolution von 1917.

Als die Streikwelle im Oktober 1905 einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, erließ der Zar am 17. 10. ein konstitutionelles Manifest. Dies war ein offenes Eingeständnis der anhaltenden Krise des Zarismus, der militärisch gerade den Japanern unterlegen war und sich finanziell völlig verausgabt hatte.(1) Jedoch sollte sich die zaristische Despotie noch bis 1917 gegen ihre innenpolitischen und außenpolitischen Widersacher behaupten.

Obwohl die Revolution von 1905 für die russische sozialistische Bewegung vorerst in einer Niederlage geendet war, hatte sie doch nachhaltigen Eindruck auf die westeuropäische Arbeiterbewegung hinterlassen. Die unausgesprochene These, daß Deutschland das Zentrum der revolutionären Bewegung sei, war erschüttert worden.(2) Rosa Luxemburg betonte in einem Rückblick: "Das zurückgebliebenste Land weist, gerade weil es sich mit seiner bürgerlichen Revolution so unverzeihlich verspätet hat, Wege und Methoden des weiteren Klassenkampfes dem Proletariat

-----  
(1) Vergl. L. Martoff, Die erste Epoche der russischen Revolution.

In: Die Neue Zeit, 24. Jg., 1. Bd. Stuttgart 1906. S. 18 - 23 und S. 52 - 60; zum Konflikt Japan - Rußland und den neuen Machtkonstellationen nach dem Krieg in Ostasien. Vergl. M. Beer, Der Friede in Asien. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., Stuttgart 1906, S. 91 ff. Vergl. zum selben Themenkomplex: Heinrich Cunow, Ostasiatische Probleme, In: Die Neue Zeit, 24. Jg., 1. Bd., 05/06, S. 380 ff.

(2) Vergl. A.L. Sidorow, Zur Frage der Verlagerung des Zentrums der internationalen Arbeiterbewegung; In: Woproßi istorii, 1954 Nr. 6, S. 4 ff.

Deutschlands und der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder." (1)

Im Verlaufe des Jahres 1905 waren es jedoch nicht nur Leute wie Karl Liebknecht, Klara Zetkin, Franz Mehring und Rosa Luxemburg, die betonten, die deutsche Sozialdemokratie könne aus der russischen Revolution lernen – auch Sozialdemokraten, die dem 'marxistischen Zentrum' der Partei zuzurechnen waren, hatten sich von der revolutionären Begeisterung anstecken lassen. August Bebel, der ansonsten eher mäßigend auf die Partei Einfluß nahm, rief im Reichstag aus: "Was das russische Volk seinem Herrscher gezeigt hat, das können unter Umständen auch die westeuropäischen Völker ihren Herrschern zeigen. (Sehr richtig! links. – Große Unruhe rechts)– Ich wiederhole: das können unter Umständen auch

-----

- (1) Rosa Luxemburg/ Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In:  
R. Luxemburg – Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 150. Als Manuskript gedruckt Hamburg 1906. Claudio Pozzoli wertet gar Rosa Luxemburgs Thesen von 1905/06 als 'Wendepunkt'. In seinen einleitenden Thesen zum Luxemburg-Kongreß des ISSOCO (Sept. 1973) formuliert er: "Rosa Luxemburgs Lehren aus den Ereignissen von 1905 in Rußland bezeichnen eine Wende in der Theoriebildung der offiziellen Arbeiterbewegung. Die Ereignisse selbst sind der Prüfstein, an dem man die Deformation des Parteimarxismus messen kann und aus denen sich dann die 'äußerste Linke' herausbildete."  
(Claudio Pozzoli – Rosa Luxemburg als Marxist – Einleitende Thesen, in: R. Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus. Hrsg. von C. Pozzoli, Frankfurt 1974, S. 14)

die westeuropäischen Völker ihren Herrschern zeigen."(1) Und später fügt er hinzu: "Meine Herren, die Zeiten sind ernst, wird uns von allen Seiten zugerufen. Ja, sie sind sehr ernst! Glauben Sie denn, daß das, was sich dort im Osten abspielt, nicht auch den deutschen Arbeiter bis ins Innere bewegt und erregt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. - Zwischenrufe rechts.) - Ich sage Ihnen, Herr von Kardorff, wenn wir nicht bremsen, würden Sie Böses erleben!"(2)

Diese Radikalisierung der sozialdemokratischen Phraseologie war nicht ausschließlich Reflex auf die Ereignisse in Rußland, sondern sind ebenso auf dem Hintergrund der an Zahl und Intensität stark angestiegenen

-----

(1) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 11. Legislaturperiode, II. Session 1905/06, 1. Bd., S. 155; die positive Aufnahme der russischen Revolution belegt auch die vom Parteivorstand auf dem Jenaer Parteitag eingebrachte Resolution, vergl. Ptg. Prot. Jena 1905, S. 141, Antrag Nr. 149, vergl. auch Bebels Referat ebd. S. 298 -, daß es auch gegenteilige Auffassungen gab, zeigt die Äußerung Davids in einer Replik auf Rosa Luxemburg: "Genossin Luxemburg hat wiederholt auf die Revolution in Rußland hingewiesen. (Zuruf: Sie soll doch hingehen!) Die Revolution in Rußland lehrt uns sehr viel, aber gerade das Gegenteil von dem, was Rosa Luxemburg uns einreden will; sie lehrt vor allem, daß man die Revolution in Luxemburg - (Stürmische Heiterkeit) - in Rußland unter keinen Umständen vergleichen kann mit unseren deutschen Verhältnissen. Was dort richtig sein mag, kann bei uns total verkehrt sein, und es ist der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die für uns notwendige Taktik ziehen zu wollen. (Sehr richtig!)" SPD, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 328.

(2) Stenographische Berichte ..., a.a.O., S. 162

Arbeitskämpfe in Deutschland selber zu sehen. (1)

| Jahr | Zahl der<br>Arbeitskämpfe | beteiligte<br>Arbeiter | Streiktage |
|------|---------------------------|------------------------|------------|
| 1900 | 852                       | 115 711                | 1 234 025  |
| 1901 | 727                       | 48 522                 | 1 194 553  |
| 1902 | 861                       | 55 713                 | 964 317    |
| 1903 | 1282                      | 121 593                | 2 622 232  |
| 1904 | 1625                      | 135 957                | 2 120 154  |
| 1905 | 2323                      | 507 964                | 7 362 802  |
| 1906 | 3480                      | 316 042                | 6 317 675  |
| 1907 | 2792                      | 281 030                | 5 122 467  |

-----

(1) Die folgende Statistik ist entnommen aus: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/1 Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Hrsgg. von Leo Stern, Berlin 1954, S. XXX. Daß dieser Anstieg der Streiks und Massenaktionen in Deutschland jedoch ebenfalls im Zusammenhang mit der russischen Revolution steht, betont Henriette Roland-Holst: "Nicht Krieg, nicht wirtschaftliche Krise noch drohender Staatsbankrott im eigenen Lande waren es, die der deutschen Arbeiterbewegung auf einmal einen ungestümeren, leidenschaftlichen Charakter verliehen. Es waren noch nicht die ersten Zeichen des politischen und ökonomischen Zusammenbruchs des Halbabsolutismus in Deutschland, sondern die ersten Anzeichen des nahenden Zusammenbruchs seines östlichen Nachbarn und seiner Stütze: des russischen Absolutismus." (Henriette Roland-Holst, Zur Massenstreikdebatte, in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 2. Bd. (1905/06) Nr. 47, Berlin 15. Aug. 1906, S. 688). Vergl. in diesem Zusammenhang auch: Dieter Fricke, Der Aufschwung der Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905, in ZfG H. 4/1957, S. 770 ff.

Aus dem deutlichen Anwachsen der Streiks 1905 lassen sich keine monokausalen Zusammenhänge zur russischen Revolution herleiten; sie trugen jedoch zur größeren Empfänglichkeit der Arbeiterschaft und der SPD-Mitgliederschaft für revolutionäre Ideen bei als in den Jahren zuvor.

Mit dem Rückgang der revolutionären Bewegung in Rußland und der sich immer deutlicher abzeichnenden Niederlage gegen Ende des Jahres 1905, ging bei den meisten deutschen Sozialdemokraten die positive Bezugnahme auf die russische Revolution zusehends verloren. Im Auftrag des 3. sächsischen Wahlkreises beantragte Hermann Duncker auf dem Mannheimer Parteitag 1906, das Thema 'Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung' zu verhandeln.(1) Wegen Überlastung der Tagesordnung wird dieser Antrag abgelehnt.

Dies kontrastiert deutlich zur Stimmung, die sich im oben angeführten Auftritt Bebels im Reichstag ausdrückte. Bebel stellt auf dem Mannheimer Parteitag die russische Revolution als eine Besonderheit dar, aus der keine Schlüsse für Deutschland gezogen werden dürften. Mit dieser Auffassung kam er der 'revisionistischen' Strömung in der SPD sehr nahe, deren Vertreter Calwer und Gumpłowicz die Revolution als geeignete Antwort auf die Despotie, aber als völlig ungeeignet für einen Kulturstaat wie Deutschland dargestellt hatten.(2) Ganz anders argumentierte Rosa Luxemburg. "Die Revolution in Rußland und das eigenartige gesellschaftliche Gebilde, das aus ihr hervorgehen wird, können nicht umhin, die Klassenverhältnisse auch in Deutschland und überall mit einem Ruck zu verschieben. Mit der russischen Revolution schließt die nahezu 60-jährige

-----

)1) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. Sept. 1906, Berlin 1906, S. 110

(2) vergl. Richard Calwer, Rußland, Rußland. In: Sozialistische Monatshefte, Febr. 1905; und Ladislaus Gumpłowicz. Das russische Kaisertum und die Revolution; in: Sozialistische Monatshefte, März 1905

Periode der ruhigen, parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie."(1)

Der sich unter dem Eindruck der russischen Massenstreikbewegung allmählich deutlicher profilierende linke Flügel der Partei teilte trotz aller Hinweise auf den Vorbildcharakter der Ereignisse in Rußland für die weitere Entwicklung Deutschlands die Mehrheitsmeinung der Partei, daß Rußland kulturell niedriger stünde als Preußen-Deutschland. Zumeist in abwertendem Sinne ist von Rußland als ... "Despotismus im asiatischen Sinne..."(2) die Rede.(3) Ähnlich äußern sich Rosa Luxemburg und Franz Mehring. R. Luxemburg bezeichnet den Zarismus - wie Liebknecht und andere - als asiatischen oder "orientalischen Despotismus"(4) und weist auf die politische "Zurückgebliebenheit Rußlands"(5) hin. Gerade wegen dieser Differenz zu den westeuropäischen Verhältnissen und namentlich zu denen in Deutschland - mit seiner

-----  
(1) R. Luxemburg. Die russische Revolution; in: R. Luxemburg - Gesammelte Werke Bd. 2, S. 9. Erstabdruck: 1649-1789-1905, Berlin o.J. S. 12-15

(2) Karl Liebknecht. Der Königsberger Prozeß; in: K. Liebknecht - Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, S. 69. Erstabdruck: Kurt Eisner. Der Geheimbund des Zaren; Berlin 1904, S. 436-445. Zum Königsberger Prozeß siehe auch Ptg. Prot. Jena 1905, S. 81 f.

(3) K. Liebknecht bezeichnet den Zarismus in anderem Zusammenhang als "russische Knutokratie" (ders. Lehren des Königsberger Prozesses, Liebknecht Schriften Bd. 1, S. 77; Erstabdr.: Bremer-Bürger-Zeitung Nr. 225, 23. Sept. 1904), "Barbarenstaat" (ebd. S. 77) "asiatisch-despotischer Staat" (ders. Militarismus und Antimilitarismus; in: Liebknecht-Schriften, Bd. 1, S. 286; Erstabdr.: Buchausgabe, Leipzig 1907) "System der Raserei" (ders. Der Königsberger Prozess; a.a.O., S. 69) und meint, die ... "russische Geschichte ist wie keines anderen Landes mit Blut geschrieben" (ebd., S. 68).

(4) R. Luxemburg. Massenstreik, Partei und Gewerkschaften; a.a.O., S. 134

(5) Ebd. S. 134

hochorganisierten Arbeiterbewegung – muß die politische Auseinandersetzung im Westen andere Formen annehmen, als in dem ... "halbbarbarischen Staate, der erst den Sprung aus dem Mittelalter in die neuzeitliche Ordnung macht." (1)

Franz Mehring setzt sich mit der Frage der Durchsetzbarkeit von Reformen auseinander und betont deren Unmöglichkeit ... "wenn die Verwesung einmal einen gewissen Grad erreicht oder, wie in Rußland längst überschritten hat." (2) Politische Begriffe vermögen seiner Meinung nach, den Zarisismus mehr zu charakterisieren, er schreibt, daß ... "auch der historisch geschulte Blick an diesem schwindelnden Gebirge menschlicher oder richtiger teuflischer Ruchlosigkeit erlahmt. Dagegen waren die Sünden des englischen und des französischen Despotismus, die Karl I. und Ludwig XVI. auf dem Blutgerüste büßen mußten, das reine Kinderspiel." (3)

Auf dem Hintergrund dieser Einschätzungen des russischen Herrschaftssystems erscheint das ansonsten heftig befehdete Deutsche Reich als 'Kulturstaat'. Schon 1902 brachte Rosa Luxemburg gemeinsam mit zwanzig anderen Sozialdemokraten auf dem Parteitag der SPD in München eine – einstimmig angenommene – Resolution ein, in der die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung gefordert wird, ... "um für das gesamte russische Reich demokratische Freiheiten zu erringen und zugleich die Kulturwelt endlich von dem größten Hort der Reaktion zu befreien..." (4).

-----

(1) ebd. S. 135

(2) Franz Mehring. Die ersten Schüsse; in: Franz Mehring – Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 13. Erstabdr.: Leipziger Volkszeitung, Nr. 19, vom 24. 1. 1905

(3) ebd. S. 12

(4) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu München 1902, Berlin 1902, S. 94

In einem Plädoyer gegen die Abschiebung von russischen Emigranten an die zaristischen Behörden hebt K. Liebknecht hervor: "Die Geschichte wird dermaleinst davon reden, wie der Kulturstaat Preußen-Deutschland die Vertreter der Wissenschaft den Schergen der russischen Despotie auslieferte." (1) Die auf zahllosen sozialdemokratischen Versammlungen während des Jahres 1905 vorgelegten Solidaritätsresolutionen benutzen ähnliche termini zur Charakterisierung der westeuropäischen Länder (und Preußen-Deutschlands im Besonderen) wie die führenden Vertreter der linken Sozialdemokraten. In der nach einer Rede von Klara Zetkin im Moabiter Gesellschaftshaus am 9.2.1905 verabschiedeten Resolution heißt es: "Diese Schandtaten geben den russischen Zarismus und seine Henkernknechte der Verachtung der gesamten Kulturwelt preis. Die Versammlung spricht allen denen ihre aufrichtige Bewunderung und ihre Sympathie aus, die in dieser großen revolutionären Bewegung alle ihre Kräfte daran setzen, um Rußland in die Reihe der modernen Staaten zu heben ...." (2) Offenbar fanden die Versammelten den ansonsten so verhaßten preußischen Staat im Vergleich mit dem Zarismus als positiv bzw. 'modern'.

Das auf den ersten Blick vielleicht als interessant, aber doch lediglich als nebensächlicher Aspekt anmutende Verhältnis der deutschen Sozialdemokraten und ihrer Linksopposition zum politischen System Rußlands und der russischen revolutionären Bewegung bekommt durch die nachfolgenden Ereignisse eine 1905 noch nicht abzusehende Relevanz. Zum einen erleichterte die tiefverwurzelte Abneigung der Sozialdemokraten gegen die 'russische Unkultur' die Integration der Arbeiterbewegung in die Kriegspolitik der Reichsregierung vor dem 4. Aug. 1914. Die russische Generalmobilmachung gegen Deutschland war kalkuliert von der Reichsregierung

-----

(1) K. Liebknecht, Lehren des Königsberger Prozesses, a.a.O., S. 77

(2) Aus den Polizeiberichten über die Arbeiterversammlungen in Berlin. Berlin, 10. Febr. 1905; Abgedr.: in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2/1, Berlin 1954, S. 73; Hervorhebungen von mir.

abgewartet worden, um der Zustimmung der Sozialdemokraten sicher zu sein. (1) Bekanntlich ging dieses Kalkül - gekrönt von der einstimmigen Annahme des Antrages auf Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag - auf. Zum anderen stand die Linksopposition in der deutschen Arbeiterbewegung von Beginn an in einer starken identifikatorischen Bezugnahme zur russischen Sozialdemokratie, die allerdings gebrochen wurde durch das Bewußtsein der spezifisch russischen Verhältnisse: Erfahrungen der revolutionären Bewegung eines despotisch regierten Agrarlandes ließen sich nicht einfach auf Deutschland übertragen.

Diese schwer durchschaubare ambivalente Identifikation bekam eine politische Brisanz nach der 'machtkampftaktisch' (H.J. Krah) gelungenen Revolution im Oktober 1917. Doch wollen wir den Ereignissen nicht vor- greifen.

---

(1) Dieses legt Dieter Groh ausführlich dar in: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Frankfurt - Berlin - Wien 1973, im Kap. 7: Die Entscheidung der Sozialdemokratie zur uneingeschränkten Unterstützung der Regierung im Zeichen des 'Verteidigungskrieges' und der 'Russischen Gefahr'. S. 653 - 672

### 1. 3 Die Auffassung Rosa Luxemburgs vom Parlamentarismus bis zum Bruch mit Kautsky

Die Rolle des Reichstages bei der Niederschlagung der Hereros und Hottentotten (1904 - 1907) beurteilt R. Luxemburg als 'kläglich' (1). Seine politische Bedeutung würde immer mehr verfallen (2) und selbst in bürgerlichen Kreisen mache sich eine Parlamentsmüdigkeit breit.

"Es ist nunmehr klar, daß der Reichstag in der Hauptsache nur zusammentritt, um den Etat, eine neue Heeresvorlage, neue Kredite für den afrikanischen Kolonialkrieg, im Hintergrund winkende unvermeidliche neue Marineforderungen und die Handelsverträge anzunehmen - lauter fertige Tatsachen, Ergebnisse der außerparlamentarischen Wirkung politischer Faktoren, vor die der Reichstag gestellt wird, um als automatische Ja-sagemaschine die Kosten dieser außerparlamentarischen Politik zu beschaffen." (3) Das Parlament als bestimmendes Moment des politischen Lebens zu begreifen, ist in den Augen R. Luxemburgs eine 'notwendige Illusion' des Bürgertums. Internationale und innenpolitische Entwicklungen -----

(1) R. Luxemburg. Sozialdemokratie und Parlamentarismus; in: R. Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 1/2, S. 447; Erstabdr.: Sächsische Arbeiterzeitung (Dresden) Nr. 282, 5.12.1904. Vergl. auch den Bericht der Reichstagsfraktion Ptg. Prot. Jena 1905, S. 77 f.

(2) Eine ähnliche Auffassung vertrat K. Kautsky, die er bereits 1902 folgendermaßen formulierte: "Es schwindet aber nicht bloß der bürgerliche Liberalismus in dem selben Maße, in dem die Sozialdemokratie wächst, es nimmt auch zur selben Zeit, wie der Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten zunimmt, der Einfluß der Parlamente selbst ab." Und an anderer Stelle: "Der Parlamentarismus wird immer unfähiger, nach irgendeiner Richtung eine entscheidende Politik zu verfolgen. Er wird immer greisenhafter und ohnmächtiger und kann erst dann wieder zu neuer Jugend und Kraft erwachen, wenn ihm mit der gesamten Staatsgewalt das aufsteigende Proletariat erobert und seinen Zwecken dienstbar gemacht hat." (K. Kautsky, Die soziale Revolution, Berlin 1902, 3. durchgesehene Aufl. 1906, S. 47 und 49)

(3) R. Luxemburg, Die soziale Bewegung in O. - u. O. - Asien, in: R. Luxemburg

würden Bedingungen vorgeben, auf die ein bürgerliches Parlament – wie der Reichstag – nur hilflos reagieren könne. Der unaufhaltsame Bedeutungsverlust des Parlamentarismus habe historische Ursachen: mit dem Niedergang des Feudalismus hat das Parlament seine antifeudalistische Bedeutung eingebüßt und sei nunmehr funktionslos geworden. "Der bürgerliche Parlamentarismus bleibt nur lebendig, solange der Konflikt zwischen der Bourgeoisie und dem Feudalismus währt. Erlischt das belebende Feuer dieses Kampfes, so verliert der Parlamentarismus vom bürgerlichen Standpunkt den historischen Zweck." (1)

Folglich sei im feudal-bürgerlichen Kompromiß der 'preußisch-deutschen Spezialmisere' der Reichstag eine Institution ohne Aufgabe.

Gemäß der von R. Luxemburg in ihrer Auseinandersetzung mit der russischen Revolution von 1905 weiterentwickelten und verallgemeinerten Auffassung ist der wichtigste Effekt der Herstellung politischer Freiheitsrechte 'in allen Ländern' der mögliche offene Aufbau einer sozialdemokratischen/revolutionären Partei und der Gewerkschaften. (2) Herbeigeführt werden kann die politische Freiheit nur durch einen "allgemeinen Aufstand der politisch aufgeklärten Massen des arbeitenden Volkes im ganzen Lande." (3)

Rosa Luxemburg interpretiert die Verwirklichung der Forderung nach Einführung der republikanischen Staatsform mit gesicherten politischen Freiheitsrechten als historisch notwendiges Ziel, welches der Verwirklichung des Sozialismus vorgelagert ist. Die 'demokratischste Form des bürgerlichen Staates, die Republik' (R. Luxemburg) sieht sie als Bindeglied zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Das Ziel der politisch aufgeklärten Teile der revolutionären Bewegung Rußlands und Polens im Jahre 1905, den Absolutismus durch eine Republik zu ersetzen, (...) "verträgt sich mit der heute noch unvermeidlichen

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 449

(2) vergl. R. Luxemburg, In revolutionärer Stunde: Was weiter? Ges.

Werke, Bd. 2, S. 16 Erstabdr.: Z doby rewolucyjnej: Co dalej?, Nr. 3

Warschau 1906

(3) R. Luxemburg, a.a.O., S. 20

Klassenherrschaft der Bourgeoisie nach der Revolution, und es entspricht gleichzeitig der bereits hohen politischen Entwicklung der Arbeiterklasse und den Klassenverhältnissen (...)" (1).

Sind die republikanischen Freiheiten demgemäß weder eindeutig als zur kapitalistischen noch zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zugehörig anzusehen, so scheinen sie doch trotz ihrer Vereinbarkeit mit den bürgerlichen Wirtschaftsverhältnissen in Beziehung zur politischen Struktur der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu stehen, die ja stets von den Sozialdemokraten (und im besonderen von R. Luxemburg) als Gesellschaft politischer Freiheit propagiert worden ist.

R. Luxemburg führt diesen Gedankengang in ihren Reflexionen über die russische Revolution von 1905 nicht zu Ende. Es überwiegt hier bei ihr eine Betrachtungsweise, die die Republik als Instrument für weiterreichende politische Ziele begreift. Die Republik wird gewissermaßen als notwendiges Übel angesehen, dessen sich die revolutionäre Arbeiterklasse entledigen wird, wenn sie die Oberhand im politischen Kräftespiel gewonnen hat und es an die Durchführung 'sozialistischer Reformen' (R. Luxemburg) geht. "Doch eine solche Wendung der Revolution wäre nur dann möglich, wenn die Arbeiterklasse schon vorher den vollkommenen Sieg errungen hätte, und zwar so weitgehend, daß sie es nicht nur zur Verkündung der Republik bringen, sondern sogar das ganze Steuer der Staatsmacht für eine gewisse Zeit in ihre Hände nehmen könnte." (2)

Warum es für die revolutionäre Bewegung notwendig ist, sich nicht auf das Funktionieren demokratischer Spielregeln zu verlassen, sondern, wenn es um einschneidende Eingriffe in die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse geht, 'das Steuer der Staatsmacht' fest in die Hände zu nehmen,

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 33 f.

(2) R. Luxemburg, a.a.O., S. 34

erläutert R. L. im 1906 geschriebenen Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens. (1) Sie schreibt: "Solche Veränderungen wie der Entzug aller Privilegien zur Ausbeutung und Unterdrückung werden nicht ohne entschiedenen Widerstand ihrer bisherigen Besitzer vor sich gehen. Die Arbeiterklasse muß zur Durchführung des sozialistischen Umsturzes die Mittel in ihren Händen haben, um die Widerstrebenden zum Gehorsam zu zwingen, Mittel zur Durchführung der notwendigen Änderungen in der Produktions- und Austauschweise, Mittel zur völligen Reformierung der staatlichen Institutionen. Mit einem Wort: Als Einleitung für die Verwirklichung des Sozialismus ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse für eine bestimmte Zeit die Alleinherrschaft im Staat ausübt, das heißt, daß sie die Diktatur der Arbeiterklasse errichtet."

(2) Die vage Angabe für eine bestimmte Zeit 'läßt offen, unter welchen Bedingungen die Alleinherrschaft sich selbst aufhebt; erst recht bleibt unklar, wie die gesellschaftlichen Entscheidungsabläufe in dieser 'Diktatur' organisiert werden etc.

Der im Kontext ihres Kommentars zum Programm der SDKPiL recht knappe Hinweis auf die Notwendigkeit der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse relativiert in gesellschaftlicher Zukunftsperspektive ihre ausführlichen und mit Vehemenz dargelegten republikanischen Forderungen. Die Hauptforderungen des Programms der SDKPiL, welches die republikanischen Forderungen im Luxemburgschen Sinne einschließt, verdeutlichen, wie man sich die

-----

(1) Zu Rosa Luxemburgs Rolle in der SDKPiL, siehe Peter Nettl - Rosa Luxemburg, OXFORD, 1966 und 1969. Deutsche Ausgabe, Köln-Berlin 1969

(2) R. Luxemburg, Was wollen wir? R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 2, S. 46, Erstabdr.: Herausgegeben v. Verlag der SDKPiL, Warschau 1906.

Bereits 1903 formuliert R. Luxemburg unmißverständlich "Die erste Handlung der sozialistischen Umwandlung muß also die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sein und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die zur Verwirklichung der Übergangsmaßnahmen unbedingt notwendig ist." (R. Luxemburg, Dem Andenken des 'Proletariat', in Przegląd Socjaldemokratyczny (a.O.), 1903. Abgedruckt in: R. Luxemburg, Ges. Werke 1/2, S. 317

anvisierte republikanische Phase des Übergangs zum Sozialismus vorzustellen hat. (1)

-----

(1) Sie seien hier kurz skizziert:

1. Die Proklamierung der Republik im ganzen russischen Reich (ebd. S. 46)
2. Die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, die das russische Reich bewohnen; Zusicherung der Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung: Nationalschule und Freiheit im Gebrauch der Muttersprache; Landes-selbstverwaltung, das heißt Autonomie für Polen (ebd. S. 53).
3. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht (ebd. S. 54)
4. Stadt- und Gemeindeselbstverwaltung; Wahlen zu den Stadt- und Gemeindeverordnetenversammlungen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts (ebd. S. 61)
5. Die Wählbarkeit der Beamten und Richter durch die Bevölkerung und ihre Verantwortung für die Einhaltung der Gesetze (ebd. S. 64)
6. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz (ebd. S. 66)
7. Die Unantastbarkeit der Person und der Wohnung (ebd. S. 66)
8. Rede-, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (ebd. S. 77)
9. Die Gewissensfreiheit (ebd. S. 69)
10. Die Gleichberechtigung der Frauen (ebd. S. 71)
11. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung der Miliz (ebd. S. 71)
12. Obligatorische und unentgeltliche Volksschulen, Unterhalt der Schulkinder auf Staatskosten, unentgeltliche Hochschulbildung für die besonders befähigten (ebd. S. 74)
13. Die Aufhebung der Zölle und der indirekten Steuern und die Einführung einer einheitlichen gestaffelten Einkommens- Vermögens- und Erbschaftssteuer (ebd. S. 76)
14. Die Arbeiterschutzgesetzgebung (ebd. S. 79)
  - a) Acht-Stunden-Tag
  - b) Frauenschutz
  - c) Kinder- und Jugendschutz
  - d) Gesundheitsschutz
  - e) Versicherungspflicht

Im Kommentar zur ersten dieser Hauptforderungen – die Proklamierung der Republik – stellt R. Luxemburg diese als günstigste Regierungsform einer bürgerlichen Gesellschaft für die Arbeiterklasse dar. Wenn man R. Luxemburgs Hinweis auf die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats im Blick behält, erscheint die Bezeichnung günstigste Regierungsform in einer tieferen Bedeutung. Günstig ist die bürgerliche Republik für das Weiterkommen im Klassenkampf; sie selbst ist kein Ziel sondern Instrument zur Machterweiterung des Proletariats. Daß die Phase der Alleinherrschaft der Arbeiterschaft, welche per definitionem Unterdrückung der gesellschaftlichen Opposition bedeutet, nach der Phase der 'sozialistischen Reformen' aufgelöst wird zugunsten eines Systems, welches auf der Basis einer umgestalteten Ökonomie zur Garantie politischer Freiheitsrechte zurückkehrt, klingt bei R. Luxemburg 1905/06 lediglich an, wird jedoch nirgendwo explizit betont.

Der Ausgang der Wahlen zum Reichstag am 25. Januar und 5. Februar 1907 wirkte nicht nur ernüchternd auf diejenigen Sozialdemokraten, die überschwengliche Hoffnungen auf die parlamentarischen Erfolge der Partei setzten, sondern stellte auch für Rosa Luxemburg eine Enttäuschung dar. Zwar hatte die SPD statt drei Millionen Stimmen im Jahre 1903 im Jahre 1907 fast 3.3 Millionen Stimmen bekommen, doch erhielt sie – in erster Linie aufgrund der Wahlbündnisse der bürgerlichen Parteien – nur 43 Sitze gegenüber 81 bei den Wahlen zuvor. In einer Rede unmittelbar nach den Wahlen am 6. März 1907 in Berlin wendet sich R. Luxemburg jedoch entschieden gegen resignative Schlußfolgerungen. "Worin besteht nun," so fragt sie, "das Resultat der Wahl für uns? Wir haben annähernd die Hälfte unserer Mandate verloren. Wer aber glaubt, daß dadurch unsere politische Macht geschwächt sei, der überschätzt den Einfluß des Parlamentarismus. Wir sind eine revolutionäre Massenpartei. Unsere politische Macht liegt deshalb nicht in der Zahl der Reichstagsmandate, sondern in der Zahl unserer Anhänger im Volke. Wir unterschätzen die parlamentarische Arbeit nicht, aber wir müssen uns auch darüber klar sein, daß wir als geborene Minderheitspartei sehr wenig Einfluß auf die Gesetzgebung haben. Was wir an Gesetzen zugunsten der

Arbeiter erreicht haben, das ist nicht der Zahl unserer Abgeordneten zu verdanken, sondern dem Druck der Massen, die hinter uns stehen. In erster Linie haben unsere Abgeordneten die Reichstagstribüne zur Vertretung und Verbreitung unserer grundsätzlichen Auffassung zu benutzen. In Bezug hierauf ist es ohne Bedeutung, ob wir 80 oder 40 Vertreter im Reichstage haben, auch ist die agitatorische Benutzung der Reichstagstribüne heute nicht mehr so bedeutungsvoll wie früher, wo es galt, die Ziele einer kleinen, noch wenig bekannten Partei öffentlich darzulegen..."(1) Zwar lag es nahe, daß Rosa Luxemburg die Gelegenheit nutzte, um illusionären Vorstellungen einer parlamentarischen Taktik den fehlenden Realitätsbezug zu demonstrieren, doch hatte sie angesichts des parlamentarischen Desasters der Partei offensichtlich selber Schwierigkeiten, die so oft von ihr postulierte 'Doppelstrategie' der Verknüpfung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit aufrechtzuerhalten. Ihre Motivation, die Masse der sozialdemokratischen Anhängerschaft stärker als bisher in das strategische Kalkül der Partei einzubeziehen, war 1907 anders gelagert als während und kurz nach der russischen Revolution 1905. Hier war für R. Luxemburg die direkte Aktivierung der Massen gewissermaßen eine offensive Erweiterung des politischen Instrumentariums der SPD, was aber unzertrennlich mit dem Ausbau des parlamentarischen Einflusses verbunden war. Die Enttäuschung durch die 'Hottentottenwahlen' ließ in ihren Augen den Stellenwert der parlamentarischen Arbeit sinken. Revolutionären Erfolg versprach nicht eine über Nacht zu halbierende Reichstagsfraktion, sondern vor allem die unmittelbare Einbeziehung der 'Anhänger im Volke'. Die Aufnahme des politischen Massenstreiks in das Spektrum sozialdemokratischer Handlungsmöglichkeiten erschien ihr dringlicher denn je.

-----

(1) R. Luxemburg (Rede gehalten am 6.3.1907 in Berlin); aus: Vorwärts (Berlin) Nr. 58 vom 9. März; abgedr. in R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 193

Die optimistische Wende, die R. Luxemburg ihrer oben zitierten Rede gibt, spricht zwar für ihre agitatorischen Fähigkeiten, geht aber auf Kosten einer nüchternen Betrachtung des tatsächlichen Erreichbaren. "Der Ausfall der Wahl zeigt," so stellt sie fest, "daß sich die bürgerliche Gesellschaft rapid ihrem Ende nähert..."(1) Nicht nur eine solche Äußerung überrascht, sondern auch der leichtfertige Umgang mit demokratischen Mehrheiten. Sie fährt fort: "Gewiß brauchen wir zur Verwirklichung unserer Ziele die Mehrheit des Volkes, aber das ist nicht dasselbe wie die Mehrheit der Wähler. Sobald es gilt, durch den direkten Befreiungskampf unsere Ziele zu erreichen, gestaltet sich die auf unsere Seite tretende Mehrheit des Volkes anders als bei den Wahlen."(2)

R. Luxemburg nutzt den in London stattfindenden Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (3), um ihre Ansichten über die aktuelle Lage einem internationalen Publikum vorzustellen. Sie betont die Bedeutung des Einflusses der russischen Revolution von 1905 auf die SPD. Die Jenaer Resolution über den Massenstreik sei Ausfluß der russischen Massenstreikerfahrungen. Eine neue taktische Dimension sei hinzugewonnen worden, "...die schon nicht mehr auf die parlamentarische Tätigkeit berechnet ist, sondern das unmittelbare Auftreten der breitesten proletarischen Massen."(4)

Sehr deutlich kritisiert R. Luxemburg die Abkehr der bürgerlichen Liberalen von der SPD. die zum Mandatsverlust der Partei erheblich beigetragen hatte. "Wenn man in wenigen Worten die politische und historische Bilanz der letzten Reichstagswahlen zieht, so muß man sagen, daß Deutschland

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 197

(2) ebd.

(3) Parteitag der SDAPR vom 13.5. bis 1.6.1907

(4) R. Luxemburg (Redebeitrag auf dem Parteitag der SDAPR 1907) abgedr.  
in: R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 2, S. 206

nach dem 25. Januar und dem 5. Februar 1907 das einzige moderne Land war, in dem es weder Spuren bürgerlichen Liberalismus noch einer bürgerlichen Demokratie im eigentlichen Sinne dieses Wortes gab: Sie stellten sich endgültig und unwiderruflich auf die Seite der Reaktion im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat." (1) Die Einschätzung des – sicherlich im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern schwach entwickelten deutschen Liberalismus – ist für R. Luxemburgs Verständnis vom Ablauf einer revolutionären Umgestaltung von hohem Stellenwert. Die Propagierung einer 'reinen proletarischen Klassenpolitik', welche allein in der Lage sei 'reaktionäre Anschläge auf die demokratische Entwicklung' abzuwehren, ist von R. Luxemburgs Ausgangspunkt eine durchaus logische Schlußfolgerung. Des Beifalls der anwesenden Bolschewiki konnte sie bei solchen Äußerungen gewiß sein. (2) Die auf den Parlamentarismus abgestellte Taktik war für R. Luxemburg gewissermaßen historisch überholt. Zwar seien ihr die bisherigen Siege zu verdanken, jedoch erforderten die ... "völlig neuen historischen Verhältnisse..." (3) eine Revision sozialdemokratischer Politik. Daß sie dabei nicht einer Überschätzung der Möglichkeiten des bewaffneten Aufstands das Wort redete, hob sie ausdrücklich hervor. (4) Sie suchte nach einer Strategie gleich weit entfernt von 'anarchistischen Hirngespinnsten'

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 207

(2) vergl. ebd., S. 209

(3) R. Luxemburg, a.a.O., S. 210

(4) "Freilich ist der wirkliche Marxismus ebensoweit entfernt von der einseitigen Überschätzung des Parlamentarismus wie von der mechanischen Auffassung von der Revolution und der Überschätzung des sogenannten bewaffneten Aufstandes. Hier sind meine polnischen Genossen und ich anderer Ansicht als die Genossen Bolschewiki."

(R. Luxemburg, a.a.O., S. 222)

und 'bürgerlicher Reformpolitik', wie sie es auf dem Nürnberger Parteitag 1908 ausdrückte.

Da in der deutschen Sozialdemokratie keine relevanten anarchistischen Positionen, mit denen sie sich hätte auseinandersetzen müssen, vertreten wurden, sondern der alltägliche Kampf um Reformen und minimale Zugeständnisse immer mehr den Charakter der Partei bestimmten, lag es auf der Hand, daß sie ihre abweichenden Analysen und strategischen Bestimmungen in Abgrenzung fast ausschließlich nur nach dieser Seite hin entwickelte. Daß R. Luxemburg durch diese Konfliktstellung zu einer Radikalität in der Einschätzung des wilhelminischen Staates und seiner möglichen partiellen Demokratisierung verleitet wurde, die oft weniger durch wissenschaftliches Interesse, als durch die Dynamik der parteiinternen Gegensätze geprägt war, zeigte sich deutlich während der Debatten um die preußischen Wahlrechtskämpfe 1910.

Im März dieses Jahres hebt R. Luxemburg in einem für die Breslauer Volkswacht geschriebenen Diskussionsbeitrag hervor, daß die Arbeiter sich durch das parlamentarische Beiwerk nicht über den Klassencharakter des Staates haben hinwegtäuschen lassen.

Ihnen habe die gründliche Aufklärungsarbeit der Sozialdemokraten klar gemacht ... "daß die beste bürgerliche Republik nicht weniger ein Klassenstaat und Bollwerk der kapitalistischen Ausbeutung ist als eine heutige Monarchie und daß nur die Abschaffung des Lohnsystems und der Klassenherrschaft in jeglicher Gestalt, nicht aber der äußere Schein der 'Volksherrschaft' in der bürgerlichen Republik die Lage des Proletariats wesentlich zu verändern vermag." (1) Die Forderung nach der Republik solle aber dennoch von der SPD verstärkt gestellt werden, denn am 'republikanischen Charakter' der

-----

(1) R. Luxemburg, Zeit der Aussaat; aus: Volkswacht (Breslau), Nr. 71 vom 25. März 1910. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 302

Sozialdemokratie lasse sich ausgezeichnet deren prinzipielle Gegnerschaft zum 'vereinigten Lager der bürgerlichen Parteien' in populärer Weise veranschaulichen.

Die Losung der Republik - um eine gängige sozialdemokratische Formulierung zu gebrauchen - sei ein "praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkerherrschaft, Verpreußung Deutschlands..."(1) Auf die Forderung nach der Republik allein solle sich die Sozialdemokratie jedoch nicht beschränken, denn letztlich käme es darauf an, den gesamten bürgerlichen Staat "mit all seinen bürgerlich-parlamentarischen Herrlichkeiten aus den Angeln (zu) heben und den Sozialismus (zu) verwirklichen."(2)

Die republikanische Staatsform stellt sie sich hier offenbar nicht als geeignet für die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur vor. Die grundlegende Transformation der kapitalistischen Gesellschaft kann nur vollzogen werden, wenn die Arbeiterklasse die gesamte politische Macht sich aneignet. R. Luxemburg vertritt hier die Meinung, daß die Arbeiterschaft, welche ja nur - selbst bei weitester Auslegung dieses Terminus - ein Teil des Volkes ist, auf der Ebene der politischen Macht einen Ausschließlichkeitsanspruch hat. Nichtproletarische Schichten und überhaupt Teile des Volkes, die sich an anderen politischen Werten orientieren, sind offenbar in ihrer Konzeption für das politische System der Phase des Übergangs nicht berechtigt, politisch repräsentiert zu werden. Die Bezeichnung des allgemeinen, freien und geheimen Wahlrechts als 'Schwert' oder 'Waffe'(3) legt die Vermutung nahe, daß ihr wiederholtes Insistieren auf den republi-

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 303

(2) R. Luxemburg, Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren, Vortrag gehalten am 17. April 1910 im Zirkus Schumann zu Frankfurt am Main. Stenographischer Bericht, Frankfurt a.M. o.J.; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 305 ff.

(3) vergl. R. Luxemburg, a.a.O., S. 331 f.

kanischen Freiheiten nicht widerspruchsfrei ist: In Bezug auf die Erringung der 'gesamten politischen Macht im Staate' besitzen sie für R. Luxemburg - folgt man ihren Äußerungen von 1910 - offenbar nur instrumentellen Wert.

#### I.4 Die Auseinandersetzungen um das freie gleiche und geheime Wahlrecht auf dem Jenaer Parteitag 1905

Im deutschen Reich galt zwar ein einheitliches Wahlrecht für den Reichstag, jedoch wurden die Landtage, Bürgerschaften und Kommunalparlamente nach den unterschiedlichsten Verfahrensweisen gewählt. Die diversen Landtagswahlrechte blieben in der Regel – was ihre demokratische Substanz angeht – hinter dem Reichstagswahlrecht zurück. Tendenzen zur Erweiterung des Wahlrechts waren 1905 in Bayern, Württemberg, Baden (1) und Hessen zu verzeichnen. In Baden wurde nach einer Gesetzesänderung der Landtag im Herbst 1905 nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt. In anderen Ländern (vornehmlich im nord- und mitteldeutschen Raum) waren gegenteilige Tendenzen spürbar. Bereits 1897 war in Sachsen das Drei-

---

(1) vergl. Emil Eichhorn, Die Landtagswahlen in Baden. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., 1905/06, S. 195 ff.

klassenwahlrecht eingeführt worden (1), was die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten nahezu vollständig von der Beeinflussung der Gesetzgebung ausschloß. Die von den Sozialdemokraten ständig befürchteten und agitatorisch bekämpften Wahlrechtsverschlechterungen wurden immer wieder durchgesetzt. So wurde am 7. August 1905 das Wahlrecht für die Bürgerschaftswahlen in Lübeck dahingehend geändert, daß von nun an ungefähr 20 000 seit drei Jahren Steuern zahlende Bürger nur 15 Vertreter in die Bürgerschaft entsenden können, während ungefähr 2000 Personen mit einer Jahreseinnahme von über 2000 RM bzw. 3 Hektar Grundbesitz 105 Vertreter wählen konnten. Die Heraufsetzung des aktiven Wahlalters auf 25 Jahre

-----

- (1) Welche Konsequenzen dies für die Sozialdemokratie hatte, macht deutlich: Hans Block, Die sächsischen Landtagswahlen. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., S. 97 ff; Block bezieht sich auf die Landtagswahlen vom 14. Sept. - 2. Okt. 1905. Derselbe Autor kommentiert die durch die Wahlrechtsverschlechterungen provozierten Auseinandersetzungen im Januar 1906 in Sachsen; H. Block, Kampfeslehren; in: Die Neue Zeit 24. Jg. 1. Bd. 1905/06, Nr. 18 (Berlin, 24.1.1906) S. 583 ff.; vergl. auch Blocks Kommentar zu den diversen konservativen Wahlrechtsentwürfen, in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 2. Bd. (05/06) Nr. 35 (Berlin 23.5. 1906) S. 300 ff.

Am Beispiel Oldenburg erläutert R. Wagner, daß auch ohne Wahlkreiseinteilung der Mandatsgewinn der Sozialdemokraten eingeschränkt werden kann. "Die Wahlkreisgeometrie funktioniert in Oldenburg fast ebenso gut wie in Preußen das Dreiklassensystem; denn obwohl wir fast ebenso viele Stimmen aufgebracht haben als unsere Gegner, verfügen wir nur über den neunten Teil der diesen zugefallenen Mandate." (R. Wagner, Die oldenburgischen Landtagswahlen. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., 1905/06, S. 150) Die historische Entwicklung des preußischen Wahlrechts erläutert eingehend: Paul Hirsch, Zur Geschichte des preußischen Dreiklassenwahlsystems, in: Die Neue Zeit, Nr. 4, 26. Jg., 1. Bd. 1907/08 (Berlin, 23.10.1907) (Stuttgart 1908) S. 125 ff.

hielt zusätzlich die eher zur sozialdemokratischen Stimmabgabe neigenden Jungwähler von der Stimmabgabe fern.

Die bei dieser 'Wahlrechtsräuberei' mitwirkenden freisinnigen Abgeordneten wurden von der SPD scharf attackiert. Im Bericht des Parteivorstandes auf dem Jenaer Parteitag heißt es: "Der Staat ist für sie eine Institution zur persönlichen Bereicherung und Förderung ihrer Klasseninteressen. Das wurde hier (bei der Wahlrechtsänderung in Lübeck, FB) ziemlich unverblümt zugegeben, indem man durch diese Gewaltmittel diejenigen aus der Gesetzgebung fern zu halten sucht, von denen man annimmt, daß sie für das Gemeinwohl eintreten werden." (1) Ähnliche Wahlrechtsverschlechterungen wie in Lübeck wurden in Hamburg (2) und Dresden durchgesetzt.

Die Befürchtung, daß die an einer Beschneidung des Wahlrechts interessierten Kreise auch vor einer Änderung des Reichstagswahlrechts nicht Halt machten, war in den Reihen der Sozialdemokratie seit ihrem 'Drei-Millionen-Sieg' bei den Reichstagswahlen von 1903 stark angewachsen. (3)

-----

(1) Bericht des Parteivorstandes, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 33

(2) Zu den Wahlrechtsverschlechterungen in Hamburg vergl. Otto Stolten, Reaktionäre Wahlrechtskunststücke; in: Die Neue Zeit 24. Jg., 1. Bd. S. 486 ff. (1905/06) Nr. 15. Zu den politisch motivierten Streiks am 17.1.1906, die im Gefolge der Wahlrechtsverschlechterungen in Hamburg stattfanden vergl. Gustav Stengele, Der 17. Januar in Hamburg; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., S. 618 ff. (Nr. 19/1905/06)

(3) (Beleg: Wahlstatistik) "Der Ausgang der Wahl von 1903 hat in weiten Kreisen unserer Gegner aufs neue die Frage nach der Möglichkeit der Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts aufgeworfen." Bebel im Referat zum Thema 'Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie' auf dem Ptg. Jena 1905, in: Ptg. Prot. Jena 1905, S. 286

Doch nicht nur in einer Verschlechterung des Wahlrechts sah man eine Gefährdung von bereits erkämpften Positionen und halbwegs demokratischen Gepflogenheiten – der Reichstag selber schien an Kompetenz eingebüßt zu haben. Bernstein beklagte sich in Jena über die Kritik an der Arbeit der Reichstagsfraktion und das Unverständnis für die Schwierigkeiten der sozialdemokratischen Abgeordneten: "Über den Mangel an Kompetenz des Reichstages herrscht ziemliche Unkenntnis in den Kreisen der Parteigenossen (...). Diese Ohnmacht des Reichstages nimmt zu, teilweise unter dem Einfluß des derzeitigen Reichstagspräsidenten." (1)

Bebel widersprach dieser Auffassung entschieden; er führte aus: "Nun ist gestern von Bernstein geklagt worden über die steigende Ohnmacht des Reichstags. Das ist grundfalsch, das Gegenteil ist wahr. (...) Wenn man unter der Herrschaft des Fürsten Bismarck von einer vollständigen Ohnmacht des Reichstags gesprochen hat, so hatte man vollkommen recht. Ja selbst noch unter dem Grafen Caprivi und noch unter Fürst Hohenlohe könnte man das mit einer gewissen Einschränkung sagen, aber seitdem hat der Reichstag allmählich der Regierung gegenüber sich eine Position erobert. Er hat in einer Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung an sich gerissen, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richtet sich öfter die Regierung. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen, die das Regiment haben, nicht unsere Freunde, sondern unsere Gegner sind." (2) Bebel wendet sich mit dieser Argumentation gegen Stimmen, die angesichts der nach ihnen zu konstatierenden 'Ohnmacht des Reichstags' die herausragende Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts in Frage stellen.

-----

(1) Bernstein, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 226

(2) Bebel, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 287 f.; vergl. auch Stadthagens Kritik an Bernstein, ebd. S. 231 sowie Bebel, Das Fazit der letzten Reichstags-session, Neue Zeit, 24. Jg. Bd. 2 (05/06), S. 345 ff.

Von ganz anderer Seite der Partei und mit anderen Argumenten konnte zu ähnlichen die Bedeutung des demokratischen Reichstagswahlrechts in Frage stellenden Positionen gekommen werden. Stadthagen (Berlin) führte in kritischer Absicht gegen Bernstein das Argument an: "Ich halte es für selbstverständlich, daß die bürgerliche Klasse den Reichstag, den sie als Instrument für ihre Interessen zu benutzen beabsichtigt, in dem Moment ad acta legt, wo das Proletariat sich seiner bedient." (1)

Der um sich greifenden Ratlosigkeit in der Partei, die angesichts der ständig zunehmenden Anhängerschaft und des enormen Stimmenzuwachses bei den Reichstagswahlen vergeblich nach Perspektiven für das Geltendmachen sozialdemokratischer Positionen in Staat und Gesellschaft suchte, konnte Bebel nur schwer argumentativ beikommen. Seine Analyse des Verhaltens von Freisinn und Zentrum in der Wahlrechtsfrage zeigte, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Ziel überall im Reich das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht einzuführen, allein standen. Hoffnungen auf dem rechten Flügel der SPD mit liberalen Gruppierungen des politischen Spektrums taktische Bündnisse gegen die Konservativen zu schließen, waren für ihn Illusionen. Es ist, so Bebel, "seit dem Dresdener Parteitage die Hoffnung auf eine große liberale Partei zerstört, die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis etwa zu den Nationalliberalen reichen sollte." (2) Und er fährt fort: "Die liberale Partei ob groß oder klein, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde. Die Klassengegensätze haben sich seit 1903 in einer Weise verschärft - verschärft, betone ich, nicht gemildert (lebhafteste Zustimmung) - daß der Kapitalismus und sein politischer Repräsentant, der Liberalismus, allezeit wenn er vor der Frage steht, ob er, wenn auch in ganz unwichtigen Dingen mit oder gegen die Sozialdemokratie gehen soll, immer gegen sie geht, und zwar aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Lebhafteste Zustimmung)." (3)

-----

(1) Stadthagen, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 231

(2) Bebel, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 288

(3) Bebel, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 288

Bebel bestärkte mit dieser Auffassung das Gefühl einer auf Jahre hinaus nicht zu durchbrechenden Isolation (1) – lediglich die mit der wachsenden Industrialisierung einhergehende zahlenmäßige Zunahme der Arbeiterschaft, welche aufgrund der bedrückenden Verhältnisse den Sozialdemokraten zuströmen würden, schienen eine Perspektive zu geben. Bebel beschwört eindringlich die 'ungeheure Macht der Zahl der Köpfe', welche die Macht der Bourgeoisie schließlich überwindet. (2) Aufklärung der rückständigen Arbeitermassen und Organisationsarbeit schienen der einzige erfolgversprechende Weg zur Ausdehnung des politischen Einflusses zu sein. Es mutet nach der ausführlichst dargelegten Wirkungslosigkeit (3) des sozialdemokratischen Mitglieder- und Stimmenzuwachses einigermaßen hilflos an, wenn Bebel erklärt: "Wir Sozialdemokraten befinden uns also in der günstigen Position, daß wir, was immer unsere Gegner uns machen, weiter wachsen. Wir müssen wachsen, weil die kapitalistische Gesellschaft wächst und in immer höherem Grade die Bedingungen schafft, die neue Sozialisten erzeugen." (4) Das Bedürfnis nach strategischer Neuorientierung, welches auf beiden Flügeln der Partei zunehmend geäußert wurde, war mit derartigen Erklärungen verständlicherweise nicht zu befriedigen.

-----

- (1) Aus der Isolation der Sozialdemokratie eine "völlige Isolierung der besitzenden Klassen" zu machen (vergl. Leitartikel in der Neuen Zeit, 24. Jg. 1. Bd., S. 708 – Nr. 22, 1905/06) zeugte zwar von polemischer Gewandtheit, verstellte aber den Blick auf die realen politischen Konstellationen.
- (2) vergl. Bebel, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 291
- (3) "Die Wahl von 1903 hat gewissermaßen den formalen Parlamentarismus zu Tode gehetzt. Die Sozialdemokratie, deren Organisation und Agitation sich in Deutschland seit jeher im wesentlichen an den Parlamentarismus und die parlamentarischen Wahlen angliederte, hat mehr und mehr eingesehen, daß sie trotz alledem in weiten Kreisen gehegte Hoffnung trügerisch ist mit Stimmenerfolgen Ausschlaggebendes zu erreichen. Man sieht, daß trotz der großen Wahlerfolge alles beim alten geblieben ist." Karl Liebknecht, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 326

In der an Bebels Referat anschließenden Debatte brachen diese Gegensätze dann voll auf. Liebknecht versuchte Verständnis für den Stimmungsumschwung (1) zu wecken, der aus dem wirkungslosen Machtzuwachs der SPD resultierte. Die außerparlamentarischen Formen sozialdemokratischer Agitation, wie die Maifeier oder die Arbeitsruhe bekämen einen wichtigeren Stellenwert. Der politische Massenstreik sei als Kampfmittel zur Verteidigung und Erlangung demokratischer Rechte eine wichtige Ergänzung der parlamentarischen Arbeit und ins politische Arsenal der SPD aufzunehmen. Zudem hätte die russische Revolution ... "das Verständnis für katastrophische Entwicklung neu erweckt." (2)

Der Reichstagsabgeordnete David sah in Liebknechts und vor allem Rosa Luxemburgs Ausführungen, welche meinte feststellen zu können, ... "daß die Zeit gekommen ist, die unsere Großmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt..." (3), einen 'Rückschlag

-----

(1) Für diesen Stimmungsumschwung sind die Worte des Reichstagsmitgliedes Karl Meist (Köln) charakteristisch: "Das Reichstagswahlrecht ist uns nicht durch Kampf zuteil geworden, sondern gewissermaßen in den Schoß gefallen. Nachdem uns dies Recht gewährt worden war, begannen die Kämpfe auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem wir zu arbeiten verpflichtet sind. Viel ist dabei nicht erreicht worden und kann trotz aller Wahlerfolge nicht erreicht werden."

(Ptg. Prot. Jena 1905, S. 327) Aber trotzdem solle man bei einem Abbau des Wahlrechts nicht tatenlos zusehen, denn durch bloßes Abwarten ... "wäre es nie gelungen, eine Revolution zu machen." (ebd.)

(2) Karl Liebknecht, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 326

(3) R. Luxemburg, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 320

in den Revolutionarismus '(1). Die Auffassung von Liebknecht, Luxemburg und anderen 'Radikalen' erkläre sich daraus, daß ... "man den Glauben an die naturnotwendige innere Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbstmord, mit anderen Worten, an die Katastrophentheorie aufgegeben hat." (2) Positiv etwas entgegenzusetzen hatte David jedoch nur wenig, außer dem Allgemeinplatz, daß es für die Eroberung der politischen Macht unerläßlich sei, die Mehrheit des Volkes für die sozialdemokratischen Ideen zu erobern. Mit der Einschätzung, daß der Glaube an den naturnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und dem damit verbundenen notwendigen Sieg des Sozialismus bei den 'Radikalen' erste Sprünge bekam, dürfte er, trotz gegenteiliger Beteuerungen, nicht völlig fehl gegangen sein.

-----

(1) Eduard David, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 328

(2) Eduard David, Ptg. Prot. Jena 1905, S. 328

## I.5 Die Debatte über die Beratung des Militäretats auf dem Parteitag in Essen 1907

Ausgangspunkt für eine heftige Kontroverse auf dem Essener Parteitag 1907 war der Antrag Nr. 96 des Sozialdemokratischen Vereins Kiel. Er lautete: "Bei der Beratung des Militäretats sind nur solche Fraktionsredner zu bestimmen, die die völlige Garantie dafür bieten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart." (1) Was war der Anlaß für diesen auf den ersten Blick doch unverfänglich anmutenden Antrag?

Gustav Noske hatte in seiner Jungfernrede im Reichstag betont, ... "daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland, im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes, die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen." (2) Diese Äußerungen riefen in der Parteipresse einen Sturm der Entrüstung hervor. Noske versuchte deshalb in einer Rechtfertigungsrede auf dem Essener Parteitag zu belegen, daß er nicht von den Grundsätzen der Partei abgewichen sei, sondern im Gegenteil fast wortwörtlich das ausgeführt habe, was vor allem Bebel immer wieder betont hatte. Zumal da die französischen Sozialisten versichert hätten, daß sie ihr Vaterland gegen Aggressoren verteidigen würden, dürften ihnen die deutschen Sozialdemokraten in Nichts nachstehen.

Paul Lensch, Redakteur der Leipziger Volkszeitung, widersprach dem heftig. Er relativierte frühere Äußerungen von führenden deutschen Sozialdemokraten, welche ihre Verteidigungsbereitschaft lediglich gegen reaktionäre europäische

-----

(1) Ptg. Prot. Essen 1907, S. 174

(2) Gustav Noske, Ptg. Prot. Essen 1907

Rede abgedruckt im Reichstagsprotokoll.

Regimes erklärt hätten. Die von Noske angeführte Äußerung Bebels, dieser würde 'die Flinte auf den Buckel nehmen', (1) um Deutschland zu verteidigen, sei im Hinblick auf die Bedrohung Deutschlands durch die zaristische Despotie gemeint gewesen. Heute jedoch, sei der russische Zarismus durch die revolutionären Ereignisse in Rußland selbst "ausgeschieden als Todfeind" (2). Der Redebeitrag Noskes im Reichstag vergesse diese historischen Wandlungen und sei deshalb ein Bekenntnis zur Reaktion. (3)

Die Kritik an Noske wird nicht nur von Vertretern des 'radikalen' Flügels der Partei, sondern auch von einigen Repräsentanten der 'Gemäßigten' vorgebracht. (4)

-----

- (1) vergl. zu Bebels Äußerung die Schilderung K. Retzlaws über deren positive Aufnahme in der Arbeiterschaft. In: Spartacus-Aufstieg und Niedergang. Nachdruck Frankfurt 1971, S. 28
- (2) Lensch, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 233
- (3) "Der russische Militarismus ist keineswegs mehr imstande einen großen europäischen Krieg zu führen, weil er sich zu einer Schutztruppe des Zarismus im Inland selber verwandelt hat. In einer solchen politischen Situation ist dieselbe Erklärung, bereitwillig einen Krieg zu führen, die früher ein Bekenntnis zur Revolution war, jetzt nach dem Ausbruch der russischen Revolution zu einem Bekenntnis zur europäischen Reaktion geworden." (Lensch, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 233)
- (4) vergl. in diesem Zusammenhang Kautskys Auswertung des Essener Parteitages, in: Die Neue Zeit, Nr. 52, 25. Jg. 2. Bd., 1906/07, Berlin, 25.9.1907 (Stuttgart 1907), S. 855 ff.

Heinrich Wetzker (1) aus Bochum empfiehlt sogar, die Kritik nicht allein auf Noske zu beschränken, sondern ebenfalls Bebel, auf den Noske sich zu Recht berufen könne, in diese Kritik einzubeziehen. Noske sei ... "das Opfer seines Glaubens an den Genossen Bebel. (Heiterkeit). Auch Bebel hat bei den Debatten über den Militäretat sich so ausgesprochen, und wenn man an derartigen Äußerungen Kritik übt, so soll man sich nicht nur die Kleinen vornehmen, sondern man soll auch den Mut haben, Bebel zu sagen, daß wir mit ihm nicht einverstanden sind. (Zuruf: Es kommt auf die Situation an!)"(2)

Karl Liebknecht vermutet, daß Noske und in gewissem Maße auch Bebel unter dem deprimierenden Einfluß des Ausgangs der letzten Reichstagswahlen (3) gestanden hätten; vor allem Noske hätte sich zu stark an die nationalistischen Pa rolen angepaßt, denen die Sozialdemokratie einen großen Teil ihres Mißerfolges zu verdanken hätte. Noske habe ... "nicht eine Silbe von internationaler Solidarität..."(4) gesprochen. "Die ganze Rede ist ein fortgesetztes Betonen unseres Patriotismus in einer Art Hurrastimmung. Es fehlt jede Hervorhebung unseres prinzipiellen Standpunktes und deshalb hat sie mit Recht scharfe Zurückweisung gefunden.

-----

(1) "Ich befinde mich in der angenehmen Lage, was nicht oft vorkommt, mit dem Genossen Lensch übereinzustimmen, und zwar darin, daß es auf die politische Situation sehr ankommt, in der man irgendwelche Erklärung zur Frage des Militarismus abgibt." (Wetzker, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 236)

(2) Wetzker, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 236

(3) Bei den Reichstagswahlen vom Januar/Februar 1907 war die Zahl der sozialdemokratischen Mandate nahezu halbiert worden. Absolut war ein leichter Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

(4) K. Liebknecht, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 247

(Lebhafter Beifall.)"(1)

Dem überzogenen und undifferenzierten Patriotismus Noskes hält Klara Zetkin den 'Patriotismus des Proletariats' entgegen. Dieser geht von der Auffassung aus, daß die Arbeiterschaft das Vaterland gegen den Widerstand des 'inneren Feindes' – der Bourgeoisie – für sich erkämpfen muß. Erst die Umwälzung der Gesellschaft garantiert das 'Vaterland für alle'.(2) Daraus resultiert, daß keineswegs von vornherein die Versicherung abgegeben werden kann, daß sich die Sozialdemokratie ohne Prüfung der konkreten geschichtlichen Situation auf die Verteidigung des bürgerlichen Nationalstaates einläßt. Die Zwiespältigkeit des Militarismus gelte es in der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit den Massen bewußt zu machen; denn zum einen sei die militaristische Ideologie einsetzbar gegen andere Nationalstaaten und zum anderen gegen die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterklasse. Um die militaristische Bedrohung abzuwenden, empfiehlt K. Zetkin an der Demokratisierung des stehenden Heeres zu arbeiten und

-----

- (1) K. Liebknecht, ebd.; ähnlich äußert sich Klara Zetkin: "Die scharfe Betonung unserer grundsätzlichen Auffassung aber, das ist es, was wir in der Rede Noskes vermißt haben." (Ptg. Prot. Essen 1907, S. 249) vergl. auch den in die gleiche Richtung weisenden Beitrag von Honrath (Aachen): "Bei der Debatte über den Militarismus handelt es sich nach den bisherigen Verhandlungen nicht mehr um die Rede Noskes, sondern darum, ob wir in der Bekämpfung des Militarismus prinzipielle sozialdemokratische oder opportunistische Politik treiben." (Honrath, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 248)
- (2) Mit anderen Worten von Zetkin formuliert: "Nur im Klassenkampfe allein wird ihm (dem Proletariat, FB) das Vaterland zuteil, das auch ihm teuer ist." (Ptg. Prot. Essen 1907, S. 250)

darüber hinaus die Köpfe zu revolutionieren. (1)

Obwohl die Mehrheit der zum Antrag 96 auftretenden Redner, die von Noske ausgedrückten Auffassungen kritisiert, wird dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. (2) Nicht zuletzt ist das auf die Intervention Bebels zurückzuführen, der meinte, ... "daß die Rede Noskes an einer großen Anzahl von Stellen eine gute Rede war und ihr infolgedessen (...) speziell auch von mir an einer ganzen Reihe von Stellen Zustimmung und Unterstützung zuteil geworden ist." (3)

Selbst Kautsky, der Bebels These, man könne exakt zwischen einem

---

(1) "Ein hoher Offizier soll gesagt haben, daß die Regierung keinen unpopulären, leichtfertigen Krieg mehr unternehmen könne, weil die Reserve durch und durch sozialistisch durchseucht sei. Wir müssen dafür sorgen, daß die proletarische Jungmannschaft so vom sozialistischen Geiste erfüllt in die Kaserne kommt, daß sie ihrerseits unbrauchbar wird zum Kampfe gegen den äußeren Feind." (Zetkin, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 250 f.)

(2) vergl. Ptg. Prot. Essen 1907, S. 265

(3) Bebel, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 254

Verteidigungskrieg und einem Angriffskrieg unterscheiden (1) ablehnte, wurde von Bebel in die Kritik an den Beiträgen Liebknechts u.a. einbezogen. (2) "Mein Freund Kautsky hat heute sehr unglücklich gegen mich polemisiert. (Heiterkeit.)" (3) In der historischen Retrospektive, die um das Verhalten der SPD-Mehrheit bei Ausbruch des ersten Weltkrieges weiß und auch die Biographien der an den Parteitagsdebatten von 1907 beteiligten Sozialdemokraten vor Augen hat, scheinen schon hier die Grundkonstellationen für spätere Konflikte innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung abgesteckt.

-----

(1) "Ja es wäre doch traurig, wenn wir heute, wo große Kreise des Volkes sich Tag für Tag viel mehr um die Politik kümmern wie früher, noch nicht sollten beurteilen können, ob es sich im einzelnen Falle um einen Angriffskrieg handelt oder nicht." Bebel, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 255) Hierzu macht W. van Ravesteijn, jun. (Rotterdam) kritische Anmerkungen, die er mit einer Analyse der auslösenden Ursachen des deutsch-französischen Krieges von 1870 belegt. Er schlußfolgert: "Für seine Gegenwartsaktion aber kann das Proletariat aus der Geschichte den Schluß ziehen: es wird wohl immer unmöglich sein, solange die Klassengesellschaft und die nationalen Gegensätze fortbestehen, einen scharfen Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen festzustellen. Der Krieg, jeder Krieg, ist mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen." (In: Die Neue Zeit Nr. 12, 26. Jg. 1. Bd. 1907-08, Berlin 18.12.1907 (Stuttgart 1908) S. 399; Titel des Aufsatzes: Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg? Jaurès über den Ursprung des Deutsch-Französischen Krieges.) vergl. auch die Leitartikel der Neuen Zeit Nr. 13 u. Nr. 14, ebd.; Mehring erhebt hier zum Kriterium der Beurteilung eines Krieges das proletarische Interesse.

(2) vergl. Ptg. Prot. Essen 1907, S. 255 u. S. 262

(3) Bebel, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 262

Karl Liebknechts Schrift 'Militarismus und Antimilitarismus' (1), die im Jahr des Essener Parteitages erschienen ist, belegt das Vorhandensein eines klaren Bewußtseins von der Bedeutung des Militarismus für Preußen-Deutschland auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Die herrschafts-sichernde Funktion des Militärapparates wird von Liebknecht so hoch veranschlagt, daß er schreibt: "Auch bei Verlust der wirtschaftlichen Überlegenheit kann sich die einmal im Besitz der politischen Machtmittel befindliche Klasse mindestens zeitweilig in der politischen Herrschaft halten." (2) Eine für Marxisten der II. Internationale insofern untypische Formulierung, als hier eine relative (zeitweilige) Autonomie des gesellschaftlichen Repressionsapparates von ökonomischen Machtkonstellationen postuliert wird, die zumindest in dieser Frage den gängigen ökonomischen Determinismus durchbrach. Zwar ist auch für Liebknecht der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsweise und Militarismus offenkundig, jedoch hat diese 'Manifestation des Kapitalismus' (Liebknecht) einen Grad an Verselbständigung erreicht, daß sie nahezu zum Selbstzweck geworden ist. (3) Um den deutschen Militarismus zu begreifen, ist mehr zu berücksichtigen als seine

-----

(1) Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus - unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. Leipzig 1907. Abgedr. in: Karl Liebknecht - Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1 Berlin 1958, S. 246 ff.

(2) K. Liebknecht, Militarismus..., a.a.O., S. 259

(3) vergl. K. Liebknecht, Militarismus..., a.a.O., S. 288

Funktion für das ökonomische System. (1) Liebknecht deutet dies an mit der etwas bombastisch klingenden aber durchaus treffenden Bezeichnung: preußisch-deutscher-bürokratisch-feudalkapitalistischer Militarismus. (2) Dieser preußisch-deutsche Militarismus ist Produkt der deutschen Sonderentwicklung, in deren Verlauf die Bourgeoisie - knapp formuliert - zwar die wirtschaftliche Macht erlangte, aber dies nur um den Preis des Verzichts auf die politische Macht, welche in den Händen der alten halbfeudalen Obrigkeit verbleib. Diese 'gesellschaftliche Arbeitsteilung' verlieh dem deutschen Militarismus Entwicklungsmöglichkeiten, die ihm in den anderen westeuropäischen Ländern in diesem Ausmaß nicht gegeben waren. Hier ist weniger der finanzielle Aspekt gemeint, als vielmehr die Einbettung des Militärapparates in ein Geflecht von Institutionen und Stätten der Ideologieproduktion, die den Militarismus in Deutschland zu 'ganz besonderer Blüte' (Liebknecht) gedeihen ließen.

-----

(1) Hierauf weist auch H.A. Winkler in seiner Analyse der staatsrechtlichen Schriften von Marx hin. In bezug auf den Bonapartismus - als französische Variante einer Militärdespotie - bemerkt er: "Offenbar hatte Militärdespotismus seine eigene Entwicklungslogik, die aus dem Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft nicht abgeleitet werden konnte. Wenn dem so war, dann war die Analyse der 'Basis' für die Analyse des 'Überbaus' keine ausreichende Basis. Dann mußten Gegensätze zwischen 'Basis' und 'Überbau' aus je unterschiedlichen Voraussetzungen erklärt werden." (Heinrich August Winkler - Revolution, Staat, Faschismus. Göttingen 1978, S. 51)

(2) ebd.

In Anspielung auf eine Bismarcksche Formulierung schreibt Liebknecht: "Wie uns angeblich noch keiner (...) den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht, der da nicht nur ein Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staate geworden ist." (1) Daß dies nicht nur eine einmalige rhetorische Wendung ist, belegen Liebknechts Äußerungen in anderen Zusammenhängen, so resümiert er seine Betrachtungen folgendermaßen: "Wir haben oben gesehen, wie der Militarismus geradezu die Achse geworden ist, um die sich unser politisches, soziales und wirtschaftliches Leben mehr und mehr dreht, wie er der Drahtzieher ist, der an dem 'Drahte', dem nervus rerum, die Puppen des kapitalistischen Puppentheaters tanzen läßt." (2) Doch kann der Militarismus seine Macht nicht ohne wachsenden Widerstand ausbauen. Der 'Tag des großen Kladderadatsches' (3) wird ihm und dem Kapitalismus – Liebknecht zufolge – ein Ende bereiten. Von dem naturnotwendigen Ende des Militarismus spricht Liebknecht und fügt sich hier wieder nahtlos in die Ideologie der Vorkriegssozialdemokratie ein. Liebknecht weiß – und ist hierin vielen seiner Parteigenossen voraus – daß ein Aufeinandertreffen der hochgerüsteten westeuropäischen Staaten nicht nur gewissermaßen eine revolutionäre Chance darstellt, sondern ... "eine wahnsinnige Gefährdung des ganzen Bestandes unserer Kultur durch die Heraufbeschwörung weltkriegerischer Verwicklungen." (4) Doch steht dieser Realismus bei der Einschätzung möglicher historischer Entwicklungen einigermaßen unvermittelt neben dem siegesgewissen Fatalismus, den Liebknecht mit seinen Parteigenossen teilt. Die in der politischen Formel der Linkssozialisten während der Kriegsjahre

-----  
(1) K. Liebknecht, Militarismus..., a.a.O., S. 278

(2) ebd., S. 325

(3) K. Liebknecht, Militarismus..., a.a.O., S. 325

(4) ebd., S. 274

ausgedrückte Alternative 'Barbarei oder Sozialismus' stellt sich für Liebknecht 1907 noch nicht. Der Verweis auf die 'Barbarisierung der Kultur' bei jedem Krieg(1) ist hier eher als Hinweis auf eine mögliche Verzögerung und Erschwerung des sozialistischen 'Endsieges' zu werten. Denn: "Der geschichtliche Materialismus, die Lehre von der dialektischen Entwicklung, ist die Lehre von der immanenten Notwendigkeit der Vergeltung. Jede Klassengesellschaft ist zum Selbstmord verurteilt."(2)

Die Diskussionen vor und nach dem Essener Parteitag über Fragen des Militarismus im allgemeinen und Noskes Beitrag zu den Beratungen des Militäretats im Besonderen offenbarten, daß die Sozialdemokratie - einschließlich ihrer von links opponierenden Mitglieder - über keine ausgereifte antimilitaristische Strategie verfügte. Eine größere Sensibilität bei den 'Linksradikalen' der Partei für die Bedeutung des preußisch-deutschen Militarismus (3) und seine treibende Rolle bei der Zuspitzung innereuropäischer Konflikte ist jedoch festzustellen. Dies kam auch bei der Essener

-----  
(1) vergl., ebd., S. 275

(2) ebd., S. 319

(3) Enzo Collotti - Herausgeber der Scritti politici, Milano 1971, in denen Liebknechts 'Militarismus und Antimilitarismus' abgedruckt ist - hebt die Bedeutung von Liebknechts Militarismusanalysen hervor: "Liebknecht hatte sehr früh erkannt, welche bedeutende Rolle die militärische Struktur als Element der Kontinuität und der Polarisierung der Herrschaft spielen konnte. Aus dem antimilitaristischen Kampf eines der Kernstücke der sozialdemokratischen Politik zu machen, bedeutete demnach in Liebknechts Perspektive, die Grundlage zu schaffen, um eine jener Einrichtungen des bürgerlichen Staates aus den Angeln zu heben, die von einer sozialistischen Revolution nur zerstört, nie aber übernommen werden konnte, auch nicht, um sich ihrer für die eigenen Zwecke zu bedienen." (Enzo Collotti - Karl Liebknecht und das Problem der sozialistischen Revolution in Deutschland. In: Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte, Jahrbuch 3 - Die Linke in der Sozialdemokratie, Frankfurt a.M. 1975,

Debatte über die Kolonialfrage zum Ausdruck.

## 1.6 Die Kolonialfrage nach dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart

Im Hinblick auf die dem Parteitag vorausgegangenen Auseinandersetzungen über das Wesen 'sozialdemokratischer Kolonialpolitik', die ein erneutes Aufeinanderprallen der parteiinternen Gegensätze erwarten ließen (1), hob das Parteivorstandsmitglied Singer die seiner Meinung nach allen Parteigenossen gemeinsamen Grundauffassungen in dieser Frage hervor. Es liege auf der Hand, daß über die Kolonialpolitik der Regierung in den Reihen der Arbeiterbewegung scharfe Ablehnung bestehe. (2) Darüber hinaus bestünde Konsens in der Einschätzung, daß ... "eine sozialdemokratische Kolonialpolitik innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht betrieben werden kann kraft der Grundlagen, auf denen diese Gesellschaft basiert und kraft der Überzeugung, die die Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaft hat..." (3) Die Frage, welche Kolonialpolitik Sozialdemokraten zu treiben hätten, stelle sich also erst, 'nachdem der Sozialismus die Welt erobert' hat. (4) Dann würde sich das Verhältnis Deutschlands zu den Kolonien ungefähr so gestalten, "wie heute

-----

(1) vergl. beispielsweise die scharfe Kritik an G. Noskes Vorwürfen gegen R. Luxemburg im von Mehring geschriebenen Leitartikel der Neuen Zeit, 25. Jg., 2. Bd. 1906/07, S. 753 f. (Stuttgart 1907) (Nr. 49)

(2) vergl. Ptg. Prot. Essen 1907, S. 266

(3) Singer, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 266

(4) so formuliert von Singer, ebd. S. 267

Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Franz Mehring: "...solange die Kolonialpolitik (...) kapitalistisch ist, kann sie die Sozialdemokratie nur negieren; ihre Aufgabe den Kolonien gegenüber beginnt erst, wenn sie die politische Macht erobert hat." (Franz Mehring, Der internationale Kongreß in Stuttgart; in: Die Neue Zeit, 25. Jg., 2. Bd. 1906/07, S. 667 (Stuttgart 1907) (Nr. 46, Berlin 14. Aug. 1907)

die einzelnen Kulturstaaten zueinander stehen." (1) Unter heutigen Bedingungen hätte die Sozialdemokratie aber lediglich die Möglichkeit, die Folgen der bürgerlichen Kolonialpolitik für die 'Eingeborenen' zu mildern und sich für deren Rechte einzusetzen.

Dieser von Singer formulierte vermeintliche Konsens, erwies sich als nicht existent. Bereits der erste Redner in der sich anschließenden Debatte - Ledebour - griff einen Teil der deutschen Delegation des internationalen Kongresses (2) scharf an. David und Bernstein hätten versucht, das was bisher Parteiauffassung von sozialistischer Kolonialpolitik war, nämlich die 'Kulturverbreitung unter fremden Völkern' (3) umzustoßen, ... "was man da (auf dem Kongreß, FB) sozialistische Kolonialpolitik nannte, ist die Anwendung staatlicher Zwangsmittel gegenüber fremden Staaten und Völkern." (4) Nach dieser scharfen Attacke konnte auch Bebels Beitrag, der die nun offensichtlichen Differenzen als 'Streit um des Kaisers Bart' abtun

-----

(1) Singer, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 267; er fährt fort: "Wir haben Freundschaftsverträge und Handelsverträge mit ihnen abzuschließen und für eine Freiheit des gegenseitigen Verkehrs zu sorgen (Zustimmung.)" (ebd. S. 267)

(2) vergl. die Besprechung des internationalen Kongresses von K. Kautsky, in: Die Neue Zeit, 25. Jg. 2. Bd., (Stuttgart 1907) 1906/07, S. 724 ff. (Nr. 48, Berlin 28.8.1907)

(3) vergl. Ledebour, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 270

(4) Ledebour, ebd.

wollte, die kontroverse Debatte nicht mehr verhindern. (1) David verwahrte sich dann auch energisch gegen die Unterstellungen Ledebours. (2) Sozialdemokratische Kolonialpolitik sei in der Stuttgarter Resolution treffend geschildert worden als Versuch ... "durch Lehren und Beispiel alle Völker für die Aufgaben der modernen Kultur und Zivilisation zu gewinnen..." (3) Ob man dies nun als Kolonialpolitik, oder - wie es Singer vorgeschlagen hatte - als Zivilisationspolitik bezeichne, sei lediglich eine Frage der Wortbildung.

-----

- (1) Bebel sagte: "Die Frage, ob es eine sozialistische Kolonialpolitik gibt, hätte gar nicht in die Erörterung gezogen werden sollen, weil das ein Streit um des Kaisers Bart ist (Sehr richtig!), eine reine Zukunftsmusik. Was wir, wenn wir zur Herrschaft gelangt sind, mit unseren Kolonien anfangen, das, ich sage es Ihnen ganz offen, weiß ich nicht. (Heiterkeit.)" Bebel, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 272; interessant auch hier wieder die ausdrückliche Weigerung, keine Überlegungen über die Transformationsphase anzustellen. Etwas später äußert sich Bebel ähnlich: "Es handelt sich (bei der Auseinandersetzung um sozialistische Kolonialpolitik, FB) um ein Zukunftsprogramm, das zu erörtern wir keine Ursache haben." Bebel, ebd. S. 272
- Kautsky sieht die Kolonialfrage weitaus differenzierter und mißt ihr in der sozialdemokratischen Strategiebildung einen hohen Stellenwert bei, vergl. u.a. K. Kautsky, Der Essener Parteitag, in: Die Neue Zeit, Nr. 52, 25. Jg. 2. Bd. 1906/07, Berlin 25. Sept. 1907 (Stuttgart 1907) S. 855
- (2) vergl. Ledebour, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 278
- (3) David, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 278

Ledebour wandte gegen David ein, daß es falsch sei, schon heute eine sozialistische Kolonialpolitik entwickeln zu wollen. Der Meinung Bebels, es sei müßig, sich mit der Frage zu befassen, was mit den Kolonien geschehe, falls die Sozialisten an die Macht gelängen, stimmte Ledebour zu. Ausdrücklich pflichtete er der Auffassung bei ... "über die Zukunftspolitik, wenn der Sozialismus zur Herrschaft kommt, brauchen wir uns nicht zu verständigen, es genügt eine gemeinsame Kampftaktik dem Gegenwartsstaate gegenüber festzustellen." (1) Was hier von Ledebour vorgenommen wird, ist eine strikte Trennung zwischen einem (vorrevolutionären) Gegenwartsstaat und einem (nachrevolutionären) Zukunftsstaat; mag diese vereinfachende Begriffsbildung noch halbwegs verständlich sein, so überrascht die explizite Weigerung, sich auch nur Gedanken darüber zu machen, was zu tun ist, 'wenn der Sozialismus zur Herrschaft kommt'. Mit dieser Auffassung steht Ledebour jedoch nicht allein. Neben der von ihm selbst angeführten Übereinstimmung mit Bebel, bekommt er Unterstützung von Laufenberg (Düsseldorf). (2)

Die Erörterung der Transformationsproblematik als 'Zukunftsmusik' abzutun, mag seinen historischen Grund in der zum Zeitpunkt dieser Debatte noch kaum vorhandenen Erfahrung mit revolutionären Umgestaltungsprozessen haben. Die Vorstellung von der Revolution als 'großem Kladderadatsch' (Bebel), die eine völlig neue vorweg nicht diskutierbare gesellschaftliche

-----

(1) Ledebour, Ptg. Prot. Essen 1907, S.

(2) "Genauso wie Singer hat auch die Minorität in Stuttgart den Standpunkt vertreten, daß die sozialdemokratische Kolonialpolitik Zukunftsmusik sei, und daß es noch gar nicht an der Zeit sei, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was wir etwa zu tun hätten, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt." (Laufenberg, Ptg. Prot. Essen 1907, S. 280) vergl. auch die von Bebel ähnlich vorgebrachten Äußerungen: Ptg. Prot. Essen 1907, S. 288

Phase einleite, war in der Sozialdemokratie allgemein verbreitet. Die (gesunde) Skepsis gegen nicht überprüfbare Zukunftsentwürfe, welche zudem theoretisch gestützt wurde durch gewisse Traditionen marxistischen Denkens (1), trug mit zur Verkümmern strategischer Phantasie in der Vorkriegssozialdemokratie bei. Die Debatte über die Stuttgarter Resolution zur Kolonialfrage, die in einem kleinlich anmutenden Hin und Her zwischen Ledebour, Leutert, Laufenberg, Wurm, Liebknecht, Stadthagen, Block und Kautsky einerseits sowie David und Richard Fischer andererseits endete, offenbarte dieses Defizit im gerade zum damaligen Zeitpunkt verschärfender internationaler Konflikte äußerst wichtigen Punkt eines realisierbaren Antikolonialismus.

---

(1) Dieser Aspekt wird weiter unten noch eingehender behandelt.

## I.7 Die Auseinandersetzung des Parteizentrums und der Linksoption mit den Budgetbewilligern

Das Problem der Budgetbewilligung hatte bereits den Frankfurter und den Lübecker (1901) Parteitag beschäftigt. Jedoch im Gegensatz zu diesen Parteitagen war bereits im Vorfeld des Nürnberger Parteitages von 1908 die Kontroverse aufs Heftigste entbrannt. (1) Anlaß für scharfe Polemiken der nord- und mitteldeutschen Parteipresse gegen führende süddeutsche Genossen war die Bewilligung der Haushaltsvorlagen der Landesregierungen durch die badische, württembergische und bayrische Landtagsfraktion. (2) Die überwiegende Mehrheit der süddeutschen Landtagsabgeordneten sah dieses Verhalten durch die 'Lübecker Resolution' gedeckt, welche eine Zustimmung zum Budget 'ausnahmsweise aus zwingenden; in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen' als möglich bezeichnete. Die Einigung auf diese Kompromißformel konnte jedoch die tiefer liegenden divergierenden strategischen Vorstellungen in der Partei nur über eine kurze Zeitspanne

- 
- (1) vergl. Gustav Lehmann, Die Budgetabstimmung in Baden, in: Die Neue Zeit, 26. Jg. 2. Bd. Nr. 48 (Berlin 28. Aug. 1908) Stuttgart 1908, S. 777 ff.; K. Kautsky, Die Budgetbewilligung. In: Die Neue Zeit, 26. Jg. 2. Bd., Nr. 49 (Berlin 4.9.1908), Stuttgart 1908, S. 809 ff.; K. Kautsky, Zum Parteitag. In: Die Neue Zeit, 26. Jg. 2. Bd. Nr. 50 (Berlin 11. Sept. 1908) Stuttgart 1908, S. 853 ff.; Konrad Lang, Ein Arbeiter über die Budgetbewilligung. In: ebd. S. 857 ff.
- (2) Die bayrische Landtagsfraktion hatte erstmals am 1. Juni 1894 unter Georg von Vollmar dem Budget zugestimmt.

verdecken.

Bebel, der trotz angegriffener Gesundheit das Einleitungsreferat übernommen hatte, (1) warf den badischen 'Landtagsgenossen' vor, sie wichen von den Grundprinzipien sozialdemokratischer Politik ab. Für ihn war die Zustimmung zum Budget eines bürgerlichen Staates ein Vertrauensvotum für die Regierung. (2) Er konnte es nicht in Einklang miteinander bringen, daß einerseits die ganze Arbeit der Partei darauf ausgerichtet war, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben und andererseits diesem Staat die Mittel zu seiner Finanzierung zu bewilligen. Durch die für Bebel prinzipienlose Taktiererei der süddeutschen Landtagsfraktionen in der Budgetfrage sah er sich genötigt, die Grundzüge sozialdemokratischer Auffassung vom Staat zu umreißen. Er warf die Frage auf: "Was ist denn seiner ganzen Natur nach der heutige Staat? Darüber kann doch gar kein Zweifel bestehen: der heutige Staat ist die politische Organisation zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft und zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Eigentums. Der heutige Staat ist der Schützer der bürgerlichen Produktionsweise, d.h. des Rechts der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Aufrechterhaltung des Lohnsystems, der Lohnsklaverei in der heutigen Gesellschaft." (3)

Was hatte Timm, der als erster Redner für die angegriffenen Süddeutschen sprach, zu Bebels schwerem Vorwurf, diese hätten sich in der Budgetfrage von diesem Staat vereinnahmen lassen, zu sagen?

Zentrales Kriterium, so führte Timm aus, der bayrischen Sozialdemokraten bei der Entscheidung über das Budget seien die realen Verbesserungen oder

-----

(1) Das geplante Schlußwort gab er an Ebert ab.

(2) "Allüberall in der Welt, wo parlamentarisches Leben existiert, gilt die Zustimmung zum Budget als Vertrauensvotum für die Regierung. (Hört! Hört!)." Bebel, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 287

(3) Bebel, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 295

Verschlechterungen für die Arbeiter und kleinen Beamten gewesen. Da es den Sozialdemokraten gelungen war, in den Etatsberatungen die Löhne und Gehälter der schlecht verdienenden Staatsarbeiter heraufzusetzen, war es eine Selbstverständlichkeit, daß man die hart erkämpften Verbesserungen nicht preis gibt, sondern dem Budget zustimmt. Diese Zustimmung war für die süddeutschen 'Revisionisten' keine Aufgabe sozialdemokratischer Prinzipien, sondern praktische Einflußnahme auf den Staat zum Wohle der Arbeiter.

"Wir müßten ja eine traurige sozialdemokratische Partei sein, überhaupt eine traurige Kulturpartei," rief Timm aus, "wenn wir verneinen wollten, daß wir umgestaltend auch auf den gegenwärtigen Klassenstaat schon einwirken. (Zustimmung. Lachen, Widerspruch und Bewegung.)"(1) Bebel spiele zu Unrecht das 'Endziel' gegen die Sozialreform aus. Es sei falsch, sich in das Wolkenkuckucksheim des Zukunftstaates zu flüchten und auf eine Veränderung des Gegenwartsstaates zu verzichten.

Timm wendet sich mit einleuchtenden Argumenten gegen Vorstellungen, nach denen die völlige Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar bevorsteht.

Vielmehr sei es so, daß ... "die bürgerliche Ordnung der Dinge zwar unwider-  
ruflich zum Untergang verurteilt ist, für den Augenblick aber noch Wider-  
standsfähigkeit genug besitzt, um sich eine Zeitlang aufrechtzuerhalten, und  
daß andererseits die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht genügend erstarkt  
sind, um die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft herbeiführen zu kön-  
nen. Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was soll gleich gesche-  
hen, um den unmittelbaren Nutzen zu schaffen, drängen sich in den Vorder-  
grund..."(2). Hier hat Timm die zentrale Motivation für die spezifische

-----

(1) Timm, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 304 f.

(2) Timm, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 310

Strategie der süddeutschen Sozialdemokraten offengelegt, die D. Groh - in Anspielung auf die revolutionäre Ungeduld der Linksradikalen - als 'staatsmännische Ungeduld' gekennzeichnet hat. Sozialdemokraten des linken Parteiflügels vermochten es jedoch nicht, die Frage nach den möglicherweise partiell gemeinsamen Wurzeln der Unzufriedenheit mit der Partei zu stellen, sondern schlugen sich, weil es um die Erhaltung der 'reinen Lehre' ging, vorbehaltlos auf die Seite des 'marxistischen Zentrums'.

Die kompromißlose Ablehnung der Budgetbewilligung seitens der Norddeutschen führte Frank, Sprecher der badischen Landtagsfraktion, darauf zurück, daß in Preußen ein allgemeines, gleiches Wahlrecht nicht existiert und sich somit den preußischen Abgeordneten die Frage nach einer Bewilligung des preußischen Haushalts gar nicht stellt. In einer solchen Situation sei es leicht, die abstrakte Forderung nach Ablehnung hochzuhalten; falls jedoch in Preußen ein gleiches Wahlrecht eingeführt würde, ... "dann würde zweifellos auch für die Preußen der Tag von Damaskus kommen..." (1) Auch Frank betont immer wieder, daß es um die Strategie der realen Einflußnahme geht. Der Klassenstaat müsse als Faktum anerkannt werden, verbale frontale Attacken nützten nichts, (2) lediglich der langsame aber stetige Ausbau von Sozialreformen verspreche Erfolg auf dem Weg zum sozialistischen Zukunftsstaat.

Den Gegnern der Budgetbewilligung ging das am Problem vorbei; die Finanzierung des bürgerlichen Staates war für sie eine zu wichtige Sache, als daß

-----

(1) Frank, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 320

(2) "Nach unserer Meinung ist das, was wir eben tun, ein echt deutscher Streit um eine Zeremonie, um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der Idee verneint werden. (Lachen.)"

Frank, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 320

man an sie herangehen könne, wie an einen Tarifvertrag, bei dem zu Recht dem bestmöglichen Verhandlungsergebnis zugestimmt würde. Das Budget sei der ... "Lebensnerv des Staates..." (1) und der .... "rechnungsmäßige Ausdruck für die Herrschaftsverhältnisse im Klassenstaate..." (2) oder, mit den Worten von Klara Zetkin formuliert, ... "der zusammengefaßte Ausdruck des Klassenstaates." (3)

Rosa Luxemburg benennt ihr Kriterium für die Beurteilung von erkämpften Verbesserungen. Nicht das 'Elend von anno dazumal' sondern 'das Endziel' (4) sei der Maßstab für sozialdemokratische Politik. Das soziale Zukunftsideal sei es, was die Sozialdemokratie für breite Arbeiterschichten attraktiv mache und nicht ... "diese winzigen positiven Errungenschaften, diese erbärmliche Sozialreform..." (5) Das Verhalten der süddeutschen Landtagsfraktion in der Budgetfrage, war für sie ein Stück bürgerliche Reformpolitik, welche der Politik des Freisinns bedenklich nahe kam. Ihre kompromißlose Betonung der Bedeutung des 'Endziels' - welches sie später und in anderen Zusammenhängen als unlösbar mit Reformen verbunden darstellte - erleichterte es jedoch ihren Gegnern, dem Luxemburgschen Radikalismus Realitätsferne zu unterstellen. (6)

-----

(1) + (2) Eichhorn (für die Minderheit der badischen Fraktion), Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 341

(3) K. Zetkin, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 353; vergl. auch Hoch (Hanau) a.a.O., S. 379

(4) R. Luxemburg, Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 364

(5) R. Luxemburg, ebd.

(6) vergl. die Äußerungen von Leinert (Hannover), Ptg. Prot. Nürnberg 1908, S. 398

In der Ablehnung der Budgetbewilligung waren sich die 'Linksradikalen' um Luxemburg und das marxistische Zentrum der Partei einig. Kautsky verwahrte sich in einer Nachbetrachtung (1) zum Parteitag ausdrücklich gegen die Darstellung der 'Revisionisten', die 'Radikalen' seien lediglich ein Häufchen Leipziger und Berliner Parteigenossen, ergänzt durch einige - in Anspielung auf Luxemburg u. a. - verantwortungslose Ausländer. Radikal gesinnt sei vielmehr die große Masse der Sozialdemokraten.

Die Übereinstimmung von 'Linksradikalen' und marxistischem Zentrum in der Budgetfrage stellte sich noch klarer auf dem Magdeburger Parteitag (1910) dar. In einer Debatte, die an Länge und Schärfe die Stuttgarter Erörterung der Budgetfrage übertraf, wurde die erneute Budgetbewilligung durch die badische Landtagsfraktion (2) von der Parteimehrheit verurteilt. Obwohl R. Luxemburg und K. Liebknecht kaum andere Einwände vorbrachten als Bebel in seinem abermals übernommenen Einleitungsreferat, wurde sie von den Budgetbewilligern hart angegangen. Als R. Luxemburg eindeutig aber mit sachlichen Argumenten gegen die Budgetbewilligung Stellung genommen hatte, bemerkte sie, am Schluß ihrer Ausführungen angekommen,

-----

(1) vergl. K. Kautsky, Der Parteitag über die Budgetbewilligung; in: Die Neue Zeit, 26. Jg., 2. Bd. 1907/08, Nr. 52, Berlin 25. Sept. 1908 (Stuttgart 1908), S. 932

(2) Im Bericht des Parteivorstandes zum Magdeburger Parteitag heißt es dazu: "Am 14. Juli verbreiteten die Depeschembureaus die gewiß den meisten Parteikreisen überraschend kommende Nachricht, daß bei der Abstimmung über das Finanzgesetz in der badischen Zweiten Kammer die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz gestimmt habe. Vor der Abstimmung hatten die Genossen Geck, Mosch und Stockinger den Saal verlassen. Die Annahme des Finanzgesetzes erfolgte dann von der Kammer einstimmig..." (Ptg. Prot. Magdeburg 1910, Bericht des Parteivorstandes, S. 15)

in die Richtung der Süddeutschen: "Es zeigt sich, daß diese Parlamentarier keinen Wert legen auf die Demonstration gegen den Klassenstaat. (Fortgesetzte Schlußrufe bei den Süddeutschen, auf die die Norddeutschen mit dem Ruf "Ruhe" antworten), wohl aber auf Demonstration gegen die eigenen Arbeiter.

Frank hat mit einer sehr richtigen Bemerkung geschlossen ... (Die Rufe "Schluß" wiederholen sich so stürmisch, daß die Rednerin einen Satz, den sie beginnt, nicht beenden kann. Der Vorsitzende Dietz ersucht die Rednerin, abubrechen; sie erklärt, daß sie sich füge, doch gehen ihre Worte unter dem Lärm vollkommen verloren. Fortgesetzt erschallen aus den Reihen der Minderheit Schlußrufe. Frank ruft: Ihre Zeit ist vorbei, Genossin Luxemburg. Heiterkeit bei den Süddeutschen. Von anderer Seite wird gerufen: Abtreten! Der Lärm schwillt so an, daß der Vorsitzende droht, falls keine Ruhe eintritt, würde er die Sitzung auf kurze Zeit aufheben. Die Genossin Luxemburg verläßt schließlich unter brausendem Beifall der Mehrheit die Rednertribüne.)"

(1) Auf sozialdemokratischen Parteitagten war es durchaus üblich, daß ein Redner, selbst dann, wenn er seine Redezeit überzogen hatte, wie es bei R. Luxemburg der Fall war, seinen Gedankengang zu Ende führen konnte. Die heftige Reaktion seitens der Süddeutschen auf R. Luxemburgs Beitrag verdeutlicht, in welchem Ausmaß die Kommunikation zwischen den Flügeln der Partei bereits Jahre vor der endgültigen Spaltung der Partei zerstört war.

Was den Inhalt ihrer Argumente angeht, verhielten sich Luxemburg, Liebknecht, Bebel u.a. durchaus defensiv. Zwar trugen sie energisch und kompromißlos ihren Standpunkt vor, doch nur, um den status quo sozialdemokratischer Politik zu erhalten. Es galt, die 'alte, bewährte Taktik', welche die Partei von Erfolg zu Erfolg geführt hatte, zu verteidigen.

Bebel verwies auf Äußerungen Kolbs im 'Volksfreund', der sich dort explizit für eine Änderung sozialdemokratischer Taktik ausgesprochen hatte. Durch

-----

(1) Ptg. Prot. Magdeburg 1910, S. 306 f.

eine derartige Veröffentlichung sah sich Bebel eigentlich berechtigt, in eine Debatte über die Gesamttaktik der Partei einzutreten. Er wehrte jedoch ab: "Ich will diese Debatte nicht, ich will sie nicht aus Rücksicht auf das kommende Jahr. Aber erspart wird sie uns nicht, sie muß kommen. (Sehr richtig! auch bei den Süddeutschen)." (1) Hierin pflichtet ihm K. Zetkin bei. Es gehe darum, einen Versuch abzuwehren, die Partei zu einer neuen Taktik zu drängen. (2) Auf die realen Antriebskräfte dieser nun schon Jahre andauernden Debatte gab ihre Analyse jedoch keine Antwort.

David, einer der Führer der süddeutschen Revisionisten, deutete an, daß der Parteizwist seinen Grund nicht nur in den verschiedenen subjektiven Sichtweisen der Parteigenossen habe. Wenn man sich nicht einige, so führte er aus ... "kehren diese Debatten immer wieder, wir können machen und beschließen, was wir wollen. Es gibt kein anderes Mittel. Die Verhältnisse werden stärker werden, als alle gefaßten Beschlüsse." (3)

-----  
(1) Bebel, Ptg. Prot. Magdeburg 1910, S. 242

(2) vergl. K. Zetkin, Ptg. Prot. Magdeburg 1910, S. 320

(3) David, Ptg. Prot. Magdeburg 1910, S. 326

Daß die Verhältnisse nicht nur stärker waren, als die Resolutionen der Parteitage, sondern an ihnen die Sozialdemokratie zerbrechen sollte, gab David auf fatale Weise recht. (1)

-----

- (1) W.I. Lenin kommentierte im November 1910 die Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie folgendermaßen: "Zwei Ideenwelten: auf der einen Seite der Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes, der in bestimmten historischen Perioden auf dem Boden der bürgerlichen Gesetzlichkeit geführt werden kann, der aber unvermeidlich zur Entscheidung zum offenen Kampf, zu der Alternative führt: entweder den bürgerlichen Staat zu 'zertrümmern', oder selbst zertrümmert und erwürgt zu werden. Auf der anderen Seite der Standpunkt des Reformisten, des Kleinbürgers, der den Wald vor lauter Bäumen und in dem Krähwinkel irgendeines Kleinstaates die großen historischen Fragen der Gegenwart vergißt." (W.I. Lenin, Zwei Welten, in: Lenin Werke, Bd. 16, S. 311)

## 1. 8 Revisionistische Denkanstöße und Luxemburgs Kritik an Eduard Bernstein

Seit 1896 war in der Neuen Zeit eine Aufsatzreihe von Eduard Bernstein erschienen, die auf scharfe Ablehnung der orthodoxen Marxisten in der SPD stieß. Diese Aufsätze bildeten dann zusammengefaßt in dem Buch 'Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie' das Kernstück des theoretischen Selbstverständnisses des sogenannten Revisionismus.

Begonnen hatte das, was dann als 'Revisionismusstreit' in die Geschichte der Sozialdemokratie einging mit den 'Eldoradoreden' Georg v. Vollmars, die dieser im Sommer 1891 in München gehalten hatte. Das Plädoyer Vollmars für die praktische Reformarbeit war gerichtet gegen die 'Taktik des Absoluten' der Parteimehrheit. Diese wollte jedoch von Vollmars Thesen nichts wissen. Die Verabschiedung des Erfurter Programms kurz nach Vollmars aufsehererregenden Thesen offenbarte, daß dieser in der Partei nur eine Minderheit repräsentierte. Jedoch wiesen spätestens die Auseinandersetzungen auf dem Breslauer Parteitag 1895 um das Agrarprogramm der Partei darauf hin, daß sich die innerparteilichen Konflikte bereits zu einem Richtungskampf zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie ausgeweitet hatte. Kautsky sprach in Breslau für die orthodox-marxistische Mehrheit, David und Vollmar für die allmählich selbstbewußter auftretende Opposition.

Bernsteins erwähnte Aufsatzreihe über 'Probleme des Sozialismus' bildete dann seit Ende 1896 (1) die Grundlage für die 'revisionistische' Kritik bzw. wurde zum Angriffspunkt ihrer Gegner.

Kernpunkte der Bernsteinschen Kritik an den Grundsätzen der Partei waren:

-----

- (1) Einen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung mit Bernstein auf dem Parteitag in Hannover 1899; vergl. Ptg. Prot. Hannover 1899, Berlin 1899.

1. Ein baldiger Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht zu erwarten. Die Sozialdemokratie kann deshalb nicht ihre Transformationsstrategie von einer bevorstehenden großen sozialen Katastrophe abhängig machen. (1)
2. Eine extreme Zuspitzung der Klassengegensätze, wie sie das Kommunistische Manifest prognostizierte, ist nicht zu verzeichnen. Die Zahl der Kapitalbesitzer steigt, die Mittelschichten hören nicht auf zu existieren. (2)
3. Entgegen den Auffassungen von Marx vollziehen sich die Konzentrationsprozesse des Industriekapitals nur langsam. Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft bleiben dahinter sogar noch zurück. (3)
4. Die Privilegien der Bourgeoisie weichen dem allmählichen Ausbau der demokratischen Institution. Die erstarkende Arbeiterbewegung hat eine Gegenaktion zur Ausbeutung durch das Kapital in Gang gesetzt, die auf immer größere Bereiche des Wirtschaftslebens Einfluß gewinnt. (4)

Die von Bernstein konstatierte Elastizität der bürgerlichen Gesellschaft – welche die führenden Parteitheoretiker nicht wahrnahmen – erforderte eine Neubesinnung sozialdemokratischer Politik, zu der er die wichtigsten Anhaltspunkte meinte beisteuern zu können.

-----

- (1) vergl. E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin 1921, S. 6; Erstveröffentlicht als Buchausgabe 1899. Zitiert wird im Folgenden nach dem reprint von J.H.W. Dietz Nachf. Bonn-Bad Godesberg 1973
- (2) E. Bernstein, ebd. S. 6 f.
- (3) ebd.
- (4) ebd.

Bernstein redete einem Realismus das Wort, der sich nicht durch die Kanonisierung der Schriften von Marx, Engels und der anderen Theoretiker der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts den Blick auf die Gesellschaft verstellt, so wie sie real existiert. In diesem Sinne meinte er, Marx und Engels für seine Auffassungen reklamieren zu können, welche ... "die größten Revisionisten waren, welche die Geschichte des Sozialismus kennt." (1) Denn Revisionismus war für Bernstein kein Schimpfwort, sondern der Versuch, Gesellschaftsanalyse und die Theorie sozialen Wandels im Einklang zu bringen mit der tatsächlich vorfindlichen Gesellschaft und den realen Möglichkeiten ihrer Veränderung. (2) Um dies zu bewerkstelligen, ist es notwendig - den Marxismus nicht aus seinen historischen Bedingungs-  
zusammenhängen zu lösen, und überhistorische Gültigkeit für seine politischen und ökonomischen Analysen zu beanspruchen. Bernstein meint, die marxistische Geschichtsauffassung als 'radikalstes Produkt' (3) der Jahre 1844 bis

-----  
(1) E. Bernstein, a.a.O., S. 28

(2) Horst Heimann streicht das Positive dieser Bernsteinschen Intention heraus. Redet dabei jedoch einer 'revisionistischen Renaissance' das Wort, die starke apologetische Züge trägt. Auf die heutige Situation bezogen vertritt er die These: "Nur auf der Grundlage eines revisionistischen Theorieansatzes ist eine der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechende Gesellschaftstheorie und eine erfolgversprechende politische Strategie für die Verwirklichung sozialistischer Ziele zu entwickeln."  
H. Heimann, Die Aktualität Eduard Bernsteins, in: Texte zum Revisionismus, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 18

(3) E. Bernstein, a.a.O., S. 51

1847, in denen sich West- und Mitteleuropa in einer Phase 'revolutionärer Gärung' befanden, bezeichnen zu können. Die ideologische Vertretung der unterdrückten Klassen, sei weit über deren praktisches Bedürfnis hinausgegangen. Zum anderen habe Marx seine philosophische Herkunft als Linkshegelianer nicht verleugnen können und sei insofern ebenfalls ein Kind seiner Zeit gewesen. Bernstein empfiehlt, die 'Fallstricke der Hegeldialektik' zu erkennen, weil sie einer folgerichtigen Betrachtung der Dinge im Wege liegen. "Jedesmal, wo wir die Lehre, die von der Ökonomie als der Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht, vor der Theorie kapitulieren sehen, die den Kultus der Gewalt auf den Gipfel treibt, werden wir auf einen Hegelschen Satz stoßen. Vielleicht nur als Analogie, aber das ist dann um so schlimmer. Die große Täuschung der Hegelschen Dialektik ist, daß sie nie ganz im Unrecht ist. Sie schielt nach Wahrheit wie ein Irrlicht nach Erleuchtung. Sie widerspricht sich nicht, weil ja nach ihr jedes Ding seinen Widerspruch in sich trägt. Ist es ein Widerspruch, die Gewalt dahin zu setzen, wo eben noch die Ökonomie saß? O nein, denn die Gewalt ist ja selbst 'eine ökonomische Potenz'." (1) Ohne die Hegelsche Philosophie leichtfertig abhandeln zu wollen, ist es Bernstein doch zu konzedieren, die verhängnisvollen Konsequenzen eines dialektischen Schematismus zu haben. Gerade wenn man die Entwicklungsprodukte des zur Legitimationswissenschaft degenerierten 'wissenschaftlichen Sozialismus' kennt - in der Sowjetunion als 'Diamat' und 'Histomat' zum Abschluß gebracht und dem Zugriff der 'dialektischen Vernunft' (2) entzogen - erweist sich Bernsteins Kritik in diesem Punkte

-----

(1) E. Bernstein, a.a.O., S. 71

(2) Zur Kritik vergl. Herbert Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied und Berlin 1964, vor allem Kap. 7, Die Dialektik und ihre wechselnden Schicksale, S. 136 ff.

als weitsichtig. Gerade die Versuche, das dialektische Prinzip gleichsam als Anleitung zum politischen Handeln zu benutzen, etwa indem man auf die antithetische Verschärfung von Klassenwidersprüchen setzt, die dann bei entsprechender politischer Behandlung sich in eine neue qualitativ höher stehende gesellschaftliche Synthesis auflösen, trifft Bernsteins Kritik zu recht. Andererseits ist jedoch auf Bemühungen hinzuweisen, diese Dogmatisierung von Dialektik aufzulösen und deren Geltungsbereich neu zu durchdenken. (1) Bernsteins schroffe Ablehnung der Marxschen und Hegelschen Dialektik - und in diesem Zusammenhang sein Plädoyer für eine Neurezeption von Kant - war gewissermaßen ein Nebenschauplatz des Revisionismusstreits (2), was die Masse der Parteifunktionäre erregte, waren Bernsteins Angriffe auf die 'sieggekrönte Taktik' der Sozialdemokratie und Bernsteins offene Revision der revolutionären Strategie. Wie begründete Bernstein seine Forderung nach strategischer Umorientierung, die in den Augen seiner Gegner schlichtweg Opportunismus gegenüber dem bürgerlichen Staat bedeutete?

Ein zentraler Ansatzpunkt war - neben der Analyse der Ursachen der 'Elastizität' der bürgerlichen Gesellschaft - Bernsteins Begriff von Demokratie. Er führt aus: "In dem Begriff Demokratie liegt eben für die heutige Auffassung eine Rechtsvorstellung eingeschlossen: die Gleichberechtigung aller Angehörigen des Gemeinwesens, und an ihr findet die Herrschaft der Mehrheit, worauf in jedem konkreten Fall die Volksherrschaft hinausläuft, ihre Grenze. Je mehr sie eingebürgert ist und das allgemeine Bewußtsein

-----

- (1) Vor allem die 'Kritik der dialektischen Vernunft' von J.P. Sartre (Reinbek bei Hamburg 1967; Librairie Gallimard, Paris 1960) kann hier wichtige Anregungen geben.
- (2) vergl. hierzu H. Grebing, Die erkenntnistheoretische Dimension des Bernsteinschen Revisionismus. In: Der Revisionismus, München 1977, S. 39 ff.

beherrscht, um so mehr wird Demokratie gleichbedeutend mit dem höchstmöglichen Grad von Freiheit für alle." (1) Demokratie ist für Bernstein mehr als ein Mittel zur Durchsetzung proletarischer Interessen. Grundzüge der anzustrebenden sozialistischen Staatsordnung sieht er hier vorgezeichnet. Von daher wendet er sich gegen den Begriff der 'Diktatur des Proletariats'; denn wenn die proletarische 'Diktatur' Volksherrschaft im Interesse aller bei Beachtung der Rechte der Minderheiten meint, dann sollte man lieber gleich den Begriff Demokratie verwenden. "Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus." (2)

Obwohl sich viele Parteigenossen mit der Aufgabe der Zielformel 'Diktatur des Proletariats' schwer taten und Bernstein gerade in diesem Punkt namentlich aus den Reihen der russischen Sozialisten heftig kritisiert wurde, war es nicht Bernsteins emphatisches Plädoyer für die Demokratie, was auf Ablehnung stieß, sondern seine als unbegründet empfundenen Schlußfolgerungen. Ausgehend von der Betrachtung, daß der Inhaber des Wahlrechts teil hat am Gemeinwesen, meint Bernstein sagen zu können, daß auf die Dauer diese 'virtuelle Teilhaberschaft' zur 'tatsächlichen Teilhaberschaft' führen muß. Ist erst einmal das demokratische Wahlrecht erkämpft, und somit ein Stück Demokratie verwirklicht, zieht das weitere demokratische Errungenschaften nach sich, 'wie ein Magnet die Eisenteile'. In bezug auf die demokratischen Fortschritte in England, USA, Frankreich, der Schweiz und den skandinavischen Ländern stellt er fest: "Die Demokratie ist prinzipiell die Aufhebung der Klassenherrschaft, wenn sie auch nicht die faktische Aufhebung der Klassen ist." (3) Er postuliert also die Möglichkeit divergierender Herrschaftsstrukturen im politischen System und der Ökonomie. Eine Demokratisierung

-----

(1) E. Bernstein, Voraussetzungen..., a.a.O., S. 177

(2) E. Bernstein, Voraussetzungen..., a.a.O., S. 178

(3) E. Bernstein, Voraussetzungen..., a.a.O., S. 180

der politischen Strukturen zieht notgedrungen die Auflösung der ökonomisch begründeten Klassenherrschaft nach sich.

Die Möglichkeit der Regression zieht Bernstein in seine Betrachtungen nicht mit ein, der Fortschritt zum Besseren ist mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts unwiderruflich eingeleitet. Beinahe idyllisch mutet Bernsteins Beschreibung der Konfliktaustragung in bürgerlichen Demokratien an: "In der Demokratie lernen die Parteien und die hinter ihnen stehenden Klassen bald die Grenzen ihrer Macht kennen und sich jedesmal nur so viel vornehmen, als sie nach Lage der Umstände vernünftigerweise hoffen können, durchzusetzen." (1) Bernstein teilt auf seine 'revisionistische' Weise den Geschichtsoptimismus der Vorkriegssozialdemokratie, zwar setzt er nicht auf den unvermeidlich bevorstehenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, doch ist der Sieg des Sozialismus gewiß. Man soll diese Entwicklung durch eine revolutionäre Phraseologie nur nicht behindern, sondern die Ideologie der Partei an ihre praktische Politik anpassen. Denn ... "die ganze praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine von konvulsivischen Ausbrüchen freie Überführung der modernen Gesellschaftsordnung in eine höhere ermöglichen und

-----  
(1) E. Bernstein, Voraussetzungen..., a.a.O., S. 180

verbürgen sollen." (1) 'Konvulsivische Ausbrüche' bei dem Versuch der gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsmittel befürchtet Bernstein, wenn sich die Partei am Kommunistischen Manifest und den Schriften von Marx und Engels aus den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts orientiert. Ohne Herausbildung demokratischer Institutionen würde der Vergesellschaftungsprozeß voraussichtlich begleitet von 'maßloser Verwüstung von Produktionskräften, sinnloser Experimentiererei und zweckloser Gewalttätigkeit'. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse könne sich dann in der Tat nur durchsetzen ... "in der Form einer diktatorischen revolutionären Zentralgewalt, unterstützt durch die terroristische Diktatur revolutionärer Klubs." (2)

-----

(1) E. Bernstein, Voraussetzungen, a.a.O., S. 182. Zur Bernsteinschen Transformationskonzeption merkt S. Papcke an: "Bernstein schien seine Übergangspläne für einen herrschaftsfreien Raum erdacht zu haben. War das nicht eine Rechnung ohne den Wirt? Er rief den Bürgern beruhigend zu, daß es sich bei den revisionistischen Absichten nur 'um die allmähliche Ablösung durch Organisation und Gesetz handelte'; und er ermahnte seine Partei im gleichen Atemzug, die alten Freßlegenden endlich auch in der Phrase aufzugeben. Es ging aber nicht darum, daß die SPD gemäßigter auftrat, wie Bernstein immer unterstellte, sondern darum, ob die Machthaber einen zwar sanften, nichts desto trotz aber tiefgreifenden Abbau ihrer Privilegien hinnehmen würden, ohne sich zu wehren.

War das ohne größere Zusammenstöße denkbar? "

Sven Papcke, Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979, S. 134

(2) E. Bernstein, Voraussetzungen..., a.a.O., S. 190

Als Alternative zum Revolutionarismus empfiehlt Bernstein die allmähliche Ablösung der alten Gesellschaftsordnung durch Organisation und Gesetz. (1) Vor allem gehe es darum, klar zu machen, daß die Sozialdemokratie nicht eine gewalttätige Revolution gegen die gesamte nichtproletarische Welt anstrebt. Differenzierungen innerhalb des bürgerlichen Lagers sind vorhanden und sollten von der SPD zu Bündniszwecken ausgenutzt werden. Dies jedoch nicht dergestalt, daß bei den liberalen bürgerlichen Partnern berechnete Angst vor einer bloßen Instrumentalisierung für die Zwecke der Partei aufkommt. ... "Man erzieht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen euch helfen den Feind zu fressen, aber gleich hinterher fressen wir euch." (2)

Bernsteins Vorstellungen vom sozialen Wandel beziehen als dessen gesellschaftlichen Träger also explizit nichtproletarische Schichten mit ein. Hier deutet sich ein Transformationsbegriff an, der in späteren Volksfrontkonzeptionen weiterentwickelt wurde. Bei den orthodoxen Marxisten der Parteimehrheit wurden Bernsteins Reden gegen eine 'allgemeine, gleichzeitige und gewalttätige Expropriation' jedoch als Anbiederung an den Freisinn und andere liberale Gruppierungen aufgefaßt, von denen man sich nur schwer eine Unterstützung der proletarischen Revolution vorstellen konnte.

-----

(1) vergl. E. Bernstein, Voraussetzungen..., a.a.O., S. 197

Julius Braunthal weist darauf hin, daß dies keine völlig neue Auffassung innerhalb der Arbeiterbewegung war. "Die Theorie des 'Hineinwachsens' der kapitalistischen in die sozialistische hatten französische, italienische und englische Sozialisten lange vor Bernstein entwickelt; Malon, Brousse, Millerand und Jaurès in Frankreich, Turati in Italien, die Fabier in England." (Braunthal, a.a.O., Bd. I., S. 274)

Braunthal, Geschichte der Internationale, 2. Bd., Hannover 1961/63

(2) Bernstein, Voraussetzungen, a.a.O., S. 197

Auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 und besonders auf dem Parteitag in Hannover 1899 – die Aufsätze Bernsteins waren kurz vorher gesammelt erschienen – wurde Bernsteins Thesen massiv entgegengetreten. Sogar Stimmen, welche den Ausschluß Bernsteins aus der Partei forderten, waren zu hören. (1) Die viertägige Debatte, eingeleitet durch ein sechstündiges Referat von Bebel, vermochte jedoch nicht einen endgültigen Schlußstrich unter die Auseinandersetzungen zu ziehen. In den folgenden Jahren kam die Diskussion über die richtige Strategie der Partei immer wieder ins Zentrum der Parteitage und wurde durch Veröffentlichungen der Parteitheoretiker vertieft. Auch Rosa Luxemburg, damals in der deutschen Sozialdemokratie erst Wenigen bekannt, beteiligte sich. In der Leipziger Volkszeitung erschienen von ihr zwei Artikelserien, (2) die 1899 auch als Broschüre herausgegeben wurden. Ihr provokanter Titel lautete: "Sozialreform oder Revolution?"

Ausgangspunkt einer Kette von strategischen Fehlschlüssen Bernsteins ist nach R. Luxemburg dessen Postulierung der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus. Wenn man den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus leugne, entstehe die Frage: "Warum und wie gelangen wir überhaupt noch zum Endziel unserer Bestrebungen?" (3) Bernstein begreife nicht, daß die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zur unabdingbaren Voraussetzung die Verschärfung der in der kapitalistischen Ökonomie angelegten

-----

(1) vergl. Briefwechsel Bebel – Kautsky, Hersg. von Karl Kautsky jr., Asson 1971

(2) Leipziger Volkszeitung, Nr. 219–225 vom 21. bis 28. Sept. 1898; Nr. 76–80, 4. bis 8. April 1899

(3) R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? Leipzig 1899; abgedr. in: R. Luxemburg – Gesammelte Werke, Bd. 1,1, S. 375. Im gleichen Jahr erschien eine Kritik K. Kautskys an Bernstein: K. Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Stuttgart 1899

Widersprüche habe. Die für die Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation zentrale Theorie von Marx, welche eine krisenhafte Zuspitzung der Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen konstatierte, werde von Bernstein beiseite geschoben. "Was ist aber", so fragt R. Luxemburg, "der Marxsche Zauberschlüssel, der ihm gerade die innersten Geheimnisse aller kapitalistischen Erscheinungen geöffnet hat, der ihn mit spielender Leichtigkeit Probleme lösen ließ, von denen die größten Geister der bürgerlichen klassischen Ökonomie, wie Smith und Ricardo, nicht ein mal die Existenz ahnten? Nichts anderes als die Auffassung von der ganzen kapitalistischen Wirtschaft als von einer historischen Erscheinung, und zwar nicht nur nach hinten, wie es im besten Falle die klassische Ökonomie verstand, sondern auch nach vorne, nicht nur im Hinblick auf die naturalwirtschaftliche (2. Aufl.: feudalwirtschaftliche, FB) Vergangenheit, sondern namentlich auch im Hinblick auf die sozialistische Zukunft. Das Geheimnis der Marxschen Wertlehre, seiner Geldanalyse, seiner Kapitaltheorie (2. Aufl.: eingefügt: "seiner Lehre von der Profitrate, FB) und somit des ganzen ökonomischen Systems ist - die Vergänglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft, ihr Zusammenbruch, also - dies nur die andere Seite - das sozialistische Endziel." (1) Es fragt sich, ob R. Luxemburg hier nicht die Marxschen Analysen überinterpretiert bzw. dessen Krisentheorie einseitig auf eine Zusammenbruchstheorie zuspitzt. Der zyklische Aspekt des Akkumulationsprozesses geht in ihren Darlegungen verloren zu Gunsten eines evolutionistisch geprägten Modells sich auf eine Endlösung zubewegender ökonomischer Widersprüche. Ausgang der Dialektik von Produktivkräften und Verhältnissen des Produzierens ist nach R. Luxemburg prognostizierbar; aufgehoben wird die produktive these und ihre in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnde antithesis in der qualitativ neuen

-----

(1) R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, a.a.O., S. 415

synthesis der sozialistischen Ordnung.

Die Marxschen Analysen der dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Ursachen (1) sollten solchen dialektischen Schematismus eigentlich verunsichert haben, denn die dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Faktoren machen grundsätzlich eine ökonomische Situation einander abwechselnder Verwertungs- und Entwertungsphasen möglich, was - über einen längeren Zeitraum gesehen - eher stagnative Züge tragen kann.

Vereinfachend könnte formuliert werden, daß die 'reinigende Funktion der Krise' (K. Marx) in unregelmäßigen Abständen immer wieder systemstabilisierend wirksam werden kann. (2) Es sei denn, es kommen das ökonomische System verändernde Anstöße aus dem politischen Raum, d.h. von bewußt eingreifenden Menschen.

Rosa Luxemburg geht in ihrer Ableitung des Sozialismus aus dem notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Ökonomie, völlig mit den Auffassungen der 'orthodoxen Marxisten' in der Partei konform.

-----

(1) Marx führt sechs dem Fall der Profitrate entgegenwirkende Ursachen

- an: 1. Die Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeit (K. Marx, Das Kapital, Bd. III., in: MEW 25, S. 242 ff.),
2. Das Herabdrücken des Arbeitslohns unter den Wert der Arbeitskraft (ebd. S. 245),
3. Die Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals (ebd., S. 245 f.),
4. Die relative Überbevölkerung (ebd., S. 246 f.),
5. Der auswärtige Handel (ebd. S. 247 ff.) und
6. Die Zunahme des Aktienkapitals (ebd. S. 250)

(2) vergl. Elmar Altvater, Zu einigen Problemen des 'Krisenmanagements' in der kapitalistischen Gesellschaft. In: M. Jänicke (Hrsg.), Herrschaft und Krise, Opladen 1973, S. 182

Die 'wissenschaftliche Begründung des Sozialismus' sieht R. Luxemburg neben der zunehmenden Anarchie der kapitalistischen Produktion und der damit einhergehenden fortschreitenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses in der wachsenden Macht und Klassenerkenntnis des Proletariats.

(1) Das subjektive Handeln der organisierten Arbeiterschaft vermag es jedoch nicht, den objektiv vorgezeichneten Entwicklungsgang der Geschichte nach seinem Gutdünken zu beeinflussen, sondern erscheint in Luxemburgs Konzeption (zum Zeitpunkt des Revisionismusstreits) gleichsam als Vollzugsorgan der historischen Notwendigkeit. Scharf wendet sie sich gegen Bernsteins Auffassung, der die Rolle der Erkenntnis der sozialen Mißstände und den Willen zur Erreichung des sozialistischen Gesellschaftsideals betont und dabei die postulierten objektiven Entwicklungsgesetze vernachlässigt.

Bernstein konstruiere ... "eine Begründung des sozialistischen Programms durch 'reine Erkenntnis', das heißt, einfach gesagt, eine idealistische Begründung, während die objektive Notwendigkeit, das heißt, die Begründung durch den Gang der materiellen gesellschaftlichen Entwicklung, dahinfällt." (2)

Wenn man bedenkt, daß aus R. Luxemburgs Schriften immer wieder jene 'Stellen' zitiert werden, wo sie gerade die Bedeutung subjektiven Handelns herausstreicht, und wenn man weiß, daß aus ihren strategischen Bestimmungen gar so etwas wie eine Spontanitätstheorie herauszufiltern versucht wurde, kann man gar nicht deutlich genug auf ihre ideologische Verbindung mit dem Marxismus der II. Internationale hinweisen.

Zumindest bis zur russischen Revolution von 1905 und den sich anschließenden Massenstreikdiskussionen erweist sie sich als verlässliche Bündnispartnerin der orthodoxen Marxisten - wie Kautsky u.a. - im Kampf gegen den

-----

(1) vergl. R. Luxemburg, a.a.O., S. 375

(2) R. Luxemburg, a.a.O., S. 377

'Opportunismus' der Revisionisten und dem 'Blanquismus' anarchistischer Strömungen. "Die Sozialdemokratie", so schreibt R. Luxemburg, "leitet ihr Endziel ebensowenig von der siegreichen Gewalt der Minderheit wie von dem zahlenmäßigen Übergewicht der Mehrheit, sondern von der ökonomischen Notwendigkeit und der Einsicht in diese Notwendigkeit ab, die zur Aufhebung des Kapitalismus durch die Volksmasse führt und die sich vor allem in der kapitalistischen Anarchie äußert." (1)

Der historische Pessimismus in bezug auf die Flexibilität des Kapitalismus seitens führender Vertreter der II. Internationale und die damit verbundene Erwartung eines baldigen Zusammenbruchs, mit der proletarischen Revolution im Gefolge, wurde von Bernstein zwar nicht geteilt, doch schöpfte er seine sozialdemokratische Zuversicht aus anderen Quellen. Die allmähliche Entwicklung der Demokratie sollte das bewerkstelligen, was ökonomische Zwangsmechanismen in seinen Augen zu leisten nicht in der Lage waren: den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf seine besondere Weise teilt Bernstein das Geschichtsverständnis bzw. die historischen Prognosen der Vorkriegssozialdemokratie. Die Übereinstimmungen zwischen Kautsky, Luxemburg und Bernstein waren hier offenbar größer als diese selbst es wahr haben wollten.

Bernsteins Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung zum Sozialismus gründet sich – folgt man Luxemburgs Kritik – auf 'Luftgebilde'. "Zwischen der kapitalistischen Entwicklung und der Demokratie läßt sich kein innerer (2. Aufl.: allgemeiner, FB) absoluter Zusammenhang konstruieren. Die politische Form ist jedesmal das

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 413

Ergebnis der ganzen Summe politischer - innerer und äußerer - Faktoren und läßt in ihren Grenzen die ganze Stufenleiter von der absoluten Monarchie bis zur demokratischsten (2. Aufl.: demokratischen, FB) Republik zu." (1) Nicht nur, daß die Demokratie bloß eine von vielen möglichen politischen Formen des Kapitalismus ist, sie hat sogar dort, wo sie existiert, zunehmend ihre Rolle ausgespielt. Die Aufhebung der Kleinstaaterei in Deutschland und Italien, wozu sie einst einen wichtigen Beitrag geleistet hat und die mittlerweile solide wirtschaftliche Verflechtung mache die Demokratie überflüssig. Ebenso - folgt man weiterhin R. Luxemburg - ist die Umwandlung der 'politisch-administrativen Staatsmaschine' in einen 'kapitalistischen Mechanismus' vollzogen. Damit können die demokratischen Strukturen des Staates - wie das allgemeine Stimmrecht oder die republikanische Staatsform - aufgegeben werden, ohne daß die Verwaltung, das Finanz- und Militärwesen usw. Schaden nimmt.

Die auf Demokratisierung abzielende liberale Bewegung ist für R. Luxemburg deshalb nicht nur überflüssig, sondern mittlerweile in zunehmendem Maße den bürgerlichen Interessen hinderlich. Sie schreibt: "Die Ausbildung der Weltwirtschaft und die Verschärfung und Verallgemeinerung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte haben den Militarismus und Marinismus als Werkzeuge der Weltpolitik zum tonangebenden Moment ebenso des äußeren wie des inneren Lebens der (gesamten) Großstaaten gemacht. Ist aber die Weltpolitik und der Militarismus (zweifellos, weil in Zusammenhang mit den ökonomischen Bedürfnissen und Bestrebungen des Kapitalismus,) eine aufsteigende Tendenz der heutigen Phase, so muß sich folgerichtig die bürgerliche Demokratie auf absteigender Linie bewegen." (2) Neben der Verschärfung außenpolitischer Widersprüche trägt das Erstarken der Arbeiterbewegung dazu bei, daß die Bourgeoisie sich nicht der Demokratie, sondern

-----  
(1) R. Luxemburg, Sozialreform..., a.a.O., S. 424; vergl. auch ebd.

S. 422 und 423, wo historische Belege angeführt werden.

(2) R. Luxemburg, Sozialreform..., a.a.O., S. 425

der Reaktion zuwendet. Eine Stütze für die Demokratie sei der bürgerliche Liberalismus nicht mehr, allein die sozialistische Bewegung ist – nach R. Luxemburg – in der Lage in Verfolgung ihrer revolutionären Ziele die Demokratie abzusichern. Der Sozialismus (und die politische Bewegung auf ihn zu) erscheint in diesem Verständnis als Voraussetzung der Demokratie. Bernstein zeige selbst ... "wie wenig umgekehrt die bürgerliche Demokratie eine notwendige Voraussetzung und Bedingung der sozialistischen Bewegung und des sozialistischen Sieges sein kann." (1)

-----

(1) R. Luxemburg, Sozialreform..., S. 426

In der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen Luxemburg-Biographie würdigen A. Laschitza und G. Radczun zwar R. Luxemburgs Kritik am 'Opportunismus', doch habe sie sich von organisationspolitischen Fehleinschätzungen leiten lassen. Es heißt dort: "Sie zog aus ihren Erkenntnissen über das Wesen des Opportunismus keine organisationspolitischen Konsequenzen, sondern hoffte – und diese Auffassung war illusionär, – daß mit der Entfaltung eines revolutionären Massenkampfes des Proletariats der Opportunismus von unten überwunden werden könnte." (A. Laschitza, G. Radczun – Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt a.M. 1971, S. 176)

## I.9 Die Kontroverse zwischen Karl Kautsky und Rosa Luxemburg

Zu Beginn des Jahres 1910 erreichten die preußischen Wahlrechtskämpfe einen neuen Höhepunkt. Unmittelbarer Anlaß für eine Welle von Demonstrationen und Protestveranstaltungen, welche die Wahlrechtsbewegungen von 1905/1906 und 1908/1909 an Zahl und Intensität weit übertrafen, war eine am 4. Februar veröffentlichte Regierungsvorlage zur Reform des preußischen Wahlrechts. Statt jedoch das Reichstagswahlrecht auch in Preußen einzuführen, schlug der Regierungsentwurf lediglich vor, Angehörige der Beamten-schaft und der Intelligenz von der dritten in die zweite Wählerklasse aufsteigen zu lassen. Nach dreimonatigen Verhandlungen scheiterte dieses Vorhaben vor allem am Widerstand des Zentrums und der Konservativen, welche die in den Augen der Sozialdemokraten ohnehin provokante Regierungsvorlage noch weiter verschlechtern wollten.

Die Protestbewegung, die sich am Sonntag nach der Veröffentlichung von Bethmann-Hollwegs Vorlage zumeist in Form von Straßendemonstrationen und Versammlungen artikulierte, wuchs deutlich über die sonst von der Sozialdemokratie mobilisierbare Anhängerschaft hinaus. Blutige Zusammenstöße mit der Polizei, wie in Braunschweig, trugen dazu bei, daß auch liberale Teile des Bürgertums sich mit der Wahlrechtskampagne solidarisierten. Lokale Presseorgane und Unterbezirke der Partei forderten ein offensives Vorgehen der Parteiführung (1) und erörterten vereinzelt die Frage, ob politische Massenstreiks ein geeignetes Mittel wären, der Regierung die Ernsthaftigkeit der sozialdemokratischen Forderungen klar zu machen. (2)

-----

(1) Unter anderem: Halle, Breslau, Kiel, Frankfurt, Bremen, Solingen, Dortmund, Elberfeld.

(2) Hessen-Nassau stellte den formellen Antrag an den Parteivorstand, einen Massenstreik in die Wege zu leiten.

Diese Vorstellungen stießen jedoch bei den führenden Gremien der Partei und der Gewerkschaften, welche eine unkontrollierte Massenbewegung mit nicht abschätzbaren Folgen für die eigenen Organisationen fürchteten, auf Ablehnung. Am 10. Februar wurde vom Landesausschuß der preußischen Sozialdemokratie und dem Parteivorstand beschlossen, einer Propagierung des Massenstreiks in den Presseorganen der Partei entgegenzutreten. Zwar wurde dieser Beschluß nur ungenügend befolgt, doch die Neue Zeit und der Vorwärts – als die zentralen Presseorgane der Partei richtungsweisend für die politische Orientierung – nahmen eine Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks erst wieder auf, als der 'Wahlrechtssturm' vorüber war. (1)

Kautsky, den mit Rosa Luxemburg eine langjährige politische und persönliche Freundschaft verband, sah sich gezwungen, einen Artikel von ihr, der für die Neue Zeit vorgesehen war, zurückzuweisen. Die sich hieran anschließenden Diskussionen über die Bedeutung der republikanischen Forderungen und außerparlamentarischer Massenaktionen offenbarten, daß die 'antirevisionistische' Allianz zwischen den Linksradikalen und dem marxistischen Zentrum endgültig zerbrochen war.

Nachdem Kautsky Rosa Luxemburgs Positionen kritisiert hatte (2), wies diese dessen Kritik in einer Replik (3) zurück. Sie warf Kautsky vor, daß

-----

(1) Hierzu bemerkt D. Groh: "Der 'Vorwärts' ging erst Mitte Juli auf die Massenstreikdiskussion ein; die 'NZ' brachte erst in der ersten Aprilhälfte einen Artikel von Kautsky gegen die Massenstreikagitation, einen Artikel Luxemburgs für den Massenstreik aber erst Ende Mai." (D. Groh, Negative Integration..., a.a.O., S. 138)

(2) vergl. K. Kautsky, "Was nun?" in: Die Neue Zeit (Stuttgart), 28. Jg. 1909/10, 2. Bd. S. 33-40 und S. 68-80

(3) vergl. R. Luxemburg, Ermattung oder Kampf? in: Die Neue Zeit (Stuttgart), 28. Jg. 1909/10, 2. Bd., I. und II. S. 257-266; III. bis V. S. 291-305. abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 344-377

dieser die Stimmung der Parteibasis falsch einschätze, wenn er die Massenstreikdiskussion lediglich als persönliches Interesse von R. Luxemburg und einigen anderen 'Linksradi-kalen' darstelle. Auf ihrer jüngsten Agitationstour (1) habe sie festgestellt, daß "die Losung des Massenstreiks überall ohne Ausnahme die stürmischste Zustimmung fand." (2) Und nur noch ein Thema rufe die gleiche Zustimmung hervor, "die scharfe Betonung unseres republikanischen Standpunktes." (3) Kautsky setze, ähnlich wie Eduard Bernstein (4), die Strategie des politischen Massenstreiks in Gegensatz zur parlamentarischen Arbeit. Doch dies ist für R. Luxemburg eine unhaltbare Auffassung. Sie schreibt: "Der Massenstreik, wie er gegenwärtig im preußischen Wahlrechtskampf zur Debatte steht, war und ist von keinem Menschen als Gegensatz zum Parlamentarismus, sondern als seine Ergänzung, ja, als Mittel, parlamentarische Rechte zu erringen, gedacht. Nicht als Gegensatz zum täglichen Werke der Schulung, Aufklärung und Organisierung der Massen, sondern als ein hervorragendes Mittel, gerade die Schulung, Aufklärung und Organisierung der proletarischen Massen zu fördern. Da Genosse Kautsky nun diesem so gedachten Massenstreik unsere altbewährte Taktik des Parlamentarismus entgegenstellt, empfiehlt er in Wirklichkeit vorläufig und für die gegenwärtige Situation einfach Nichtsalsparlamentarismus (...)"(5)

-----

- (1) Vom 3. bis zum 18. April 1910 hatte R. Luxemburg 16 Veranstaltungen in Oberschlesien, Bremen, Kiel, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Solingen, Barmen, Frankfurt a.M. und Hanau abgehalten, auf denen sie vornehmlich zu Fragen des Massenstreiks sprach.
- (2) + (3) R. Luxemburg, Ermattung oder Kampf? a.a.O., Ges. Werke, Bd. 2, S. 345
- (4) vergl. E. Bernstein, Die Potenz politischer Massenstreiks, in: Sozialistische Monatshefte (Berlin) 1910, 1. Bd., S. 428-488
- (5) R. Luxemburg, Ermattung oder Kampf? a.a.O., S. 361

Kautsky predige mit seiner Betonung der Notwendigkeit parlamentarischer Arbeit folglich offenen Ohren. Schon seit Jahrzehnten sei das ganze Partei-leben auf die Reichstagswahlen ausgerichtet und die Taktik der Partei ... "mehr als genug von Rücksichten auf die Parlamentswahlen beeinflusst." (1) Wenn man die Massenaktionen nicht offensiv aufgreife, sei es der Sozialdemokra-tie nicht möglich, die politische Stagnation zu durchbrechen und daran ändere ein weiterer möglicher Erfolg bei den nächsten Reichstagswahlen nicht das Geringste.

Kautsky trage weder, durch eine 'noch größere Zuspitzung der ganzen Taktik auf die Wahlen' dazu bei, die Sozialdemokratie in die politische Offen-sive zu bringen, noch verhindere er der Partei vermeintlich drohende Ge-fahren. "Der wirkliche Effekt des Auftretens des Genossen Kautsky ist also nur der, "und damit kündigte Rosa Luxemburg öffentlich das Bündnis mit dem 'marxistischen Zentrum' auf (2), "daß er eine theoretische Schirm-wand für die Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften geliefert hat, die sich bei der weiteren rücksichtslosen Entfaltung der Massenbewe-gung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten. Indem Genosse Kautsky unter Berufung auf Engels und den Marxismus diesen Elementen für ihr Vorgehen eine Gewissensberuhigung gebracht hat, hat er zugleich ein Mittel geliefert, um derselben Demonstrationsbewegung wieder für die

-----

(1) R. Luxemburg, ebd., S. 373

(2) Paul Frölich bestätigt dies: "Es brach damals in der Tat nicht allein die Freundschaft zwischen Kautsky und Luxemburg zusammen, sondern die Einheit der radikalen Parteimehrheit ging in Trümmer." (Paul Frölich, Rosa Luxemburg - Gedanke und Tat. Frankfurt a.M. 1967, S. 210)

nächste Zeit das Genick zu brechen, die er immer machtvoller gestalten möchte." (1)

Der Streit darüber, ob Kautskys Theorie von der Notwendigkeit der Ablösung der 'Niederwerfungsstrategie' durch die 'Ermattungsstrategie' sich durch Marxsche oder Engelssche Ausführungen legitimieren lasse, war für deren Akzeptierung durch die auf marxistische Orthodoxie fixierte Sozialdemokratie nicht unerheblich. Gegenstand voneinander abweichender Interpretationen war hier vor allem die von Friedrich Engels 1895 verfaßte Einleitung einer Untersuchung von Karl Marx über die 'Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850'. (2) Nun hatte gerade diese Engelssche Schrift, die wegen einiger Passagen, in denen Engels die Vorteile des legalen Vorgehens für die Sozialdemokratie hervorhob (3), gern gegen die Radikalen ins Feld geführt wurde, ihre besondere Editions-geschichte. Auf Drängen des Parteivorstandes mußte Engels einige Stellen aus dem Manuskript streichen oder umformulieren, in denen er eine mögliche gewaltsame Erhebung für die Zukunft nicht ausschloß. Veranlaßt zu seiner Intervention sah sich der Parteivorstand durch die Befürchtung, der Reichstag könne ein neues 'Sozialistengesetz' verabschieden. Eine sogenannte Umsturzvorlage war im Dezember 1894 vorgelegt worden und wurde bis April 1895 beraten. Die Führung der SPD wollte deshalb alles vermeiden, um - aus ihrer Sicht unnötige - Vorwände für die Verabschiedung verschärfter gesetzlicher

-----  
(1) R. Luxemburg, Ermattung oder Kampf?, a.a.O., S. 374.

(2) Die 'Einleitung' von Engels ist abgedruckt in: MEW 22, S. 509 ff.

(3) Einige Engelssche Sätze - wie der folgende - erfreuten sich hierbei besonderer Beliebtheit: "Wir, die 'Revolutionäre', die 'Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz", Engels, MEW 22, S. 525

Bestimmungen zu bieten. Als gerade die besonders 'gesetzzestreuen' Passagen von Engels Einleitung im Vorwärts (10.3.1895) zitiert worden waren, sah sich Engels als ... "ein friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit quand même..." (1) mißverstanden und bestand auf einem Vorabdruck in der Neuen Zeit; dem dann auch stattgegeben wurde - allerdings in der gekürzten Fassung. (2) Bis auf die unmittelbar an der Edition Beteiligten wußte niemand, auch Rosa Luxemburg nicht, daß die Engelssche 'Einleitung' - im Nachhinein vielfach als 'politisches Testament' hochstilisiert - nur gekürzt veröffentlicht worden war. (3)

-----

(1) Brief an Kautsky vom 1. April 1895

(2) vergl. Neue Zeit, 23. Jg., 2. Bd. Nr. 27-28, 1894/1895

(3) Selbst Kautsky wurde erst Jahre später über die Hintergründe aufgeklärt. Bebel schreibt an Kautsky am 26. 6. 1909: "Lieber Karl! Der Streit über die Änderung der Vorrede zu den Klassenkämpfen nötigt mich, die Sache aufzuklären. Die Vorrede kam im Druck im Vorstand zur Sprache. Dieselbe enthielt einige wenige Stellen, deren Veröffentlichung wir damals in der vorhandenen Situation (Umsturzvorlage) für bedenklich hielten und zwar einstimmig. Ich wurde beauftragt E(ngels) zu schreiben, ihm unsere Gründe darzulegen und ihn zu bitten, auf den Abdruck zu verzichten. Darauf hat Engels zustimmend geantwortet. Die Streichung ist also nicht selbstherrlich vom Vorstand vorgenommen worden. (...)" Abgedruckt in: Briefwechsel Bebel-Kautsky, hrsgg. von Kautsky jr., Assen 1971

Auch das Scheitern der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Gesetzesvorlage im Reichstag im Mai 1895, war für den Parteivorstand kein Anlaß, die Originalfassung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erst Rjasanoff hat 1924 das Manuskript wiederentdeckt, (1) so daß es 1930 in der Sowjetunion veröffentlicht werden konnte. (2)

Mit dem Interesse, die eigene Sicht der politischen Situation und die vermeintlich richtigen strategischen Schlußfolgerungen zu legitimieren, (3) führten Kautsky und Luxemburg voneinander abweichende Interpretationen der 'Klassiker' ins Feld. Rosa Luxemburg meinte sich auf Karl Marx Argumente in der Kritik des Gothaer Programms berufen zu können und gegen eine 'legalistisch verkürzte' Interpretation der Engelsschen Einleitung setzte sie ihre eigene Interpretation/Version.

Engels Plädoyer für die Ausnutzung der parlamentarischen Möglichkeiten des bürgerlichen Staates sei gegen Vorstellungen gerichtet 'Minoritätsrevolutionen', wie die von 1848, wären auch in Zukunft noch möglich. "Die Zeit der Überraschungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei." (4)

-----

(1) Hinweis von P. Frölich, Frankfurt 1973, S. 67

(2) vergl. Fußnote 433, in MEW 22, S. 645

(3) Daß die Berufung auf Marx und Engels gewissermaßen ein bewußter politischer Schachzug war, war für R. Luxemburg offenkundig. Sie schreibt: "Namentlich verleiht Genosse Kautsky seiner Stellungnahme dadurch die größte Autorität, daß er seine 'Ermattungsstrategie' direkt zum 'politischen Testament' Friedrich Engels' erklärt." (R. Luxemburg, Ermattung oder Kampf?, Ges. Werke, Bd. 2, S. 357) Eigentlich habe ... "die Streitfrage mit Friedrich Engels sehr wenig zu tun." (ebd., S. 358)

(4) F. Engels, Einleitung zu Marx 'Klassenkämpfe in Frankreich. In: MEW 22, S. 523

Dieser Feststellung von Engels pflichtet Rosa Luxemburg bei. Künftige Revolutionen, in denen es sich um die 'vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation' (Engels) handelt, sind nur durch die breite Einbeziehung der Massen möglich. Und deshalb bekommt die Benutzung des Wahlrechts – nach Engels – eine zentrale Bedeutung. "Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit..." (1), sind die entscheidenden Mittel, die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Es gibt nur ... "ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris." (2) Den Ausführungen von Engels meint Rosa Luxemburg nichts hinzufügen zu müssen, dieser habe korrekt das formuliert, was immer schon für die politische Praxis der Sozialdemokratie maßgebend gewesen sei. Wenn Kautsky nun das 'politische Testament' Engels gegen sie ins Feld führe, so kämpfe er gegen selbst konstruierte Positionen an, die sie niemals vertreten habe. Und deshalb stellt sich für Rosa Luxemburg die Frage: "Was hat dieses 'Testament' von Engels in aller Welt mit der heutigen Situation und mit unserer Frage vom Massenstreik zu tun? Hat denn irgend jemand an eine plötzliche Einführung des Sozialismus durch den Massenstreik gedacht? Oder ist es irgend jemand eingefallen, auf einen Barrikadenkampf, auf 'einen Zusammenstoß mit dem Militär auf großem Maßstab' hinzuarbeiten? Oder endlich, gedachte vielleicht irgend ein Mensch, gegen die Benutzung des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus zu eifern?" (3) Da dies alles – wie die rhetorische Frageform nahelegt – wohl nicht der Fall ist, reduziert sich Kautskys 'Ermattungsstrategie' darauf, von den nächsten Reichstagswahlen

-----

(1) F. Engels, Einleitung..., a.a.O., S. 523

(2) ebd., S. 524

(3) R. Luxemburg, Ermattung oder Kampf? a.a.O., S. 360

'alles Heil zu erwarten' und ... "die bereits auf neuen Bahnen erfreulich vorgeschrittene Parteibewegung wieder in die alten ausgetretenen Geleise des reinen Parlamentarismus zurück(zu)schrauben." (1)

Die Polemik zwischen Kautsky und Luxemburg weitete sich in den Sommermonaten 1910 noch auf andere Themenkomplexe aus. Ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückte zunehmend die Frage, welchen Stellenwert, die Forderung nach Ablösung des preußisch-deutschen Halbabsolutismus durch eine republikanische Staatsform hätte. Die Neue Zeit lehnte abermals einen Artikel von Rosa Luxemburg ab, in dem diese die Wichtigkeit der Republik darlegte. Eine verstärkte republikanische Agitation erschien Kautsky jedoch als "unzweckmäßig" (2). In einem Brief an Luxemburg - den diese veröffentlichte und damit zu einer weiteren Verschärfung des Konflikts beitrug - begründete er seine Ablehnung: "Dein Artikel ist sehr schön und sehr wichtig, ich bin nicht mit allem einverstanden und behalte mir vor, dagegen zu polemisieren. Heute habe ich keine Zeit, das brieflich zu tun. Genug, ich nehme den Artikel gerne, wenn Du die Seiten 29 bis Schluß streichst. Die kann ich auf keinen Fall bringen. Schon ihr Ausgangspunkt ist falsch. In unserem Programm steht kein Wort von der Republik. Nicht aus Versehen, nicht wegen einer redaktionellen Liebhaberei, sondern aus wohlerwogenen Gründen. Auch das Gothaer Programm sprach nicht von der Republik, und Marx, so sehr er dies Programm verurteilte, erkannte an, daß es nicht anginge, offen die Republik zu fordern (...)" (3)

-----

(1) R. Luxemburg, a.a.O., S. 373

(2) K. Kautsky, Eine neue Strategie. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 28. Jg. 1909/10, 2. Bd.

(3) Kautsky an Luxemburg. Zitiert von R. Luxemburg in: R. Luxemburg, Die Theorie und die Praxis. Die Neue Zeit (Stuttgart), 28. Jg. 1909/10, 2. Bd. I.-III. S. 564-578, IV-VI, S. 626-642. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 380

Nun hatte Marx es sich mit der im Gothaer Programm fehlenden Forderung nach einer Republik nicht ganz so leicht gemacht, wie Kautsky es darstellt. Marx verstand zwar die Befürchtungen der deutschen Sozialisten, daß eine eindeutige programmatische Festlegung auf eine republikanische Staatsform möglicherweise staatliche Repressionen zur Folge hätte – daß diese Sorgen nicht unberechtigt waren, belegen die drei Jahre später in Kraft getretenen Sozialistengesetze – doch ist Marx Kritik unüberhörbar. Er schreibt in den Randglossen zum Gothaer Programm: "Da man nicht den Mut hat – und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht –, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis-Philippe und unter Louis-Napoleon taten – so hätte man auch nicht zu der (weder 'ehrlichen' noch würdigen) Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist (...)" (1)

Neben R. Luxemburgs Kautsky-Kritik im Artikel 'Die Theorie und die Praxis' war ein gegen Luxemburg gerichteter ungezeichneter Leitartikel (2) erschienen, in dem betont wurde, daß Marx ohne Zweifel ein Republikaner gewesen sei und die Sozialdemokratie ebenso ohne Zweifel republikanisch gesinnt sei. Doch sei die Frage nach der Staatsform nicht das wesentliche Problem; die Monarchie und die Republik werden als Varianten von Herrschaftsorganisation in der Klassengesellschaft dargestellt, wobei die

-----

(1) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms. In: Die Neue Zeit, Nr. 18, 9. Jg., 1. Bd. 1890-91. Abgedr. in: MEW 19, S. 29 (Fassung von 1875)

(2) Es handelt sich um den Artikel von Franz Mehring, Der Kampf gegen die Monarchie. Abgedr. in: F. Mehring, ges. Schriften, Bd. 15, S. 498 ff.

Monarchie unter den jetzigen Umständen, 'das bequemste Werkzeug der Klassenherrschaft' (1) ist. Die Bekämpfung der Klassenstruktur entziehe den verschiedenen Formen der Herrschaft gewissermaßen die Basis, und stehe somit im Zentrum der Bemühungen der Sozialdemokratie. Es heißt im Text: "Indem wir den Kampf gegen die Klassenherrschaft führen, führen wir auch den Kampf gegen die Monarchie, aber wer den Kampf gegen die Monarchie führt, braucht deshalb noch lange nicht den Kampf gegen die Klassengesellschaft zu führen. Aus diesem einfachen und klaren Grunde ist es ein taktischer Fehler, die Monarchie zur Parole des Klassenkampfes zu machen (...)" (2)

Rosa Luxemburg verteidigt ihr Plädoyer (3) für die 'Lösung der Republik', die sie nicht, wie der Leitartikel der Neuen Zeit es ihr unterstellt, verabsolutiere und darüber andere Fragen des Klassenkampfes vergesse, sondern als wichtige Teilforderung ansähe. Ihr energisches Eintreten für die Notwendigkeit republikanischer Agitation verbindet sie mit einer - unter dem Druck der Kritik besonders drastisch formulierten - eindeutigen Bestimmung dieser Staatsform als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. "Die teuerste Republik," so schreibt R. Luxemburg, "ist uns lieber als die billigste Monarchie, weil dies für uns überhaupt keine Geldfrage, weil uns die Monarchie das rückständigste, die Republik aber das fortschrittlichste Werkzeug der Klassenherrschaft ist. Je fortschrittlicher aber die Formen der Klassenherrschaft, um so näher ihr Ende mit Schrecken." (4)

-----

(1) vergl. ebd., S. 501

(2) F. Mehring, Der Kampf gegen die Monarchie, a.a.O., S. 501

(3) vergl. R. Luxemburg, Der Kampf gegen Reliquien; in: Leipziger Volkszeitung Nr. 182 vom 9. Aug. 1910. abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 421 ff.

(4) R. Luxemburg, ebd., S. 425

Die Kennzeichnung der Republik als fortschrittlichstes Werkzeug der Klassenherrschaft des Bürgertums, wird modifiziert durch eine positive Bezugnahme auf K. Marx, welcher in der Kritik des Gothaer Programms die demokratische Republik als letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet, in welcher der 'Klassenkampf definitiv auszufechten' sei. (1)

Die Republik als letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft anzusehen, ist jedoch etwas anderes als sie zum Werkzeug bürgerlicher Klassenherrschaft zu stilisieren. K. Marx geht an dieser Stelle - es gibt Äußerungen in anderen Zusammenhängen, die eher von einem instrumentalistischen Staatsbegriff geprägt sind - quasi von einem Kräftegleichgewicht der Klassen im politischen (!) System aus. Die Republik wird dann verstanden als Konfliktterrain mit 'machtkampftaktisch' guten Ausgangsbedingungen für alle Kontrahenten.

Aus der historischen 'Fortschrittlichkeit' der Form der Klassenherrschaft ihr baldiges Ende zu folgern - wie R. Luxemburg es tut - ist nicht einsehbar. Die Apostrophierung des Beginns der Phase des Übergangs als 'Ende mit Schrecken' steht in deutlichem Widerspruch zu früheren Äußerungen, in denen sie sich über die Vorstellungen vieler Sozialdemokraten vom 'großen Kladderadatsch' mokierte.

## I.10 Imperialismus und Kriegsgefahr

Fragen der Außenpolitik des Reiches hatten die deutsche Arbeiterbewegung zwar von ihren frühen Anfängen an beschäftigt, standen aber eigentlich nie im Mittelpunkt ihres Interesses. Die kontinuierlich wiederkehrenden Debatten um die Zollfrage oder die parteiinternen Auseinandersetzungen darüber, wie man sich zu den Plänen der Regierung Dampferlinien nach Ostasien zu subventionieren, zu verhalten habe (1), gehören hier zu den Ausnahmen.

In dem Maße jedoch, wie die Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches wuchsen, - was sich anschaulich in der vehement betriebenen Flottenaufrüstung manifestierte - gerieten die Sozialdemokraten in die Zwangslage, ihr Verhältnis zu den Kolonialen Bestrebungen von Fraktionen des deutschen Kapitals abklären zu müssen.

Daß die SPD insgesamt nicht von vornherein einen eindeutigen antikolonialistischen Kurs verfolgte, zeigten unter anderem die Parteitagsdebatten von Essen 1907.

Aktualisiert durch die diplomatischen Krisen um Marokko und die wachsenden außenpolitischen Spannungen, schenkte vor allem die Linksoption dem 'äußeren' Aspekt des Nationalstaats (2) besondere Aufmerksamkeit.

-----

(1) Diese Debatte ging als 'Dampfersubventionsstreit' (Winter 1884/85) in die Geschichte der Sozialdemokratie ein.

(2) Zur Erhellung der verwendeten Terminologie trägt bei: H. Gerstenberger, Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates; in: PROKLA 8/9, 3. Jg., Nr. 3, S. 207 ff. (Berlin)

R. Luxemburg versuchte eine spezifische Imperialismustheorie polit-  
ökonomisch zu fundieren. (1) Dabei ging es – knapp formuliert – um  
Folgendes: Marx hatte, um das komplexe Problem der kapitalistischen  
Reproduktion zu analysieren, der Einfachheit halber angenommen, alle  
Wirtschaftssektoren – national und international – seien durchkapitalisiert,  
und es würden lediglich zwei gesellschaftliche Klassen – die Arbeiterklasse  
und die Kapitalisten – existieren. Daß diese Abstraktion von ihm bewußt  
vorgenommen wurde, darauf weist Marx selbst hin. Bei der Darstellung  
des kapitalistischen 'Produktionsprozesses auf erweiterter Stufenleiter'  
merkt er an: "Es wird hier abstrahiert vom Ausfuhrhandel, vermittelt  
dessen eine Nation Luxusartikel in Produktions- oder Lebensmittel umsetzen  
kann und umgekehrt. Um den Gegenstand der Untersuchung in seiner Rein-  
heit, frei von störenden Nebenumständen aufzufassen, müssen wir hier  
die gesamte Handelswelt als eine Nation ansehen und voraussetzen, daß die  
kapitalistische Produktion sich überall festgesetzt und sich aller Industrie-  
zweige bemächtigt hat." (2) Und zur Annahme, die bürgerliche Gesellschaft  
bestünde lediglich aus zwei Klassen, schreibt Marx im 2. Band des 'Kapi-  
tal': "Außer dieser Klasse (der Kapitalistenklasse; FB) gibt es nach unsrer  
Unterstellung – allgemeine und ausschließliche Herrschaft der kapitalisti-  
schen Produktion – überhaupt keine andre Klasse als die Arbeiterklasse." (3)

-----

(1) vergl. R. Luxemburg. Die Akkumulation des Kapitals, Ein Beitrag zur  
ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913. Abgedr. in:  
R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 5, S. 5-411 – sowie: R. Luxemburg.  
Die Akkumulation des Kapitals oder 'Was die Epigonen aus der Marx-  
schen Theorie gemacht haben'. Eine Antikritik. Leipzig 1921, a.a.O.,  
S. 413 ff.

(2) K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 607, Fußnote 21 a

(3) K. Marx, Das Kapital, 2. Bd. in: MEW 24, S. 348

Diese Abstraktion von der Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft und der realen Gestaltung des Weltmarkts hat Marx jedoch nicht nur die Darstellung komplexer Zusammenhänge erleichtert – wogegen unter methodischen Gesichtspunkten zunächst nichts einzuwenden wäre – sondern ihm den Zugang zur Lösung eines zentralen Problems verstellt. Das ist zumindest der Ausgangspunkt von R. Luxemburgs Kritik. Um welches Problem handelt es sich?

Als notwendige Bedingungen der Kapitalakkumulation führt R. Luxemburg – Marx folgend – an:

- a) Resultat der Produktion muß sein: die Produktion von Mehrwert.
- b) Damit dieser Mehrwert angeeignet werden kann, muß er realisiert, d.h. in Geldform gebracht werden, was nur auf dem Warenmarkt möglich ist.
- c) Wenn der Mehrwert realisiert und das neue Kapital in Produktionsmittel und Arbeitskräfte rückverwandelt ist, was wiederum auf dem Waren- und Arbeitsmarkt stattfindet, und ein Teil des realisierten Mehrwerts dem alten Kapital zwecks Akkumulation beigelegt worden ist, hat die erweiterte Reproduktion stattgefunden. Aber: "Die zuschüssige Warenmenge, die das neue Kapital samt neuem Mehrwert darstellt, muß realisiert, in Geld umgewandelt werden. Erst wenn dies gelungen, hat die erweiterte Reproduktion im kapitalistischen Sinne stattgefunden. Diese letzte Bedingung führt uns wieder auf den Warenmarkt." (1)

Und die von Marx nicht gelöste Frage sei nun: "Wo kommt die Nachfrage für das zuschüssige Produkt her, das aus dem kapitalistischen Mehrwert entspringt?" (2)

R. Luxemburg sieht die Lösung dieses Problems darin, daß die kapitalistische Produktionsweise von ihren Anfängen an auf ein 'nichtkapitalistisches Milieu' angewiesen ist, das den im von Marx konstruierten reinen Kapitalismus

-----

(1) R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, a.a.O., S. 22

(2) ebd., S. 115 f.

unabsetzbaren Warenrest abnimmt. Im Zuge dieses Austausches des Kapitals mit nicht kapitalistischen Gesellschaftsformationen wird die Naturalwirtschaft mit ihren nur beschränkten Bedürfnissen nach Waren zerstört. R. Luxemburg skizziert diesen Prozeß: "In Europa selbst ist seine (des Kapitals, FB) erste Geste – die revolutionäre Überwindung der feudalen Naturalwirtschaft. In den überseeischen Ländern ist die Unterjochung und Zerstörung der traditionellen Gemeinwesen die erste Tat, der welthistorische Geburtsakt des Kapitals und seitdem ständige Begleiterscheinung der Akkumulation. Durch den Ruin der primitiven, naturalwirtschaftlichen, bäuerlich patriarchalischen Verhältnisse jener Länder öffnet das europäische Kapital dort dem Warenaustausch und der Warenproduktion das Tor, verwandelt ihre Einwohner in Abnehmer für kapitalistische Waren..." (1)

Die Ausdehnung des Kapitalismus geschieht so auf Kosten nicht kapitalistischer Gesellschaften, auf deren Existenz der Fortgang der Akkumulation sich zwar gründet, aber deren Funktionalisierung für den Prozeß der Kapitalverwertung gleichzeitig deren Auflösung bedeutet. Die Expansion des Kapitals vollzieht sich real in den Aktivitäten der zumeist nationalstaatlich vertretenen Kapitalfraktionen, welche sich gegenseitig – indem sie ökonomisch zwingend das gleiche Ziel verfolgen – den Lebensraum streitig machen. Die fortschreitende Vereinnahmung nicht kapitalistischen Milieus durch die kapitalistischen Länder führt zu wachsenden Rivalitäten zwischen diesen, was geradezu zwangsläufig zu kriegerischen Verwicklungen führen muß.

In der Perspektive von R. Luxemburg eröffnen die den politischen Weltkrisen zugrunde liegenden ökonomischen Mechanismen jedoch – gerade durch Vollzug ihrer zerstörerischen Wirkungen – neue historische Möglichkeiten. In zweifacher Weise, so meint R. Luxemburg, bereitet das Kapital seinen eigenen Untergang vor: "Indem es einerseits durch seine Ausdehnung auf

-----

(1) R. Luxemburg, Antikritik, a.a.O., S. 429 f.

Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionsformen auf den Moment lossteuert, wo die gesamte Menschheit in der Tat lediglich aus Kapitalisten und Lohnproletariern besteht und wo deshalb eben weitere Ausdehnung, also Akkumulation, unmöglich wird. Zugleich verschärft es, im Maße wie diese Tendenz sich durchsetzt, die Klassengegensätze, die internationale wirtschaftliche und politische Anarchie derart, daß es, lange bevor die letzte Konsequenz der ökonomischen Entwicklung – die absolute, ungeteilte Herrschaft der kapitalistischen Produktion in der Welt – erreicht ist, die Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft herbeiführen muß." (1)

-----

(1) R. Luxemburg, Antikritik, a.a.O., S. 430

Luxemburgs zentrale These über die Selbstblockade des Akkumulationsprozesses wird u.a. von P.M. Sweezy kritisiert: "Die Akkumulation und der Konsum sind in der Weise verbunden, daß der positive Anteil der Akkumulation von einer Zunahme des Konsums abhängt: hier hat R. Luxemburg völlig recht gehabt. Sie irrte jedoch, als sie behauptete, daß die Logik des Reproduktionsschemas einen Zuwachs des Konsums ausschließe, sei es seitens der Arbeiter oder seitens der Kapitalisten, oder von beiden zugleich. In der Praxis bringt die erweiterte Produktion aufgrund ihrer immanenten Eigenschaft einen Zuwachs der Einnahmen sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Kapitalisten mit sich, und es besteht kein plausibler Grund zur Annahme, daß nicht beide Klassen mindestens einen Teil der Mehreinnahmen für den Konsum ausgeben. Wenn sie es tun, dann wäre immerhin eine gewisse Akkumulation gewährleistet, und Rosa Luxemburgs These von der Unmöglichkeit wäre widerlegt."

P.M. Sweezy, Einleitung zu 'Die Akkumulation des Kapitals'. Turin 1960, S. XXVII f.

Die Erklärung des 'imperialistischen' Verhaltens der westlichen Industrienationen um die Jahrhundertwende liegt für R. Luxemburg begründet in denselben ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, von denen sich die Sozialdemokratie eine Selbstzerstörung der kapitalistischen Produktionsweise erhoffte. Was R. Luxemburg von den meisten anderen Theoretikern der II. Internationale unterschied, war lediglich die Stringenz mit der sie die allgemein als gültig befundenen polit-ökonomischen Theoreme von Marx anwandte – oder mit der Absicht ihrer Vervollkommnung ergänzte – auf die verwirrende Vielfalt der sich immer bedrohlicher zuspitzenden zwischenstaatlichen Verwicklungen. Prägnant formulierte sie ihr Resümee: "Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus." (1) Die Konsequenzen, die diese Einschätzung für das politische Denken R. Luxemburgs hatten, bleiben bestehen, auch wenn eine Diskussion ihrer Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata Ungenauigkeiten zu Tage fördern sollte. (2)

-----  
(1) R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, a.a.O., S. 391

(2) Zur Diskussion über R. Luxemburgs Imperialismusanalyse vergl.:

Armando Córdova, Rosa Luxemburg und die Dritte Welt. In: C. Pozzoli (Hrsg.) Rosa Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus. Frankfurt a.M. 1974, S. 65 ff. Zur zeitgenössischen Kritik: W.I. Lenin, Werke Bd. 35, S. 71 (Berlin 1962)

### I.11 Zur strategischen Orientierung der Linksopposition vor 1914

Das Jahrzehnt vor Ausbruch des ersten Weltkrieges war für die deutsche Sozialdemokratie vor allem eine Phase der Stagnation. Zwar setzte sich der gegen Ende des 19. Jahrhunderts atemberaubende Trend des Mitglieder- und Wählerzuwachses fort, (1) doch offenbarte sich dieser 'Machtzuwachs' auf der realpolitischen Ebene nahezu als wirkungslos. Daß es trotz aller Bemühungen nicht gelang, die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts zu erreichen, ist ein eindeutiger Indikator für die politische Ohnmacht der deutschen Arbeiterbewegung. Den konservativen Kräften im wilhelminischen Deutschland war es gelungen, die auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen hinstrebende Sozialdemokratie völlig zu isolieren.

Kein Wunder also, daß gerade diejenigen Sozialdemokraten, denen es nicht nur um Erhalt und Ausbau der Organisation ging, sondern die an politischer Einflußerweiterung interessiert waren, ungeduldig auf eine strategische Neuorientierung drängten. Paradoxerweise liegt hier die politische Motivation für Linkssozialisten und Revisionisten gleichermaßen.

In den Parteitagsdebatten über die Frage der Budgetbewilligung deutete sich an, wie sich - vor allem die süddeutschen Untergliederungen der Partei - die zukünftige Politik der Partei vorstellten. Die revolutionäre Phraseologie, welche ein mögliches Zusammengehen mit liberalen Kräften behinderte,

-----

(1) Vergl. Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Berlin 1976, S. 526, Tabelle 76: Sozialdemokratische Stimmen und Abgeordnete bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912; sowie Tabelle 24: Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei 1905 bis 1914, ebd, S. 245

sollte aufgegeben werden zugunsten eines Pragmatismus, der sich am politischen Erfolg orientierte und nicht an den Prinzipien der 'alten, sieggekrönten Taktik', der man wachsende Realitätsferne unterstellte. Repräsentiert fühlten sich diese Sozialdemokraten von Eduard Bernstein, welcher zu Recht auf die Differenz zwischen der politischen Praxis und der sozialdemokratischen Ideologie hingewiesen hatte. Die in seinen Augen irrelevanten revolutionären Beschwörungsformeln sollten aufgegeben und das, was die Partei praktisch bereits leiste, auch theoretisch anerkannt werden.

Davon mochten nun die Linksradikalen nichts wissen; so sehr man gegen die politische Trägheit des 'marxistischen Zentrums' der Partei opponierte, eine Revision des sozialdemokratischen Marxismus kam nicht in Frage. So findet man die Linksoptionellen stets – wenn es gegen die Revisionisten geht – auf der Seite des Parteizentrums um Bebel und Kautsky. Nicht die revolutionäre Ideologie bedürfe einer Revision, sondern deren halbherzige Anwendung. Das Parteizentrum, welches numerisch die Mehrheit der Partei umfaßte, wurde so von links und rechts auf unterschiedlichen Ebenen angegriffen. Je nach Konfliktlage konnte es sich gegen die Revisionisten oder gegen die Linksoption wenden, was eine endgültige Klärung der partei-internen Gegensätze außerordentlich erschwerte und bis 1914 unmöglich machte. Als 'Sumpf' bezeichnete R. Luxemburg die Sozialdemokraten um Kautsky – eine Allegorie, die diesen Sachverhalt satirisch trifft.

Es lag jedoch nicht nur an der (im schlechten Sinne) vermittelnden Rolle des Parteizentrums, daß die Argumentationen der Linksoption häufig nur einen deklamatorischen Wert hatten. Die Linksradikalen selbst verkann-ten völlig die realistischen Ansätze in der Bernsteinschen Auffassung und

überschätzten zudem den politisch-praktischen Wert des von Kautsky propagierten Marxismus. Prinzipielle Reinheit galt der Linksoption mehr als die Reflexion darüber, wie man die politische Kräftekonstellation im Kaiserreich zugunsten der Sozialdemokratie in Bewegung bringen konnte. Das jedoch war genau die Bernsteinsche Intention, über die man in einen politischen Diskurs hätte treten müssen. Die Linksoption zog es jedoch vor, gegen die revisionistischen Wortführer eine Strategie der Abgrenzung zu verfolgen.

Damit trugen sie zur unproduktiven Verhärtung einer Frontstellung bei, an der selbstverständlich auch von revisionistischer Seite ein Interesse bestand.

Der in unserem Zusammenhang wohl wichtigste Denkanstoß durch Bernstein bestand in dessen Infragestellung der These von der quasi automatischen Selbstzerstörung des Kapitalismus. Er entwickelte seine Theorie von der Elastizität der bürgerlichen Gesellschaft, welche davor warnte, eine sozialdemokratische Transformationsstrategie von einer vermuteten sozialen Katastrophe abhängig zu machen. Zu Recht legte Bernstein dar, daß der gerade von Bebel immer wieder beschworene 'große Kladderadatsch' – der Zusammenbruch der kapitalistischen Ökonomie – bei dem die Gesellschaft dem Sozialismus wie eine reife Frucht in den Schoß fallen sollte, Resultat einer Mischung historischen Wunschdenkens und unzulässig vereinfachter marxistischer Ökonomie war.

Die Linksoption stand jedoch zu sehr im Banne des Marxismus der II. Internationale, als daß sie diesen Gedankengang anders als Versuch einer 'Aussöhnung' mit der bürgerlichen Gesellschaft hätte auffassen können. Das praktische Verhalten der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen bei den Budgetabstimmungen bestätigte diese Einschätzung und demonstrierte augenscheinlich, daß das politische Resultat der Bernsteinschen Häresie nur eine opportunistische Politik sein konnte. Hierin bestand

jedoch ein folgenschwerer Irrtum der, indem er die Bernsteinsche Kritik pauschal den Rechtssozialdemokraten überließ, mit dazu beitrug, jeglichen innovatorischen Impuls von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Rosa Luxemburg betonte in ihrer Auseinandersetzung mit Bernstein explizit, daß sie sich ohne einen ökonomischen Kollaps des Kapitalismus eine Revolution nicht vorstellen könne. Scharf wandte sie sich gegen Bernsteins Auffassung, daß es möglich sei, sich der befreiten Gesellschaft schrittweise zu nähern. Die von ihr aufgeworfene Frage: "Warum und wie gelangen wir überhaupt noch zum Endziel unserer Bestrebungen?" mochte sie für sich nur beantworten, wenn man auf der Annahme - von der zwar - was ihren Zeitpunkt angeht - unvorhersehbaren, aber doch mit Sicherheit eintretenden Endkrise der bürgerlichen Gesellschaft beharre. 'Eine Revolution kann man nicht machen' - das war eine unumstößliche Grundüberzeugung von Linksoption und marxistischem Zentrum gleichermaßen.

Die gegen den Attentismus der Sozialdemokratie gerichtete Komponente in Bernsteins Denken nahm Rosa Luxemburg nicht wahr. Sie verteidigte im Revisionismusstreit entschieden - fernab vom Eintreten für eine irgendwie geartete 'Spontaneitätstheorie' - die Kautsky'sche Interpretation des Marxismus. Die Widersprüche zwischen der linksradikalen Propaganda der Tat - welche vor allem in den Massenstreikdebatten zum Ausdruck kam - und der Rechtfertigung des Marxismus der II. Internationale ließen sich jedoch auf Dauer nicht verleugnen. Der Bruch Rosa Luxemburgs mit Kautsky - als Person und als Ideologie der Partei - kam nicht von ungefähr.

R. Luxemburg, die in der jüngeren Rezeptionsgeschichte oft durchgängig als Propagandistin eines demokratischen Sozialismus dargestellt wird, war dies vor 1914 nur in stark einzuschränkendem Maße. Wiederum gegen die Revisionisten um Bernstein, verteidigte sie die Konzeption einer

Diktatur des Proletariats als anzustrebende nachrevolutionäre Staatsform. Dieses anvisierte politische System sollte die bürgerlichen Schichten von der politischen Partizipation ausschließen. Denn, so folgerte R. Luxemburg durchaus einsichtig, der Entzug aller Privilegien zur Ausbeutung und Unterdrückung werde nicht freiwillig von ihren jetzigen Inhabern hingenommen, Zwangsmaßnahmen seien also unumgänglich. Am Kriterium der Eroberung und Behauptung der politischen Macht gemessen, mag diese Position eine gewisse Plausibilität auf ihrer Seite haben, dem Ideal einer demokratischen Gesellschaft entsprach sie jedoch nicht. R. Luxemburg war sich dessen durchaus bewußt und mochte die 'Diktatur des Proletariats' auch nur als Übergangsphase verstanden wissen. Es fehlen bei ihr jedoch Hinweise, wann und unter welchen Umständen dieser Übergang beendet und der demokratische Sozialismus beginne. So bleibt in ihrer Transformationskonzeption als eindeutiges Ziel einer revolutionären Umgestaltung die Diktatur des Proletariats stehen. In der Auseinandersetzung mit den russischen Erfahrungen 1917 sollte sie jedoch diese Position präzisieren und - relativieren.

Auch R. Luxemburgs häufig und gerade während der preußischen Wahlrechtskampagne mit Vehemenz vorgetragenen republikanischen Forderungen erscheinen in einem widersprüchlichen Licht. Natürlich bot es sich an, gegen die halbfeudalen Strukturen des deutschen Reiches mit seinem die arbeitende Bevölkerung ausgrenzendem Dreiklassenwahlrecht in Preußen republikanische Forderungen zu setzen, deren Kernstück das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht war. Andere zentrale republikanische Forderungen gesellten sich dem bei; darunter einige der wichtigsten, die nach Freiheit der Rede, der Presse, der Vereinigung und Versammlung. Wären - utopischerweise einmal angenommen - diese Zielsetzungen (und einige weitere) im Deutschen Reich verwirklicht worden, es wäre als

Resultat in der Tat eine deutsche Republik dabei herausgekommen und nicht, wie Rosa Luxemburg und ihre Gesinnungsgenossen auf dem linken Flügel gleichzeitig propagierten, die Diktatur des Proletariats. Dieser Sachverhalt läßt folgende Interpretationen zu: entweder handelt es sich bei den republikanischen Forderungen um aus politischen Opportunitätsgründen aufgestellte Zielsetzungen, welche das obrigkeitsstaatliche System lediglich in Legitimitätsschwierigkeiten bringen sollte, und es war nicht tatsächlich und aufrichtig an deren Realisierung gedacht, oder die republikanische Staatsform war als der 'revolutionären Diktatur' vorhergehendes politisches Übergangssystem gedacht - dann also gewissermaßen der Übergang zum Übergang - oder es handelt sich schlicht und einfach um einen politischen Widerspruch. Die Vielfalt der sich widersprechenden Äußerungen der Linksoption zu diesem Problembereich, die zudem oft nur cursorischen Charakter tragen und von R. Luxemburg noch am weitesten systematisiert wurden, legt den Schluß nahe, daß man sich über das Verhältnis von Republik und Diktatur des Proletariats völlig im Unklaren war. Eine mögliche Aufklärung dieses in einer tatsächlichen gesellschaftlichen Umbruchsituation eminent wichtig werdenden Problems (im November 1918 war dies dann der Fall) wurde durch folgenden Umstand erschwert:

Marx hatte, in der Auseinandersetzung mit dem utopischen Sozialismus des frühen 19. Jahrhunderts betont, daß es unmöglich sei, die objektiven, durch jeweils spezifische ökonomischen Strukturen gekennzeichneten gesellschaftlichen Verhältnisse voluntaristisch zu überspringen. Es sei unmöglich, der realen historischen Entwicklung eine Idee vorzuhalten, nach der jene sich zu richten habe. Politische Konzeptionen seien vielmehr nur dann zu realisieren, wenn sie gewissermaßen ökonomisch vorbereitet seien. Die Kommunistische Bewegung, deren Zielsetzung Marx und Engels im Manifest von 1848 skizziert hatten, trete nicht mit utopischen Entwürfen an die

vorfindliche Klassengesellschaft heran, sondern sei ... "die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt." (1) Scharf wandte sich Marx in den Pariser Manuskripten und anderen Veröffentlichungen der 40er Jahre gegen historische Zukunftsentwürfe, die vom 'Reifegrad' der Produktionsverhältnisse absahen; sie waren für ihn spekulative Theorien, deren illusorischer Charakter den realen Gang der Geschichte keineswegs zu beeinflussen vermochten.

Folgerichtig widmete sich Marx dann in den 50er Jahren politökonomischen Studien, deren Anliegen es war, die inneren Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren. Marx meinte feststellen zu können, daß die in der kapitalistischen Produktionsweise angelegten Widersprüche zwischen den von ihr hervorgetriebenen Kräften der Produktion und den Produktionsverhältnissen auf eine Lösung drängten, in der nicht mehr die private Aneignung des Mehrproduktes gegen die kollektive Form der Produktion steht. Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion 'erheische' vielmehr die ihr adäquaten gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Emanzipation der Produktivkraft Proletariat von der sie fesselnden kapitalistischen Gesellschaftsverfassung sei objektiv notwendig und bei zunehmender Verschärfung der Kapitalismusimmanenten Widersprüche historisch möglich.

Der Attentismus der deutschen Sozialdemokratie hat hier seine - zumindest was die ideologische Rechtfertigung angeht - theoretische Begründung. Die Komponente des bewußten politischen Eingreifens war im politischen Instrumentarium der SPD völlig unterentwickelt. Wozu auch - drängte doch die

-----  
(1) K. Marx, F. Engels. Die deutsche Ideologie. In: MEW 3, S. 35

ganze geschichtliche Entwicklung auf einen Erfolg der Arbeiterklasse hin. Man brauchte sich gewissermaßen nur bereitzuhalten um, 'wenn die große Stunde naht', die Herrschaft zu übernehmen und sie zum Wohle der Arbeiterschaft anzuwenden. Die Siegeszuversicht wurde bestärkt durch den ständigen Zulauf an Mitgliedern und Wählern. Nur übelwollende Skeptiker konnten den Sieg des Sozialismus anzweifeln. In den Reihen der Linksoption tat dies auch niemand; zwar stand man dem Optimismus Bebels, der den Sozialismus noch zu Lebzeiten erwartete, reserviert gegenüber, doch in der Endprognose war man sich einig: der Sozialismus war unumstößliches Resultat der Geschichte.

Strategische Debatten über die Frage, wie denn der 'revolutionäre Bruch (R. Rossanda) vonstatten gehen sollte, waren bei der Mehrheit der Sozialdemokraten verpönt. (1) Die Linksoption hatte vor 1914 nicht viel mehr zu empfehlen, als eine 'energischere Gangart'. Ihre Beiträge zu den Massenstreikdebatten zeugen davon (2). Diejenigen in der Partei, die noch die entwickelsten Vorstellungen von einer Strategie des Übergangs hatten, waren - merkwürdigerweise - die Revisionisten. Wenn diese mit ihren politischen Vorschlägen nicht immer wieder in ein Vakuum hätten stoßen können, wäre der Revisionismusstreit wahrscheinlich eine Episode

-----

(1) vergl. dazu auch Reiner Baumeister, Die Konzeption der Zukunftsgesellschaft bei Karl Marx, Friedrich Engels und bei neueren westeuropäischen Marxisten - eine ordnungspolitische Analyse. Phil. Diss. Köln 1976; hier S. 6

(2) Einen guten Überblick gibt die Sammlung von Antonia Grunenberg, Die Massenstreikdebatte - Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek. Frankfurt 1970

geblieben. Doch ihrer Konzeption von einer allmählichen Reformierung der Gesellschaft, von einer demokratischen Evolution, die versuchte, bürgerliche Kräfte mit einzubeziehen, nahm sich neben dem historischen Schematismus des marxistischen Zentrums und der Linksoption ver- gleichsweise realistisch aus. Die interne Dauerkrise der SPD in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg nährte sich aus den strategischen Schwä- chen der Gesamtpartei und führte schließlich zur gegenseitigen Blockade aller in ihr vorhandenen perspektivischen Ansätze.

## Teil II.

Von 1914 bis zur Novemberrevolution



## II.1 Die Linksopposition bei Kriegsausbruch

Die gespannte internationale Lage, die sich nach den Balkankriegen 1912/13 scheinbar beruhigt hatte, entlud sich im Spätsommer 1914.

Die Kriegserklärung Österreichs an Serbien am 25. Juli war der Auftakt für vier Jahre andauernde militärische Auseinandersetzungen zwischen den westeuropäischen Ländern von bis dahin ungeahnten Dimensionen.

Die russische Teilmobilmachung am 29. Juli war unvermeidbare Folge des österreichischen Vorgehens – deutsches Einschreiten nur noch eine Frage der Zeit.

Die deutsche Reichsregierung wartete jedoch ihrerseits die russische Generalmobilmachung vom Abend des 30. Juli kalkuliert ab, ehe sie den Zustand einer 'drohenden Kriegsgefahr' verhängte.

Die Ausnutzung der 'Russenangst' weiter Teile der Bevölkerung und auch von Anhängern der Sozialdemokratie – welche durch die russische Mobilmachung neue Nahrung bekam – erleichterte die Integration der

Arbeiterbewegung in die Kriegspolitik der Regierung (1). Zur Abwehr eines Überfalls der zaristischen Despotie auf Deutschland beizutragen, war für so manchen Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, die ihm nicht ohne weiteres als Widerspruch zum immer wieder beschworenen Internationalismus erschien. Daß jedoch die führenden Funktionäre der Sozialdemokratie diese diffusen Stimmungen in eine kriegsbejahende

-----

(1) Georges Haupt befaßt sich in 'Der Kongreß fand nicht statt' (Wien, 1967) eingehend mit der Frage, wie es zum auf den ersten Blick frappanten Verhalten der II. Internationale gekommen ist. Dabei kommt er, u.a. gestützt auf das Archiv des Internationalen Sozialistischen Büros, zu dem Schluß, daß mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 ... "ein langer Entwicklungsgang (...) an sein logisches Ende gelangt..." war. (a.a.O., S. 176) Vergl. auch andere Arbeiten von G. Haupt, *Lénine, les Bolcheviks et la IIe Internationale*. In *Cahiers du Monde Russe et Soviétique*, Bd. 7 (1965), S. 378 ff. oder auch G. Haupt/M. Rébérioux. *Le socialisme et la question coloniale avant 1914: l'attitude de l'Internationale*. In: *Mouvement social* (1963), S. 7 ff.

Vergl. auch R. Luxemburg, 'Rückblick auf die Gothaer Konferenz':

"Wer die gewaltige welthistorische Krise des deutschen und des internationalen Sozialismus seit Ausbruch des Krieges nicht für eine vom Himmel gefallene Zufallerscheinung hält, muß begreifen, daß der Kladderadatsch des 4. August 1914 wohl schon im Wesen der Arbeiterbewegung vor dem 4. August 1914 wurzelte."

(R. Luxemburg, *Der Kampf* (Duisburg), Nr. 51, 15. Mai 1917. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, hier: S. 271

politische Position umwandeln, war alles andere als selbstverständlich. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August (1) löste Überraschung selbst bei denjenigen aus, die ansonsten der SPD opportunistisches Verhalten durchaus zutrauten. W.I. Lenin, der mit den deutschen Verhältnissen und der deutschen Arbeiterbewegung vertraut war, hielt die Ausgabe des 'Vorwärts', in der über die Reichstagssitzung vom 4. August berichtet wurde, für eine Fälschung der deutschen Militärführung. (2)

Die Meinung bei den ausländischen sozialistischen Parteien, daß eine Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten äußerst unwahrscheinlich sei, wurde durch den Eindruck des Besuchs des sozialdemokratischen Parteivorstandsmitglieds Müller am 1. August 1914 in Paris bekräftigt.

Henri de Man, welcher Müller als Dolmetscher begleitete, schrieb an Pierre Renaudel: "...die Erklärungen Müllers hinterließen den sehr klaren Eindruck 1. daß die Majorität der deutschen sozialdemokratischen Fraktion dem Votum gegen die militärischen Kredite günstig gestimmt sei; 2, daß, wenn trotzdem die Anhänger der Stimmenthaltung die Überhand gewinnen sollten, dies hauptsächlich geschähe, um die Einheitlichkeit mit den französischen Sozialisten zu bewahren; 3. daß die einzige Hypothese, die nicht

-----

(1) Die von Haase verlesene Begründung der Kriegskreditbewilligung ist abgedruckt in: Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 306. Stenographische Berichte, Berlin 1916, S. 8 f.

(2) vergl. P. Frölich, R. Luxemburg. Frankfurt 1967 und David Shub, Lenin - a biography. Baltimore 1967, S. 157. Axelrod bemerkt auf der Zimmerwalder Konferenz: "Die deutsche Partei ist für uns immer eine Lehrmeisterin gewesen. Als die Kunde von der Abstimmung der deutschen Fraktion uns erreichte, konnte man der Nachricht nicht glauben." Und Trotzky bestätigt: "Die Nummer des Vorwärts vom 4ten August glaubte man im Generalstab produziert." In: Die Zimmerwalder Bewegung - Protokolle und Korrespondenz. Hrsgg. von H. Lademacher, The Hague-Paris 1967, S. 84 (Protokoll)

ins Auge zu fassen wäre, die der Abstimmung der deutschen Sozialdemokratie zugunsten der Kriegskredite sei." (1)

Tatsache war jedoch, daß das Kalkül Bethmann-Holwegs, Deutschland als den Angegriffenen erscheinen zu lassen und Rußland als den Angreifer, um die Sozialdemokraten und damit große Teile der Reserve 'mitzukriegen' vollständig aufgegangen war. Kurt Eisner rechtfertigte die 'Verteidigungsbereitschaft' der Sozialdemokraten folgendermaßen:

"Das deutsche Proletariat weiß, daß es den Vernichtungskrieg gegen den Zarismus gilt, den wir gepredigt, solange es eine deutsche Sozialdemokratie gibt (...). Jetzt hat der Zarismus angegriffen, jetzt haben wir keine Wahl (...). Jetzt hat das deutsche Proletariat den Erbfeind der europäischen Gesittung zu vernichten, als Deutsche, als Demokraten, als Sozialisten ergreifen wir die Waffen für die gerechte Sache." (2)

Letztlich war es dieses Ineinsetzen der sozialistischen Sache mit den nationalen Interessen, was den Legitimationshintergrund zu den Kriegskrediten abgab. Daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokraten im Reichstag einstimmig erfolgte, war auf den in der vorhergehenden Fraktionssitzung beschlossenen Fraktionszwang zurückzuführen. Tatsächlich leistete nämlich eine Gruppe von Abgeordneten gegen die Pläne der Kreditbewilligung heftigen Widerstand. Diese Abgeordneten - 14 an der Zahl - stimmten bei der entscheidenden Abstimmung in der Fraktion gegen die Kreditbewilligung und beugten sich dann bei der Abstimmung im Reichstag dem Fraktionszwang. Die Gegner der Kreditvorlage waren im Einzelnen:

Albrecht (Calbe-Aschersleben), Antrick (Holzminden-Gandersheim), Bock (Gotha), Geyer (Leipzig-Land), Haase (Königsberg), Henke (Bremen),

-----

(1) Henri de Man an Pierre Renaudel, 28. Februar 1915. Abgedruckt in: Referentenmaterialien des sozialdemokratischen Wahlvereins Niedernim, Nr. 8 von 1915

(2) K. Eisner, Gesammelte Schriften, Berlin 1919, Bd. 1, S. 15

Herzfeld (Rostock), Kunert (Halle), Ledebour (Berlin VI), Lensch (Reichenbach-Auerbach), Liebknecht (Potsdam-Osthavelland), Peirottes (Colmar), Rühle (Pirna-Sebnitz), Vogtherr (Stettin).

Neun von diesen Abgeordneten sollten im Verlauf des Krieges den Weg in die oppositionelle Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) finden, den Vorläufer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Ebenso Stadthagen, der sich der Stimme enthalten hatte.

Diese 14 Gegner der Kriegskreditbewilligung bildeten jedoch in Relation zu den 78 anderen Reichstagsabgeordneten der SPD, von denen sie niedergestimmt wurden, eine hoffnungslose Minderheit.

In völliger Isolation war die Linksoption nicht nur in der Reichstagsfraktion sondern auch in den Parteigliederungen draußen im Lande. Die sozialdemokratische Parteipresse stimmte fast geschlossen in die patriotische Euphorie der bürgerlichen Medien ein; lediglich einige wenige Parteiblätter übten sich in Zurückhaltung, was jedoch nicht hieß, daß sie den Kriegsgegnern ihre Spalten zur Verfügung stellten. Zu nennen sind hier die Bremer-Bürger-Zeitung (Henke), die Leipziger Volkszeitung (Block), die Schwäbische Tagwacht (Crispien) und das Volksblatt aus Halle. Die Vorwärts-Redaktion, die sich parteiintern gegen die Kreditbewilligung wandte, nahm von einer Veröffentlichung ihrer Kritik Abstand, um 'der Partei nicht zu schaden'.

Der einzige Versuch der Opposition, gegen die Kriegskredite Öffentlichkeit zu verschaffen, ging von einem Kreis um R. Luxemburg aus. (1)

-----

- (1) Was die Kreditbewilligung für R. Luxemburg persönlich bedeutete, beschreibt P. Frölich, a.a.O., S. 246; C. Zetkins Reaktion auf den 'Zusammenbruch' ist von ihr selbst geschildert im Brief an Helen Ankersmit (= .Dez. 1914). Abgedr. in: Luise Dornemann - Clara Zetkin. Berlin 1957, S. 259 ff.

Noch am Abend des 4. August hatten sich in ihrer Wohnung Pieck, Meyer, Hermann Duncker und Käte Duncker, Mehring, Eberlein und Marchlewski-Karski versammelt, um ein mögliches Vorgehen zu beraten. Man einigte sich darauf, ein Telegramm an ca. 300 sozialdemokratische Funktionäre des linken Flügels zu schicken, in dem diese aufgefordert wurden, eine Protestnote zu unterschreiben. Doch das Ergebnis geriet eher zur Demonstration der Schwäche als zum Auftakt für die geplante oppositionelle Offensive. Lediglich einer - Paul Lensch - erklärte sich zu einer Unterschrift bereit. Selbst 'gestandene' Vertreter der Linken wie Clara Zetkin, rieten dazu, abzuwarten und nach dem Krieg, von dem man annahm, daß er nur einige Wochen, längstens aber einige Monate dauern würde, zur schonungslosen Kritik an der Partei überzugehen, momentan sei die Situation für eine Initiative des linken Flügels denkbar ungünstig, und man würde sich nur unnötig von den Massen isolieren. Der Kriegsausbruch bedeutete also nicht nur die politische Abdankung der Sozialdemokratie insgesamt, sondern traf auch auf eine nahezu handlungsunfähige Linksopposition. Nicht einmal deren persönliche Kontinuität war in den ersten Kriegsmonaten gesichert, die alten Frontstellungen innerhalb der Partei, welche seit dem Revisionismusstreit und den Massenstreikdebatten nahezu unverändert waren, gerieten gründlich durcheinander.

Der Auffassung von Carl Schorske (1), von der Kontinuität der sich seit 1905 immer stärker herausbildenden Differenzierung des Sozialdemokratischen Lagers nach 1914 und ihrer Fortsetzung in der organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung, kann nur einschränkend zugestimmt werden.

-----

(1) Carl E. Schorske, German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism. Cambridge 1955

Ein Blick auf die politisch/persönliche Entwicklung einiger Repräsentanten der diversen Strömungen kann dieses verdeutlichen:

Kautsky, Hilferding und Eckstein vom marxistischen Zentrum der Partei schlossen sich unter dem Eindruck der Kriegsereignisse bald der Opposition an, dazu stießen vom rechten Flügel der Partei Leute wie Bernstein, E. Fischer oder Kurt Eisner.

Andererseits gerieten Sozialdemokraten, die jahrelang auf dem linken Flügel gekämpft hatten, in das Fahrwasser des Nationalismus. Der rasante Kurswechsel von Paul Lensch (LVZ) fällt hier besonders ins Auge, stellt aber keinen Einzelfall dar. Konrad Haenisch, Otto Düwell, Alexander Parvus-Helphand und Heinrich Schulz (BBZ) und etliche andere weniger bekannte taten es ihm nach.

In der Opposition, die sich im Laufe des ersten Kriegsjahres gegen die erneute Kriegskreditbewilligung formierte, lassen sich, wenn man vereinfachend die Vorkriegssozialdemokratie in drei große Richtungen gliedert, Vertreter aller dieser Strömungen wiederfinden.

Da waren zunächst Vertreter der alten Linksoption mit Karl Liebknecht, R. Luxemburg, C. Zetkin, F. Mehring u.a., Vertreter des marxistischen Zentrums Kautsky, Haase Hilferding Bock u.a. und Parteigenossen aus dem Kreis um E. Bernstein und die Sozialistischen Monatshefte.

Lediglich bei der ersten Gruppe der Kriegsgegner waren von vornherein grundsätzliche strategische Differenzen zur Sozialdemokratie festzustellen, welche sich langsam in den parteiinternen Konflikten seit der Jahrhundertwende herausgeschält hatten. Die oppositionelle Haltung der vom marxistischen Zentrum und aus dem Lager des Revisionismus kommenden Kriegsgegner war im allgemeinen lediglich – was keineswegs abwertend gemeint ist – pazifistisch motiviert.

Was diese verschiedenen Strömungen zusammenhielt war die Ablehnung des Krieges. Sollte dieses einigende Band einmal wegfallen, war zu vermuten,

daß die alten Differenzen wieder eine größere Bedeutung erlangen würden.

Im linksradikalen Lager der Kriegsgegner lassen sich in den Kriegsjahren zwei Tendenzen organisatorisch festmachen. Die eine Tendenz, welche ihren Schwerpunkt in Berlin hatte, sich um Liebknecht und R. Luxemburg gruppierte und als 'Gruppe Internationale' initiativ wurde und die andere, fast ausschließlich auf Bremen konzentrierte Strömung, welche ab 1916 unter der Leitung von Johannes Knief - einem engen Vertrauten Pannekoeks - die Zeitschrift 'Arbeiterpolitik' herausgab. Diese zweite Gruppe versuchte als 'Internationale Sozialisten Deutschlands' seit 1915 organisatorischen Einfluß zu gewinnen. Eng mit ihr verbunden war die Zeitschrift 'Lichtstrahlen' von Borchardt. Differenzen zwischen den beiden Gruppierungen bestanden vornehmlich in der Frage, wie derjenige Teil der Opposition gegen die Burgfriedenpolitik der SPD einzuschätzen sei, der sich in der 'Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft' zusammengeschlossen hatte und 1917 dann die USPD gründete.

Die Gruppe 'Arbeiterpolitik' lehnte eine Zusammenarbeit mit der SAG weitgehend ab und strebte die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei an. Doch wollen wir uns die Entwicklung im Lager der Kriegsgegner genauer ansehen.

## II.2 Ein erster Vorstoß – die Zeitschrift 'Internationale'

Zur Vorbereitung der Herausgabe einer Zeitschrift der Opposition, die den Namen 'Die Internationale' erhalten sollte, trafen sich am 5. März 1915 bei Wilhelm Pieck in Berlin F. Mehring, K. Liebknecht, H. und K. Duncker, Geithner (Gotha), Rühle (Leipzig), Levi, Crispian, Bertin (Düsseldorf), Merkel (Dresden), Gäbel (Berlin). Mit dem Geschäftsführer Pfeiffer der Düsseldorfer 'Volkszeitung' wurde eine 9000er Auflage vereinbart, die rechtzeitig bis zum April-Zahlabend (14. des Monats) ausgeliefert wurde. "Wie vorauszusehen, wurde die Zeitschrift in ihrer ersten Nummer verboten, die weiteren Nummern unter Vorzensur gestellt..." berichtet Wilhelm Pieck in einem 1920 verfaßten Manuskript. (1) Einer Vorzensur wollte man die 'Internationale' nicht unterwerfen, deshalb verzichtete man, bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes auf die Herausgabe weiterer Nummern.

Das Verbot der 'Internationale' konnte deren Verbreitung jedoch nicht mehr verhindern. "In Berlin wurden auf den ersten Anhieb 4000 abgesetzt, 3000 nachbestellt. In keinem Ort haben die bezogenen Exemplare ausgereicht. Überall Nachbestellungen. Der P(artei)-V(orstand) schäumt vor Wut." (2)

Dieser kommentierte die Herausgabe der oppositionellen Zeitschrift in einem Rundschreiben (3) an alle Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen

-----

- (1) W. Pieck, Zur Parteigeschichte der KPD (Spartakusbund) 1918-1920, zitiert nach: Dokumente und Materialien..., II, 1, a.a.O., S. 136
- (2) Clara Zetkin an Robert Grimm, Stuttgart, den 29.4.1915. In: H. Lademacher, Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. II, a.a.O., S. 54 f.
- (3) An die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen. Rundschreiben. Berlin, den 23.4.1915. Abgedr. in: H. Lademacher, Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. II, Korrespondenzen, a.a.O., S. 57 f.

folgendermaßen: Nachdem seit längerer Zeit eine besonders gehässig redigierte Zeitschrift, die den Titel 'Lichtstrahlen' führt, an die Organisationen verbreitet worden ist, haben Rosa Luxemburg und Franz Mehring jetzt gleichfalls eine Monatsschrift 'Die Internationale' (...) herausgegeben. In dieser 'Internationale' werden nicht nur zahlreiche absolut falsche Behauptungen aufgestellt (...), es wird auch in einer Reihe von Artikeln die Partei in skandalöser Weise beschimpft. (...) Die 'Internationale' arbeitet ganz offenbar auf die Zerstörung der Parteieinheit hin. (...) Gegen ein solches Treiben Front zu machen, ist die Pflicht jedes Parteigenossen, der mit uns davon überzeugt ist, dass die Kraft der deutschen Arbeiterklasse nicht durch innere Streitigkeiten zermürbt werden darf." (1)

Was war nun der reale Inhalt der 'skandalösen Beschimpfungen'? Rosa Luxemburg polemisierte in einem einleitenden Artikel heftig gegen Kautskys These, die Sozialistische Internationale sei zwar ein nützliches Instrument während des Friedens, aber untauglich zu Kriegszeiten. Die von Marx entdeckten Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie und die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft seien nämlich bei Kriegsausbruch nicht einfach außer Kraft gesetzt worden, sondern bestünden nach wie vor weiter.

R. Luxemburg schreibt, ... "während des Krieges schwindet das Lohnverhältnis nicht im geringsten, im Gegenteil wird seine Wucht durch Spekulation und Gründerfieber, die auf dem üppigen Boden der Kriegsindustrie blühen, sowie durch den Druck der Militärdiktatur auf die Arbeiter gewaltsam gesteigert." (2) Und in bezug auf den Staat führt sie aus: "Die politische

-----

(1) Parteivorstand der SPD, Rundschreiben, a.a.O., S. 58

(2) R. Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationalen. In: Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Düsseldorf, 15. April 1915, Heft 1, S. 6. Wie F. Mehring anmerkt, hat R. Luxemburg den Artikel bereits Anfang Februar verfaßt.

Klassenherrschaft der Bourgeoisie hört ebensowenig im Kriege auf: Im Gegenteil, sie wird durch die Aufhebung der Verfassungsrechte zur nackten Klassendiktatur erhoben." (1)

Mit der Transformation der konstitutionell gemäßigten Herrschaft der Bourgeoisie in die offene Klassendiktatur geht, wie Paul Lange in derselben Ausgabe der Internationale ausführt – die Integration der Gewerkschaften in das politische System einher. "In der Tat waren die herrschenden Gewalten klug genug, die freien Gewerkschaften überall dort zur Mitarbeit heranzuziehen, wo sie ihrer zur Durchführung von Staatsnotwendigkeiten bedurften." (2)

Die freiwillige Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen – beispielsweise bei der Organisation von Arbeitskräften für Erntearbeiten – führte jedoch nicht zu einem gewerkschaftlichen Einflußzuwachs. Der preußisch-deutsche Staat wußte seine Interessen zu wahren und trat von seinen Machtbefugnissen nichts an die Gewerkschaften ab.

Von der Einbeziehung der sozialdemokratischen Frauenorganisation in die sozialen Hilfsdienste (Betreuung und Beköstigung von Kriegswaisen etc.) an der Seite des 'nationalen Frauendienstes', weiß Käthe Duncker zu berichten. (3) Auch dieses Engagement der Sozialdemokratie half zwar durch den Krieg gerissene Versorgungslücken zu schließen, und war im Einzelfall unter moralischem Gesichtspunkt durchaus gutzuheißen, hatte aber andererseits die staatlicherseits gewünschte Entlastungsfunktion für die sich immer mehr auf die Erfordernisse des Krieges einstellende Wirtschaft und staatliche Bürokratie.

-----

(1) R. Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationalen, a.a.O., S. 6

(2) Paul Lange, "Sozialismus wohin wir blicken!" In: Die Internationale, Heft 1, a.a.O., S. 19

(3) K. Duncker, Unsere Frauen und der nationale Frauendienst. In: Die Internationale, Heft 1, a.a.O., S. 25 ff.

Das Erscheinen der 'Internationale' nahm die Gruppe um Borchardt zum Anlaß, auf die unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Linksradikalen und dem Parteizentrum hinzuweisen. In den 'Lichtstrahlen' vom 4. Juli 1915 heißt es in bezug auf die Anhänger Kautskys: "Geistig vollkommen desorientiert, hatten sie nur den einen Gedanken, der schon früher die Triebkraft ihrer Haltung bildete: die Organisationen keinen Gefahren auszusetzen. Indem das Zentrum der Partei mit den Sozialimperialisten Hand in Hand ging, unterschied es sich von ihnen nur dadurch, daß es in dem Wahn lebte, nach dem Kriege das alte Lied von neuem singen zu können, während die Opportunisten ganz richtig erklärten, man werde genötigt sein, aus der Politik des 4. August die Konsequenzen zu ziehen." (1)

Obwohl gegen diese Einschätzung der Borchardt-Gruppe nicht viel einzuwenden wäre, erscheint doch die im gleichen Zusammenhang getroffene Feststellung, daß zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei ein Gegensatz wie zwischen Lohnarbeit und Kapital bestehe, als stark überzogen.

Reaktion auf die 'Internationale' kam nicht nur, ob nun zustimmend oder ablehnend, aus den Reihen der Partei, sondern auch von staatswegen'. Die Leipziger Volkszeitung wußte in ihrer Ausgabe vom 19. Nov. 1915 zu berichten: "Gegen die Genossinnen Dr. Rosa Luxemburg und Clara Zetkin und die Genossen Dr. Franz Mehring, Peter Berten und Heinrich Pfeiffer ist wegen der Herausgabe und Drucklegung des Hefts I der 'Internationale' Anklage erhoben worden. Die Anklage erblickt in den Aufsätzen 'Der Wiederaufbau

-----

- (1) Lichtstrahlen, Bildungsorgan für denkende Arbeiter, Nr. 13, 4. Juli 1915, Die 'Lichtstrahlen' erschienen seit Sept. 1913 wöchentlich und seit Mai 1915 wöchentlich - im April 1916 wurde die Zeitschrift verboten. Zu ihren Mitarbeitern gehörten 1913/14 Linksoppositionelle wie Julian Marchlewski, Edwin Hoernle und Franz Mehring.

der Internationale' von Rosa Luxemburg und 'Für den Frieden' von Clara Zetkin Vergehen gegen die §§ 130, 110, 111 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenkampf, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur Begehung strafbarer Handlungen) und gegen die §§ 9 c und 9 d des Belagerungszustandsgesetzes (Anreizung zum Verbrechen der tätlichen Widersetzlichkeit und Verleitung von Militärpersonen zu Verbrechen gegen Subordination)."(1)

Die nächste Nummer der 'Internationale' sollte erst 1919 unter gänzlich veränderten politischen Konstellationen erscheinen.

-----

(1) Leipziger Volkszeitung, Nr. 263, 19. Nov. 1915

### II.3 Die Formierung der Linksopposition

Hatte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 geschlossen der Fraktionsdisziplin gefügt, (1) so änderte sich diesbereits

-----

(1) Es ist nicht mein Anliegen, die Entwicklung der linksoppositionellen Organisationen bis ins Detail nachzuzeichnen, sondern die wesentlichsten Grundzüge ihrer Geschichte und Entstehungsbedingungen darzustellen, die für das Verständnis ihrer theoretisch-politischen Positionen in bezug auf den Staat sowie ihrer strategischen Wendungen und internen Auseinandersetzungen unerlässlich sind. Verglichen mit den anderen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung waren die linksoppositionellen Gruppierungen in geringem Maße Gegenstand historischer Forschung. Robert F. Wheeler führt dazu aus: "Trotz ihrer historischen Bedeutung wurde die USPD für eine sehr lange Zeit von der Forschung fast ganz übersehen. Die Gründe dafür sind nicht schwer zu finden; der kometenhafte Aufstieg der USPD endete mit einem Mißerfolg, und die Forschung neigt dazu, über die historischen 'Mißerfolge' hinwegzusehen, besonders wenn kein etabliertes Interesse daran besteht, ihre Erforschung zu unterstützen." (Wheeler, s.u., a.a.O., S. I) Es liegen jedoch vor allem zur USPD teilweise sehr fundierte Ergebnisse vor. In erster Linie ist hier zu verweisen auf:

- Eugen Prager, Geschichte der USPD. Erschienen 1921 im parteieigenen Verlag; Nachdruck 1970 Detlev Auvermann-Verlag
- A.J. Ryder, The Independent Social Democratic Party and the German Revolution 1917-1920. Diss. 1958 University of London
- Kurt D. Philipp - The Independent Socialists' Attempt to govern Germany. November-December 1918. Diss. University of Kansas
- Robert Wheeler, The Independent Social Democratic Party and the Internationals: An Examination of Socialist Internationalism in Germany, 1915-1923. Diss. 1970 University of Pittsburgh (deutsch: USPD und Internationale. Frankfurt, Berlin, Wien 1975)
- Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemo-

in der Abstimmung über eine zweite Kreditvorlage am 2. Dezember. Karl Liebknecht stimmte als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter gegen deren erneute Bewilligung. (1) Eine zwar aussichtslose aber von der Öffentlichkeit im In- und Ausland weithin beachtete Geste, die mit dazu beitrug, daß Karl Liebknecht zu einem wichtigen Bezugspunkt derjenigen Teile der Arbeiterbewegung wurde, welche sich die alten Ideale der II. Internationale trotz der nationalistischen Welle in allen kriegführenden Ländern bewahrt hatten.

-----

(Fortsetzung Fußnote (1) S. 128)

- David W. Morgan, The German Independent Social Democratic Party. 1918-1922; Diss. Oxford 1969
- Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 53) Droste-Verlag, Düsseldorf 1974

(1) E. Prager (Geschichte der USPD, Berlin 1922, S. 25) und Robert F. Wheeler weisen darauf hin, daß Fritz Kunert absichtlich vor der Abstimmung über die Kriegskredite im August den Reichstagssaal verlassen habe. Somit gab es doch einen Abgeordneten der SPD, der nicht für die Kredite stimmte.

In Karl Liebknechts schriftlicher Begründung seiner Ablehnung der Kriegskredite vom 2. Dez. 1914, deren Abdruck im stenographischen Bericht des Reichstags vom Präsidenten abgelehnt wurde, weil sie 'Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würde', wenn sie mündlich gehalten worden wäre, heißt es: "Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonarpartistisches Unternehmen zur Demonstration und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt." (1)

In der Reichstagssitzung vom 2. Dezember vorhergehenden Fraktionssitzung der SPD hatten 16 Abgeordnete mit Liebknecht gegen eine Kreditbewilligung gestimmt, dann aber davon Abstand genommen, dieses Stimmverhalten öffentlich zu wiederholen. Die Zahl der Oppositionellen erhöhte sich in den folgenden Monaten - der deutsche Vormarsch war inzwischen in einem blutigen Stellungskrieg steckengeblieben - ständig.

Stimmten im März 1915 bereits 23 Abgeordnete fraktionsintern gegen die Kredite, so waren es im August des gleichen Jahres schon 31 und im Dezember 44. (2)

-----

(1) K. Liebknecht, Ges. Reden u. Schriften, Bd. VIII, S. 63

(2) vergl. E. Matthias, E. Pikart, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Teil I. Düsseldorf 1966, s. röm. 187 ff.

Daß nicht mehr alle Abgeordneten die Fraktionsdisziplin höher stellten als ihre politische Überzeugung, zeigten in der Reichstagssitzung vom 21. Dezember 1915 zwanzig Sozialdemokraten. Sie stimmten offen gegen die Kreditvorlagen und leiteten so die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein.

Karl Liebknecht und Otto Rühle, der sich in der 3. Abstimmung (1) über die Kriegskredite Liebknecht beigeseilt hatte, standen nicht mehr allein. Friedrich Geyer verlas im Auftrag der zwanzig dissidenten sozialdemokratischen Abgeordneten eine Begründung ihres Verhaltens, in der es hieß: "Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht Einbruch feindlicher Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Kultur entgegen." (2) Und Geyer hob hervor: "Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab." (3)

-----

- (1) Die dritte Abstimmung über die Kriegskredite kommentiert L. Trotzki folgendermaßen: "Als Liebknecht zum dritten Male im Reichstage die Kriegskredite ablehnte, begrüßte ihn das höhnische Gelächter der Patrioten: In ihm ridikulierte man die Ohnmacht des deutschen Radikalismus." Redebeitrag Trotzki, in: Die Zimmerwalder Bewegung, Hrsgg. von H. Lademacher, The Hague - Paris 1967, Protokoll der Zimmerwalder Konferenz, S. 134
- (2) Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. XIII. Legislaturperiode, Sitzung vom 21.12.1915, S. 507
- (3) ebd.

Auf der dieser Reichstagssitzung unmittelbar folgenden Fraktionssitzung beantragte David den Ausschluß der Minderheit aus der Fraktion. Doch die Mehrheit fand sich dazu noch nicht bereit; sie beließ es bei einer scharfen Rüge gegen die 'Disziplinbrecher'. Das war den meisten Abgeordneten der Minderheit nur recht, denn sie dachten nicht ernsthaft daran, von sich aus eine Spaltung der Fraktion oder gar der Partei zu betreiben. Sie wollten vielmehr, wie sie es dann auch ausdrücklich erklärten, lediglich das innerhalb der Partei zum Ausdruck bringen, was ein beträchtlicher Teil der Parteibasis empfand. Die Einheit der politischen Organisation der Arbeiterbewegung war ihnen nach wie vor von hohem Wert. Innerhalb dieser Einheit gedachten sie, ihrer gegen die Burgfriedenspolitik gerichteten Auffassung, Geltung zu verschaffen. Karl Liebknecht verfolgte einen radikaleren Kurs; so oft es ihm möglich war, versuchte er im Reichstag die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und die Politik der Reichsleitung zu attackieren. Die Quittung für sein Verhalten - das von seinen Anhängern als Zivilcourage, von seinen Gegnern als Querulantentum wahrgenommen wurde - bekam er von der eigenen Fraktion. Diese schloß im Januar 1916 aus ihren Reihen aus, so daß er fortan als fraktionsloser Abgeordneter kaum noch Gelegenheit hatte, sich zu Wort zu melden. Er sollte jedoch nicht lange allein bleiben.

In der Reichstagssitzung vom 24. März 1916 stand die Verabschiedung eines sogenannten Notetats auf der Tagesordnung. Obwohl die Fraktion nun beschlossen hatte, keine Kritik an dieser Vorlage zu üben, ergriff Haase im Reichstag das Wort und meldete seine Bedenken an.

Dieses Vorgehen hatte er erst kurz vor Beginn der Reichstagssitzung der Fraktion mitgeteilt, so daß die Fraktionsmehrheit sich überrumpelt fühlte (mit der Minderheit hatte Haase - der immer noch Parteivorsitzender war - sein Vorgehen abgesprochen).

Die Mehrheit zögerte nun nicht länger zu organisatorischen Maßnahmen zu greifen. Mit 33 Gegenstimmen (58 ja, 4 Enthaltungen) erklärten sie, daß

Haase und seine Freunde 'die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt' hätten.

Die insgesamt 17 oppositionellen sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten: "Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen." (1) Damit war die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besiegelt. (2)

Die Auflösung der Fraktionseinheit bedeutete zunächst noch nicht die endgültige Spaltung der Partei. Ein letzter Versuch ein 'geordnetes Parteileben' wiederherzustellen, wurde im September 1916 unternommen. Da unter den Bedingungen des Belagerungszustands ein Parteitag mit öffentlicher Diskussion - welche eine massive Kritik an der Kriegspolitik der Reichsleitung durch die Parteiminderheit eingeschlossen hätte - nicht möglich war, beschloß man, eine nichtöffentliche Reichskonferenz einzuberufen. 451 Delegierte aus den Untergliederungen der Partei kamen am 21. September zusammen. Die an die Referate von Ebert und Scheidemann anschließende

-----

(1) Abgedruckt bei E. Prager, Geschichte der USPD. Berlin 1922, S. 96

(2) Die Gruppe Internationale kommentiert in einem illegal verbreiteten Flugblatt die Spaltung der Fraktion: "Die Erfahrungen der 18 Abgeordneten im Reichstag haben endgültig bewiesen, daß die Politik der Schwächlichkeiten und Halbheiten zu nichts führt, daß die Partei nur durch eine energische, grundsätzliche Politik gerettet werden kann." Die Zielperspektive erblickte man in der "Zurückeroberung der Partei für den grundsätzlichen Klassenkampf! Beendigung des Völkermords durch Wiederherstellung der proletarischen Internationale!" (Das Flugblatt - verfaßt von R. Luxemburg - ist abgedruckt in: R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 4, S. 181-186)

Diskussion führte jedoch nicht zu einem neuen Konsens, sondern bestätigte die in den Monaten zuvor aufgebrochenen Differenzen und vertiefte eher die Kluft zwischen den Flügeln der Partei, als daß sie zu einer Verständigung beigetragen hätte. Haase, der zu Ebert und Scheidemann das Koreferat hielt, - er war inzwischen als Parteivor-sitzender zurückgetreten - formulierte klar die Vorstellungen der Minder-heit:

"Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, in der dem Imperialismus offen oder versteckt Konzessionen gemacht werden. Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, die die Kolonialpolitik unterstützt, wie etwa Lensch im Kolonialpolitischen Ausschuß. Wir sind gegen eine Partei, in der die Schutzzoll-Bereicherungspolitik eine Förderung erfährt. (Beifall bei der Opposition). Wir wollen nicht eine Partei, in der der Klassenkampf abgeschwächt wird. (Lebhafte Zustimmung bei der Oppo-sition). Parteigenossen! Wir wollen die Einheit der Partei, aber auf dem festen granitenen Boden des sozialdemokratischen Programms." (1)

Was Haase hier vortrug, war nicht ein Plädoyer für eine Neubestimmung sozialdemokratischer Strategie, sondern ein Apell, sich auf die alte sozial-demokratische Programmatik rückzubesinnen.

Die Argumentation der SAG war - im Gegensatz zu dem, was die Gruppe Internationale vortrug - auf die Parteitraditionen bezogen also gewissermaßen 'konservativ' gestimmt. Die Politik von Ebert/Scheidemann u.a. empfanden die Delegierten um Haase als Abweichung vom 'eigentlichen' sozialdemo-kratischen Kurs. Die 'altbewährte und sieggekrönte Taktik' war in ihren Augen aufgegeben worden zu gunsten eines haltlosen Opportunismus.

-----

(1) Prot. der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. Sept. 1916. Berlin, o.J., S. 82

## II.4 Die Zimmerwalder Bewegung

Das Bedürfnis, diejenigen Parteien und Fraktionen der Internationale zusammenzuführen, welche eine Alternative zu den verschiedenen nationalen Varianten sozialistischer Kriegspolitik suchten, stand hinter einer Konferenz, die am 5. September 1915 in die Schweiz einberufen wurde.<sup>(1)</sup> Die Delegationen der einzelnen Länder waren, je nach Haltung der jeweiligen Gesamtpartei zum Krieg, entweder entsandt als offizielle Parteivertretung oder als Sprecher der partei-oppositionellen Minderheiten. Die deutsche Sozialdemokratie war, wegen ihrer kriegsbejahenden Politik, nicht geladen. Vertreten war jedoch deren Linksopposition mit zehn Delegierten. Es waren dies: Adolph Hoffmann (Berlin), Minna Reinhardt (Berlin), Berta Thalheimer (Stuttgart), Ewald Vogtherr (Dresden), Ernst Meyer (Berlin), Georg Ledebour (Berlin), Heinrich Berges (Frankfurt), Herzfeld (Berlin), Lachenmaier (Schwäbisch Gmünd) und Julian Borchardt (Berlin). Neben Deutschland waren vertreten: Frankreich, Italien, Rußland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Norwegen, Holland und die Schweiz, deren Vertreter Robert Grimm die Verhandlungen leitete.

Die Kritik, die die deutsche Linksopposition an der Burgfriedenspolitik ihrer Gesamtpartei vorbrachte, hatte seine Entsprechung in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. In Frankreich widersetzten sich die Linken der Politik der Union Sacrée von Renaudel, Sembat und Dubreuilh. In Holland

-----

(1) Eine umfassende Dokumentation zur 'Zimmerwalder Bewegung hat Angelica Balabanoff zusammengestellt. Dies., Die Zimmerwalder Bewegung 1914-1919. In: Carl Grünberg, Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung XII. (1926)

bildeten sich oppositionelle Gruppen um Henriette Roland Holst sowie Wijnkoop und Ravesteyn. Die Schweizer Linken um Grimm beteiligten sich aktiv an den Rekonstruktionsversuchen einer sozialistischen Internationale, unterstützt von russischen und polnischen Emigranten wie Radek, Axelrod, Martov, Lenin u.a. (1) Die Arbeiterparteien der neutralen Länder verfolgten zwar von Anfang an eine gegen den Krieg gerichtete Politik, vermochten jedoch nicht, ihre Schwesterparteien in den kriegführenden Ländern zu beeinflussen.

Die maßgebliche Vorarbeit zur Konferenz in Zimmerwald hatten die Italiener und Schweizer geleistet. Schon am 15. Mai 1915 hatte der italienische Parteivorstand beschlossen, die Initiative zur Einberufung einer internationalen Zusammenkunft zu ergreifen. Die Kriterien, welche den verschickten Einladungen zugrunde lagen, werden im offiziellen Verhandlungsbericht wie folgt angegeben: "Die Einladungen ergingen an alle Parteien, Arbeiterorganisationen oder Gruppen von ihnen, von denen bekannt war, daß sie auf dem Boden der alten Grundsätze und der Beschlüsse der Internationalen verblieben seien und bei denen vorausgesetzt werden konnte, daß sie bereit wären, gegen die Burgfriedenspolitik aufzutreten und auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes für eine gegen den Krieg gerichtete gemeinsame, gleichzeitige Aktion der Sozialisten in den verschiedenen Ländern einzustehen." (2)

-----

(1) Zur Rolle von Lenin in der russischen Emigrantenszene vergl. Willi

Gautschi, Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich, Köln 1973, bes. S. 95-235

(2) Internationale Sozialistische Konferenz zu Zimmerwald (Schweiz), abgehalten vom 5. - 8. Sept. 1915 - Offizieller Verhandlungsbericht. Abgedr. in: Die Zimmerwalder Bewegung, Protokolle und Korrespondenz. Hrsgg. von Horst Lademacher. Bd. I, Protokolle; The Hague - Paris 1967. Hier: S. 172

Auf einer Vorbesprechung am 11. Juli 1915 in Bern wurde Einverständnis darüber erzielt, daß die Zimmerwalder Konferenz nicht die Gründung einer neuen Internationale zum Ziel haben könne. Im Sinn hatte man vielmehr so etwas, wie die Schaffung eines 'Aktionszentrums', was eine internationale Friedensaktion anregen sollte und der Koordination dienen sollte.

Die gemeinsame Erklärung der deutschen und der französischen Delegation, die 'mit lautem Beifall' aufgenommen wurde, unterstrich dieses Anliegen der Konferenz: "Wir erklären, daß wir das Ende des Krieges durch einen nahen Frieden wollen, der kein Volk und keine Nation vergewaltigt, daß wir niemals Eroberungsplänen unserer Regierungen zustimmen, die unvermeidlich den Keim neuer Kriege in sich tragen müssten, daß wir, jeder in seinem Lande, für einen Frieden arbeiten, der den zwischen den Völkern gesäten Hass zerstreut und ihnen Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit wieder ermöglicht," (1)

Da das Internationale Sozialistische Büro der II. Internationale funktionsunfähig geworden war, beschloß man – zunächst einmal provisorisch – eine Internationale Sozialistische Kommission zu bilden. Das Sekretariat dieser Kommission hatte seinen Sitz in Bern und sollte die Kommunikation zwischen den oppositionellen Parteien und Parteifraktionen vermitteln. Allerdings nur so lange, wie das Internationale Sozialistische Büro der II. Internationale seinen Aufgaben nicht gerecht wurde.

-----

(1) Gemeinschaftliche Erklärung der französischen und der deutschen

Delegation an die internationale sozialistische Konferenz zu Zimmerwald (Schweiz). In: Die Zimmerwalder Bewegung..., a.a.O., S. 176

Eine tiefgehende politische Verunsicherung des linken Flügels der internationalen Sozialdemokratie zeigte sich in den über die organisatorische Ebene hinausgehenden Diskussion.

Karl Liebknecht, der im Anschluß an die 1. Mai-Demonstration (von 1915 verhaftet worden war und im Zuchthaus saß, konnte seine Auffassungen nur schriftlich der Konferenz mitteilen. In seinem Brief heißt es: "Die Prinzipien unserer Stellung zum Weltkrieg, als Spezialfall unserer Stellung zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt's kurz zu klären: kurz - so hoffe ich! Denn hier sind wir alle, seid ihr alle einig, müssen wir einig sein. Die taktischen Folgerungen aus diesen Prinzipien gilt's vor allem ziehn - rücksichtslos; für alle Länder! Burgkrieg, nicht Burgfrieden! Internationale Solidarität des Proletariats über, gegen pseudonationale, pseudopatriotische Klassenharmonie. Internationaler Klassenkampf über Staatenkrieg, gegen Staatenkrieg. Internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution." (1)

Karl Kilbom vom Socialdemokratiska Ungdomsförbundet Sverge Norge, versuchte die von Karl Liebknecht geforderten taktischen Folgerungen zu umreißen. Er konstatierte eine Unfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, gesellschaftliche Weiterentwicklung ohne kriegerische Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Ähnlich wie Rosa Luxemburg, interpretierte er die Herausbildung zentralisierter Nationalstaaten als notwendige Begleiterscheinung (und Voraussetzung) der Ablösung des Feudalismus durch die

-----  
(1) K. Liebknecht, Brief an die internationale sozialistische Konferenz zu Zimmerwald. 2. Sept. 1915; in: Protokoll, Zimmerwald..., a.a.O., S. 55

kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Die in ihren historischen Konsequenzen antifeudalen 'nationalen Kriege' des 18. und 19. Jahrhunderts seien jedoch mit dem gerade stattfindenden Weltkrieg nicht zu vergleichen.

Nicht das Interesse an der Herstellung nationaler Integrität stehe hinter den kriegerischen Auseinandersetzungen, sondern der Kampf um den Weltmarkt. Die Politik der Vaterlandsverteidigung seitens der großen sozialistischen Parteien verkenne den imperialistischen Charakter des Krieges. Es gelte - und hier zeigt sich Kilbom deutlich von den russischen Radikalen inspiriert - den Burgfrieden in den Bürgerkrieg umzuwandeln. (1)

Der von Liebknecht proklamierte 'Bürgerkrieg', als Gegenbegriff zum 'Burgfrieden' benutzt, zielt auf anderes ab, als es Lenin im Sinn hatte, als er die Parole ausgab: 'Verwandlung des Krieges in den revolutionären Bürgerkrieg'.

Der Schock, den die deutsche Sozialdemokratie bei den Sozialdemokraten Rußlands durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten ausgelöst hatte, wurde von diesen umgesetzt in eine völlige Absage an ihr einstiges Idol. Radek bezeichnete in einem Resolutionsentwurf den 'Sozialpatriotismus', worunter er die den Burgfrieden wahrende deutsche Parteimehrheit faßte, als gefährlicheren Feind als die bürgerlichen Vertreter des Imperialismus. Kautsky, der sich in Radeks Augen lediglich revolutionär gebärdete, mußte es sich gefallen lassen, mit den 'Sozialpatrioten' um Noske und Scheidemann in einem Atemzug genannt zu werden. Die Rigidität mit der die in der

-----

- (1) Der Wortlaut der Erklärung des Socialdemokratiska ungdomsförbundet Sverige Norge ist zu finden in: Protokoll, Zimmerwald, a.a.O., S. 57 ff.

Illegalität arbeitenden russischen Revolutionäre die zaristische Despotie bekämpften, wandte sich nach dem Zusammenbruch der II. Internationale, gegen die den sozialistischen Prinzipien untreu gewordenen Genossen. Denn diese könnten ... "die Flagge des Sozialismus missbrauchend, die unaufgeklärte Arbeiterschaft irreführen..." (1) Der Kampf gegen den 'Sozialpatriotismus' war für die russischen Radikalen von nun an unumstößliche Voraussetzung zur revolutionären Mobilisation der Arbeiterschaft. Für die Erlangung der Macht im Staate, die den Sozialisten jedweder Richtung stets als Vorbedingung der gesellschaftlichen Neuorganisation erschienen war, waren die deutschen Mehrheitssozialdemokraten in den Augen der russischen Radikalen zum Hindernis geworden.

Daß sie dem Sozialismus gefährlicher schienen, als die explizit und auch im eigenen Verständnis antisozialistischen bürgerlichen Parteien oder gar die Reichsleitung, mag zunächst als polemische Überspitzung verstanden werden. Die Radeksche Argumentationsfigur tauchte jedoch in den Auseinandersetzungen der kommenden Jahre um die neuzubildende Internationale häufiger auf und gewann in den innerparteilichen Konflikten der KPdSU der späten 20er und 30er Jahre eine nicht unerhebliche Bedeutung.

Auf der Zimmerwalder Konferenz vermochte sich der radikalere Flügel der internationalen Sozialisten - angeführt von Lenin und Radek - nicht durchzusetzen. Die gemäßigtere Linksoption, vertreten unter anderem durch Ledebour, prägten entscheidend das einstimmig verabschiedete Schlußmanifest.

-----

(1) K. Radek, Protokoll, Zimmerwald, a.a.O., S. 122

Zu einer zweiten internationalen sozialistischen Konferenz (1) trafen sich vom 24. - 30. April 1916 siebenunddreißig Delegierte in Kiental (Schweiz). Aus Deutschland waren angereist: Georg Herrmann, Anna Schubert, Adolph Hoffmann, Hermann Fleissner, Bertha Thalheimer, Ernst Meyer und Paul Frölich.

Ernst Meyer legte die Auffassungen der 'Gruppe Internationale' über die zukünftige internationale Arbeit dar. Er betonte, daß es nicht Ziel seiner politischen Richtung sei, eine neue Internationale zu gründen. Diese könne durch einen einfachen organisatorischen Akt auch gar nicht gegründet werden, sie müsse vielmehr aus den politischen Verhältnissen erwachsen. Wichtiger als der organisatorische Aspekt sei die Erarbeitung einer 'geistigen Grundlage'.

Wie sich die Gruppe Internationale diese 'geistige Grundlage' vorstellte, hatte sie in Thesen zusammengefaßt, welche Meyer vortrug. Darin heißt es: "Dem Militarismus des Weltkrieges ist die Losung der Abschaffung des stehenden Heeres, dem Absolutismus des Belagerungszustandes und der Geheimdiplomatie sind die Losungen der Republik, der Demokratie in der innern und äussern Politik, der Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden entgegenzusetzen.

Auf Schritt und Tritt inner- und ausserhalb der Parlamente ist der Belagerungszustand zu durchbrechen, der Burgfriede, die Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges zu zerstören, die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht zu zerreißen, die internationale Interessengemeinschaft des Proletariats, die im Krieg nicht aufgehoben,

-----

(1) vergl. Bulletin (des internationalen sozialistischen Komitees), Nr. 5, Juli 1916. Protokoll der Konferenz ist abgedruckt in: Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. 1, a.a.O., S. 265

sondern zum höchsten Grad gesteigert ist, als politische Maxime zu proklamieren." (2) Ein klares Votum für die Schaffung demokratischer Republiken in Europa, gab auch Grimm, der wie in Zimmerwald auch die Konferenz in Kiental leitete, ab. Die 'politische und soziale Demokratie' sei jedoch solange unmöglich, wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur notwendigen Voraussetzung habe, bestehe.

Die Verwertungszwänge der kapitalistischen Produktion, machte Grimm dafür verantwortlich, daß immer wieder Kriege entstünden. Denn die Interessen der verschiedenen rivalisierenden Kapitalfraktionen trieben diese über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus und führten damit notwendig zu kriegesischen Kollisionen. Und Grimm folgert: "Indem der Sozialismus das kapitalistische Privateigentum aufhebt, beseitigt er mit der Ausbeutung der Volksmassen durch die besitzenden Klassen und damit der nationalen Unterdrückung zugleich die Kriegsursachen." (2)

Diese Einschätzung, die in der internationalen Sozialdemokratie vor 1914 allgemein verbreitet war, hatte bei den Arbeiterparteien jedoch nicht zu den entsprechenden politisch-praktischen Konsequenzen geführt. Die

-----

- (1) E. Meyer, Thesen der Gruppe Internationale, Protokoll Kiental, a.a.O., S. 295; vergl. auch R. Luxemburgs Artikel 'Der Rhodus' im Spartakus-Brief Nr. 1 vom 20. Sept. 1916. In: Spartakusbriefe, Berlin 1958, S. 211-217 "Nicht im Parlament können die Würfel über Krieg und Frieden, über die Internationale, über den Massenhunger fallen, sondern in den Fabriken, in den Werkstätten, auf der Straße." (ebd.)
- (2) Grimm, Die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen. Vorschlag für Thesen. In: Protokoll Kienthal, a.a.O., S. 314

gefürchtete Niederlage des eigenen Landes konnte in den Augen der führenden Sozialdemokraten nur abgewendet werden, wenn der bürgerliche Nationalstaat, nicht nur nicht bekämpft, sondern zum möglichst optimal arbeitenden Instrument der nationalen Verteidigung ausgebaut würde. Durch die freiwillige Einkapselung der Sozialdemokratie in den Kriegsapparat der herrschenden Klasse (1), war an eine Artikulation des revolutionären Interesses nicht mehr zu denken. Im Gegenteil: jede oppositionelle Bewegung mußte niedergehalten werden, wollte man den Staatsapparat und damit die nationale Verteidigung nicht unnötig gefährden. Lenin vertrat früher und energischer als die deutsche Linksopposition den Standpunkt, daß ein Bruch mit Denjenigen zu vollziehen sei, die solcherart sozialpatriotische Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung vertreten. "Mit dem Gefühl tiefster Bitterkeit..." (2) stellte er wenige Wochen nach Kriegsausbruch fest, daß sich die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ihren Regierungen nicht widersetzen, ... "sondern die Arbeiterklasse aufforderten, mit den imperialistischen Regierungen gemeinsame Sache zu machen." (3)

Versprachen sich die Führer der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn des Krieges für ihr Wohlverhalten eine verbesserte Stellung ihrer Partei im Staate, so wurden sie bald eines Besseren belehrt, was ihnen allerdings eine Änderung ihrer Politik nicht erforderlich erscheinen ließ. Im

-----

(1) vergl. J. Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, S. 57

(2) W.I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. Geschrieben vor dem 28. Sept. 1914. Veröffentlicht am 1.11.14 im 'Sozialdemokrat', Nr. 33. Abgedr. in: Lenin-Werke, Bd. 21, S. 15

(3) W.I. Lenin, ebd., S. 15

Gegensatz zu Frankreich, wo die Sozialisten von Kriegsbeginn an mit an der Regierung beteiligt waren, oder auch im Gegensatz zu England, wo nicht durch Ausrufung des Belagerungszustandes die sozialistische Presse ausgeschaltet war, hatte die deutsche Sozialdemokratie keinerlei Einflußzuwachs zu vermelden. Das Gegenteil war der Fall: das schon vor 1914 starke autoritäre Züge tragende deutsche Regierungssystem, nahm im Verlauf des Krieges den Charakter einer offenen Militärdiktatur an, welche die Sozialdemokratie von der politischen und militärischen Entscheidungsfindung völlig ausschloß. Das 'opportunistische Kalkül' war nur insoweit aufgegangen, als die Zerschlagung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen verhindert wurde; allerdings um den Preis ihrer Bedeutungslosigkeit.

## II.5 Rosa Luxemburgs erste Verarbeitung der Krise der Sozialdemokratie - die Junius-Broschüre

Die Ursachen für die Krise der Sozialdemokratie untersuchte

R. Luxemburg in einer im April 1915 verfaßten Broschüre. (1)

Unter den Bedingungen des Belagerungszustandes mußte diese Untersuchung illegal in der Schweiz gedruckt werden und konnte erst 1916 erscheinen. Das von R. Luxemburg gewählte Pseudonym gab der für die Selbstverständigung der Linksopposition äußerst wichtigen Schrift dann den Namen: Junius-Broschüre.

R. Luxemburg legte hier dar, daß die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten und die in der Folge eingeschlagene Politik des Burgfriedens eine 'weltgeschichtliche Katastrophe' war, (2) - die völlige Kapitulation der II. Internationale. Die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1914 beendete eine 45-jährige Periode des Aufbaus moderner Massenparteien in allen europäischen Ländern.

Die Zerschlagung der Pariser commune hatte diese Phase eingeleitet, in der die deutsche Sozialdemokratie anerkanntermaßen zum wichtigsten Eckpfeiler der europäischen Arbeiterbewegung wurde. Sie verfügte sowohl über die größte Organisation als auch über international respektierte Theoretiker. Und gerade die deutsche 'Sektion der Internationalen' trat mit allen Konsequenzen auf die Seite der jahrzehntelang und unter großen

-----

(1) Junius, Die Krise der Sozialdemokratie. Zürich 1916. Abgedr. in:

R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 4, S. 49 ff.

(2) R. Luxemburg, a.a.O., S. 53

persönlichen Opfern befehdeten konservativen und antisozialistischen Parteien, um mit ihnen das 'nationale Interesse' des Deutschen Reiches zu verteidigen.

Deutlich kontrastieren in R. Luxemburgs Darstellung von 1915/16 die Erinnerungen an die Glanzvolle Rolle der SPD in der II. Internationale und ihre vernichtenden Aussagen über die SPD von 1914. ...."was erlebten wir in Deutschland, als die große historische Probe kam? Den tiefsten Fall, den gewaltigsten Zusammenbruch. Nirgends ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt, nirgends wird der Belagerungszustand so widerstandslos ertragen, nirgends die Presse so geknebelt, die öffentliche Meinung so erzwängt, der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse so gänzlich preisgegeben wie in Deutschland." (1) Doch die Preisgabe des Klassenkampfes durch die Sozialdemokratie sei nur eine historische Verirrung, das 'strenge Gesetz der Geschichte' verbürge der Arbeiterklasse den 'endlichen Sieg'.

Man liest aus der Junius-Broschüre heraus, wie schwer R. Luxemburg die Verarbeitung der unerwarteten Ereignisse fiel, welche 'eigentlich' nicht hätten Realität werden dürfen, wenn 'die Geschichte' sich gemäß der ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeiten vollzogen hätte. Zwar hatten R. Luxemburg und ihre Gesinnungsgenossen immer damit gerechnet, daß widrige Umstände und eine fehlerhafte Politik zu zeitweiligen Rückschritten führen könne. Ihre ganze parteiinterne Oppositionspolitik war ja letztlich gerade dadurch motiviert, die durch die Partei selbst

-----

(1) R. Luxemburg, Die Krise..., a.a.O., S. 55

geschaffenen Hindernisse auf dem Weg zum 'Endziel' fortzuräumen. Doch die Kapitulation der SPD einerseits und die dadurch fast ungestört mögliche Durchsetzung kapitalistischer Herrschaftsinteressen andererseits, war mehr als eine temporäre Schwächung der Arbeiterbewegung. Vor den Augen R. Luxemburgs vollzog sich ein historisches Fiasko, zu dessen Erklärung das ideologische Instrumentarium des Vorkriegs-Marxismus keine Handhabe mehr bot. Die Plausibilität, die die Fortschrittsgläubigkeit der II. Internationale, wegen der stets wachsenden und einflußreicher werdenden Arbeiterorganisationen, auf seiner Seite hatte, war verlorengegangen. Rosa Luxemburgs Beschwörung der historischen Gesetzmäßigkeit, welche nach wie vor im Sinne der Arbeiterklasse wirke, klingt hilflos. Ihre These, daß trotz des 'Verrats vom 4. August', der Endsieg des Sozialismus historisch verbürgt sei, kann man akzeptieren oder nicht akzeptieren. Alle Argumente, welche die Geschichte tagtäglich selbst lieferte, schienen eher auf das Gegenteil hinzudeuten. Wie lange darf eine historische Ausnahme - eine Verirrung, wie Rosa Luxemburg es nennt - währen und wie weit darf sie reichen, um die postulierten Gesetzmäßigkeiten nicht ad absurdum zu führen? wenn das behauptete 'Wesen' der Geschichte nicht zur Erscheinung kommt oder sich dermaßen gebrochen verwirklicht, daß mit gleichem Recht das Wirken anderer Gesetzmäßigkeiten oder die Abwesenheit von historischer Gesetzmäßigkeit überhaupt angenommen werden könnte, gerät die Entscheidung für die eine oder andere Variante der Erklärung historischer Abläufe zur Beliebigkeit.

Rosa Luxemburg selbst spürt den Widerspruch zwischen der Geschichtsphilosophie der II. Internationale und den Ereignissen, deren Analyse sie betreibt. "Noch ein solcher Weltkrieg", so schreibt sie, "und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben." (1) Die Erschütterung des Glaubens an

-----

(1) R. Luxemburg, Die Krise..., a.a.O., S. 163

einen früher oder später eintretenden Erfolg der historischen Mission der Arbeiterklasse kann eigentlich gar nicht deutlicher zum Ausdruck kommen, als in diesen Zeilen.

Die Barbarei, die grundlegende Zerstörung dessen, was trotz seiner auf der Klassenstruktur beruhenden Ungleichheiten und Deformationen gemeinhin als Zivilisation bezeichnet wird, erscheint als historisch möglich. Eine von Marx und Engels auf vergangene Klassenkämpfe bezogene Bemerkung im Kommunistischen Manifest, die oft zitiert, aber in ihrer Tragweite eigentlich nie so recht verstanden werden konnte, weil gewissermaßen die historischen Anschauungsmöglichkeiten fehlten, erscheint in neuem Licht. Es heißt dort: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft, ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz - Unterdrücker und Unterdrückte - standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedes Mal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen." (1)

Nichts anderes als diese Möglichkeit des gemeinsamen Untergangs der kämpfenden Klassen deutet sich in R. Luxemburgs Hinweis auf eine drohende soziale Barbarisierung an. Die deterministische, teleologisch geprägte Geschichtsauffassung des Marxismus der II. Internationale ist damit grundsätzlich in Frage gestellt. Der 'Ausgang der Geschichte', der für Marx erst der eigentliche Beginn der Geschichte einer zu sich selbst gekommenen

-----

(1) K. Marx, F. Engels - Manifest der Kommunistischen Partei. London 1848. Abgedr. in: MEW 4, S. 459; hier S. 462

Menschheit war, ist offen. Sieg des Proletariats oder der herrschenden Klassen oder Untergang beider, alles ist als Resultat der historischen Dialektik möglich. R. Luxemburg verarbeitete diese schmerzliche Erfahrung jedoch durchaus widersprüchlich. Neben der auf die Emanzipation der Gesellschaft zustrebenden Notwendigkeit, sah sie eine zweite Notwendigkeit historisch wirken, welche auf das genaue Gegenteil abzielte. "Die geschichtliche Dialektik," so schreibt Rosa Luxemburg, "bewegt sich eben in Widersprüchen und setzt auf jede Notwendigkeit auch ihr Gegenteil in die Welt. Die bürgerliche Klassenherrschaft ist zweifellos eine historische Notwendigkeit, aber auch der Aufruhr der Arbeiterklasse gegen sie; das Kapital ist eine historische Notwendigkeit, aber auch sein Totengräber, der sozialistische Proletarier; die Weltherrschaft des Imperialismus ist eine historische Notwendigkeit, aber auch ihr Sturz durch die proletarische Internationale. Auf Schritt und Tritt gibt es zwei historische Notwendigkeiten, die zueinander in Widerstreit geraten, und die unsrige, die Notwendigkeit des Sozialismus, hat einen längeren Atem." (1)

In der hergebrachten sozialdemokratischen Terminologie drückt Rosa Luxemburg etwas neues aus: dadurch, daß sie die gesellschaftlichen Strukturen (Imperialismus), welche einer Emanzipation des Proletariats entgegenstehen als historische Notwendigkeit begreift, welche nicht so

-----

- (1) Rosa Luxemburg, Die Krise..., a.a.O., S. 160; Lelio Basso wertet R. Luxemburgs Theorie der 'zwei Logiken' als ... "deutlichste Verurteilung jeder fatalistischen oder deterministischen Auffassung..." (Lelio Basso, Der Beitrag Rosa Luxemburgs zur Entwicklung der Marxschen Theorie. In: Claudio Pozzoli, Rosa Luxemburg oder 'Die Bestimmung des Sozialismus', Frankfurt a.M. 1974, S. 33)

ohne weiteres der Notwendigkeit des Sozialismus Platz macht, stellt sie die Theorie von der sich zwangsläufig auf das Endziel des Proletariats zubewegenden Geschichte in Frage. Zwei sich im historischen Prozeß widerstreitende Notwendigkeiten machen eine Aussage über den Ausgang dieses Widerstreits unmöglich. Aber Rosa Luxemburg war zu sehr Politikerin, als daß sie die von ihr aufgeworfenen Fragen irritierend stehen gelassen hätte: unsere Notwendigkeit, so versichert sie, hat einen längeren Atem. (1)

-----

(1) Die Bremer 'Arbeiterpolitik' brachte eine Besprechung der 'Junius-Broschüre' in: Arbeiterpolitik, Nr. 6, 7, 8 vom 29. Juli, 5. Aug. und 12. Aug. 1916. Unter dem Titel: 'Im Fangnetz der Widersprüche. Karl Radek warf hier R. Luxemburg vor, lediglich einen nationalen Weg zur Revolution zu propagieren. Die Vorwürfe sind jedoch nicht haltbar.

Zur Aufnahme der Junius-Broschüre bei den Bolschewiki vergl.: W.I. Lenin, Über die Junius-Broschüre. In: Lenin-Werke, Bd. 22, (Berlin 1972) ... "im großen und ganzen eine ausgezeichnete marxistische Arbeit..." (ebd., S. 311

## II.6 Internationalismus versus nationalstaatliche Politik

Genau ein Jahr nach Kriegsausbruch verfaßt Liebknecht für die Jugend-Internationale die Schrift 'Antimilitarismus'. An das 'Einmaleins des Sozialismus' wollte Liebknecht erinnern, das nach dem 4. August gänzlich in Vergessenheit geraten zu sein schien. Zu dem, was Liebknecht zu den Grundlagen der sozialistischen Bewegung rechnete, gehörte die Klarheit über den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die 'Vaterlandslosigkeit des Kapitals', wie Liebknecht sich ausdrückt, zur Folge hat. Das Kapital gibt lediglich nationale Interessen vor, ist aber gebunden an Verwertungsgesetze, die nationale Schranken nur respektieren können, wenn sie der Rentabilität dienlich sind. Ihre gesellschaftliche Interessengemeinschaft würden die Kapitalisten der verschiedenen Länder immer höher veranschlagen und zu verteidigen wissen, als nationalstaatliche Besonderheiten. Deshalb sei es notwendig, daß die Arbeiterklasse das ... "Primat der Klassenscheidung gegenüber der nationalen und staatlichen Scheidung..." (1) erkenne und sich zur international denkenden und handelnden Interessengemeinschaft zusammenschließt. Die 'vertikale Sonderung' im gesellschaftlichen Gefüge überlagere alle 'horizontalen' zwischenstaatlichen Widersprüche. Deshalb zieht Liebknecht den Schluß: "Internationaler Klassenkampf über Staatenkrieg! Internationaler Klassenkampf gegen Staatenkrieg..." (2)

-----

(1) K. Liebknecht, Antimilitarismus, Jugend-Internationale Zürich, Nr. 1 und 2 vom 1. Sept. und 1. Dez. 1915; abgedr. in: Liebknecht, Ges. Reden und Schriften, Bd. VIII., S. 270

(2) Liebknecht, ebd.

Kautsky hatte in seiner neusten Broschüre 'Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund' (1) die These vertreten: "Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen..." (2) Dieser Position widersprach R. Luxemburg in der 'Internationale' entschieden: "Bei Kautsky verschwindet (...) vollständig die Auffassung des Nationalstaates als einer vorübergehend geschichtlich bedingten Phase der bürgerlichen Klassenherrschaft. einer Phase, die vom Imperialismus längst überwunden und am deutlichsten gerade in dem gegenwärtigen Weltkriege zu Grabe getragen wird." (3) Deshalb seien auch nationale Kriege in Zukunft unmöglich.

Der Krieg hatte auf der militärisch-politischen Ebene verdeutlicht, wie vielfältig die Länder Europas seit der beginnenden Industrialisierung miteinander verstrickt worden waren. Die nationale Abgeschlossenheit – sofern sie nicht schon durch das Handelskapital auch unter feudalen Verhältnissen immer wieder durchbrochen worden war – gehörte endgültig der Vergangenheit an. Jede militärische Kollision zwischen Einzelstaaten mußte sich – so Rosa Luxemburgs Theorie – früher oder später zu kriegerischen Entwicklungen aller Industriestaaten auswachsen. Der auch von der Sozialdemokratie vertretenen Auffassung, das Deutsche Reich führe einen nationalen Verteidigungskrieg, maß sie lediglich eine die tatsächlichen Verhältnisse verzerrende ideologische Bedeutung zu. (4)

-----

(1) K. Kautsky, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund. Nürnberg

(2) Kautsky, a.a.O., S. 8

(3) Mortimer, Perspektiven und Projekte. In: Die Internationale, Heft 1, a.a.O., S. 71

(4) Diese Auffassung vertritt auch Karl Radek in der 'Arbeiterpolitik'. (1. Jg., Nr. 11, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 24) Seine Artikelserie über 'Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie', in der er die 'Sozialpatrioten, Sozialimperialisten und Sozialpazifisten' eingehend kritisiert, ist gesammelt erschienen in: K. Radek, Ges. Aufsätze und Abhandlungen Bd. 1, München 1924, S. 275-300

Die Erreichung und Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit war in Rosa Luxemburgs Interpretation 'das ideologische Schild', unter dem sich im 18. Jahrhundert die bürgerlichen Nationalstaaten Europas konstituiert hatten. Denn ... "der Kapitalismus kann sich mit der Kleinstaaterei, mit wirtschaftlicher und politischer Zersplitterung nicht vertragen, er bedarf zu seiner Entfaltung eines möglichst großen, innerlich geschlossenen Gebietes und einer geistigen Kultur, ohne daß weder die Bedürfnisse der Gesellschaft auf das der kapitalistischen Warenproduktion entsprechende Niveau gehoben werden, noch der Mechanismus der modernen bürgerlichen Klassenherrschaft funktionieren kann." (1) Der bürgerliche Nationalstaat ist in dieser Sichtweise die historische Voraussetzung für die Durchsetzung der kapitalistischen Weise des Produzierens als Weltwirtschaft. In dem Maße, wie die spezifischen Mechanismen dieser Produktionsweise das Kapital über die nationalstaatlichen Schranken hinaustreibt, verändert der bürgerliche Nationalstaat seine Funktion. Er gerät in die Widersprüche der verschiedenen nicht mehr nur nationalstaatlich organisierten Fraktionen des Kapitals.

Das bürgerlich-demokratische Programm, was die allmählich mächtiger werdende Bourgeoisie gegen die feudalen Strukturen ins Feld geführt hatte, hat der Imperialismus nach R. Luxemburg ... "vollends zu Grabe getragen, indem er die Expansion über nationale Grenzen hinaus und ohne jede Rücksicht auf nationale Zusammenhänge zum Programm der Bourgeoisie aller Länder erhoben hat. Die nationale Phrase freilich ist geblieben." (2)

-----

(1) Rosa Luxemburg, Die Krise..., a.a.O., S. 138

(2) ebd., S. 138; Zur Luxemburgischen Analyse der nationalen Frage vergl. Georges Haupt, Dynamik und Konservativismus der Ideologie. In: Pozzoli (Hrsg.), R. Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt a.M. 1974, S. 219 ff.

Lenin mochte die These der Gruppe Internationale, daß nationale Kriege in Zukunft unmöglich seien, nicht akzeptieren. In einem Schreiben an Henriette Roland Holst vom 8. März 1916 beklagt er sich über die deutschen Linksradikalen. "Haben Sie ihre Thesen im Grimmschen Bulletin, Nr. 3, gelesen? M(eines) E(rachtens) entschiedener Schritt nach rechts nach der Nr. 1 der Revue Die Internationale. Kein Wort gegen das Kautskyanische 'Zentrum' - und das ist die Hauptsache für die deutsche Partei. Kein Wort ü(b)er die Spaltung (...). Kein Wort über klare Mittel des Kampfes, über illegale Organisation usw. Und die Phrase: 'in der Aera des Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben'! Es ist theoretisch falsch. Koloniale Kriege sind nationale Kriege (Indien gegen England und dgl.). Das ist praktisch Chauvinismus: wir, Vertreter der Grossmächte, wir verbieten den unterdrückten Völkern die nationalen Kriege!! Meine Folgerung ist: 'die Internationale' will paktieren mit den Kautskyanern. Anders sind diese Thesen nicht zu erklären." (1)

Die Leninsche Polemik trifft jedoch nur unzureichend die Intention der 'Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie'. Was war deren realer Inhalt?

-----

(1) Lenin an Henriette Roland Holst, Brief vom 8. März 1916; abgedr. in: H. Lademacher, Hrsg., Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. II, Korrespondenz, a.a.O., S. 496 f.

## II.7 Die Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie

Für die Reichskonferenz des linken Flügels der Opposition (Gruppe Internationale) am 1. Januar 1916 hatte Rosa Luxemburg Leitsätze entworfen, welche die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie in großen Zügen umreißen sollten. Da sie über die sich allmählich herauskristallisierende strategische Orientierung eines wichtigen Teils der Linksopposition Aufschluß geben, seien sie hier stichwortartig skizziert:

1. Der Weltkrieg hat die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als politischen Machtfaktor vernichtet. Die Resultate der 40jährigen Arbeit des europäischen Sozialismus sind damit zerstört.
2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Respektierung des Burgfriedens haben die Führer der Arbeiterparteien Englands, Frankreichs und Deutschlands die Verantwortung für den Krieg mit übernommen.
3. Das Verhalten der offiziellen Parteinstanzen, vor allem der deutschen Sozialdemokratie, verurteilt auch die den Prinzipien treu gebliebenen Arbeiterparteien Rußlands, Serbiens, Italiens und Bulgariens zur Ohnmacht.
4. Die Einhaltung des Burgfriedens ermöglicht es den herrschenden Klassen in allen Ländern ihre wirtschaftlichen und politischen Positionen auf Kosten der Arbeiterschaft auszubauen.
5. Der Weltkrieg dient nicht der Verteidigung der Interessen der Völker, sondern ist Resultat imperialistischer Rivalitäten. In der Ära des 'entfesselten Imperialismus' sind nationale Kriege unmöglich.

6. Die Politik der imperialistischen Staaten wird keiner unterdrückten Nation zur Freiheit und Unabhängigkeit verhelfen.
7. Unabhängig davon, wer in diesem Krieg siegt oder unterliegt, bedeutet er in jedem Falle eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Ausgenommen im Falle einer revolutionären Intervention des internationalen Proletariats führt der Weltkrieg zur Stärkung des Militarismus und verschärft er die internationalen Gegensätze und weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Die Parlamente werden immer mehr vom Militarismus instrumentalisiert und die öffentliche Kontrolle somit geschwächt.
8. Imperialistische Kriege sind auch für die Zukunft nicht abzuwenden, wenn die kapitalistischen Klassen weiterhin ihre Herrschaft ausüben.
9. Der Imperialismus produziert selber die gegen ihn arbeitenden Kräfte, indem er die Konzentration des Kapitals fördert, den Mittelstand reduziert und das Proletariat vermehrt. Der Kampf gegen den Imperialismus ist vorrangig der Kampf um die politische Macht im Staate.
10. Deshalb besteht die Hauptaufgabe des internationalen Proletariats darin, sich zu einer revolutionären Macht zusammenzufassen, indem es sich eine starke internationale Organisation gibt.
11. Die Zweite Internationale hat zu existieren aufgehört.
12. Es gilt, eine neue Internationale aufzubauen, die in der Lage ist, die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Kampfes in allen Ländern zu übernehmen. Grundlage dieser neuen Internationale müssen sein:

- A. Weder im Frieden noch im Krieg darf der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten getrennt werden von der internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder. Verzicht hierauf käme einer Selbstzerstörung gleich.
- B. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit muß einem Hauptziel untergeordnet werden: der Bekämpfung des Imperialismus und der Verhinderung neuer Kriege.
- C. Die neue Internationale soll größere Entscheidungsbefugnis erhalten. Im Frieden entscheidet sie über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik und der Maifeier. Ferner über die im Kriegsfall einzuhaltende Taktik.
- D. Handeln nationale Sektionen den Beschlüssen der Internationale zuwider, stellen sie sich außerhalb der Organisation.
- E. Da Masseninitiativen bei Aktionen gegen Krieg und Imperialismus eine entscheidende Rolle spielen werden, ist der Erzielung der breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- F. Die 'nationalistische Phraseologie' ist seitens der neuen Internationale angehörnden Arbeiterparteien als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu enthüllen. Denn: "Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale." (1)

-----

(1) Flugblatt, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin. Archiv, D.F. V/14. Veröffentlicht in: Materialien und Dokumente ..., Reihe II, Bd. 1, S. 282. Die Leitsätze Luxemburgs sind abgedruckt als Anhang zur Juniusbroschüre, Zürich 1916.

Die von R. Luxemburg verfaßten Leitsätze wurden von 15 Delegierten aus Berlin, dem Ruhrgebiet, Württemberg, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Bremen und Hamburg beraten. Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft war lediglich ein Vertreter geladen worden. Rudolf Lindau erinnert sich (1), daß Johann Knief – der Vertreter der Bremer Opposition – Einwände gegen die Leitsätze erhob. Ihm fehlte die deutliche Orientierung auf die Schaffung einer neuen revolutionären Partei.

-----  
(1) R. Lindau, Neues Deutschland, Nr. 1, 1. Jan. 1956

## II.8 Die Divergenzen in der Opposition vor der Gründung der USPD

Mit dem Ziel der Selbstverständigung trafen sich im Januar 1917 die verschiedenen oppositionellen Richtungen in Berlin. Diese Zusammenkunft von Vertretern der SAG, der Gruppe Internationale, der Bremer Linksradiakalen und der Borchardt-Gruppe wurde vom Parteivorstand als 'parteizerstörendes Treiben' gebrandmarkt. Von den 157 anwesenden Oppositionellen waren 34 der Gruppe Internationale und 7 der Borchardt-Gruppe zuzurechnen. (1) Die überwältigende Mehrheit also Anhänger der SAG.

Haase, der das Einleitungsreferat über die 'Lage in der Partei unter Berücksichtigung der Taktik der oppositionellen Reichstagsabgeordneten' übernommen hatte, warf der SPD vor, daß sie jede selbständige Orientierung verloren habe. Und deshalb sei ... "höchste Zeit, daß die oppositionellen Elemente sich zusammenscharen." (2) Trotz seiner grundsätzlichen Kritik, betonte er jedoch, daß eine organisatorische Trennung nicht anstünde: "Wir wollen in der Partei bleiben, weil wir mit Sicherheit die Massen wieder hinter uns bringen. Wir wären Toren, wenn wir nur eine Sekte bleiben wollten, denn die Arbeiterbewegung kann nur als Massenbewegung bestehen." (3) Lipinski, der speziell zu Organisationsfragen referierte, bekräftigte Haases Auffassungen. In der Partei zu bleiben, alle Hilfsmittel innerhalb der Partei auszunutzen, um die oppositionelle Richtung zu stärken, sei der richtige Weg. (4) Haases und

-----

(1) Indikator für die zahlenmäßige Verteilung der diversen Richtungen sind die Abstimmungsergebnisse der eingebrachten Resolutionen. Von E. Eichhorn wurde ein Bericht über die Konferenz verfaßt (kein Protokoll); abgedr. im Anhang des Protokolls über den Gründungsparteitag der USPD vom 6. - 8. April in Gotha, Berlin 1921

(2) Haase, Gemeinsame Konferenz..., Prot., S. 89

(3) Haase, a.a.O., S. 89

(4) vergl. Lipinski, ebd., S. 92

Lipinskis Argumentation trat Ernst Meyer – als Vertreter der Gruppe Internationale – energisch entgegen. Denn die 'Organisation an sich' zu erhalten, sei nicht das wichtigste. Man müsse fragen, welche Funktion die Partei heute wahrnehme. Und er meinte feststellen zu können, ... "daß die Organisation heute nur noch das Werkzeug der Regierung und der Bourgeoisie ist." (1) Von dieser Ausgangsthese schlußfolgert Meyer: "Der Klassenkampf muß in erster Linie gegen den Parteivorstand geführt werden. Da irgendwelche Rücksichten zu nehmen, geht nicht an. Wir lehnen es ab, den Parteivorstand auch nur indirekt zu unterstützen, sondern wir treten ihm entgegen, wo es möglich ist. Deshalb hängt die Frage der Zugehörigkeit zur Partei nur davon ab: wir bleiben in der Partei nur so lange, als wir den Klassenkampf gegen den Parteivorstand führen können.

In dem Augenblick, wo wir darin gehemmt werden, wollen wir in der Partei nicht bleiben." (2) Meyer hält Haases Kritik an der Partei für nicht weitgehend genug, Haase erkenne nicht, daß die Ursachen für das Versagen der SPD während des Krieges, seine Ursachen in der sozialdemokratischen Politik der Vorkriegszeit habe. Die Zustände vor dem 4. August könne man nicht wiederherstellen und es sei überdies auch gar nicht wünschenswert, "...denn gerade das, was war, hat ja in den 4. August hineingeführt." (3)

Auch in Fragen der Landesverteidigung geht die Gruppe um Haase für Meyer nicht weit genug. Ledebour hatte erklärt, daß sich die Frage der Kriegskreditbewilligung anders stellen würde, wenn die Kriegslage eine andere wäre. Meyer widerspricht dieser Auffassung ganz entschieden. Im Zeitalter des

-----

(1) Meyer, ebd., S. 93

(2) Meyer, ebd., S. 94 (Hervorhebung von Meyer)

(3) Meyer, ebd., S. 95

Imperialismus würden alle Kriege mit Eroberungsabsichten unternommen. Die Ansicht der Gruppe Internationale sei es deshalb, jegliche Landesverteidigung prinzipiell abzulehnen.

In den auf der Reichskonferenz vorgelegten Resolutionen dokumentieren sich die divergierenden Positionen der Opposition. Die Resolution Lipinski der SAG betont noch einmal die Wichtigkeit der Arbeit im Rahmen der alten Parteiorganisation; eine Beitragssperre, wie sie die Gruppe Internationale vorgeschlagen hatte, käme deshalb nicht in Betracht. Die Partei müsse vielmehr vor den statutenwidrigen Verhaltensweisen des Vorstandes geschützt werden. Die 'alten Bahnen' sozialdemokratischer Politik dürften nicht verlassen werden; noch immer sei es das Ziel der Sozialdemokratie, die kapitalistische Produktionsweise in die sozialistische umzuwandeln, und zu diesem Zwecke die politische Macht zu erobern. Aufgabe der Opposition sei es deshalb, ... "die arbeitende Klasse auf das alte Kampffeld zurückzuführen, und überall die grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie zu fördern." (1)

Die Resolution Meyer der Gruppe Internationale mochte einem Bekenntnis zur Arbeit innerhalb der SPD nur insoweit zustimmen, als diese Arbeit die selbständige politische Aktion der Opposition nicht hemmt. Die Opposition innerhalb der Partei habe nur dann einen Sinn, wenn sie dazu beitrage, die Politik der Mehrheit umfassend zu behindern. Von selbständigen Massenaktionen des Proletariats versprach man sich, was die sozialdemokratische Parlamentsarbeit nicht hatte herbeiführen können: eine Beendigung des Krieges.

Die Frage, wie die Opposition ihr Verhältnis zur Mutterpartei zu bestimmen hätte, war von den beiden Resolutionsvorschlägen in den Mittelpunkt

-----

(1) Resolution Lipinski, Prot. Gemeinsame Konferenz..., S. 98

gerückt worden. Darüber hinausgehende Erörterungen einer von der SPD abweichenden programmatischen Orientierung fanden nicht statt. Der Gruppe Internationale ist zu konzedieren, daß sie dieses Defizit zumindest wahrnahm. Obschon nicht bei sich selbst, sondern bei der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft. Minster aus Duisburg formulierte treffend: "Der springende Punkt nämlich bei der Beurteilung der Arbeitsgemeinschaft ist der: Welches Programm verfolgt sie? Welche Stellung nimmt sie ein? Da möchte ich fragen, und erwarte eine autoritative Erklärung, was sie will. Kein einziger wird mir sagen können, was die Arbeitsgemeinschaft eigentlich will, denn sie will nichts." (1) Daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nichts wollte war bei ernsthafter Betrachtung wohl auch von Minster nicht aufrechtzuerhalten, aber was sie - außer der Ablehnung der Kriegspolitik des Parteivorstands - wollte, galt es in der Tat erst noch näher zu bestimmen. Die folgenden Wochen legen von dem Selbstverständigungsprozeß der Arbeitsgemeinschaft Zeugnis ab.

-----  
(1) Minster, Prot. Gemeinsame Konferenz..., a.a.O., S. 107

## II.9 Die Debatten auf dem Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Für die Ostertage 1817 lud der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (Dittmann, Haase, Ledebour, Vogtherr) alle auf 'oppositionellem Boden stehenden' Mitglieder des Parteivorstands, der Kontrollkommission und der neugebildeten dissidenten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie die Delegierten aus den oppositionellen Gruppierungen der einzelnen Wahlkreise nach Gotha ein. Auf der Tagesordnung dieser zur 'Oppositionskonferenz' deklarierten Zusammenkunft standen drei Punkte:

1. Die Kämpfe innerhalb der Partei.
2. Beschlußfassung über die Organisation der Opposition.
3. Die Aufgaben der Opposition.

Teilnehmen an der Konferenz durften nur geladene Personen, Gäste und Zuhörer hatten keinen Zutritt. Die einladenden Mitglieder der SAG waren sich nicht darüber einig, ob es sinnvoll sei, die alte Sozialdemokratie zu spalten und eine neue Partei zu gründen. Ihnen schwebte viel eher eine Zusammenfassung der Opposition innerhalb der Parteiorganisation (Opposition innerhalb der Organisation) vor. Daß diese Versammlung in Gotha zum Gründungsparteitag der USPD werden sollte, war also von den Initiatoren keineswegs im vornhinein festgelegt.

In Anspielung auf den Tagungsort Gotha, wo sich 42 Jahre zuvor die Eisenacher und Lassalleaner zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen hatten, drückte Haase in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung

aus, daß die Gesamtpartei zu neuem Leben erwache. Auch der zum Vorsitzenden der Konferenz gewählte Bock (Gotha) betonte den parteierhaltenden Zweck der Zusammenkunft. "In ernster Zeit," so führte er aus, "sind wir in Gotha zusammengekommen, um den Zusammenbruch der einst so starken deutschen Sozialdemokratie aufzuhalten." (1)

Schon vor Eintritt in die Tagesordnung meldete sich die Gruppe Internationale zu Wort und verlangte, zu den einzelnen Themen der Konferenz Korreferate halten zu dürfen. Offenbar hatte sie weitergehende Vorstellungen, als sie Bock gerade formuliert hatte, Erst nach längerem Hin und Her wurde der Gruppe ein Korreferat zugestanden.

Haase war mit den linksradikalen Genossen sichtlich unzufrieden. Die theoretische Erörterung der anstehenden Probleme würde von ihnen zu stark betont, kritisierte er. Es gelte, praktische Arbeit zu leisten und Rücksicht zu nehmen auf die vorfindlichen politischen Verhältnisse. Er respektiere jedoch die weiter links stehenden Genossen der Opposition, obwohl er ihre Ansichten über das weitere Vorgehen nicht in allen Punkten teilte. Darauf, daß seine Toleranz aber deutliche Grenzen hatte, weist folgende Bemerkung hin, zu der er sich veranlaßt sah, bevor auch nur ein Redner der Gruppe Internationale zu Wort gekommen war: "Wenn, ich möchte das nur als Hypothese sagen, die links von uns stehenden Gruppen hergekommen wären, um an unserer Organisation so weit teilzunehmen, als ihr diese während des Belagerungszustandes ein schützendes Dach bieten soll, so müßte ich einem solchen Unterfangen auf das entschiedenste entgegentreten." (2) Das waren deutliche Mißklänge, die auf tiefer

-----

(1)

(2) Haase, Ptg. Prot. USPD 1917, S. 10

liegende Differenzen hindeuteten. Rück (Stuttgart) brachte die divergierenden Ansichten der Gruppe Internationale in seinem Korreferat dann auch deutlich zum Ausdruck. Vor allem in der Einschätzung des Parlamentarismus sah er entscheidende Unterschiede zwischen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und den Linksradikalen (Gruppe Internationale).

Die Arbeitsgemeinschaft stehe noch zu sehr auf dem Boden des Parlamentarismus. "Das Parlament darf nicht nur der Boden sein, von dem aus man zum Fenster hinausspricht, (sondern von ihm aus müssen die Massen zur Aktion aufgerufen werden. Im Parlament muß man zur Obstruktion schreiten)", (1) meinte Rück. Die SAG dürfe - seiner Ansicht nach - nicht in Passivität verharren, wenn eine parlamentarische Initiative gescheitert sei. Der außerparlamentarischen Masseninitiative käme eine alle anderen Aktionsformen überragende Bedeutung zu. Wie ernst es Rück mit dieser Einschätzung war, zeigt folgende drastische Formulierung: "Wenn man fürchtet, daß dann die parlamentarische Vertretung vollkommen verschwände, so würde das auch kein Schade sein; es würde aufklären, anfeuernd auf die Massen wirken." Der Prozeß der Radikalisierung von Teilen der Linksopposition war offenbar schon so weit fortgeschritten, daß die einstmals unauflösliche Formel der Linksopposition - Verbindung von parlamentarischem Engagement mit außerparlamentarischen Massenaaktionen - in Frage gestellt wurde. Notfalls, so schien es, mußte eine Revolution auch ohne das kleinlich anmutende Ringen um parlamentarische Mehrheiten möglich sein. Eine 'vorwärtsdrängende Politik' wurde von der

-----

(1) Rück, Ptg. Prot. USPD 1917, S. 20; der Text in Klammern wurde von der Zensur (Stellvertretendes Generalkommando in Kassel) gestrichen.

Gruppe Internationale gefordert, deutlich inspiriert von den revolutionären Ereignissen in Rußland. (1) Die Einflüsse des 'russischen Aktivismus' und des Denkens W.I. Lenins im Besonderen, schlagen sich auch in Rück's Auffassungen von den Aufgaben einer revolutionären Partei nieder. In bezug auf die sich während der Kriegsjahre passiv verhaltende Masse der deutschen Arbeiter bemerkt er: "Wir müssen sie erziehen, ihre ganze Person und eventuell auch ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Wir müssen uns aber klar werden über das, was wir hinter uns haben. Auch das muß uns dazu führen, die Arbeiter zu zwingen, über Politik nachzudenken. Sie werden darüber nachdenken und sie dann mitmachen."

(2) Die Enttäuschung, die die Linkssozialisten in den letzten Jahren erleiden mußten, machte diese offenbar empfänglich für radikalere Varianten sozialistischer Politik. Zumal die bolschewistischen Konzeptionen zur Erlangung der Macht im Staate (Anfang 1917) die ersten praktischen Erfolge aufweisen konnte; zwar im despotisch regierten und industriell kaum entwickelten Rußland - aber immerhin.

Ledebour, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, wandte sich gegen die Rigidität der Gruppe Internationale. Er betonte, daß nach wie vor die Verbindung von Massenaktionen mit der parlamentarischen Repräsentanz sozialistischer Ziele, seine Gültigkeit habe. "Das eine hat das andere zu ergänzen, das eine schließt das andere nicht aus."

(3) Die Leichtfertigkeit mit der Rück die Notwendigkeit parlamentarischer

-----

(1) Ein ebenfalls von der Zensur gestrichener Satz in Rück's Rede lautete:

"Die russische Revolution hat das Zeichen auch für uns gegeben."

(Ptg. Prot. USPD 1917, S. 21)

(2) Rück, ebd., S. 22 f.

(3) Ledebour, Ptg. Prot. USPD 1917, S. 52

Arbeit in Frage stellte, widerstrebte Ledebours Grundauffassungen von der Art und Weise gesellschaftlicher Transformation zutiefst. Für ihn war diese nur denkbar als demokratischer Prozeß der Mehrheitsgewinnung. Sympathien für die russischen Sozialisten verleiteten ihn nicht dazu, deren Kampfesweisen als den deutschen Verhältnissen angemessene zu betrachten. Wie tief Ledebour sich mit den demokratischen Traditionen der Sozialdemokratie verbunden fühlte, zeigt die folgende Argumentation, die von weiten Teilen der Linksopposition geteilt wurde. "Der ganze Parlamentarismus," so führte Ledebour aus, "der häufig in Mißkredit gekommen ist, nicht zum wenigsten, wie ich zugebe, durch die Schuld von Parlamentariern, auch von sozialdemokratischen Parlamentariern, ist doch eine Notwendigkeit. Wir sind Demokraten. Nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen. Wir dürfen aber nie vergessen, daß die vollste Demokratisierung des öffentlichen Lebens deshalb unmöglich ist, weil sie nur durchführbar ist in ganz kleinen Gemeinwesen. Völlige Demokratie wird bedingen, daß alle Männer und Frauen sich verständigen, um zu Beschlüssen zu kommen. In den früheren kleinen Gemeinwesen der alten Zeit war das möglich. In der Gegenwart ist die Austragung der Meinungen nur möglich durch ein Vertretungssystem. Wenn wir aus irgendeinem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müßten wir ihn wieder einführen. Selbstverständlich stellen wir an die Parlamente höhere Ansprüche, als sie die Parlamentarier der bürgerlichen Gesellschaft bisher erfüllen, und suchen sie durch bessere Ausgestaltung herbeizuführen. Wir wollen die Parlamente auf eine möglichst ausgedehnte Beteiligung aller Männer und Frauen gründen." (2) Eine größere Mitwirkung des Volkes

-----

(1) Ledebour, Ptg. Prot. USPD 1917, S. 52

(2) Ledebour, Ptg. Prot. USPD, Gotha, 1917, S. 52 f. Hervorhebung von Ledebour.

versprach sich Ledebour von der Verkürzung der Legislaturperioden. Dadurch würde die Abhängigkeit der Parlamentarier von ihren Wählern erhöht. Ferner sei die Möglichkeit eines Referendums, d.h. die Entscheidung wichtiger Fragen durch unmittelbare Volksabstimmung einzuführen.

Der Tagesordnungspunkt, zu dem Ledebour referierte und Heckert das Korreferat hielt, sollte eigentlich den nächsten Aufgaben der Linksoption gewidmet sein. Hauptthema der Debatte wurde aber dann das, was Anlaß für die Entzweiung der Sozialdemokratie war und die Linksoption auch organisatorisch eigene Wege gehen ließ; die Frage der Zustimmung zu den Kriegskrediten.

Ledebour meinte bei seinen Genossen so etwas wie einen 'Verteidigungs-nihilismus' feststellen zu können. Die unabhängige Sozialdemokratie sei jedoch nicht prinzipiell gegen die Anwendung von Gewalt. Er führte aus: "Wann eine sozialdemokratische Partei eine Regierung in der Fortführung eines Krieges unterstützen kann, das hängt nach meiner Überzeugung immer von den Umständen ab. Es kann auch für eine revolutionäre Sozialdemokratie Momente geben, wo sie Kriegskredite bewilligen kann und bewilligen muß. Diese Voraussetzungen sind vorhanden, wenn es sich um einen wirklichen Verteidigungskrieg handelt, und wenn sich die Regierung mit dem Volke in Übereinstimmung befindet." (1)

Dem Korreferenten Heckert und den anderen Mitgliedern der Gruppe Internationale mußten solche Sätze wie wohlvertraute sozialdemokratische Argumentationen, die u.a. auch der Entscheidung vom 4. August zugrunde lagen, in den Ohren klingen, noch einmal die Differenzen zwischen den

-----

(1) Ledebour, Ptg. Prot., USPD, Gotha 1917, S. 57

verschiedenen Strömungen der tags zuvor gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratie deutlicher zur Sprache zu bringen. Er wies die Behauptung von sich, die USPD sei quasi der Sachwalter der 'alten' Sozialdemokratie, vor deren 'Verrat vom 4. August'. Das Erfurter Programm von 1891 und die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage könnten nicht mehr die Grundlage bilden für die zukünftige Tätigkeit einer wahrhaft revolutionären Partei. (1) Die zweideutige Art des alten Programms trage einen Teil Schuld an der Aufgabe der sozialdemokratischen Grundsätze in der Kriegspolitik der Parteimehrheit. Dem Parteitheoretiker Kautsky – der ebenfalls zur Linksoption gestossen war und an der Gründung der USPD mitwirkte – käme, da er auf ideologischem Gebiet das politische Versagen der Sozialdemokratie mit vorbereitet hätte, eine ebensolche Verantwortung zu wie dem zum rechten Parteiflügel zählenden Scheidemann.

Heckert sah im wesentlichen vier Bereiche, in denen es Differenzen zwischen der Gruppe Internationale und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gab. Er nennt schlagwortartig: "1. Imperialismus, 2. Landesverteidigung, 3. Parlamentarismus, 4. Massenaktion." (2) Fragen

-----

(1) In einem Kommentar zur 'Gothaer Konferenz' merkt R. Luxemburg an: "Es muß doch heute für jedes Kind klar sein, daß unter der Fahne des Parteiprogramms und der Kongreßbeschlüsse die gesamte Arbeiterbewegung eine falsche Richtung genommen hatte, die zum Abgrund führte. Worauf es also ankam, war, endlich aus dem Zwielficht der Formeln hervorzutreten, die Praxis, die mit dem Zusammenbruch endete, zu beleuchten, neue Wege einzuschlagen. Statt dessen suchte die Arbeitsgemeinschaft in Gotha krampfhaft in allem an das Alte anzuknüpfen, sich als eine einfache Fortsetzung, als Restauration der alten Partei zu organisieren." (R. Luxemburg, Rückblick auf die Gothaer Konferenz. In: Der Kampf (Duisburg), Nr. 51, vom 25. Mai 1917, abgedr. in: R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 4, hier S. 272)

(2) Heckert, Ptg. Prot., USPD, Gotha 1917, S. 62

staatstheoretischer Art werden in den ersten drei Punkten und unter strategischem Aspekt auch im letzten Punkt relevant. Seine Ausführungen schränkte Heckert dann jedoch auf die Frage ein, in welchem Falle ein Krieg zu befürworten und demgemäß Kriegskredite zu bewilligen seien. Oberstes Kriterium zur Entscheidung dieser Frage sei, ob ein Krieg der proletarischen Revolution nutze oder nicht. Damit befand sich Heckert im Einklang mit Karl Marx, für den nicht alle kriegerischen Auseinandersetzungen im Vorhinein zu verurteilen waren.

Gewissen Kriegen, beispielsweise jenen, die der Schaffung 'moderner Großstaaten' dienten, mochte Marx eine Funktion für den historischen Fortschritt zuerkennen.

Die von der Arbeitsgemeinschaft vorgebrachte Auffassung, die auch von der Mehrheitssozialdemokratie geteilt wurde, daß man Angriffs- von Verteidigungskriegen unterscheiden könne, wobei dann die letzteren zu unterstützen seien, mochte die Gruppe Internationale nicht zustimmen.

"Unsere Stellung zum Kriege", so brachte Heckert es noch einmal auf eine prägnante Formel, "ist nur entscheidend beeinflusst von den günstigsten Umständen für die proletarische Revolution." (1)

Trotz aller Differenzen schlossen sich die Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft um Haase und Ledebour mit der Gruppe Internationale zur USPD zusammen. Nur eine kleine Gruppe von Oppositionellen - hauptsächlich aus Bremen und Hamburg - blieb abseits stehen und erklärte, daß sie ... "eine eigene linksradikale Organisation..." (2)

-----

(1) Heckert, Ptg. Prot., USPD, Gotha 1917, S. 66

(2) vergl. die Erklärung von Halbe (Hamburg), Ptg. Prot., USPD, Gotha 1917, S. 72

gründen wolle.

Auf der Oppositionskonferenz Ostern 1917, die in ihrem Verlauf zum Gründungsparteitag der USPD geriet, zeichnete sich deutlich der spätere linke und rechte Flügel der Partei ab. Zusammengehalten wurde die Konferenz der Linksopposition durch die allen Delegierten gemeinsame Ablehnung der Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokratie um Ebert und Scheidemann. Es war zu erwarten, daß die vorhandenen Differenzen virulent werden würden, wenn dieses einigende Band einmal wegfallen sollte. Vor allem die Frage nach der Funktion, die parlamentarische Repräsentanz für die Arbeiterbewegung hat oder eben nicht hat, mußte in ihrer ganzen - sich im Dialog Rück/Heckert einerseits und Haase/Ledebour andererseits andeutenden - Schärfe wieder aufbrechen, wenn die Linksopposition einmal vor die Situation gestellt werden sollte, auf die Gestaltung der Staatsstruktur Einfluß nehmen zu können.

## II.10 R. Luxemburgs Kritik an der bolschewistischen Diktaturtheorie

Die erste Phase der russischen Revolution war einige Wochen vor der Gründung der USPD eingeleitet worden. Mit dem Sturz des Zarismus wurde im Februar 1917 die bis zur Oktoberrevolution andauernde 'Doppelherrschaft' errichtet, mit dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd einerseits und der Provisorischen Regierung unter G.J. Lwow andererseits.

R. Luxemburg begrüßte die Februarrevolution, die den bürokratischen Absolutismus des Zaren beseitigt hatte, aber in ihren Augen doch nur der Auftakt für weitere revolutionäre Vorstöße sein konnte. (1) Sie verstand die revolutionären Ereignisse im Februar/März als logische Fortsetzung der steckengebliebenen Revolution von 1905. Der 'alte Maulwurf' - so der Titel eines Artikels vom Mai 1917 - setzte seine gegen die bürgerliche Herrschaft gerichtete Wühlarbeit fort. (2) In Übereinstimmung mit Lenin hielt sie die 'Diktatur des Proletariats' für das nächste in Rußland anzustrebende Ziel. Doch konnte sie sich eine gelungene russische Revolution nur als Teil eines internationalen Prozesses vorstellen. Wenn es nicht gelänge, durch revolutionäre Offensiven in Westeuropa die russische Revolution zu unterstützen, sei diese ... "zu einer betäubenden

-----

- (1) ... "dieser Sieg ist nicht das Ende, sondern nur ein schwacher Anfang..." (R. Luxemburg, Die Revolution in Rußland. In: Spartacus, Nr. 4 vom April 1917. Abgedr. in: R. Luxemburg, Ges. Werke, Bd. 4, hier S. 243
- (2) "Mit dem Ausbruch der russischen Revolution ist der tote Punkt überwunden, auf den die geschichtliche Situation mit der Fortdauer des Weltkrieges und dem gleichzeitigen Versagen des proletarischen Klassenkampfes geraten war." (R. Luxemburg, Der alte Maulwurf, Spartacus, Nr. 5, Mai 1917. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, hier S. 259

Niederlage verurteilt, gegen die das Schicksal der Pariser Kommune ein Kinderspiel gewesen sein dürfte." (1) Der Internationalisierung der Revolution in Rußland standen jedoch nicht zu negierende Faktoren entgegen: deren gravierendster war wohl die fehlende Bereitschaft der sozialdemokratischen Parteien der alten Internationale, sich auf einen revolutionären Prozess, wie ihn die Bolschewiki versuchten zu forcieren, überhaupt einzulassen. An diesen 'sozialpatriotischen' Organisationen konnte eine revolutionäre Politik nicht vorbei sehen, war doch deren Masseneinfluß immer noch erheblich und die politischen Einwirkungsmöglichkeiten der Linksoption auf wenige Zentren beschränkt.

'Eine Revolution kann man nicht machen', war die Abwehrargumentation der Sozialdemokraten um Ebert und Scheidemann. Diese Position teilte R. Luxemburg durchaus; ein grundlegender sozialer Wandel konnte auch ihrer Meinung nach nur Resultat historischer Entwicklungen sein, welche nicht nach Gutdünken zu beeinflussen waren. Doch entschiedener als vor 1914 ging R. Luxemburg gegen die politische Folgewirkung einer quietistisch fehlgedeuteten Interpretation der 'objektiven historischen Gesetzmäßigkeiten' vor. (2).

-----

(1) R. Luxemburg, Brennende Zeitfragen. Spartacus, Nr. 6 vom August 1917. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, hier S. 279

(2) "Freilich, "so sagt Luxemburg mit Blick auf die deutschen Sozialdemokraten, "lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen (...). Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken 'auszusprechen, was ist', d.h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Losungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben." (R. Luxemburg, ebd. S. 289

Eine Politik des Abwartens allein müsse früher oder später zu einer Strategie der Revolutionsvermeidung führen. Die sozialistischen Parteien hätten völlig die Komponente eines zielklaren politischen Handelns verdrängt und sich verwandelt ... "in das wirksamste Mittel zur Paralisierung der Massen, also in einen konterrevolutionären Faktor. Der internationale Sozialismus fungiert tatsächlich seit Ausbruch des Weltkrieges als der zuverlässigste Wächter der bürgerlichen Klassenherrschaft." (1)

Lediglich die Politik einer Fraktion der sozialistischen Internationale hat vor R. Luxemburgs Kritik Bestand. der radikale Flügel der russischen Sozialdemokraten unter Lenin. Doch läßt sich R. Luxemburg nicht dazu verleiten, alle konkreten Maßnahmen der Bolschewiki kritiklos zu akzeptieren. Im Gegenteil: klar schält sich in ihrer Analyse der sich langsam herausbildenden Strukturen der 'Diktatur des Proletariats' eine grundsätzliche Differenz zur bolschewistischen Staatskonzeption heraus. R. Luxemburgs Kritik bezieht sich auf drei Schwerpunkte:

1. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung
2. Das eingeschränkte Wahlrecht
3. Die Abschaffung (bzw. Nichtgewährung) der Pressefreiheit und die Beschneidung des Vereins- und Versammlungsrechts.

zu 1.) Die Bolschewiki hatten im November 1917 die vor der Oktoberrevolution gewählte Konstituierende Versammlung aufgelöst. Die für diesen Schritt von ihnen vorgebrachte Begründung war, daß die Mehrheitsverhältnisse in dieser Versammlung nicht mehr den realen politischen Kräfteverhältnissen entsprachen. R. Luxemburg zeigte zwar

-----

(1) R. Luxemburg, ebd., S. 289

Verständnis für diese Maßnahme und deren Rechtfertigung, doch wehrt sie sich dagegen, der Trotzischen Argumentation dahingehend zu folgen, daß eine Konstituierende Versammlung generell abzulehnen sei.

"Gewiß," pflichtet sie zunächst den Bolschewiki bei, "jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen." (1)

Zur Repräsentation ihres politischen Willens sieht R. Luxemburg nicht nur jene berechtigt, die voll und ganz hinter der revolutionären Partei stehen, sondern auch diejenigen, die es erst noch zu gewinnen galt. Dabei war ihr das demokratische Ideal der Einbeziehung aller Bürger – oder wie sie es einschränkend formuliert: der breitesten Massen – näher, als die auf eine Herrschaft der revolutionären Elite hinauslaufende Konzeption der Bolschewiki. Dies verdeutlichte sie auch in ihrer Kritik an dem von der Sowjetregierung ausgearbeiteten Wahlrecht.

In der am 10. Juli 1918 verabschiedeten Verfassung wurde folgenden Personen das Wahlrecht (aktiv und passiv) zuerkannt: "Alle diejenigen, die ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit bestreiten, ebenso Personen, die im Haushalt tätig sind, wodurch den ersteren das produktive Arbeiten ermöglicht wird, wie: Arbeiter und Angestellte aller Arten und Kategorien, die in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft usw. beschäftigt sind, Bauern und ackerbautreibende Kosaken,

-----

(1) R. Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: R. Luxemburg, Ges. Werke, Bd. 4, S. 355 f.

insofern sie sich keiner Lohnarbeit zur Erzielung von Gewinn bedienen." (1) R. Luxemburg hielt dieses Wahlrecht für ein 'merkwürdiges Produkt der bolschewistischen Diktaturtheorie', denn in einer Situation, in der es gar nicht möglich war, alle diejenigen die Arbeit suchten auch zu beschäftigen, es vielmehr so war, daß der Krieg und die folgenden sozialen Erschütterungen zur ökonomischen Freisetzung ganzer Schichten der Arbeiter- und Bauernschaft geführt hatte, mußte ein an dem Kriterium der produktiven Arbeit orientiertes Wahlrecht zur Ausgrenzung eben dieser Schichten aus dem politischen Leben führen. In einer Randnotiz formuliert R. Luxemburg knapp die von ihr anvisierte Alternative: "Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht." (2) R. Luxemburgs Vorstellung von einer 'Diktatur des Proletariats' kann als Mischform diktatorischer Elemente (als notwendige Übergangsmaßnahmen) und republikanischer Strukturen begriffen werden. Die klassischen demokratischen Freiheitsrechte: Freiheit der Presse und der Versammlung, mochte sie nicht, trotz aller unter dem Gesichtspunkt des Machtkampfs erforderlich erscheinender Maßnahmen, der revolutionären Diktatur opfern. Die Herrschaft breiter Volksmassen – also nicht nur des Industrieproletariats – war für sie ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben unvorstellbar.

"Lenin und Trotzki, " so faßt R. Luxemburg (in schon fast klassisch gewordenen Sätzen) ihre Kritik an der bolschewistischen Diktaturtheorie zusammen, "haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen.

-----

(1) W.I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 254 f.

(2) R. Luxemburg, Werke, Bd. 4, S. 358, Fußnote 1

Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft..." (1)

Die vor der Revolution von 1917 bei Luxemburg beziehungslos nebeneinander stehenden Zielperspektiven: die Republik einerseits und die Diktatur des Proletariats andererseits, gehen in der Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen des revolutionären Rußland eine Synthese ein. Die zentralen Bestandteile westeuropäischer demokratischer Tradition will R. Luxemburg verbunden wissen mit der - wie sie es nennt - Diktatur der Klasse. Diese Diktatur der Klasse setzt sie explizit gegen die Diktatur der Partei, welche lediglich, und obwohl die politischen Akteure dies nicht beabsichtigen mögen, zur Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit führen kann. Die formale Demokratie der kapitalistischen Gesellschaften gelte es nicht abzuschaffen, sondern mit realem Inhalt zu füllen. Dabei muß dieser Prozeß der Demokratisierung nicht erst beginnen, wenn der ökonomische Unterbau 'reif' ist,

-----

(1) R. Luxemburg, Zur russischen Revolution, a.a.O., S. 362. Vergl.

hierzu auch: Giuseppe Bedeschi, Partei und Revolution. In: Pozzoli

(Hrsg.) R. Luxemburg oder 'Die Bestimmung des Sozialismus. Frankfurt

a. Main 1974, hier S. 149

sondern sofort zum Zeitpunkt der Machtübernahme. Der Begriff 'Diktatur des Proletariats' löst sich bei R. Luxemburg auf in die 'sozialistische Demokratie'. Bernsteins Frage (1) nach dem Nutzen eines Diktaturbegriffs, wenn dieser letztlich Demokratie bedeute, scheint hier zu wiederholen angebracht. Die revolutionäre Transformation gefährdet nicht – folgt man R. Luxemburgs Betrachtungen – die auf der Oberfläche partiell demokratischen Strukturen der Klassengesellschaften, sondern zielt im Gegenteil auf die radikale Beseitigung ökonomischer und politischer Machtstrukturen. Diktatorische Elemente enthält auch dieser Transformationsbegriff, als er temporäre Zwangsmaßnahmen zur Forcierung der Auflösung von Klassenverhältnissen nicht ausschließt. Diese diktatorische Komponente trachtet R. Luxemburg – und hierin unterscheidet sie sich mehr als nur graduell von den Bolschewiki – möglichst klein zu halten.

Die Kritik R. Luxemburgs an der bolschewistischen Diktaturtheorie (und -praxis), die sie im Gefängnis entwickelt hatte, blieb weiten Teilen der deutschen Arbeiterbewegung, zu einem Zeitpunkt wo es wichtig gewesen wäre – nämlich vor dem November 1918, unbekannt. Die umfangreichste ihrer revolutionskritischen Schriften 'Zur russischen Revolution' wurde

-----

(1) vergl. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, a.a.O., S. 182

erst 1922 von Paul Levi herausgegeben. (1)

-----  
(1) Eine erste vollständige Veröffentlichung erschien gar erst 1928:

'R. Luxemburg über die russische Revolution. Einige unveröffentlichte Manuskripte'. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg., 1928, S. 285 - 298, Hrsgg. von Felix Weil. Zur Rezeptionsgeschichte von Luxemburgs Schriften über die russische Revolution vergl. Gilbert Badia, Rosa Luxemburg und Lenin. In: Pozzoli (Hrsg.) (1974), a.a.O., S. 199 f. über R. Luxemburgs Verhältnis zur russischen Revolution vergl. vom selben Autor: Rosa Luxemburg - Journaliste, Polémiste, Révolutionnaire. Paris 1975, das Kapitel Rosa Luxemburg et la révolution russe, ebd. S. 280 ff.

## II. 11 Vorläufer der deutschen Rätebewegung

Die im November 1918 überall im Reich verbreiteten Arbeiter- und Soldatenräte waren in der deutschen Geschichte bisher noch nicht dagewesene politische Vertretungskörperschaften. Die Entwicklung der deutschen Rätebewegung kann jedoch nicht isoliert verstanden werden. Namentlich die mit einer Zeitverschiebung von nur einem Jahr sich entfaltende russische Revolution mit den für sie typischen Sowjets als Träger der revolutionären Gewalt lieferte den aufbegehrenden Soldaten und Arbeitern in Deutschland ein revolutionäres Verlaufsmodell, das Erfolg versprach. (1) Jedoch waren detaillierte Nachrichten über die Sowjets nur schwer zu bekommen; weiten Teilen der kriegsmüden deutschen Arbeiterschaft war deshalb lediglich in Umrissen klar, wie die russischen Sowjets funktionierten und was sie wollten.

Die in den verschiedenen sozialistischen Organisationen zusammengeschlossenen politisch bewußteren Teile der Arbeiterschaft Deutschlands waren durch die konkrete Verlaufsform der russischen Revolution ebenso überrascht worden wie die Bolschewiki selbst, welche sich der während des Jahres 1917 plötzlich mit Macht um sich greifenden Rätebewegung angeschlossen hatten. Die von Lenin propagierte Losung: "Alle Macht den Räten!" war keinesfalls die entscheidende politische Idee, welche sich dann die soziale Bewegung zu eigen machte. Es war vielmehr umgekehrt: Lenin hatte

-----

(1) Eine gegenteilige Auffassung vertritt Eric Waldmann. vergl. Ders., Spartakus - Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung. Boppard 1967, S. 92. Er begründet seine Auffassung jedoch nicht näher.

lediglich das, was sich vor seinen Augen abspielte, prägnant zusammengefaßt. Für die Behauptung der führenden Rolle der Bolschewiki beim Aufbau des ersten Sowjetstaates war diese rasche Einstellung auf den tatsächlichen Ablauf der Revolution allerdings von entscheidender Bedeutung.

Die russischen Räte konnten sich – anders als die deutschen – auf im eigenen Land gemachte Erfahrungen beziehen. In der erfolglosen Revolution von 1905 hatten sich die streikenden Arbeiter die sogenannten sovety rabočich deputatov geschaffen, welche der Organisierung ihrer Aktionen dienten. Die russischen Sowjets von 1917 stehen in deren unmittelbarer Tradition.

Die Räte-Idee, welche nach 1917 (Rußland) und 1918 (Deutschland) auch in anderen Ländern historische Wirksamkeit entfaltete – die jugoslawische Entwicklung ist hier besonders interessant (1) – kann sich auch auf einige westeuropäische Vorläufer stützen. Als räteähnliche Organisationen fungierten die Soldatenräte (agitators) der englischen Revolution (1647) (2). Räteähnlichen Charakter trugen ebenfalls die 60 Distriktvertretungen in Paris während der französischen Revolution 1789. Die an ihrer Stelle 1790 gebildeten 48 Sektionen waren die eigentlichen Träger der Volkssouveränität. (3) Die in

-----

- (1) vergl. Eduard Kardelj, Die sozialistische Demokratie in der jugoslawischen Praxis, Belgrad 1955. Harry Schleicher, Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien, Berlin 1961.
- (2) vergl. dazu W. Kottler, Demokratie und Rätegedanke in der großen englischen Revolution. (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, Bd. 15) Leipzig 1925; E. Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Stuttgart 1919
- (3) vergl. u.a. P. Kropotkin, Die Französische Revolution 1789–1793. Leipzig 1909

der französischen Februarrevolution von 1848 geschaffene Commission du gouvernement pour les travailleurs (Commission du Luxembourg) trug ebenfalls räteähnliche Züge.

Unmittelbaren Einfluß auf die Arbeiterbewegung und ihre Theoretiker hatte schließlich die Pariser commune von 1871. (1) Besonders Marx hatte sich intensiv mit der commune auseinandergesetzt, was nicht ohne nachhaltigen Einfluß auf seine staats-theoretischen Überlegungen geblieben war. Von allen anderen Regierungsformen sah er die commune positiv folgendermaßen unterschieden: "Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte." (2) Diese politische Form der Befreiung der Arbeit skizzierte Marx am Beispiel der Pariser Kommunalverfassung: "Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern

-----

- (1) vergl. u.a. Becker, Geschichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune des Jahres 1871. Leipzig 1879; P. Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871, Stuttgart 1891
- (2) K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW 17, S. 342, Zur Analyse der Marxschen Interpretation der Commune vergl. auch: Klaus Meschkat, Die Pariser Kommune von 1871 im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung, Berlin 1965

Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der Öffentlichkeit Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. (...) Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt. (...) Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. (1) Oskar Anweiler hat darauf hingewiesen, daß zwischen der tatsächlichen geschichtlichen Erscheinung der Räte einerseits und ihrer theoretischen Aneignung durch Marx eine Differenz besteht. (2) Marxens Anliegen war es nicht nur, die politische Verfassung der Pariser commune zu beschreiben, sondern die in ihr angelegten über sie selbst hinaustreibenden Strukturen hervorzuheben.

Auch W.I. Lenins Interpretation der commune trifft weniger deren reale Bedeutung in der Geschichte Frankreichs, sondern zeugt eher von der ideengeschichtlichen Bezugnahme Lenins selbst. Dabei wird von Lenin nicht nur die commune, sondern auch deren Interpretation durch Marx unzulässig auf eine pauschal antiparlamentarische Zielrichtung verengt. Lenin schreibt: "Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, (...). Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes

-----

(1) K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, a.a.O., S. 339

(2) Oskar Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921. Leiden 1958, S. 14 ff. vergl. zu dieser Frage ebenfalls K. Korsch, Revolutionäre Kommune. In: Die Aktion, Jg. 1929, Nr. 5/8 und Jg. 1931, Nr. 3/4

System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete gibt es hier nicht. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns denken (...)".

Die Auseinandersetzung Lenins mit den Mehrheitssozialisten – oder in seiner Sprache: den Opportunisten – trug dazu bei, die 'Räte-Idee' von vornherein als ideologische Waffe in der innersozialistischen Diskussion zu funktionalisieren. Ein Weiterdenken in Richtung auf eine mögliche Synthese 'bürgerlich-demokratischer' und 'proletarisch-revolutionärer' Vertretungsformen war so von vornherein erschwert.

II.12 Die Vorstellungen über das politische System Deutschlands bei der USPD, der Gruppe Internationale und den Revolutionären Obleuten zwischen Januar und November 1918.

Das Vertrauen, das weite Teile der Bevölkerung einschließlich großer Teile der sozialdemokratischen Anhängerschaft zu Beginn des Krieges in die Oberste Heeresleitung gesetzt hatten, schwand mit ausbleibendem militärischen Erfolg und sich verschlechternder Versorgungslage im Verlauf des Krieges zunehmend dahin. Die als 'Augusterlebnis' gefeierte Siegeszuversicht bei Kriegsausbruch wich spätestens bei den französischen und englischen Offensiven im Juli und August 1918 einer tiefen Niedergeschlagenheit und Unzufriedenheit, die sich schon beim Aprilstreik 1917 (1) Ausdruck verschafft hatte.

Am 27. Januar 1918 versammelten sich in Berlin Abgeordnete der Dreier unter dem Vorsitz von Richard Müller. Auf ihre Empfehlung hin traten am nächsten Tag im gesamten Berliner Raum schätzungsweise 400 000 Arbeiter in den Ausstand. Am 29.1. stieg die Zahl der Streikenden in Berlin um weitere 100 000 und in Hamburg, Kiel, Leipzig, Köln, München, Nürnberg,

-----

(1) Die streikenden Arbeiter in Leipzig legten dem Reichskanzler sieben Forderungen vor, in den unter anderem die ... "volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zur Wahl für alle öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden" ... eingeklagt wurde. Text abgedr. bei Richard Müller, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, Berlin 1974, S. 122

im Ruhrgebiet und einigen anderen Städten des Reiches schlossen sich ihnen noch eine weitere halbe Million an.

Die Versammlung von 400 Berliner Arbeitervertretungen, welche am ersten Tag des Ausstands die Streikforderungen formulierte, bezeichnete sich selbst als 'Arbeiter-Rat'. Dieser Arbeiter-Rat und die von ihm formulierten Streikziele hatten jedoch keinerlei systemüberwindende Zielsetzungen. Neben Forderungen nach einer ausreichenden Lebensmittelversorgung und umgehenden Friedensverhandlungen verlangte er die Aufhebung des Belagerungszustands, Amnestie und die Aufhebung des sogenannten Hilfsdienstgesetzes. Republikanische oder gar sozialistische Forderungen fehlten unter den Streikzielen ganz. Der Berliner Arbeiter-Rat des Januarstreiks war in diesem Sinne auch kein Revolutionsorgan, sondern nahm lediglich die Funktion einer Streikleitung wahr und dies auch nur, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen in Passivität verharrten.

Der Berliner Arbeiter-Rat bemühte sich um Unterstützung durch die USPD und die SPD. Zu dem 11-köpfigen Aktionsausschuß wurden je drei Vertreter dieser Parteien hinzugezogen, So fanden sich Ebert, Scheidemann und Braun von der SPD in der Leitung eines Streiks wieder, den sie nicht initiiert hatten. Die Agitation der Gruppe Internationale gegen die Beteiligung von 'Sozialpatrioten' an der Streikleitung blieb erfolglos.

Nachdem am 31. Januar über Berlin der Belagerungszustand verhängt worden war und die Polizei massiv gegen die Streikenden vorging, wurde am 3. Februar der Streik abgebrochen. (1) Keines der Streikziele war erreicht worden - jedoch hatten die Streikenden massenhaft eine Aktionsform praktiziert, die von A. Rosenberg treffend als 'Generalprobe für die November-

-----

- (1) Zum Januarstreik vergl. auch Walter Bartel, Der Januarstreik 1918 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 143 ff.

revolution' bezeichnet worden ist. (1)

Die Differenzen in der USPD, die schon in der Phase ihrer Entstehung offenkundig waren, traten auch während des Januarstreiks zu Tage. Zwar hielt die Parteimehrheit mit ihrem Wortführer Haase Massenaktionen zur Beendigung des Krieges für sinnvoll, wollte aber in der Agitation, die durch den Belagerungszustand gezogenen Grenzen nur ungern überschreiten. Zum einen fürchtete man, durch eine überzogene Radikalität sich selbst ins politische Abseits zu manövrieren, zum anderen hatte der sozialdemokratische Attentismus der Vorkriegszeit die Mehrheit der USPD-Anhänger zu stark geprägt, als daß man sich ohne Vorbehalte plötzlich als 'Motor' eines revolutionären Prozesses vorstellen mochte.

Die Januarstreiks konnten in den Augen der Gruppe um Haase lediglich die Funktion haben, der Friedenssehnsucht der Arbeiterschaft deutlichen Ausdruck zu verleihen. Ambitionen mit den Massenstreiks als Auftakt, den Kampf um die Staatsmacht einzuleiten, hatte man nicht.

Der relative Erfolg der Januarstreiks bestärkte jedoch die radikaleren Kräfte der USPD in der Hoffnung zukünftigen Massenaktionen systemübergreifende Zielsetzungen geben zu können. Die Gruppe um Ledebour, Däumig und Hoffmann intensivierte ihre Kontakte zu den Revolutionären Obleuten um Müller. Diese hatten sich in den Januarstreiks als Repräsentanten der radikalsten Teile der Berliner Arbeiterschaft erwiesen und zudem ihre Führungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ausgereifte Konzepte wann und vor allem wie man das verhaßte System zu Fall bringen wollte, hatten die Revolutionären Obleute jedoch nicht. Sie zeichneten sich eher durch organisatorisches Geschick und Mobilisierungsfähigkeit aus, als durch die Konzipierung strategischer Entwürfe. Der Interpretation von E. Kolb ist deshalb zuzustimmen,

-----

(1) A. Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1961,

wenn er schreibt ... "dieser Mangel an eigener politisch-theoretischer Beschäftigung mit den Problemen des Staatsumsturzes zwang sie geradezu, beim Herannahen der revolutionären Situation seit Sommer 1918 sich an das Vorbild der bolschewistischen Revolution anzulehnen und die AuSRe als Grundlagen der neuen Regierungsform in ihre Konzeption zu übernehmen..."

(1)

Die Revolutionären Obleute siedelten sich selbst zwar auf dem linksradikalen Flügel der Arbeiterbewegung an, mochten sich aber einer bestimmten politischen Organisation nicht eindeutig zuordnen. Intensive Kontakte und personelle Verflechtungen bestanden vor allem mit der USPD. Zur Spartakusgruppe bestand wohl, was die politische Zielbestimmung angeht, eine gewisse Nähe, jedoch eine nicht zu übersehende Differenz bezüglich des taktischen Vorgehens. Als 'revolutionäre Gymnastik' wurde von ihnen spöttisch das bezeichnet, was Liebknecht als adäquat für die Initiierung eines revolutionären Prozesses vorschlug: die schnelle und sich kontinuierlich steigende Folge von politischen Streiks und Demonstrationen. Richard Müller bemerkt hierzu: "Nach der Meinung Liebknechts und der anderen Spartakusleute mußte die Arbeiterschaft ständig in Aktionen, ständig in Kampfhandlungen gehalten werden. Demonstrationen, Streiks, Zusammenstöße mit der Polizei, sollten den revolutionären Elan der Masse anfachen und bis zur Revolution steigern (...).

Die revolutionären Obleute, die alle im Kampf groß geworden waren und oft bewundernswerten Mut und Tapferkeit gezeigt hatten, die den Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie herbeisehnten und bereit waren, diesen Kampf mit allen Mitteln bis zum Siege durchzuführen, lehnten einmütig solche

-----

(1) E. Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, erw. Ausgabe Frankfurt - Berlin - Wien 1978, S. 41

Kampfmethoden ab. Sie verhinderten auch bis zum 9. November ihre Anwendung." (1) Eine Begründung ihrer Ablehnung des spartakistischen Aktivismus sahen die Revolutionären Obleute in erster Linie in den spezifischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Müller weist darauf hin, daß die deutsche Arbeiterbewegung - ganz anders als die russische - im systematischen Tageskampf groß geworden ist. Das beständige Ringen der großen Arbeiterorganisationen mit den Unternehmern um wirtschaftliche Besserstellung hat in jahrzehntelanger Praxis von Teilerfolg zu Teilerfolg geführt und bei den Arbeitern zu einer Anhänglichkeit an 'ihre' Organisationen und der von ihnen vertretenen Politik geführt. Und, so schlußfolgert Müller zu Recht: "Eine jahrzehntelange Übung läßt sich nicht über Nacht durch ein neues, unerprobtes Mittel ersetzen." (2) Die Revolutionären Obleute wollten nicht nur die politisch fortgeschrittensten Teile der Arbeiterschaft in den Kampf um die Staatsmacht führen, sondern die noch unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden breiten Massen. Dabei mußten zunächst in einer Phase politischer Massenkämpfe, in die alle Schichten des Proletariats einbezogen werden sollten, dieser hemmende Einfluß gebrochen werden. Dies ließ sich aber nicht bewerkstelligen, so argumentierten die Obleute gegen die Spartakusgruppe, ohne daß man sich an die geschichtlich gewordenen Kampfmethoden anlehne. Ihre verhaltene Taktik sahen sie auch dadurch gerechtfertigt, daß bezüglich der Bereitschaft zum 'Losschlagen' zwischen Berlin und den meisten Teilen des Reiches eine erhebliche Differenz bestand. "In Berlin war man in den revolutionären Kreisen fest entschlossen, mit dem demokratischen Staatsplunder Schluß zu machen und eine Räterepublik nach

-----

(1) R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, a.a.O., S. 165

(2) R. Müller, ebd., S. 166

russischem Muster aufzurichten, während in der Provinz nach erfolgreichem Aufstand Forderungen erhoben wurden, die, mit Ausnahme Münchens, nicht über die des Januarstreiks hinausgingen." (1)

Die USPD, welche nach ihrer Gründung Ostern 1917 den Schwerpunkt ihrer Agitation – soweit diese unter den Bedingungen des Belagerungszustands und der scharfen Pressezensur überhaupt möglich war – auf die Herbeiführung eines raschen Friedensschlusses 'ohne Annexionen und Kontributionen' gelegt hatte, radikalisierte sich seit Ende Dezember 1917 zusehends. Die Strategie der deutschen Delegation bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk trug dazu nicht unerheblich bei. Es zeichnete sich nämlich ab, daß die Oberste Heeresleitung keineswegs an einem Friedensschluß ohne russische Gebietsabtretungen interessiert war, sondern vielmehr der russischen Delegation, die bald unter Führung Trozki's verhandelte (2) einen deutschen 'Siegfrieden' aufzwingen wollte. Noch bevor General Hoffmann die deutschen Gebietsforderungen den wegen der innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihres Landes zu einem Friedensschluß auch unter ungünstigen Bedingungen gezwungenen Bolschewiki vorlegte, wandte sich die USPD an die Öffentlichkeit. Am 10.1. verbreitete die Reichstagsfraktion einen Aufruf, der mit einer verschleierte Aufforderung zur Massenaktion endete. Hier heißt es: "Bleiben jetzt kräftige Willenskundgebungen der werktätigen Bevölkerung aus, so könnte es scheinen, als ob sie mit diesem Treiben einverstanden wäre, als ob die Massen des deutschen Volkes noch nicht genug von dem grauenhaften Elend des Krieges hätten (...). Es ist keine Zeit zu verlieren: nach allen Schrecken und Leiden droht neues, schwerstes Unheil unserem Volke, der

-----

(1) ders., ebd., S. 175

(2) vergl. L. Trozki, Mein Leben – Versuch einer Autobiographie, Frankfurt 1974 (1929), S. 313 ff.

gesamten Menschheit. Nur ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker kann uns davor retten. Die Stunde ist gekommen, Eure Stimme für einen solchen Frieden zu erheben! Ihr habt jetzt das Wort!" (1) Zu einer deutlicheren Sprache fanden die Reichstagsabgeordneten der USPD dann im Gefolge des Januarstreiks. Georg Ledebour prophezeite im Reichstag am 20.2.1918, daß ein dauernder Weltfrieden erst durch einen internationalen Massenstreik herbeigeführt werden könne. (2) Scharfe Töne waren auch von Hugo Haase zu hören: "Der Januar-Streik wird in Deutschland als eines der größten Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands fortleben. Er hat seinen Zweck voll erfüllt: er hat im Inneren die Herrschenden darüber aufgeklärt, daß die Arbeiter es satt sind, sich als blinde Werkzeuge der Unterdrückung und Ausbeutungspolitik der Herrschenden gebrauchen zu lassen, bloße Objekte der Militärdiktatur zu sein." (3)

Haase, der sich vor 1918 in der Öffentlichkeit nicht auf den politischen Massenstreik verpflichten wollte, stimmte nun Ledebour zu; auch für Haase erschien der 'gleichzeitige internationale Massenstreik' als das wirksamste Mittel zur Beendigung des Krieges und seiner sozialen Ursachen und Folgen. Die Sitzungen des Reichstages während des Jahres 1918 nutzten die Unabhängigen, um bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit ihre politischen Positionen kundzutun und auf die Notwendigkeit breiter Massenaktionen, die jedoch nicht näher spezifiziert wurden, hinzuweisen. "Das Parlament wurde eine

-----

(1) Text bei R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, a.a.O., S. 139

(2) vergl. Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. XII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 311, S. 4040

(3) H. Haase, ebd., S. 4215 f.

Schule zur Erziehung des Volkes in der außerparlamentarischen Aktion." (1)

Die Radikalisierung der USPD machten jedoch nicht alle ihre Vertreter mit. Ihr rechter Flügel um Kautsky und Bernstein mochte vor allem die Begeisterung für die russische Form der Revolution nicht teilen. Diese Differenzen kamen deutlich auf der Reichskonferenz der USPD zum Ausdruck. Wo sich eine deutliche Mehrheit - unter kritischen Vorbehalten - für eine Unterstützung der Bolschewiki aussprach.

Unterdessen sah sich die Oberste Heeresleitung gezwungen, unter dem Eindruck der militärischen Ereignisse, zu raschen Waffenstillstandsverhandlungen zu kommen. Einen vollständigen militärischen Zusammenbruch Deutschlands hoffte man, dadurch abzuwenden. Um eine nach außen und innen akzeptierte Regierung zu bilden, wurde der Versuch einer Parlamentarisierung unternommen. Die SPD entschloß sich, das Angebot des Prinzen Max von Baden, trotz aller Bedenken in den eigenen Reihen (so unter anderem bei Scheidemann, O. Braun und Stampfer) anzunehmen und sich an seiner Regierung zu beteiligen. Die Linksopposition lehnte einhellig dieses Verhalten der SPD-Führung ab. Der Parteivorstand der USPD brachte in einer Erklärung seine Kritik deutlich zum Ausdruck; in ihr heißt es: "Die Sozialdemokratische Partei ist in die Regierung berufen, um nach dem Zusammenbruch des Imperialismus die bürgerliche Gesellschaft zu schützen. Sie hat die Aufgabe übernommen, die 'nationale Verteidigung' zu organisieren und die bürgerliche 'Ordnung' zu schützen. Sie hat die Forderung der internationalen Kongresse preisgegeben, daß die Katastrophe des Weltkrieges von der Sozialdemokratie ausgenützt werden müsse, an die Stelle des kapitalistischen Systems das

-----

(1) Robert Wheeler, USPD und Internationale, a.a.O., S. 40

sozialistische zu setzen." (1) Einen Monat vor der Novemberrevolution hatte die USPD jedoch höchstens in vagen Andeutungen entwickelt, wie dieses 'sozialistische System' zu erreichen sei, geschweige denn, wie es beschaffen sein sollte. Diese Negativhaltung zum bestehenden System bei gleichzeitigem Fehlen einer Strategie des Übergangs hatte die USPD mit den Revolutionären Obleuten gemeinsam. War dieses Defizit am Vorabend der Novemberrevolution auch bei der Spartakus-Gruppe vorhanden?

Die 'Spartakisten' beurteilten den von den Bolschewiki angestrebten und dann auch abgeschlossenen Sonderfrieden im Osten äußerst skeptisch. Zwar respektierten sie die Motive, welche die russischen Revolutionäre zur raschen Beendigung des Krieges drängten, doch erwarteten sie aufgrund der russischen Politik eher eine Verlängerung des Krieges als dessen Abkürzung. "Die ganze Rechnung des russischen Friedenskampfes beruhte nämlich auf der stillschweigenden Voraussetzung", so heißt es im Spartakus-Brief vom Januar 1918, "daß die Revolution in Rußland das Signal zur revolutionären Erhebung des Proletariats im Westen: in Frankreich, England und Italien, vor allem aber in Deutschland, werden sollte. In diesem Falle allein, dann aber unzweifelhaft, wäre die russische Revolution der Anfang zum allgemeinen Frieden geworden. Dies blieb bis jetzt aus. Die russische Revolution ist, abgesehen von einigen tapferen Anstrengungen des italienischen Proletariats, von den Proletariern aller Länder im Stich gelassen worden. Die Klassenpolitik des Proletariats, von Hause aus in ihrem Kernwesen international wie sie ist, kann aber nur international verwirklicht werden. Bleibt sie nur auf ein Land beschränkt, während die Arbeiterschaft anderer Länder bürgerliche Politik

-----

(1) Abgedr. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, Bd. 2, S. 207

treibt, dann wird auch die Aktion des revolutionären Vortrupps auf den Kopf gestellt." (1) Die Hauptschuld für die sich schon unmittelbar nach der Oktoberrevolution abzeichnende Isolierung des revolutionären Wandels auf Rußland wies die Gruppe Internationale der deutschen Arbeiterschaft zu. In ihre Kritik schloß sie ausdrücklich neben der SPD die USPD mit ein. (2)

Die klarsichtige Einschätzung der Notwendigkeit des Scheiterns einer lediglich auf ein Land beschränkten 'Revolution' zu einem solch frühen Zeitpunkt überrascht. Sie ist jedoch Resultat der 'Prinzipienfestigkeit' der Gruppe Internationale, die von dem alten sozialdemokratischen Grundsatz, daß eine antikapitalistische Bewegung nur dann dauerhaften Erfolg erringen könne, wenn sie international vorgehe, nicht abrücken wollte. Ein wenn auch nur oberflächlicher Blick auf die außen- und innenpolitische Situation Rußlands konnte diese Einschätzung nur bestätigen. Noch im Spartakusbrief vom September 1918 – also fast ein Jahr nach der Oktoberrevolution – spricht R. Luxemburg die Befürchtung aus, daß der russische 'Sozialismus' sich nicht mehr lange wird halten können. Tatsächlich war das von den Bolschewiki kontrollierte Territorium erheblich zusammengeschmolzen; die Achse Petrograd-Moskau bildete das Kernstück des revolutionären Rußland, das militärisch von allen Seiten eingekreist war. Von den deutschen Truppen okkupiert waren die Ukraine, Finnland, Livland, Estland, die Krim und der Kaukasus, weitere Vorstöße bis tief nach Südrußland hinein standen bevor. Im Osten und Norden griffen die Truppen der Entente an; die im Osten eindringenden Japaner konnten erst 1922 (!) endgültig zurückgedrängt werden.

-----

(1) Die geschichtliche Verantwortung. Spartacus, Nr. 8 vom Januar 1918, Abgedr. in: Spartakusbriefe, Berlin 1958, S. 409. Vergl. auch ebd., 'Nicht nach Schema F'.

(2) vergl. ebd., S. 410

Die Unterzeichnung des Brester Friedens sei in Wirklichkeit ein einseitiger Friedensschluß seitens der Bolschewiki gewesen, meinte R. Luxemburg und warf den Bolschewiki vor, die Aggressivität des deutschen Imperialismus verkannt zu haben. (1) Daß die Bolschewiki in Brest-Litovsk einen Frieden zu ihren Ungunsten abgeschlossen hatten, ist nicht zu bestreiten, doch schätzt R. Luxemburg den Handlungsspielraum der Bolschewiki zum Zeitpunkt des Friedensschlusses falsch ein. Die Alternative, welche die revolutionären Führer Rußlands im Winter 1917/18 hatten, war nicht, den Brester Frieden zu unterzeichnen oder ihn nicht zu unterzeichnen und eine militärische Offensive gegen die deutschen Truppen zu beginnen. Die Alternativen zwischen denen entschieden werden mußte waren: entweder rascher Friedensschluß und dadurch Zeitgewinn für die Stabilisierung der zerrütteten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes oder - weitere Kriegsbeteiligung bei abzusehendem militärischen Zusammenbruch, was eine Weiterführung der russischen Revolution nahezu unmöglich gemacht hätte. Doch weist R. Luxemburg den Bolschewiki keine subjektive Schuld an der Situation Rußlands zu, sondern sie betont: "Die fatale Lage (...), in der sich die Bolschewiki heute befinden, ist mitsamt den meisten ihrer Fehler selbst eine Folge der grundsätzlichen Unlösbarkeit

-----

- (1) Schon im Mai 1917 schreibt R. Luxemburg: "...die russischen Proletarier können mit gutem Gewissen nur dann den Krieg beenden und den Frieden machen, wenn ihr Werk: die Errungenschaften der Revolution sowie ihr weiterer ungehinderter Fortgang gesichert sind! Sie, die russischen Proletarier, sind heute die einzigen, die wirklich die Sache der Freiheit, des Fortschritts und der Demokratie zu verteidigen haben."
- R. Luxemburg, Der alte Maulwurf. In: Spartacus, Nr. 5 vom Mai 1917, Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, Hier S. 262

des Problems, vor das sie durch das internationale, in erster Linie durch das deutsche Proletariat gestellt worden sind. Die proletarische Diktatur und sozialistische Umwälzung in einem einzelnen Lande durchführen, das von starrer imperialistischer Reaktionsherrschaft umgeben und vom blutigsten Weltkriege der menschlichen Geschichte umtobt ist, das ist eine Quadratur des Zirkels. Jede sozialistische Partei müßte an dieser Aufgabe scheitern und zugrundegehen (...)." (1)

Die Gruppe Internationale sah ihre Aufgabe deshalb darin, das bisher Undenkbare zur realen Möglichkeit zu machen: die Revolution in Deutschland, welche in ihren Augen allein die russische Revolution retten konnte. Und so lautete die Konsequenz: "Der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland, läßt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annexionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen. Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfiffen werden." (2) Mit derlei Propaganda erreichte die Gruppe Internationale im Januar 1918 allerdings nur einen kleinen Kreis von Adressaten. So war auch die Rolle, welche die 'Spartakisten' während der großen

-----  
(1) R. Luxemburg, Die russische Tragödie, Spartacus Nr. 11, vom September 1918, a.a.O., S. 459

(2) Die geschichtliche Verantwortung, Spartacus Nr. 8, vom Januar 1918, a.a.O., S. 410

Streiks gegen Ende des Monats spielten, nahezu einflußlos. (1)

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren zwar bei den Revolutionären Obleuten und den meisten Funktionären der USPD wegen ihrer entschiedenen Haltung – für die beide bis unmittelbar vor der Novemberrevolution im Gefängnis saßen – geachtet, doch ihren politischen Vorstellungen mochte man sich so ohne weiteres nicht anschließen.

Einig waren sich alle Strömungen der Linksopposition in ihrer Agitation für einen sofortigen Frieden; die Gruppe Internationale nahm darüber hinaus auch scharf gegen einen deutschen Sieg Stellung. Bei jedem möglichen militärischen Ausgang des Krieges sei zwar der internationale Imperialismus der eigentliche Sieger, doch bei einem deutschen Sieg bekäme die reaktionärste und gewalttätigste Variante des Imperialismus die Oberhand.

"Der englische Imperialismus," so heißt es im Spartakusbrief vom Juni 1918, "ist aus geschichtlichen Gründen an gewisse demokratische Formen gebunden, der französische aus wirtschaftlichen Gründen an ein langsames Tempo und stagnierenden Charakter gewöhnt. Der deutsche Imperialismus verbindet das brutale Draufgängertum des preußischen Junker- und Polizeistaates mit der ungestümen Gier eines modernen Finanzkapitals, das gerade in der Bluttaufe dieses Krieges seine größte Zusammenballung erreicht hat." (2)

-----

(1) Publikationen aus der DDR neigen in der Regel dazu, die Bedeutung der Gruppe Internationale bei der Vorbereitung und Durchführung der Novemberrevolution zu hoch zu veranschlagen.

(2) Der Katastrophe entgegen, Spartakus Nr. 9 vom Juni 1918, Abgedr. in: Spartakusbriefe, a.a.O., S. 424

## II.13 Rätssystem oder Nationalversammlung? - Die Niederlage der Linksoption auf dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918

Noch bevor der 'Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte' in die Debatte über die zukünftige Struktur Deutschlands eintrat, war dieser brisanteste Punkt der Tagesordnung durch die 'Annahme des Antrags Lüdemann' bereits entschieden. In dem Antrag, der von den mit parlamentarischen Fertigkeiten vertrauten Sozialdemokraten geschickt im Anschluß an den Bericht des Vollzugsrats - also zu einem früheren und anderen Punkt der Tagesordnung - eingebracht worden war, heißt es: "Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten." (1) Doch auch ohne diesen von Rosa Luxemburg heftig kritisierten Verfahrenstrick (2) hätte sich der Rätekongreß

- 
- (1) Antrag Lüdemann, Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Berlin 16. bis 21. Dezember 1918 - Stenographische Berichte. Hrsg. Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin, Herrenhaus, Januar 1919. Hier: Spalte 176; Im Folgenden zitiert als: Rätekongreß 1918, Sten. Ber.
- (2) vergl. R. Luxemburg, Eberts Mamelucken, Die Rote Fahne (Berlin) Nr. 35 vom 20. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Lux. Ges. Werke, Bd. 4, S. 464
- "Am Mittwoch abend tauchte plötzlich in ganz unauffälliger, beiläufiger Weise ein 'Antrag Lüdemann' auf, der verlangte, 'bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung' die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsleitung - d.h. dem Ebertschen Kabinett - zu übertragen. Dieser Antrag ist zwischen Tür und Angel am Mittwoch abend ohne jede Debatte angenommen worden! Und der Kongreß wurde es nicht gewahr, daß er dabei bereits die 'anderweitige Regelung' der Dinge durch die Nationalversammlung vorwegnahm, ehe über die

für eine Nationalversammlung ausgesprochen. Die Mehrheitssozialdemokraten und die an ihrer Seite stehenden Soldatenräte hatten, das stand gleich zu Beginn der Beratungen fest, eine gesicherte Zwei-Drittel-Mehrheit. Die, was die Zahl ihrer Delegierten angeht, also von vorneherein hoffnungslos unterlegenen Linksoptionellen, konnten nicht darauf hoffen, durch besseres Argumentieren die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Sie entfalteten ihre Argumentation mit Blickrichtung auf die Arbeiterschaft 'draußen im Reich' - und wurden dabei unterstützt von häufig den Kongreß 'störenden' Delegationen der radikalisierten Berliner Arbeiter und Truppenteile.

Zum Sprecher des linken Flügels machten sich vor allem Däumig und das Mitglied des Vollzugsrats Müller. Müller, der im Auftrag des Vollzugsrates über dessen Arbeit der letzten Wochen Bericht zu erstatten hatte, nutzte die Gelegenheit, um gleich zur Eröffnung vor einer Auflösung der neu geschaffenen Rätestrukturen zu warnen. Die Räte waren das wesentlich Neue im politischen System des Deutschen Reiches und Müller stellte dazu fest: "Sonst blieb, sozusagen, nach der Revolution, alles beim alten. Das ganze politische und wirtschaftliche Leben war dasselbe, nur daß die Arbeiter- und Soldatenräte, der Vollzugsrat, die Souveränität des Staates darstellten." (1) Die Revolutionären Obleute, der linke Flügel der USPD, der Spartakusbund und die Bremer Linksradiكالen vertraten einhellig die

-----

(Fortsetzung Fußnote 2)

Frage der Nationalversammlung auch nur debattiert, geschweige irgendein Beschluß gefaßt worden war! Am Donnerstag steht auf der Tagesordnung die Frage, ob überhaupt die Nationalversammlung einberufen werden soll, und am Mittwoch abend läßt die Ebert-Clique den Kongreß beschließen, daß daß der Nationalversammlung die endgültige Regelung der Verhältnisse zustehe und die ganze politische Macht ungesäumt dem Ebert-Kabinet zu übergehen sei." (R. Luxemburg, a.a.O., S. 464)

(1) R. Müller, Rätekongreß 1918, Sten. Ber., Sp. 16

Position, daß es den 'Rätegedanken' nicht nur zu verteidigen, sondern in geordneterem und größerem Umfang, als es in den ersten Wochen der Revolution geschehen konnte, zum bestimmenden Moment des politischen Lebens werden zu lassen.

"Diejenigen, die die Arbeiter- und Soldaten-Räte bekämpfen, wollen bewußt oder unbewußt den alten Zustand herbeiführen (Unruhe) und versuchen, den Arbeitern und Soldaten die politische Macht wieder zu entreißen," (1) bemerkte Müller mit Blick auf die Politik der Mehrheitssozialdemokratie.

Damit war die 'Räte-Frage' in die Koordinaten der innersozialistischen Machtkämpfe eingeordnet. Der anvisierte Aufbau parlamentarischer Strukturen wurde von der Linksoption als Anschlag auf die 'Errungenschaften der Revolution' gewertet, während umgekehrt die Mehrheitssozialdemokratie die Verteidigung der Räte-Demokratie durch die Linksoption als Versuch des Aufbaus einer Herrschaft der Minderheit wahrnahm. (2)

Max Cohen führte im Auftrag der SPD die Bedenken gegen eine Räteherrschaft weiter aus. Zentraler Kritikpunkt war, daß die Arbeiterräte, eben weil sie die Räte der Arbeiter sind, nur berechtigt sind, für einen Teil des Volkes zu sprechen. Im Verständnis der Sozialdemokratie läge es jedoch, daß eine wirkliche Demokratie auf dem Willen aller Bürger begründet sei. Breiteren Raum als diese demokratiethoretischen Bedenken gegen eine Räteverfassung der Republik nehmen bei Cohen die ordnungspolitischen Überlegungen ein.

-----

(1) R. Müller, a.a.O., Sp. 16

(2) vergl. u.a. die Antwort des Volksbeauftragten Landsberg auf Müller.

Rätekongreß 1918, Sten. Ber. Sp. 76 und dessen Widerspruch ebd., Sp. 152

Dabei schält sich folgende – in den Reden der Mehrheitssozialdemokraten immer wieder auftauchende – Argumentationsfigur heraus:

Konstatiert wird zunächst die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft des Landes, der Mangel an Lebensmitteln, die Schwierigkeiten der Energieversorgung etc. Ausgehend davon, daß die Beseitigung all dieser Mißstände Priorität in der 'revolutionären Politik' haben müsse, fragt Cohen nach den Erfolg versprechenden politischen Mitteln. Diese erblickt er in einer möglichst rasch einsetzenden rationellen Organisation. Diese könne nur gelingen, wenn man ... "alle schaffenden Kräfte des deutschen Volkes zusammenfasse..." (1). Dies wiederum sei nur möglich ... "wenn unser staatlicher Mechanismus, der einigermaßen in Unordnung geraten ist, wieder richtig funktioniert, wenn wir eine Zentralgewalt im Reiche bekommen, die in der Lage ist, den inneren und äußeren Zerfall des Reiches aufzuhalten (...). Aber eine starke Zentralgewalt kann nur dann sicheren Halt und eine starke moralische Autorität haben, wenn sie auf dem festen und breiten Fundament des allgemeinen Volkswillens aufgebaut ist." (2)

Die in den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Transformationsstrategie – soweit man davon überhaupt sprechen kann – gerückte Rekonstruktion der Ordnung (3), hatte für die breiten Massen der Deutschen offensichtlich so viel Plausibilität auf ihrer Seite, daß Däumig resigniert feststellen mußte: "Man will eine Obrigkeit haben. Es ist ja unglaublich, wie wenig sich diese deutsche Revolution zutraut." (4)

-----

(1) Cohen, a.a.O., Sp. 211

(2) ebd., Sp. 212

(3) Wie sehr der 'Staatsgedanke' der deutschen Sozialdemokratie mit dem Ordnungsbegriff verbunden war, belegt die in apologetischer Absicht verfaßte Dissertation von Kurt Schumacher 'Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie', Münster 1920

(4) Däumig, Rätekongreß 1918, Sten. Ber. Sp. 234

## II.14 Rosa Luxemburgs Position im Konflikt um die Einberufung der Nationalversammlung

Die Mehrheitssozialdemokraten betrachteten die Arbeiter- und Soldatenräte als ein Provisorium, welches sobald wie möglich 'geordneten' politischen Verhältnissen weichen sollte. Die jahrzehntelange Fixierung auf den Parlamentarismus machte es ihnen unmöglich, sich demokratische Strukturen jenseits einer zentralen parlamentarischen Vertretungskörperschaft vorstellen zu können. Nichts lag in ihren Augen also näher, als nach dem 9. November möglichst rasch zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu kommen, welche die zukünftige politische Ordnung Deutschlands festlegen sollte. An der Frage, ob diese mehrheitssozialdemokratische Orientierung einer revolutionären Transformation dienlich sei oder nicht, entzündete sich einer der folgenschwersten Konflikte in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung. Die linksoppositionellen Gruppierungen vermochten es in diesem Konflikt nicht, eine einheitliche Position gegenüber der Nationalversammlung zu gewinnen. Welchen Standpunkt vertrat R. Luxemburg?

Neun Tage nach dem 9. November zieht diese eine erste Bilanz: "Im Staate der Hohenzollern hat sich im wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter- und Soldaten-Regierung fungiert als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung, die bankrott geworden ist. (...) Das Bild der deutschen Revolution entspricht der inneren Reife der deutschen Verhältnisse."

(1) Um den revolutionären Wandel herbeizuführen, dessen Ziel nicht nur

-----

(1) R. Luxemburg, Der Anfang. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 3 vom 18. Nov. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, hier S. 399

die Umwälzung der politischen, sondern wesentlich auch der ökonomischen Verhältnisse sein müsse, empfiehlt sie, die ganze Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte zu konzentrieren. (1) Die Sozialdemokraten um Ebert und Scheidemann hatten den Verwaltungsapparat nahezu unverändert übernommen, dies und die Orientierung auf die Nationalversammlung schaffe ... "ein bürgerliches Gegengewicht zur Arbeiter- und Soldatenvertretung..." (2).

R. Luxemburg benennt die aus ihrer Sicht wichtigsten und zur Politik der Mehrheitssozialdemokraten konträren Richtlinien für die Maßnahmen der revolutionären Regierung: Es sind dies: "Ausbau und Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte, damit die erste chaotische und impulsive Geste ihrer Entstehung durch bewußten Prozeß der Selbstverständigung über Ziele, Aufgaben und Wege der Revolution ersetzt wird; ständige Tagung dieser Vertretungen der Masse und Übertragung der eigentlichen politischen Macht aus dem kleinen Komitee des Vollzugsrates in die breitere Basis des A.- u. S.-Rates; schleunigste Einberufung des Reichsparlamentes der Arbeiter und Soldaten, um die Proletarier ganz Deutschlands als Klasse, als kompakte politische Macht zu konstituieren und hinter das Werk der Revolution als ihre Schutzwehr und ihre Stoßwehr zu stellen; unverzügliche Organisation nicht der 'Bauern', sondern der ländlichen Proletarier und Kleinbauern, die als Schicht bisher noch außerhalb der Revolution stehen; Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutze der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz, um das gesamte Proletariat zur jeder Zeit bereiten Wacht zu gestalten; Verdrängung der übernommenen Organe des absolutistischen militärischen Polizeistaates von der Verwaltung, Justiz und Armee;

-----

(1) R. Luxemburg, ebd. S. 397

(2) ebd., S. 398

sofortige Konfiskation der dynastischen Vermögen (...);  
sofortige Einberufung des Arbeiterweltkongresses nach Deutschland,  
um den sozialistischen und internationalen Charakter der Revolution  
scharf und klar hervorzukehren, denn in der Internationale, in der Welt-  
revolution des Proletariats allein ist die Zukunft der deutschen Revolution  
verankert." (1)

Doch die Mehrheitssozialdemokratie dachte nicht daran, an solcherlei  
Prinzipien ihre Politik auszurichten. Unterstützt wurde sie auch aus Krei-  
sen der USPD, die meinten, der Weg über die Nationalversammlung würde  
Deutschland vor einem Bürgerkrieg bewahren. (2) R. Luxemburg jedoch  
hielt die Vorstellung, daß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse durch  
Mehrheitsbeschluss in dieser Nationalversammlung erreicht werden könne,  
für eine Illusion. Die Bourgeoisie würde ihre Eigentumsrechte nie freiwillig  
abtreten, war ihre feste Überzeugung. Und sie betonte immer wieder, daß  
die Bourgeoisie ... "nicht eine parlamentarische Partei, sondern eine herr-  
schende Klasse ist, die sich im Besitze sämtlicher ökonomischer und sozia-  
ler Machtmittel befindet." (3) Diese Machtmittel sei das besitzende Bürger-  
tum bereit einzusetzen, sobald die revolutionäre Bewegung ernstlich daran  
ginge, den 'Sozialismus einzuführen'. Mit dem Umweg über die National-  
versammlung gefährde man, die ohnehin schwache Machtposition der Revo-  
lution und eröffne der Bourgeoisie Möglichkeiten, verlorenes Terrain wieder-  
zugewinnen.

-----

(1) R. Luxemburg, ebd., S. 398

(2) vergl. u.a. R. Hilferding, Revolutionäres Vertrauen! In: Die Freiheit  
(Berlin), Nr. 6 vom 18. Nov. 1918

(3) R. Luxemburg, Die Nationalversammlung. In: **Die Rote Fahne** (Berlin)  
Nr. 5 vom 20. Nov. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke,  
Bd. 4, S. 408

R. Luxemburg nimmt nach dem 9. November eine eindeutig gegen die Nationalversammlung gerichtete Position ein, die sie nach dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte (16. bis 21. Dez.) differenzieren sollte. Dies steht in deutlichem Kontrast zu ihrer Argumentation, die sie in der Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Diktaturtheorie entfaltete. (1) Offenbar waren ihr die im aktuellen Stadium der deutschen Revolution notwendigen Maßnahmen zur Machthauptung und Machterweiterung wichtiger, als die Sorge um den demokratischen Charakter dieser Revolution. Aus 'realpolitischer' Perspektive gesehen, war R. Luxemburgs Position durchaus schlüssig: die Mehrheitssozialdemokraten, von der Rätebewegung gemeinsam mit den Unabhängigen in Regierungsverantwortung getragen, waren bemüht, den Einfluß eben dieser Bewegung zurückzudrängen. Exemplarisch verdeutlichte sich dies im Kompetenzstreit zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten, in dem die sozialdemokratischen Volksbeauftragten die Oberhand gewannen. Von der Nationalversammlung erhofften sich die gemäßigten Sozialdemokraten eine demokratische - weil durch allgemeine Wahlen zustande gekommene - Legitimation, welche den radikalen Strömungen in der deutschen Revolution Einhalt gebieten würde. Die Linksoptionellen nahmen die gegen sie gerichtete machtpolitische Funktion der Nationalversammlung durchaus korrekt wahr. Dies spitzte R. Luxemburg in der 'Roten Fahne' vom 29. November zu einer nicht mehr vermittelbaren Alternative zu: "Entweder will man die Nationalversammlung als ein Mittel, das Proletariat um seine Macht zu prellen, seine Klassenenergie zu paralisieren, seine sozialistischen Endziele in blauen Dunst aufzulösen, oder man will die ganze Macht in die Hand des Proletariats

-----

(1) vergl. R. Luxemburg, Zur russischen Revolution. R. Luxemburg, Ges. Werke, Bd. 4, S. 332 ff.

legen, die begonnene Revolution zum gewaltigen Klassenkampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung entfalten und zu diesem Zwecke die politische Herrschaft der großen Masse der Arbeitenden, die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte errichten. Für oder gegen den Sozialismus, gegen oder für die Nationalversammlung, ein Drittes gibt es nicht." (1)

R. Luxemburg unterläßt es, die gegen die Bolschewiki vorgebrachte Argumentation auch gegenüber der deutschen Revolution zu wiederholen. 'Sowohl Sowjets als auch Konstituierende Versammlung' war die von ihr vorgeschlagene Perspektive für Rußland. Für Deutschland mochte sie dieses Ziel unmittelbar nach der Novemberrevolution nicht propagieren. Die Polarisierung der politischen Kräftekonstellation hatte sie so sehr miteinbezogen, daß sie noch nicht einmal mehr auf die Notwendigkeit allgemeiner Wahlen wenigstens nach der Phase der ersten Umgestaltung der Machtverhältnisse hinweisen mochte. Stattdessen verallgemeinerte sie sogar ihre Kritik an einer Nationalversammlung: "Die Nationalversammlung ist ein überholtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom 'einigen Volk', von der 'Freiheit', Gleichheit und Brüderlichkeit' des bürgerlichen Staates. Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums." (2) Daß diese Äußerungen nicht einmalige polemische

-----  
(1) R. Luxemburg, Parteitag der Unabhängigen SP. In: Die 'Rote Fahne' (Berlin), Nr. 14 vom 29. Nov. 1918, Abgedr. in: R. Luxemburg, Ges. Werke Bd. 4, hier: S. 425

(2) R. Luxemburg, Die Nationalversammlung, a.a.O., S. 409

Zuspitzungen sind, belegen R. Luxemburgs Artikel bis zum Jahresende 1918. (1)

Da der 'Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte', welcher vom 16. bis zum 21. Dezember tagte, beschlossen hatte, die Einberufung einer Nationalversammlung zu unterstützen, hatte sich R. Luxemburg mit diesem von ihr nicht gewünschten Faktum auseinanderzusetzen. Zwar polemisierte sie heftig gegen die Mehrheit des Rätekongresses, der sich in ihren Augen als ... "williges Werkzeug der Gegenrevolution..." (2) erwiesen hatte, doch propagierte sie schon einen Tag nach dem Kongress in der Frage der Nationalversammlung eine, die Tatsache der nun nicht mehr

-----

(1) vergl. R. Luxemburg, Was will der Spartakusbund. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 29 vom 14. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 442 und 446; R. Luxemburg, Auf die Schanzen. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 30 vom 15. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 453; R. Luxemburg (Korreferat zur Politik der USPD auf der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15. Dez. 1918). In: Die Freiheit (Berlin), Nr. 57 vom 16. Dez. 1918 und Nr. 59 vom 17. Dez. 18. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 457; R. Luxemburg, Nationalversammlung oder Räteregierung. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 32 vom 17. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 460; R. Luxemburg, Die Wahlen zur Nationalversammlung. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 38 vom 23. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 472

(2) R. Luxemburg, Eberts Mamelucken. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 35 vom 20. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 465

rückgängig zu machenden Einberufung berücksichtigende neue Strategie. In Analogie zur Politik der Vorkriegssozialdemokratie, die im 'Dreiklassenparlament' gegen das Dreiklassenwahlrecht agitiert hatte, empfahl sie in der Nationalversammlung gegen die Nationalversammlung zu arbeiten. Sie schreibt: "Jetzt stehen wir mitten in der Revolution, und die Nationalversammlung ist eine gegenrevolutionäre Festung, die gegen das revolutionäre Proletariat aufgerichtet wird. Es gilt also, diese Festung zu berennen und zu schleifen. Um die Massen gegen die Nationalversammlung mobil zu machen und zum schärfsten Kampf aufzurufen, dazu müssen die Wahlen, dazu muß die Tribüne der Nationalversammlung ausgenutzt werden." (1) Die Wendung zur Beteiligung an der Nationalversammlung ist also in keiner Weise positiv motiviert. Der 'Sinn für Realitäten' schien es R. Luxemburg nahezulegen, sich nicht - durch einen eventuellen Wahlboykott oder ähnliches - ins politische Abseits manövrieren zu lassen. Den möglichen Einwand vorwegnehmend, daß man um in der Nationalversammlung gegen diese selbst erfolgreich zu arbeiten, dazu die parlamentarische Mehrheit brauche, wird von Luxemburg durch Verweis auf die proletarische Masse auf den Strassen und in den Betrieben abgetan. 'Revolutionäre Mehrheiten' gestalten sich ihrer Meinung nach anders als bei Wahlen. Ein Gedankengang, den sie schon in den Massenstreikdebatten vor 1914 entwickelt hatte.

-----  
(1) R. Luxemburg, Die Wahlen zur Nationalversammlung, a.a.O., S. 472 f.

### Teil III.

Zur Aktualität staatssoziologischer Diskussionen im Linkssozialismus



### III.1 Rückblick

Die Analyse des Staates – in allen seinen konkreten Ausprägungen vom Despotismus bis zur parlamentarischen Demokratie war stets ein wichtiges Moment bei den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung um die Bestimmung angemessener Strategien gesellschaftlicher Transformation.

Die spezifisch linkssozialistische Betrachtungsweise, welche sich in den parteiinternen Kontroversen der Vorkriegssozialdemokratie allmählich herausgeschält hatte, vermochte es jedoch nicht, sich über eine vergleichsweise kurze historische Phase hinaus auch politisch-praktisch Geltung zu verschaffen.

Wichtiger Ausgangspunkt eines langen Prozesses der strategischen Selbstverständigung der sozialdemokratischen Linksopposition in Deutschland war die russische Revolution von 1905. Die Mehrheit der SPD mochte jedoch außer an der Oberfläche bleibender Solidaritätsbekundungen keine Konsequenzen aus den russischen Ereignissen ziehen. Man ging davon aus, daß die Verhältnisse im 'Kulturstaat' Deutschland eine andere politische Vorgehensweise erfordern würden, als sie die russische Sozialdemokratie praktizierte. 'Lernen aus der russischen Revolution – so wie es die Linksopposition empfahl – war für die Majorität der deutschen Sozialdemokratie keine Problemstellung.

Während der 'radikale Reformismus' im süddeutschen Raum eine Strategie der Blockbildung mit liberalen bürgerlichen Parteien entwickelte, um Parlamentsmehrheiten zugunsten der Sozialdemokratie zustande zu bringen, beharrte K. Kautsky darauf, daß weder die linksradikalen Vorstellungen von

der Bedeutung politischer Demonstrations- und Massenstreiks noch die 'reformistisch-revisionistischen' Ansätze einer parlamentarischen Koalitionspolitik den 'Weg zur Macht' weisen würden. Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, die Arbeiterschaft um das sozialdemokratische Programm zu sammeln und den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems, den dieses aus sich heraus hervorbringe, abzuwarten. Ganz im Gegensatz zur attentistischen Haltung des 'marxistischen Zentrums' der SPD mit Kautsky als Protagonisten und im Gegensatz zum süddeutschen Reformismus bezog sich R. Luxemburg positiv auf die russische Revolution von 1905, deren Erfahrungen sie für die zukünftige Strategiebildung der Sozialdemokratie nutzen zu können meinte. Die Herausbildung der linkssozialistischen Opposition, die sich im Verlauf der Auseinandersetzungen um das freie Wahlrecht (Jena, 1905), den Militäretat (Essen 1907), die Kolonialfrage und die Budgetbewilligung (Nürnberg 1908) sowie im Zusammenhang mit den preußischen Wahlrechtskämpfen (1905/06, 1908/09, 1910 und 1913) stärker profilierte, wurde so von Beginn an durch eine stark identifikatorische Bezugnahme auf den russischen Sozialismus geprägt. Dies blieb nicht ohne Folgen für linksoppositionelle Staatsanalysen und Transformationsstrategien, zumal durch die russische Revolution von 1917 das positive Verhältnis der deutschen Linkssozialisten zum russischen Radikalismus eine tiefgehende Bestätigung erfuhr. Allerdings war diese Identifikation – wie R. Luxemburgs kritische Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Diktaturtheorie zeigte – nicht ungebrochen. Die Linkssozialisten versuchten, demokratische Traditionen des westeuropäischen Republikanismus in ein von den Bolschewisten abweichendes Revolutions- und Staatskonzept zu integrieren. R. Luxemburgs Mahnung an die Bolschewiki, daß es die historische Aufgabe des Proletariats sei ... "wenn es zu Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen..." (1)

-----

(1) R. Luxemburg. Zur Russischen Revolution, R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 363

kam freilich nur eher eine appellative Bedeutung zu. In den innersozialistischen Machtkämpfen im November und Dezember 1918 nahm sie selbst ihre demokratischen Positionen zugunsten einer Taktik der revolutionären Machtbehauptung und -erweiterung zurück.

Das strategische Defizit der deutschen Vorkriegssozialdemokratie in bezug auf eine Strategie der Transformation des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft wurde von der Linksoption über weite Strecken geteilt. Die pauschale Ablehnung der Nationalversammlung durch einen großen Teil der Linksoption zur Zeit des Ersten Rätekongresses erwies sich als kurzsichtig. Sie erleichterte es den konservativ orientierten Kräften – innerhalb und außerhalb der SPD – die rätedemokratische Bewegung und die mit ihr verbundenen Linksozialisten als eine die Diktatur anstrebende Minderheit hinzustellen.

Einerseits mit der Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 und deren zunehmender 'Bolschewisierung' und andererseits mit der ablehnenden Haltung der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber der Rätedemokratie bei gleichzeitiger Fixierung auf Erhalt des status quo sind die Pole festgelegt, zwischen denen linkssozialistische Strategiebildung sich zu behaupten versuchte. Mit der Rückkehr der Rest-USPD, von der sich im Dezember 1920 der linke Flügel getrennt und mit der KPD zu einer neuen Massenpartei zusammengeschlossen hatte, zur SPD im Jahre 1922, war das Ende einer politischen Kraft, die eine spezifisch westeuropäische Transformationsstrategie hätte weiter entwickeln können, auf absehbare Zeit gesetzt.

### III.2 Das Problem der politischen Macht – zur Kritik leninistischer Staatstheorie

Daß ein großer Teil der deutschen Linkssozialisten in der Gründungsphase der Weimarer Republik in den Einflußbereich eines dogmatisierten Leninismus geriet, läßt in unserem thematischen Zusammenhang eine Auseinandersetzung mit der Leninschen Politik und deren Staatstheorie erforderlich erscheinen. Die kritische Reflektion der Einflüsse des Leninismus auf den deutschen Linkssozialismus muß dabei von der Feststellung ausgehen, daß die Anwendung leninistischer Konzepte in den westlichen Industrieländern nicht – wie intendiert – zur politischen Hegemonie des Proletariats geführt hat.

Die Position – etwa von Livio Maitan vertreten –, daß ein Scheitern des Leninismus deshalb nicht feststellbar sei, weil bisher im Westen noch nicht mit der nötigen Konsequenz versucht worden sei, diesen in die Realität umzusetzen (1), erweist sich bei Betrachtung der bisher vorliegenden Erfahrungen als abwegig. Nicht ein zu geringes Maß an 'Anwendung' bolschewistischer Machteroberungstaktik, sondern eher eine Besinnung auf die Besonderheiten der hochkomplexen politischen und ökonomischen Systeme hochindustrialisierter Gesellschaften, scheint das Grundproblem sozialistischer Transformationsversuche in Westeuropa.

Die fehlende Verwurzelung der deutschen Linksopposition in der politischen Kultur des eigenen Landes hat erheblich dazu beigetragen – vor und nach der Novemberrevolution – eine strategische Orientierung bei demjenigen Flügel der auseinanderbrechenden internationalen Sozialdemokratie zu suchen, dessen Politik einen revolutionären Erfolg verzeichnen konnte.

-----

(1) vergl. Livio Maitan, Notwendigkeit des revolutionären Bruchs. In: Colletti u.a. Über Lenins 'Staat und Revolution' – heute. Berlin 1970, S. 33 ff.

Die von ihren Anhängern gewissermaßen als allgemeingültig empfundene Leninsche Revolutions- und Staatstheorie trug mit dazu bei, alle Ansätze einer spezifisch deutschen linkssozialistischen Strategiebildung beiseite zu drängen; Rosa Luxemburgs Bolschewismuskritik wurde zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Der Nutzen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Leninismus besteht in bezug auf den Rekonstruktionsversuch linkssozialistischer Staatstheorie und Transformationsstrategie wohl hauptsächlich darin, daß sie gleichsam das Negativ für eine auf die westeuropäischen Bedingungen bezogene politische Theorie herausarbeitet. Einige Anmerkungen sollen dies verdeutlichen:

Lenin hatte wenige Wochen vor der Oktoberrevolution, im August und September 1917, eine Schrift verfaßt, (1) welche die 'Opportunisten' (2) in der internationalen Sozialdemokratie heftig kritisierte. Sein Ziel war, der 'Entstellung des Marxismus' entgegenzutreten und die marxistische 'Staatslehre' in erster Linie anhand Engelscher Texte zu rekonstruieren. Die staatstheoretischen Reflektionen Lenins kreisen ausschließlich um den Aspekt der Herrschaft. Er schließt sich der Engelschen Beschreibung an, wonach die öffentliche Gewalt ... "nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art..." (3) bestünde. Die selbstgestellte Frage, worin hauptsächlich die 'Macht, die man als Staat bezeichnet' bestehe, beantwortet

-----

(1) Es handelt sich um die Arbeit 'Staat und Revolution'. Abgedr. in:

Lenin Werke, Bd. 25, S. 393 ff.

(2) Lenin nennt als deren deutsche Vertreter: Scheidemann, Legien, David u. a.

(3) F. Engels, Der Ursprung der Familie des Privateigentums und des Staats. In: MEW 21, hier S. 166

Lenin eindeutig: "In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben." (1) Lenins Interpretation, die auf den ersten Blick vielleicht noch als Konzentration auf einen Aspekt des Staates erscheinen mag, erweist sich im weiteren Verlauf seiner Analyse als Reduktion staatlicher Funktionen auf reine Repressionstechnik. Die Bezeichnung des Staates durch Engels als 'besondere Repressionsgewalt' feiert Lenin als "großartige und überaus tiefe Definition." (2) Statt die Engelschen staatstheoretischen Ansätze in dessen historischer Untersuchung über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates auf ihre Aktualität hin zu überprüfen, destilliert Lenin aus ohnehin recht vordergründig gehaltenen Äußerungen der 'Klassiker' eine Staatstheorie, welche für die Erfordernisse des Aufstands kurzfristig taugen mochte, aber langfristig zur Erhellung der politischen Bedingungen revolutionärer Transformation wenig beitrug.

Doch der taktische Erfolg der Bolschewiki wenige Wochen nach der Leninschen Selbstverständigung über Staat und Revolution, hob die Leninsche Staats- und Revolutionstheorie in den Rang des Schlüssels zum historischen Erfolg. Die von Lenin behauptete allgemeine Regel, (3) wonach der bürgerliche Staat nur im Wege einer gewaltsamen Revolution durch einen 'proletarischen Staat' abgelöst werden könne, schien durch die geschichtlichen Tatsachen bestätigt; W.I. Lenins Verengung der Staatsanalyse auf den Aspekt des Repressionsapparates, enthüllte sich deshalb nicht als theoretische Einseitigkeit, sondern erschien als scharfsinniger Realismus.

-----

(1) Lenin, a.a.O., S. 401

(2) ebd., S. 409

(3) vergl. W.I. Lenin, a.a.O., S. 412

Aber die Geschichte währte länger als der machtkampftaktische Erfolg der Bolschewiki in den Metropolen des europäischen Rußland. Lenins revolutions- und staatstheoretische Reduktionen erwiesen sich recht bald als situativ bedingte Einschätzungen von nur relativem Nutzen. (1)

In der weiteren Entwicklung des russischen Sozialismus, der sich in die Zwangslage manövrierte unter sozialistischem Vorzeichen den vom Kapitalismus vorgezeichneten Industrialisierungsprozeß nachzuholen, entfaltete sich das Transformationsproblem in seiner ganzen Breite. (2) Die soziale Revolution war und ist offenbar mehr und anders als die Eroberung der politischen Machtzentren durch eine revolutionäre Partei. Die Einschätzung R. Luxemburgs nach der Oktoberrevolution wurde in ihrer vollen Bedeutung bestätigt: "In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden..." (3)

Dies hinderte die westlichen kommunistischen Parteien jedoch nicht, Rußland zum 'Vaterland aller Werktätigen' hochzustilisieren und sich durch die Fixierung auf das russische Revolutionsmodell um die Chance zu bringen, eine den westlichen Industriegesellschaften angepaßte Transformationsstrategie zu entwickeln.

Die 'Diktatur des Proletariats' - mit der in Rußland realisierten Variante der Diktatur der Partei vor Augen - mußte für die breiten Schichten der westeuropäischen Länder wie ein Rückfall hinter die Normen westlichen

-----  
(1) Zur Diskussion um den Geltungsbereich des Leninismus vergl. auch: Mattick u.a. Lenin- Revolution und Politik. Frankfurt a.M. 1970

(2) vergl. dazu u.a.: Peter Hennicke (Hrsg.), Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften Frankfurt a.M. 1973, und Charles Bettelheim, Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen - Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Berlin 1972 (aus dem Französischen)

(3) R. Luxemburg, Zur russischen Revolution, a.a.O., S. 365

Demokratieverständnisses erscheinen. Die westlichen Kommunistischen Parteien erwecken den Eindruck, als ginge es ihnen nicht um die Erweiterung der demokratischen Freiheiten und den Abbau von Herrschaftsstrukturen, sondern im Gegenteil: um die politische Macht ihrer Organisation und ihrer unmittelbaren proletarischen Anhängerschaft. Erst im Februar 1976 sprach sich der Generalsekretär der PCF Marchais für ein Abrücken von der programmatischen Zielperspektive 'Diktatur des Proletariats' aus. (1) Ein Indiz für das langsame Tempo bei der Veränderung eines 'marxistisch leninistischen' Revolutionsverständnisses, das die Machtfrage für die zentralste Frage sozialer Transformation hält. Demgegenüber führt Rossana Rossanda mit Blick auf die 'revolutionären Erfahrungen' seit 1917 aus: "Alle sozialistischen Staaten, ohne eine einzige Ausnahme demonstrieren uns heute, daß nicht einmal die Eroberung der politischen Macht eine Gewähr dafür bietet, daß die alten Produktionsmittel des Kapitals und die Machtinstrumente der bürgerlichen Regierung nicht auch nach ihrem Übergang in neue Hände die Logik ihrer ursprünglichen Gesellschaftsform wiederherstellen." Und sie zieht den Schluß: "Es gilt daher, diese Machtmittel und Instrumente eins nach dem anderen gleichsam von innen heraus zu demontieren, nicht durch Exorzismus, sondern durch konsequente und ununterbrochene Destruktion und Rekonstruktion, wobei die Eroberung der politischen Macht (...) nur ein Moment unter anderen sein kann." (2)

-----

(1) vergl. dazu Fernando Claudin. Zukunft des Eurokommunismus. Berlin 1978, S. 49

(2) Rossana Rossanda, Einheit und Alternative. II Manifesto vom 23.5.1973. Abgedr. in: Rossanda, Magri u.a., Der lange Marsch durch die Krise. Frankfurt a.M. 1976, S. 73 f.

Daß die Frage der Machteroberung in aktuellen Transformationsstrategien nicht mehr jene zentrale Stellung einnehmen kann die ihr der Leninismus zudachte, hängt in großem Maße auch damit zusammen, daß heute dem Staat selbst eine Fülle zusätzlicher sehr komplexer Funktionen zugewachsen ist. Ein weiterer Bereich staatlichen Tätigkeitsfeldes ist in den entwickelten Industrieländern nicht mehr nur die 'Politik' im engeren Sinne. Die unmittelbare Herrschaftssicherung nimmt sich in Relation zu den sonstigen Funktionen des Staates relativ bescheiden aus. Zunehmend wächst die Bedeutung des Staates als ökonomischer und sozialer Organisator - ich verweise nur auf die staatliche Funktion der Infrastruktursicherung - an der realistische Transformationskonzepte nun nicht mehr vorbeigehen können.

Der Leninismus ist insofern auf der Höhe seiner Zeitsituation gewesen, als er sich auf den zaristischen Staatsapparat bezog, der auf der Basis einer vorwiegend agrarischen Produktion in der Tat eine in erster Linie repressive Funktion hatte, die von wenigen Machtzentren ausgeübt wurde; Schlüssel zum Erfolg war die bolschewistische Revolutionsstrategie dann - prosaisch ausgedrückt - insofern, als sie in das dazu passende Schloß gesteckt wurde.

Alle Versuche der westlichen kommunistischen Parteien bolschewistische Konzepte auf Westeuropa zu übertragen, haben zu einer ununterbrochenen Abfolge von Niederlagen geführt und mußten dies auch, weil diese Parteien auf einem ganz anderen sozialen und politischen Terrain agierten.

### III.3 Neo-marxistische Staatstheorien - die Ableitungsdebatte

Die staatstheoretischen Debatten der 'Neuen Linken' Westdeutschlands haben auf den ersten Blick nur wenig mit den Strategiediskussionen des deutschen Linkssozialismus zu tun. Dieser Eindruck hat in der Tat eine gewisse Berechtigung, da eine eindeutig politisch-praktische Traditionslinie von der sozialdemokratischen Linken um Luxemburg bis zum westdeutschen Neo-Marxismus nicht existiert. Die Einbrüche in der politischen Kultur Deutschlands - namentlich während des Faschismus - waren zu gravierend, als daß eine 'geschichtsmächtige' Kontinuität linkssozialistischer Praxis hätte bewahrt werden können. (1) Und doch waren die staatstheoretischen Reflektionen des westdeutschen Neomarxismus getragen von dem Motiv, sich sowohl vom 'Regierungssozialismus' als auch von der als 'revisionistisch' bezeichneten kommunistischen Orthodoxie abzusetzen. (2) Hier liegt der zwar eher theoriegeschichtliche aber doch entscheidende Anknüpfungspunkt zur linkssozialistischen Strategiebildung zur Zeit der 'deutschen Revolution'.

-----

- (1) Außer einiger regionaler und gewissermaßen abseits vom politischen Leben erhalten gebliebener Diskussionszusammenhänge, läßt sich im deutschen Sprachraum wohl noch am ehesten auf den Austromarxismus als in der Tradition des deutschen Linkssozialismus stehend verweisen.
- (2) Dabei nahm die Auseinandersetzung mit der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' einen besonderen Stellenwert ein. Vergl. stellvertretend: M. Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt a.M. 1973

Während die Strategie-Debatten, vor allem der italienischen Linken, vom Bewußtsein der eigenen Rolle als soziale Kraft geprägt sind, findet man in der Bundesrepublik in den Staatsdiskussionen der 70er Jahre (1)

-----

(1) Hier beziehe ich mich auf folgende Beiträge:

Projekt Klassenanalyse. Zur Taktik der proletarischen Partei,  
2. Aufl. Westberlin 1972 und Zur Kritik der Sozialstaatsillusion.

In: Sopo 14/15, 1971

Elmar Altvater. Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus.

In Prokla 3, Mai 1972

H. Gerstenberger. Zur Theorie der historischen Konstitution des  
bürgerlichen Staates. In: Prokla 8/9, 3. Jg. 1973, Nr. 3 S. 207 ff.

S. v. Flatow, F. Huiskens. Zum Problem der Ableitung des bürgerli-  
chen Staates. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat  
und die allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion. In: Prokla  
Nr. 7, Mai 1973, S. 83 ff.

J. Hirsch. Zum Problem einer Ableitung der Form- und Funktions-  
bestimmung des bürgerlichen Staates. In: K. Marx, F. Engels/  
Staatstheorie, Hrsgg. von Eike Hennig u.a., Frankfurt, Berlin, Wien  
1974, S. CXXXIX ff.

B. Blanke, U. Jürgens, H. Kastendiek. Kritik der Politischen Wissen-  
schaft, Frankfurt 1975.

Weitere wichtige Beiträge sind unter anderem:

H. Hochberger. Probleme einer materialistischen Bestimmung des  
Staates. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 2, Frank-  
furt 1974

H. Gerstenberger. Klassenantagonismus, Konkurrenz und Staatsfunk-  
tion. In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 3, Frankfurt  
1975

Projekt Klassenanalyse. Oberfläche und Staat, Berlin 1974

Marxistische Gruppe Erlangen- Theoriefraktion. Zur Oberfläche  
des Kapitals, Zirkular 3, Erlangen 1972

eine Diskussion jenseits politisch-praktischer Relevanz vor. Als Ziel dieser im Nachhinein als 'Ableitungsdebatte' apostrophierten Diskussion nannten Müller und Neusüss in einem einleitenden Beitrag, "die Ableitung des 'bestehenden Staats' aus der 'bestehenden Gesellschaft'" (1) und schon

-----

(Fortsetzung Fußnote 1 der vorhergehenden Seite):

K. Funken. Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1973

J. Hirsch. Elemente einer materialistischen Staatstheorie. In: Braunmühl u.a. Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973

H. Reichelt. Zur Staatstheorie im Frühwerk von Marx und Engels. In:

K. Marx, F. Engels - Staatstheorie, a.a.O., S. XI ff.

G. Schäfer. Einige Probleme des Verhältnisses von 'ökonomischer und 'politischer' Herrschaft. In: K. Marx, F. Engels - Staatstheorie, a.a.O., S. XCIII ff.

H. Reichelt. Einige Anmerkungen zu Sibylle von Flatows und Freerk Huiskens Aufsatz 'Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates'. In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 1, Frankfurt 1974

H. Apel. Das Elend der neueren marxistischen Staatstheorie. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 1.76

J. Esser. Einführung in die materialistische Staatsanalyse, Frankfurt a.M. 1975

D. Läßle. Zum Legitimationsproblem politischer Herrschaft in der kapitalistischen Gesellschaft. In: R. Ebbinghausen (Hrsg.) Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt 1976, S. 106 ff.

N. Kostede. Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung-Kritik-Resultate. In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9 Frankfurt a.M. 1976 S. 150 ff.

C. v. Braunmühl. Die nationalstaatliche Organisiertheit der bürgerlichen Gesellschaft. Ansatz zu einer historischen und systematischen Untersuchung. In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt 1976, S. 273 ff.

(1) Müller, Neusüss. Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. In: Prokla, Sonderheft 1, Juni 1971

bei dieser Formulierung der Diskussionsziele setzten die Kontroversen ein, denn 'die Gesellschaft' müsse erst einmal in ihrem 'inneren Wesen' begriffen sein, wenn man daraus 'politische Formen' ableiten wolle.

Das Projekt Klassenanalyse, das sich kritisch auf Müller/Neusüss bezog (1) machte darauf aufmerksam, daß der gesellschaftliche Zusammenhang nicht unmittelbar existiere, sondern vermittelt wird über Dinge, über Waren, das gesellschaftliche Verhältnis also zum sachlichen Verhältnis werde. Da die Gesellschaftlichkeit der Arbeit im Kapitalismus also nur als ein 'äußerliches' sachliches Verhältnis existiere und die Warenbesitzer nur in der Lage seien, ihre privaten Interessen zu verfolgen, sei eine Instanz notwendig, die die gemeinschaftlichen Interessen wahre - nämlich der Staat.

Diese Argumentation mochte Dieter Läßle nicht unwidersprochen hinnehmen. Denn wenn die allgemeinen Produktionsbedingungen nicht von Einzelkapitalen erstellt werden könnten, sei auch nicht einzusehen, warum der Staat dieses leisten könne. (2)

Dem Projekt Klassenanalyse gelänge es nicht ... "aus dem in der spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit der Arbeit angelegten Widerspruch" (3), die 'Formbesonderung' des Staates als 'politische Überbauform' abzuleiten. Zwar hatte Elmar Altvater schon zu einem recht frühen Zeitpunkt der Debatte darauf hingewiesen, daß ... "jede nur auf die Logik der Kategorie bezogene Untersuchung (...) sich der Endlosigkeit kategorialer Entfaltung aussetzt", (4) doch konnte dies den weiteren Fortgang der Diskussion nicht beirren.

-----

(1) Projekt Klassenanalyse, a.a.O.

(2) vergl. D. Läßle, a.a.O.

(3) D. Läßle, a.a.O., S. 114

(4) E. Altvater, a.a.O., S. 4

Sibylle von Flatow und Freerk Huiskens (1) empfehlen, den von Marx (2) verwandten Begriff der 'Oberfläche' der bürgerlichen Gesellschaft in die Reflexion über den Staat mit einzubeziehen.

An der 'Oberfläche' erscheint nämlich der von abstrakt menschlicher Arbeit produzierte gesellschaftliche Neuwert als Ergebnis des Eigentums der stofflichen Produktionsvoraussetzungen: Kapital, Boden und Arbeit. Diese Fetischisierung der wirklichen Verhältnisse habe ihre Basis in der Verwandlung des Werts der Arbeitskraft in Preis der Arbeit, der Verwandlung des Mehrwerts in Profit, der Spaltung des Profits in Zins- und Unternehmergewinn, sowie der Verwandlung des Surplusprofits in Grundrente. (3) Die Privateigentümer haben nun, unabhängig von der stofflichen Verschiedenheit der Revenuequellen, das Interesse an der Erhaltung der Revenuequelle, an Sicherung gegen die dem Tauschverkehr fremden Aneignungsweisen. Indem sie dieses Interesse verfolgen, akzeptieren sie gleichzeitig die auf Privateigentum basierenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Und nun ziehen Flatow/Huiskens den Schluß: "Als Privateigentümer überhaupt, als Vertreter des allgemeinen Interesses an Aufrechterhaltung der Bedingungen von Privateigentum - welcher stofflichen Substanz auch immer - konstituieren die Privateigentümer an der Oberfläche jene Sphäre des realen Scheins von Gleichheit, Freiheit und Unabhängigkeit, welche die Möglichkeit der Entfaltung des

-----

(1) S. v. Flatow, F. Huiskens. Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat und die allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion. In: Prokla 7, Mai 1973, S. 83 ff.

(2) vergl. K. Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26,3; S. 445

(3) vergl. Flatow/Huiskens, a.a.O., S. 101 ff.

bürgerlichen Staates in sich birgt." (1) Wir müssen hier darauf verzichten, diese Debatte bis ins Detail nachzuverfolgen. Hingewiesen sei noch auf den Beitrag von J. Hirsch (2), der Flatow/Huisken den Vorwurf machte ... "den Staat nicht wie beabsichtigt aus dem Kapitalbegriff, sondern aus dem siebenten Abschnitt des dritten Bandes des 'Kapital' ab(zu)leiten" (3). Oder den Beitrag von K. Funken, der die Definition wagte: "Der Staat erscheint im Marxschen System als eine Konkretionsstufe der Entfaltung von Denkbestimmungen oder, anders ausgedrückt, die Staatstheorie ist eine bestimmte Stufe der Abneigung der Wirklichkeit vermittels des Begriffs." (4)

Der Staat 'schlechthin' existiert jedoch nicht. Vorfindlich sind jeweils konkrete Staatsformen, die in den verschiedenen Ländern je nach wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und spezifischer politischer Tradition die mannigfachsten Ausprägungen annehmen und beständig im Wandel begriffen sind. Eine Theorie des Staates muß ihr Interesse letztlich auf diesen wirklichen Staat richten, will sie nicht in kategorialen Deduktionen befangen bleiben.

Die Reichweite der westdeutschen Staatsdiskussion war auch dadurch beschränkt, daß sie den Bereich des 'Politischen' im engeren Sinne nicht zum Gegenstand gemacht hat. Die untersuchten staatlichen Funktionen entspringen alle - mehr oder weniger direkt - den Erfordernissen der

-----

(1) ebd., S. 107

(2) J. Hirsch. Zum Problem einer Ableitung der Form- und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates, a.a.O., vergl. auch die staats-theoretischen Arbeiten desselben Autors: Ders. Elemente einer materialistischen Staatstheorie; In: C. v. Braunmühl u.a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1973, S. 199 ff.

(3) J. Hirsch. Zum Problem einer Ableitung..., a.a.O., S. CXXXIX Fußn. 2

(4) K. Funken, Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie. In: Braunmühl u.a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973, S. 98

Kapitalverwertung, sind also quasi aus ökonomischen Zwängen heraus notwendig. Eine Fülle von staatlichen Aktivitäten besitzt jedoch nicht diese enge Koppelung an die Ökonomie: ... "nicht hinter jeder Maßnahme des Staates steckt ein Verwertungsinteresse..." (1)

Viele Militärische, polizeiliche, juristische etc. staatliche Interventionen mögen zwar letztlich dem Verwertungsprozeß nützlich sein, sind aber nicht ausschließlich durch ökonomische Bewegungsgesetze hervorgerufen. Die Trennung von Politik und Ökonomie, oder wenn man so will, von Basis und Überbau, macht es nötig, die Eigendynamik des politischen Prozesses zu untersuchen.

Die These von der relativen Autonomie staatlicher Politik wirft neue Fragen auf: "Wie relativ ist relativ? Unter welchen Umständen ist es mehr oder weniger relativ? Welche Form nimmt die Autonomie an? Und so fort."

(2) Diese Fragen sind nur schwer abstrakt zu beantworten. Eine oft angebotene Aussage, wonach der Staat nur so lange autonom agieren könne, wie er nicht die Verwertung des Kapitals behindere, ist nicht haltbar.

Denn da 'das' Kapital praktisch nicht existiert, wohl aber eine Fülle von Einzelkapitalen bzw. Kapitalfraktionen, ist der Staat beständig gezwungen, sich über bestimmte Sonderinteressen hinwegzusetzen. Staatliches Handeln kann durchaus die Verwertung besonderer Kapitale erschweren und sogar den gesamtgesellschaftlichen Akkumulationsfonds beschneiden - etwa durch 'überzogene' Sozialleistungen seitens reformerischer Regierungen. Agnoli

-----

(1) Johannes Agnoli. Überlegungen zum bürgerlichen Staat, Berlin 1975, S. 79

(2) Ralph Miliband. Poulantzas und der kapitalistische Staat. In: N. Poulantzas, R. Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat, Berlin 1976, S. 38

weist auf die Grenzen dieser 'autonomen' Politik hin: "Zeichnet sich die Gefahr ab, daß die Politik die Ökonomie überfordert und die staatlich besorgte Klassenreproduktion in den Sozial- und Integrationsmaßnahmen des Staats akkumulationsdysfunktional ausschlägt, bahnt sich sehr schnell eine 'Subversion' des Staats in Richtung auf noch autoritärere und faschistischere Formen an." (1) Die 'Trennung' der Politik bzw. des Staates von der Ökonomie kann nicht heißen, daß Politik und Ökonomie beziehungslos nebeneinander stehen. Die kapitalistische Ökonomie funktioniert nicht im Selbstlauf. Staatliches Handeln ist immer wieder erforderlich, um den gesamten Reproduktionszusammenhang zu gewährleisten. Politische Aktion des Staates bedeutet immer auch materielle Wirksamkeit und ökonomischen Effekt.

Die generellen Medien staatlicher Intervention - Recht und Geld - (2) werden in Ausnahmesituationen ergänzt durch den Einsatz direkter Repression. Die Vertragsfreiheit der Lohnarbeiter kann durchaus staatlicher Terrorherrschaft zum Opfer fallen, ebenso wie die Freiheit des Einzelkapitals zeitweise eingeschränkt werden kann, beispielsweise durch eine staatlich gelenkte Kriegswirtschaft.

Wird der verfassungsrechtlich-demokratisch strukturierte Staat gleichsam als Normalform bürgerlicher Herrschaft und als der kapitalistischen

-----

(1) J. Agnoli, a.a.O., S. 73 f.

(2) vergl. E. Altvater u.a., Staat, Akkumulation des Kapitals und soziale Bewegung. In: Altvater, Basso, Mattick, Offe u.a. Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns. Frankfurt a.M. 1976, S. 89 ff.

Produktionsweise adäquat betrachtet, so gerät aus dem Blick, daß die funktionierende parlamentarische Demokratie historisch eher eine Ausnahme als die Regel darstellt. (1) Die 'klassischen' Demokratien - wie England, Frankreich oder die USA - sind keineswegs repräsentative bürgerliche Herrschaftsformen.

Darüber hinaus scheint die parlamentarische Demokratie ohnedies auf die besonderen Bedingungen der metropolitanen Gesellschaften angewiesen zu sein; die von diesen ökonomisch dominierten Länder der Peripherie 'neigen' schon seit ihrer erzwungenen Integration in den Weltmarkt eher zu diktatorischen Regimes.

Soweit in der ausufernden und dann resultatlos abgebrochenen 'Ableitungsdebatte' eine auf Praxis zielende politische Absicht gegeben war, zielte diese auf, wie Blanke, Jürgens und Kastendiek es formulierten ... "die theoretische Konstruktion des empirisch vorfindlichen bürgerlichen Staates..." (2) Ausgehend vom allgemeinen Begriff des Kapitals, den Marx entwickelt hatte, wurde versucht, die Existenz des Staates und seiner Funktionen logisch stringent zu begründen. Dabei wurde von strategischen Implikationen völlig abgesehen. Der Bürgerliche Staat wurde nicht - wie R. Luxemburg es tat - als zu überwindendes politisches System und insofern als Untersuchungsgegenstand einbezogen in den Entwurf einer Transformationsstrategie, sondern wahrgenommen als

-----

(1) Nicos Poulantzas, Faschismus und Diktatur. München 1973, S. 320 ff.

(2) B. Blanke, U. Jürgens, H. Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion..., a.a.O., S. 58

'Phänomen' dessen 'notwendige' Existenz es erst noch zu beweisen galt. (1)

Elmar Altvater und Otto Kallscheuer bemerkten dazu in einem Rückblick: "Die Staatsableitungsdiskussion konnte sich ganz in der 'Kultur der Opposition', also in oppositioneller Haltung zum System, entfalten und war niemals auch nur ansatzweise gezwungen, sich den Anforderungen einer 'Kultur der Regierung' zu stellen (Duso 1978 über die KPI). Die politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik haben seit Abschluß der Restaurationsphase niemals etwas anderes zugelassen. Aber dieser Zustand der Ausgrenzung aus dem System der politischen Macht wurde innerhalb der westdeutschen Linken nach 1967 kaum als Negativum begriffen, sondern eher noch als Fortschritt gegenüber den Integrationstendenzen des bürgerlichen Staates (...) interpretiert." (2)

-----

(1) Insofern solche Positionen Theoriegeschichtlich hinter Marx zurückfallen, werde sie von dessen Kritik am Hegelschen Staatsrecht getroffen. Marx schreibt: "Das Wesen der staatlichen Bestimmungen ist nicht, daß sie staatliche Bestimmungen, sondern daß sie in ihrer abstraktesten Gestalt als logisch-metaphysische Bestimmungen betrachtet werden können. Nicht die Rechtsphilosophie sondern die Logik ist das wahre Interesse. Nicht, daß das Denken sich in politischen Bestimmungen verkörpert, sondern daß die vorhandenen politischen Bestimmungen in abstrakte Gedanken verflüchtigt werden, ist die philosophische Arbeit. Nicht die Logik der Sache, sondern die Sache der Logik ist das philosophische Moment. Die Logik dient nicht zum Beweis des Staates, sondern der Staat dient zum Beweis der Logik."

Karl Marx. Kritik des Hegelschen Staatsrechts. In MEW 1, S. 216

(2) E. Altvater, D. Kallscheuer (Hrsg.) Den Staat diskutieren. Kontroversen über eine These von Althusser. Berlin 1979, S. 9

Erst die Einflüsse (hauptsächlich) der italienischen und französischen Entwicklung trugen zu einer Neubelebung der Staatsdiskussion (unter wesentlich erweiterter Fragestellung) bei. Besonders seit sich das Problem einer Regierungsbeteiligung von PCI und PCF und damit die Frage nach einer Transformationsstrategie gegenüber dem bürgerlichen Staat neu stellte, nimmt die wissenschaftliche Diskussion auch der westdeutschen Linken verstärkt strategisch relevante Überlegungen mit auf. Neben dem eurokommunistischen Impuls aus den romanischen Ländern, bekam die Diskussion Anregungen durch den Beitrag Rudolf Bahros aus den Reihen der linkssozialistischen Opposition in der DDR. (1) Dies hat die Tendenz verstärkt, die materialistische staats-theoretische Forschung in größerem Maße, als es in der Ableitungsdiskussion der Fall war, an ein 'emanzipatorisches' Erkenntnisinteresse' (J. Habermas) zurückzubinden und mit der Analyse der empirisch vorfindlichen politischen Strukturen und Entwicklungstendenzen zu verbinden.

-----

(1) vergl. R. Bahro. Die Alternative - Zur Kritik des realexistierenden Sozialismus. Köln-Frankfurt a.M. 1977; sowie die Sammlung der in der Bundesrepublik verfaßten Aufsätze: R. Bahro, Elemente einer neuen Politik. Berlin 1975

### III.4 Probleme einer aktuellen Transformationsstrategie

Die Leitfrage der aktuellen – in politischer Absicht geführten – Staatsdiskussion zielt auf eine der hochkomplexen Organisationsform der 'Industriegesellschaft' angemessenen Theorie sozialen Wandels. Zu Recht weist K. Priester in ihren 'Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus' darauf hin, daß das autokratische System des Ostens ... "gerade in der personellen Zentrierung der Herrschaft despotischer, gleichzeitig aber auch angreifbarer war...". während ... "die entwickelten westlichen Länder eine differenziertere, abgestufte und damit auch schwerer bekämpfbare Struktur..." aufweisen. (1) Die Reduktion einer 'Revolutions- und Staatstheorie' auf den Aspekt der Eroberung der politischen Macht greift somit entschieden zu kurz. Der 'bürgerliche Staat' am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts ist mehr als ein Organ der besitzenden Klasse zur Unterdrückung der Lohnabhängigen. Die repressive Funktion ist lediglich ein Teil staatlicher Handlungsmöglichkeit. Die von Althusser und Poulantzas vertretene Theorie, daß der gesamte staatliche Mechanismus sich in eine Anzahl 'Apparate' aufgliedere, wobei der repressive Staatsapparat nur einer neben anderen sei, versucht diesen Sachverhalt theoretisch aufzunehmen. (2) Der scheinbare Radikalismus der machtkampftaktisch orientierten Revolutionstheorien liegt paradoxerweise darin begründet, daß hier lediglich ein Segment des bürgerlichen Staates wahrgenommen und negiert wird. Noch darüber hinaus scheint die Frage angebracht, ob sich der moderne Staat in allen seinen Funktionen überhaupt als Interessenorgan der ökonomisch

-----

(1) Karin Priester. Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe. Frankfurt a.M. 1981, S. 35

(2) vergl. Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate. In: N. Poulantzas, R. Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat, Berlin 1976

herrschenden Klasse begreifen läßt. Nimmt der staatliche Apparat der entwickelten Gesellschaften über weite Strecken nicht Funktionen eines organisatorischen Zentrums wahr, das keinesfalls zur Disposition steht, solange ein rationaler Einsatz der Produktivkräfte ohne die zentralstaatliche Planung unmöglich ist? Die zur Zeit der russischen und deutschen Revolutionen bei den Linksoptionellen als selbstverständlich angesehene Auffassung, daß der bürgerliche Staat etwas sei, das zerschlagen und abgeschafft werden müsse bzw. nach dem Sieg der revolutionären Partei von selbst absterbe, geht an der eminenten Bedeutung des Staates der Industriegesellschaft als Verwaltungskörper vorbei. Ökonomie ohne Politik – soweit es das überhaupt je gegeben hat – ist unter den Bedingungen von Großtechnologie undenkbar.

Ein revolutionärer coup d'état, dem es gelänge, in einem Industrieland des Westens den repressiven Apparat außer Funktion zu setzen, sähe sich 'am Tag nach der Revolution' mit einem Staat konfrontiert, der gewissermaßen unterhalb der Klassenherrschaft erst seine gesellschaftsprägenden Funktionen entfaltet. Eine Transformationsstrategie müßte gerade diese nicht unmittelbar Herrschaft ausübende, sondern eher 'synthetische' Funktion des Staates in die Analyse einbeziehen und sich die Frage stellen: welches sind die staatlichen Funktionen die bei der aktuellen Beschaffenheit der Produktivkräfte kurzfristig überhaupt geändert werden können? Die hier zu entdeckenden Begrenzungen existieren nicht, weil dies eine herrschende Schicht gegebenenfalls zu verhindern versuchte, sondern weil ein solch hohes Niveau ökonomischen Sachzwangs erreicht ist, daß – falls die politisch/organisatorische Zuarbeit gravierend gestört wird – die Gefahr eines sozialen und ökonomischen 'Kollapses' droht. Die sozialdemokratische 'Ordnungspolitik' hat stets – wenn auch mit der

Intention der Revolutionsvermeidung – an diesen Sachverhalt angeknüpft.

Erschwert werden aktuelle Transformationsstrategien darüber hinaus durch die Tatsache, daß das ökonomische und militärisch-politische Kalkül außerhalb des Einflußbereiches eines hypothetischen national-staatlichen Sozialismus beständig an Bedeutung zunimmt. Da die Kompetenz des bürgerlichen Nationalstaats zugunsten supranationaler Organisationsformen abnimmt, kann eine Theorie sozialen Wandels nicht lediglich den Staat innerhalb nationaler Grenzen zum Gegenstand haben, sondern muß die Mechanismen des internationalen Wirkungszusammenhangs berücksichtigen. Zugespitzt kann gefragt werden: sind nationalstaatlich isolierte Transformationsstrategien bei internationaler Obstruktion überhaupt realisierbar? Jiří Pelikan beantwortete auf dem Kongreß über 'Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften' diese Frage eindeutig: "Uns hat die bittere Erfahrung von 1968 gelehrt (Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR, F.B.), daß man im Rahmen eines einzigen Landes (...) keine wahrhaft sozialistische Gesellschaft errichten kann: Die notwendige Bedingung dazu ist vielmehr, daß diese Veränderung in verschiedenen Ländern, sei es im Westen oder in Osteuropa, gleichzeitig erfolgt." (1)

Im Internationalismus der Linksopposition um R. Luxemburg und K. Liebknecht war eine Ahnung der Schwierigkeiten nationalstaatlich begrenzter Transformationsversuche enthalten, doch der damals von den Linkssozialisten angestrebte Proletarische Internationalismus reicht unter heutigen

-----

(1) Jiří Pelikan. Den Fehler Dubceks nicht wiederholen. In: Bettelheim u.a., Zurückforderung der Zukunft, Frankfurt a.M. 1979, S. 77

Bedingungen als Konzept nicht aus. Es geht nicht lediglich um die gemeinsame 'internationale Tat', sondern darüber hinaus um eine im internationalen Kontext realisierbare Alternative.

Überhaupt stellt sich für den Linkssozialismus die Frage nach den politischen Kräften, die in der Lage sind, das Interesse sozialen Wandels in die Staatsapparate hinein zu verlängern. Ist die Vorstellung, dies könne von der klassischen revolutionären Partei – die sich im wesentlichen auf die Industriearbeiterschaft stützt – nicht obsolet geworden? Spricht nicht vor allem die stetig differenzierter werdende und den klassischen Proletariat immer mehr verdrängende Berufsstruktur für die Annahme, daß ein Bündnis von politischen Kräften, das den Mehrheitswillen der Gesellschaft tatsächlich und nicht nur programmatisch repräsentiert, erforderlich ist? André Gorz Position, daß das Proletariat unfähig sei, die vorhandenen Produktionsmittel in Besitz zu nehmen und ihnen eine neue (sozialistische) Rationalität aufzudrücken, wäre in diesem Kontext zu durchdenken. (1) Aber nicht erst in jüngster Zeit wurde die Frage nach dem Subjekt emanzipatorischen sozialen Wandels gestellt: Gramscis Theorien des 'historischen Blocks' und der anzustrebenden 'Hegemonie' stellen eine Revision der ausschließlich auf das Proletariat gerichteten Emanzipationshoffnungen dar, die für eine aktualisierte Transformationsstrategie fruchtbar gemacht werden könnten. (2)

Es drängt sich demnach die Frage auf, ob bei einem Konzept der Neuorganisation der Macht abgesehen werden kann von den in der marxistischen

-----

(1) A. Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt a.M. 1980

(2) vergl. Antonio Gramsci. Quaderni del carcere – edizione critica dell 'Istituto Gramsci. A cura di Valentino Gerratana. Turin 1975; deutsche Auswahl hrsgg. von Christian Riechers. Antonio Gramsci – Philosophie der Praxis. Frankfurt 1967

Theorie durchgängig als 'bürgerlich' etikettierten Formen der Demokratie. Die These, daß das freie, gleiche und geheime Wahlrecht, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit etc. - d.h. die sogenannten bürgerlichen Freiheitsrechte - als Konstitutionsmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft anzusehen seien, dürfte historisch nicht widerspruchsfrei zu verifizieren sein. Der gedankliche Schematismus, wonach der 'formalen' bürgerlichen Demokratie dann die 'reale' proletarische folge, bedarf der Revision. Die Traditionen der europäischen Demokratien und des Republikanismus sind nicht als der westlichen Arbeiterbewegung fremde Einflüsse zu bewerten - die es vielleicht sogar noch zu überwinden gilt - sondern zentrale Bestandteile sozialer Emanzipation.

Der spanische 'Euro-Kommunist' Alfonso Carlos Comin formulierte selbstkritisch: "Es zeigt sich (...), daß wir nicht wenige der kritischen Konzepte, die wir vor zwanzig oder dreißig Jahren noch mit dem Adjektiv 'bürgerlich' zurückgewiesen haben, für uns wiederentdecken müssen."

(1) Die Reflektion über 'Lösungen neuen Typs' innerhalb der kommunistischen Parteien Westeuropas erscheint angesichts der Tatsache, daß eine Revolution im Westen sich bisher nicht hat durchsetzen können, nur konsequent. Es verwundert weniger die Vehemenz der 1976 verstärkt einsetzenden 'Eurokommunismusdebatte' (2) und die mit ihr einhergehende

-----

- (1) A.C. Comin. Das Erbe einer 'marxistischen Patristik' überwinden. In: Bettelheim, u.a. Zurückforderung der Zukunft, a.a.O., S. 158
- (2) Zu Beginn der siebziger Jahre wurde zur Kennzeichnung der westeuropäischen kommunistischen Parteien zunehmend der Begriff 'Euro-Kommunismus' verwandt. Auf der 'Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas' (Juni 1976) erklärte hierzu der italienische Parteivorsitzende Berlinguer: "Diese Bezeichnung ist (...) nicht von uns geprägt worden, aber die Tatsache ihrer weiten Verbreitung ist bezeichnend dafür, wie tief und breit das Bestreben ist, in den Ländern Westeuropas Lösungen neuen Typs bei der Umwandlung der Gesellschaft in sozialistischem Sinn durchzusetzen und voranzutreiben." (Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Berlin 1976, S. 229

strategische Verunsicherung weiter Teile der europäischen Linken als vielmehr die Hartnäckigkeit, mit der diese politische Selbstbesinnung bisher verdrängt wurde.

Den eher zögernden Versuchen seitens der traditionellen linken Parteien Westeuropas in Richtung auf eine Neubestimmung ihrer Strategie, ist allerdings zugute zu halten, daß es eine historische Analogie für die Transformation einer Industriegesellschaft des Westens nicht gibt.

Lucio Magri warnt deshalb zu recht: "Wenn man mitten in einer allgemeinen Krise der ganzen Gesellschaft, in der sich der Klassenkonflikt ständig hart am Rande des Bruchs bewegt, eine politische Niederlage der herrschenden Klasse herbeiführt, ohne ein neues Kräfteverhältnis im Lande, ohne die Basis für eine Alternative geschaffen zu haben, dann springt man tatsächlich ins Leere." (1)

---

(1) Lucio Magri, Der lange Marsch durch die Krise, Frankfurt a.M. 1976, S. 42

## LITERATURVERZEICHNIS

### A

Agnoli, Johannes. Überlegungen zum bürgerlichen Staat, Berlin 1975

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Berlin, 16. bis 21. Dezember 1918 - Stenographische Berichte. Hrsgg. vom Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin, Januar 1919

Althusser, Louis. Marxismus und Ideologie. Berlin 1973

Altwater, Elmar. Zu einigen Problemen des 'Krisenmanagements in der kapitalistischen Gesellschaft. In: M. Jänicke (Hrsg.) Herrschaft und Krise, Opladen 1973

Altwater, Elmar/Kallscheuer, D. (Hrsg.). Den Staat diskutieren. Kontroversen über eine These von Althusser. Berlin 1979

Altwater, Elmar. Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus. In Prokla 3, Mai 1972

Altwater, Elmar u.a. Staat, Akkumulation des Kapitals und soziale Bewegung; in: Altwater, Basso, Mattick, Offe u.a. Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, Frankfurt a.M. 1976, S. 89 ff.

Anweiler, Oskar. Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921; Leiden 1958

Apel, H. Das Elend der neueren marxistischen Staatstheorie. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 1.76

Aus den Polizeiberichten über die Arbeiterversammlungen in Berlin. Berlin, 10. Febr. 1905. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2/1 Berlin 1954

B

Badia, Gilbert. Rosa Luxemburg und Lenin; In: Pozzoli (Hrsg.)

Rosa Luxemburg, Frankfurt a.M. 1974, S. 199 ff.

Badia, Gilbert. Rosa Luxemburg - Journaliste, Polémiste, Révolutionnaire; Paris 1975

Bahro, Rudolf. Elemente einer neuen Politik. Berlin 1980

Bahro, Rudolf. Die Alternative - Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln - Frankfurt a.M. 1977

Balabanoff, Angelica. Die Zimmerwalder Bewegung 1914 - 1919; in: Carl Grünberg, Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung XII (1926)

Bartel, Walter. Der Januarstreik 1918 in Berlin; in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 143 ff.

Basso, Lelio. Der Beitrag Rosa Luxemburgs zur Entwicklung der Marx-schen Theorie; in: Claudio Pozzoli, Rosa Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt a.M. 1974

Baumeister, Reiner. Die Konzeption der Zukunftsgesellschaft bei Karl Marx, Friedrich Engels und bei neueren westeuropäischen Marxisten - eine ordnungspolitische Analyse. Phil. Diss. Köln 1976

Bebel, August. Das Fazit der letzten Reichstagssession; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. Bd. 2 (1905/06), S. 345 ff.

B

Becker, B. Geschichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune des Jahres 1871; Leipzig 1879

Bedeschi, Giuseppe. Partei und Revolution. In: C. Pozzoli (Hrsg.) R. Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus. Frankfurt a.M. 1974, S. 127 ff.

Beer, M. Der Friede in Asien; In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd. Stuttgart 1906, S. 91 ff.

Bernstein, Eduard. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie; 2. Aufl. Stuttgart - Berlin 1921 (1899)

Bernstein, Eduard. Die Potenz politischer Massenstreiks; in: Sozialistische Monatshefte Berlin 1910, 1. Bd., S. 428 ff.

Bernstein, Eduard. Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution; Stuttgart 1919

Bettelheim, Charles. Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen - Zur Theorie der Übergangsgesellschaft; Berlin 1972

Blanke, B., Jürgens, U., Kastendiek, H., Kritik der Politischen Wissenschaft, Frankfurt 1975

Block, Hans. Kampfeslehren. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd. 1905/06, S. 583 ff.

Block, Hans. Die sächsischen Landtagswahlen. In: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd., Stuttgart 1906, S. 97 ff.

B

Braunmühl, C.v., Die nationalstaatliche Organisiertheit der bürgerlichen Gesellschaft. Ansatz zu einer historischen und systematischen Untersuchung. In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt 1976, S. 273 ff.

Braunthal, Julius. Geschichte der Internationale; 2. Bd., Hannover 1961 und 1963

Bulletin (des internationalen sozialistischen Komitees), Nr. 5, Juli 1916

C

Calwer, Richard. Rußland; in: Sozialistische Monatshefte, Februar 1905

Claudin, Fernando. Zukunft des Eurokommunismus; Berlin 1978

Collotti, Enzo. Karl Liebknecht und das Problem der sozialistischen Revolution in Deutschland; In: Arbeiterbewegung - Theorie und Geschichte, Jahrbuch 3 'Die Linke in der Sozialdemokratie. Frankfurt a.M. 1975

Comin, A.C. Das Erbe einer marxistischen Patristik überwinden; in Bettelheim u.a. Zurückforderung der Zukunft, Frankfurt a.M. 1979, S. 155 ff.

Cordova, Armando. Rosa Luxemburg und die Dritte Welt; in: C. Pozzoli (Hrsg.) Rosa Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus. Frankfurt a.M. 1974, S. 65 ff.

Cunow, Heinrich. Ostasiatische Probleme; in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 1. Bd. 1905/06, S. 380 ff.

D

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, Bd. 2

Dornemann, Luise. Clara Zetkin; Berlin 1957

Duncker, Käthe. Unsere Frauen und der nationale Frauendienst; in: Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Düsseldorf, April 1915, Heft 1, S. 25 ff.

Dutschke, Rudi. Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen - Über den halb-asiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale. Berlin 1974

E

Eichhorn, Emil. Die Landtagswahlen in Baden; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd. 1905/06, S. 195 ff.

Eisner, Kurt. Gesammelte Schriften; Berlin 1919

Engels, Friedrich. Einleitung zu Marx' Klassenkämpfe in Frankreich; In: MEW 22, S. 509 ff.

Engels, Friedrich. Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: MEW 21, S. 25 ff.

Esser, J. Einführung in die materialistische Staatsanalyse, Frankfurt a.M., 1975

F

Flatow, S. v., Huiskens, F. Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat und die allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion, In: Prokla Nr. 7, Mai 1973, S. 83 ff.

F

Fricke, Dieter. Der Aufschwung der Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905; in: ZfG, H.4, 1957, S. 770 ff.

Fricke, Dieter. Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Berlin 1976

Frölich, Paul. Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat. Frankfurt a.M. 1967

Frölich, Paul. Rosa Luxemburg; Frankfurt 1967

Funken, K. Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1973

G

Gautschi, Willi. Lenin als Emigrant in der Schweiz; Köln 1973

Gerstenberger, Heide. Klassenantagonismus, Konkurrenz und Staatsfunktion. In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 3, Frankfurt 1975

Gerstenberger, Heide. Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates. In: Prokla 8/9, 3. Jg. 1973, Nr. 3, S. 207 ff.

Gorz, André. Abschied vom Proletariat, Frankfurt a.M. 1980

Gramsci, Antonio. Quaderni del carcere – edizione critica dell Istituto Gramsci. A cura di Valentino Gerratana; Turin 1975

G

Gramsci, Antonio. Philosophie der Praxis. Hrsgg. von c. Riechers, Frankfurt a.M. 1967

Grebing, H. Der Revisionismus; München 1977

Groh, Dieter. Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Frankfurt-Berlin-Wien 1973

Grunenberg, Antonia. Die Massenstreikdebatte - Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek. Frankfurt 1970

Gumplowicz, Ladislaus. Das russische Kaisertum und die Revolution; in: Sozialistische Monatshefte, März 1905

H

Haupt, Georges. Der Kongreß fand nicht statt; Wien 1967

Haupt, Georges. Lénine, les Bolcheviks et la IIe Internationale; in: Cahiers du Monde Russe et Soviétique, Bd. 7 (1965), S. 378 ff.

Haupt, Georges und Rébérioux, M. Le socialisme et la question coloniale avant 1914: L'attitude de l'internationale; in: Mouvement social 1963, S. 7 ff.

Heimann, Horst. Die Aktualität Eduard Bernsteins; in: Texte zum Revisionismus, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 1 ff.

Hennicke, Peter (Hrsg.) Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften; Frankfurt a.M. 1973

## H

Hilferding, R. Revolutionäres Vertrauen! in: Die Freiheit (Berlin),  
Nr. 6 vom 18. Nov. 1918

Hirsch, Paul. Zur Geschichte des preußischen Dreiklassenwahlsystems;  
in: Die Neue Zeit, 26. Jg. 1. Bd. 1907/08 (Stuttgart 1908) S. 125 ff.

Hirsch, J. Elemente einer materialistischen Staatstheorie. In:  
Braunmühl u.a. Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frank-  
furt 1973

Hirsch, J. Zum Problem einer Ableitung der Form- und Funktionsbe-  
stimmung des bürgerlichen Staates. In: K. Marx, F. Engels/Staats-  
theorie, Hrsgg. von Eike Hennig u.a., Frankfurt, Berlin, Wien 1974,  
S. CXXXIX ff.

Hochberger, H. Probleme einer materialistischen Bestimmung des  
Staates. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 2, Frank-  
furt 1974

Hofmann, Werner. Stalinismus und Anti-Kommunismus; Zur Soziologie  
des Ost-West-Konflikts. Frankfurt a.M. 1967

## I

Internationale Sozialistische Konferenz zu Zimmerwald (Schweiz), abge-  
halten vom 5. bis 8. September 1915 - Offizieller Verhandlungsbericht;  
abgedr. in: Die Zimmerwalder Bewegung, Protokolle und Korrespondenz;  
hrsgg. von Horst Lademacher Bd. I, Protokolle; The Hague/Paris 1967

## K

Kardelj, Eduard. Die sozialistische Demokratie in der jugoslawischen  
Praxis, Belgrad 1955

K

Kautsky, Karl. Eine neue Strategie; In: Die Neue Zeit, 28. Jg. 1909/10, 2. Bd.

Kautsky, Karl. "Was nun?" in: Die Neue Zeit, 28. Jg. 1909/10, 2. Bd. S. 33 ff. und S. 68 ff.

Kautsky, Karl. Der Essener Parteitag; in: Die Neue Zeit, 25. Jg. 2. Bd. 1906/07 (Stuttgart 1907) S. 855 ff.

Kautsky, Karl. Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Stuttgart 1899

Kautsky, Karl. Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund. Nürnberg 1915

Kautsky, Karl. Die Agrarfrage in Rußland; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd. 1905/06, S. 412 ff.

Kautsky, Karl. Die Budgetbewilligung; in: Die Neue Zeit, 26. Jg., 2. Bd. (Stuttgart 1908) S. 809 ff.

Kautsky, Karl. Zum Parteitag; in: Die Neue Zeit, 26. Jg. 2. Bd. (Stuttgart 1908) S. 853 ff.

Kautsky, Karl. Der Parteitag über die Budgetbewilligung; in: Die Neue Zeit, 26. Jg. 2. Bd. 1907/08 (Stuttgart 1908) S. 932 ff.

Kautsky, Karl. Die soziale Revolution, Berlin 1902

Kautsky, Karl (jun,) (Hrsg.) Briefwechsel Bebel-Kautsky; Assen 1971

K

Kolb, E. Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 - 1919;  
erweiterte Ausgabe Frankfurt - Berlin - Wien 1978

Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas,  
Berlin 1976

Korsch, Karl. Revolutionäre Kommune; in: Die Aktion, Jg. 1929,  
Nr. 5/8 und Jg. 1931, Nr. 3/4

Kostede, N. Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen  
Staat. Einführung-Kritik-Resultate. In: Gesellschaft. Beiträge zur  
Marxschen Theorie 8/9 Frankfurt a.M. 1976, S. 150 ff.

Kottler, W. Demokratie und Rätegedanke in der großen englischen Revo-  
lution; Leipzig 1925

Krause, Hartfrid. USPD - Zur Geschichte der Unabhängigen Sozial-  
demokratischen Partei Deutschlands; Frankfurt a.M. und Köln 1975

Kropotkin, P. Die Französische Revolution 1789-1793; Leipzig 1909

L

Läpple, D. Zum Legitimationsproblem politischer Herrschaft in der  
kapitalistischen Gesellschaft. In: R. Ebbinghausen (Hrsg.) Bürgerlicher  
Staat und politische Legitimation, Frankfurt 1976, S. 106 ff.

Lang, Konrad. Ein Arbeiter über die Budgetbewilligung; in: Die Neue  
Zeit, 26. Jg. 2. Bd. (Stuttgart 1908), S. 857 ff.

Lange, Paul. 'Sozialismus wohin wir blicken!' in: Die Internationale.  
Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Düsseldorf,  
April 1915, Heft 1, S. 19 ff.

L

Lademacher, H. (Hrsg.) Die Zimmerwalder Bewegung – Protokolle und Korrespondenz. The Hague, Paris 1967 (2. Bd.)

Laschitza, A./Radcun, G. Rosa Luxemburg – Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1971

Lehmann, Gustav, Die Budgetabstimmung in Baden; in: Die Neue Zeit, 26. Jg. 2. Bd. (Stuttgart 1908), S. 777 ff.

Lenin, W.I. Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben. In: Lenin Werke Bd. 6, Berlin 1973, S. 223 ff.

Lenin, W.I. Was tun? In: Lenin Werke, Bd. 5, Berlin 1973, S. 355 ff.

Lenin, W.I. Ein Vortrag über die Revolution von 1905; in: Lenin-Werke, Bd. 23, Berlin 1973, S. 259 ff.

Lenin, W.I. Zwei Welten, in: Lenin Werke, Bd. 16, S. 311 ff.

Lenin, W.I. Der Krieg und die russische Sozialdemokratie; in: Sozialdemokrat vom 1. 11. 1914 (Nr. 33); abgedr. in: Lenin Werke, Bd. 21 S. 14 ff.

Lenin, W.I. Über die Junius-Broschüre; in: Lenin Werke, Bd. 22, S. 311 ff.

Lenin, W.I. Staat und Revolution; in: Lenin Werke, Bd. 25, S. 393 ff.

Lewin, M. Die Auseinandersetzung in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UDSSR 1928 – 1940; in: Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, hrsgg. von Peter Hennicke, Frankfurt a.M. 1973



L

Liebknecht, Karl. Der Königsberger Prozeß; in: Kurt Eisner. Der Geheimbund des Zaren; Berlin 1904, S. 436 ff. auch abgedr. in: K. Liebknecht Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, S. 68 ff.

Liebknecht, Karl. Lehren des Königsberger Prozesses. Bremer-Bürger-Zeitung Nr. 225, vom 23. Sept. 1904. Abgedr. in: Liebknecht Schriften Bd. 1, S. 76 ff.

Liebknecht, Karl. Militarismus und Antimilitarismus; Leipzig 1907; abgedr. in: Liebknecht Schriften, Bd. 1, S. 247 ff.

Liebnecht, Karl. Antilmilitarismus. In: Jugend-Internationale, Nr. 1 und 2 vom 1. Sept. und 1. Dez. 1915; abgedr. in: Liebnecht Ges. Reden und Schriften Bd. VIII, S. 270 ff.

Liebmann, Marcel. Lenin im Jahre 1905 - Eine Revolution erschüttert eine Doktrin; in: M. Liebmann, Rita di Leo. Zur Lenin-Diskussion, Berlin 1973, S. 8 ff.

Lissagaray, P. Geschichte der Kommune von 1871; Stuttgart 1891

Lösche, Peter. Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920. Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der freien Universität Berlin Bd. 29, Berlin 1967

Luxemburg, Rosa. Sozialreform oder Revolution? Leipzig 1899 abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 1/1, S. 367 ff.

L

Luxemburg, Rosa. Dem Andenken des 'Proletariat' Przegląd Socjal-demokratyczny o.O., 1903 abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 1/2, S. 306 f.

Luxemburg, Rosa. Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie; in: Die Neue Zeit, 22. Jg. 1903/04, 2. Bd. S. 484 ff. und 529 ff. - abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 1/2, S. 422 ff.

Luxemburg, Rosa. Sozialdemokratie und Parlamentarismus. Sächsische Arbeiterzeitung (Dresden) Nr. 282, vom 5.12.1904; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 1/2, S. 447

Luxemburg, Rosa. Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Als Manuskript gedr. Hamburg 1906. In: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2 Berlin 1972, S. 91 ff.

Luxemburg, Rosa. Was wollen wir? Warschau 1906, abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 37 ff.

Luxemburg, Rosa. Z doby rewolucyjnej: Co dalej? Warschau 1906; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 16 ff.

Luxemburg, Rosa. (Rede gehalten am 6.3.1907 in Berlin); Vorwärts (Berlin) Nr. 58 vom 9. März; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 191 ff.

Luxemburg, Rosa. (Rede auf dem Parteitag der SDAPR 1907) abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 205 ff.

Luxemburg, Rosa. Die Theorie und die Praxis. In: Die Neue Zeit, 28. Jg. 1909/10, 2. Bd. S. 564 ff. und S. 626 ff. abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 380

L

Luxemburg, Rosa. Ermattung oder Kampf? in: Die Neue Zeit, 28. Jg. 1909/10, 2. Bd. S. 257 ff. und S. 291 ff. abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 344 ff.

Luxemburg, Rosa. Der Kampf gegen Reliquien; in: Leipziger Volkszeitung Nr. 182 vom 9.8. 1910, abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 2, S. 421 ff.

Luxemburg, Rosa. Zeit der Aussaat. Volkswacht (Breslau), Nr. 71 vom 25. März 1910; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 300 ff.

Luxemburg, Rosa. Der Preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag gehalten am 17. April 1910 im Zirkus Schumann zu Frankfurt a.M. Stenographischer Bericht. Frankfurt a.M. o.J. abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, S. 305 ff.

Luxemburg, Rosa. Die Akkumulation des Kapitals – Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 5, S. 5 ff.

Luxemburg, Rosa. Der Wiederaufbau der Internationale; in: Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Düsseldorf, April 1915 Heft 1

Luxemburg, Rosa. Der Rhodus; in: Spartakusbrief Nr. 1 vom 20. Sept. 1916 'Spartakusbriefe', Berlin 1958, S. 211 ff.

Luxemburg, Rosa. Die Krise der Sozialdemokratie; Zürich 1916; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 49 ff.

L

Luxemburg, Rosa. Die Revolution in Rußland; In: Spartacus, Nr. 4 vom April 1917; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 242 ff.

Luxemburg, Rosa. Der alte Maulwurf; in: Spartacus, Nr. 5, vom Mai 1917; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 258 ff.

Luxemburg, Rosa. Rückblick auf die Gothaer Konferenz; in: Der Kampf (Duisburg), Nr. 51, vom 25. Mai 1917, abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 270 ff.

Luxemburg, Rosa. Brennende Zeitfragen. In: Spartacus Nr. 6 vom August 1917; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 275 ff.

Luxemburg, Rosa. Zur russischen Revolution. In: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 332

Luxemburg, Rosa. Was will der Spartakusbund. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 29 vom 14. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 442 und 446; R. Luxemburg, Auf die Schanzen. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 30 vom 15. Dezember 1918, abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 453; R. Luxemburg (Korreferat zur Politik der USPD auf der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15. Dez. 1918). In: Die Freiheit (Berlin) Nr. 57 vom 16.12.1918 und Nr. 59 vom 17.12.18. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 457; R. Luxemburg, Nationalversammlung oder Räteregierung. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 32 vom 17. Dez. 1918. Abgedr.: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 460; R. Luxemburg, Die Wahlen zur Nationalversammlung. In: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 38 vom 23. Dez. 1918. Abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 472

L

Luxemburg, Rosa. Parteitag der Unabhängigen SP. in: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 14 vom 29. Nov. 1918, abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 423 ff.

Luxemburg, Rosa. Die Nationalversammlung; in: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. vom 20. Nov. 1918; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 407 ff.

Luxemburg, Rosa. Der Anfang; in: Die Rote Fahne (Berlin); abgedr. R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 397 ff.

Luxemburg, Rosa. Eberts Mamelucken; in: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 35 vom 20. Dez. 1918; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 4, S. 464 ff.  
Luxemburg, Rosa. Der Katastrophe entgegen; in: Spartakus Nr. 9 vom Juni 1918, abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 380 ff.

Luxemburg, Rosa. Die russische Tragödie: in: Spartacus Nr. 11 vom Sept. 1918, in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 4, S. 365 ff.

Luxemburg, Rosa. Die russische Revolution; als Broschüre gedr. Berlin o.J. in: R. Luxemburg Ges. Werke, Bd. 2, S. 9

Luxemburg, Rosa. Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik; Leipzig 1921; abgedr. in: R. Luxemburg Ges. Werke Bd. 5, S. 413 ff.

M

Magri, Lucio. Der lange Marsch durch die Krise. Frankfurt a.M. 1976

M

Maitan, Livio. Notwendigkeit des revolutionären Bruchs; in: Colletti u.a.  
Über Lenins 'Staat und Revolution' - heute; Berlin 1970, S. 33 ff.

Marcuse, Herbert. Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus;  
Neuwied und Berlin 1964

Martoff, L. Die erste Epoche der russischen Revolution; in: Die Neue Zeit,  
24. Jg. 1. Bd., Stuttgart 1906, S. 18 ff. und S. 52 ff.

Marx, Karl. Kritik des Hegelschen Staatsrechts; in: MEW 1, S. 201 ff.

Marx, Karl. Der Bürgerkrieg in Frankreich; in MEW 17, S. 313 ff.

Marx, Karl/Engels, Friedrich. Manifest der kommunistischen Partei. London  
1848 abgedr. in: MEW 4, S. 459 ff.

Marx, Karl. Das Kapital Bd. III; in: MEW 25, Berlin 1973 (Hamburg 1894)

Marx, Karl. Das Kapital, Bd. 2; in: MEW 24 Berlin 1972 (Hamburg 1893)

Marx, Karl. Das Kapital. Bd. 1 in MEW 23, Berlin 1972 (Hamburg 1890)

Marx, Karl. Kritik des Gothaer Programms; in: Die Neue Zeit, 9. Jg.  
1. Bd. 1890/91 abgedr. in: MEW 19, S. 11 ff.

Matthias, E./Pikart E. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemo-  
kratie 1898 bis 1918; Düsseldorf 1966

Mattick, Paul u.a. Lenin - Revolution und Politik; Frankfurt a.M. 1970

M

Mehring, Franz. Die ersten Schüsse. Leipziger Volkszeitung, Nr. 19, vom 24.1.1905; abgedr. in: Franz Mehring Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 12 ff.

Mehring, Franz. Der internationale Kongreß in Stuttgart; in: Die Neue Zeit 25. Jg. 1906/07, 2. Bd., S. 667 ff.

Mehring, Franz. Der Kampf gegen die Monarchie; in: F. Mehring Ges. Schriften, Bd. 15, S. 498 ff.

Meschkat, Klaus. Die Pariser Kommune von 1871 im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung, Berlin 1965

Miliband, Ralph. Poulantzas und der kapitalistische Staat; in: N. Poulantzas, R. Miliband. Kontroverse über den kapitalistischen Staat, Berlin 1976, S. 36 ff.

Miller, Susanne. Burgfrieden und Klassenkampf - Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg; Düsseldorf 1974

Mortimer (R. Luxemburg), Perspektiven und Projekte. In: Die Internationale. Düsseldorf April 1915, Heft 1, S. 71 ff.

Morgan, David W. The German Independent Social Democratic Party, 1918-1922, Diss. Oxford 1969

Müller, Neusüss. Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital; in: Prokla, Sonderheft 1, Juni 1971

Müller, Richard. Geschichte der deutschen Revolution. Bd. 1-3; Berlin 1974

N

Nettl, Peter. Rosa Luxemburg, Oxford 1966 und 1969. Deutsche Ausgabe, Köln-Berlin 1969

P

Pankratowa, A.M. Die erste russische Revolution von 1905 bis 1907, Berlin 1973

Papcke, Sven. Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform; Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979

Parvus. Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Aufgaben für die Zukunft; in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 2. Bd. Nr. 27, 1905/06, Berlin 1906, S. 110 ff.

PDUP. Aus den Thesen zum Gründungskongreß der 'Partito di Unità Proletaria per il comunismo'; in: Unità proletaria, Nr. 3/4, Jg. 1, Nov. 1975

Pelikan, Jiri. Den Fehler Dubceks nicht wiederholen. In: Bettelheim u.a., Zurückforderung der Zukunft, Frankfurt a.M. 1979, S. 76 ff.

Philipp, Kurt D. The Independent Socialist's Attempt to govern Germany. November - Dezember 1918, Diss. University of Kansas

Poulantzas, Nicos. Faschismus und Diktatur. München 1973

Pozzoli, Claudio. Rosa Luxemburg als Marxist - Einleitende Thesen. In: R. Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus; hrsgg. von C. Pozzoli, Frankfurt a.M. 1974, S. 9 ff.

P

Prager, Eugen. Geschichte der USPD - Berlin 1921, Glashütten 1970

Priester, Karin. Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe. Frankfurt a.M. 1981

Projekt Klassenanalyse. Zur Taktik der proletarischen Partei, 2. Aufl. Westberlin 1972 und Zur Kritik der Sozialstaatsillusion. In: Sopo 14/15, 1971

Projekt Klassenanalyse, Oberfläche und Staat, Berlin 1974, Marxistische Gruppe Erlangen - Theoriefraktion. Zur Oberfläche des Kapitals, Zirkular 3, Erlangen 1972

Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie vom 21., 22. und 23. September 1916; Berlin o.J.

Protokoll des Gründungsparteitags der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, Berlin 1921

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. bis 23.9.1905, Berlin 1905 ebenso:

- Mannheim vom 23.-29.9.1906, Berlin 1906
- Essen vom 15., 21.9.1907, Berlin 1907
- Nürnberg vom 13.-19.9.1908, Berlin 1908
- Leipzig vom 12.-18.9.1909, Berlin 1909
- Magdeburg vom 18.-24.9.1910, Berlin 1910
- Jena vom 10.-16.9.1911, Berlin 1911
- Chemnitz vom 15., 21.9.1912, Berlin 1912
- Jena vom 14.-20.9.1913, Berlin 1913

R

Radek, Karl. Gesammelte Reden und Aufsätze. München 1921

Radek, Karl. Im Fangnetz der Widersprüche; in: Arbeiterpolitik, Nr. 678 vom 29. Juli, 5. August und 12. August 1916

Ravestejn, W. van (jun.). Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg? in: Die Neue Zeit, 26. Jg., 1. Bd. 1907/08 (Stuttgart 1908) S. 399 f.

Referentenmaterialien des sozialdemokratischen Wahlvereins Niederbarnim, 1915 ff. (Berlin)

Reichelt, H. Zur Staatstheorie im Frühwerk von Marx und Engels. In: K. Marx, F. Engels - Staatstheorie, a.a.O., S. XI ff.

Reichelt, H. Einige Anmerkungen zu Sibylle von Flatows und Freerk Huiskens Aufsatz 'Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates' In: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie 1, Frankfurt 1974

Retzlaw, K. Spartacus - Aufstieg und Niedergang; reprint Frankfurt 1971

Roland-Holst, Henriette. Zur Massenstreik-Debatte; in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 2. Bd. (1905/06) Nr. 47, Berlin 1906, S. 684 ff.

Rosenberg, A. Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1961

Rossanda, Rossana. Einheit und Alternative; in: II Manifesto vom 23. Mai 1973; abgedr. in: Rossanda, Magri u.a. Der lange Marsch durch die Krise, Frankfurt a.M. 1976, S. 55 ff.

R

Rote Zellen-AK München. Warum scheitern Marxisten an der Erklärung des bürgerlichen Staates? In: Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 1, 1. Jg. 1974

Ryder, A.J. The Independent Social Democratic Party and the German Revolution 1917 - 1920. Diss. University of London 1958

S

Srtre, Jean Paul. Kritik der dialektischen Vernunft Paris 1960 - Reinbek 1967

Shub, David. Lenin - a biography; Baltimore 1967

Sidorow, A.L. Zur Frage der Verlagerung des Zentrums der internationalen Arbeiterbewegung; in: Woprossi istorii, 1954, Nr. 6, S. 4 ff.

Sweezy, P.M. Einleitung zu 'Die Akkumulation des Kapitals'. Turin 1960

SCH

Schäfer, G. Einige Probleme des Verhältnisses von 'ökonomischer' und 'politischer' Herrschaft. In: K. 'Marx, F. Engels - Staatstheorie, a.a.O., S. XCIII ff.

Schleicher, Harry. Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien. Berlin 1961

Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905 - 1917. The Development of the Great Schism Cambridge 1955

Schumacher, Kurt. Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie; phil. Diss. Münster 1920

SCH

Schurer, H. The Russian Revolution and the Origins of German Communism; The Slavonic and East European Review, Bd. 39, S. 459 ff.

ST

Stengele, Gustav. Der 17. Januar in Hamburg; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd. (1905/06), S. 618 ff.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session 1905/06, 1. Bd.

Stern, Leo. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/1; Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Berlin 1954

Stolten, Otto. Reaktionäre Wahlrechtskunststücke; in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 1. Bd., S. 486 ff. (1905/06)

T

Trotsky, Leo. Mein Leben, Berlin 1929

Trotsky, Leo. Über den Marxismus in Rußland; in: Die Neue Zeit Nr. 1, 26. Jg. 1. Bd. 1907/08 (Stuttgart 1908) S. 7 ff.

V

Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 306, Stenographische Berichte, Berlin 1916

Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte; XIII. Legislaturperiode, Sitzung vom 21.12.1915

V

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. XII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 311

W

Waldmann, Eric. Spartakus – Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung; Boppard 1967

Wagner, R. Die oldenburgischen Landtagswahlen; in: Die Neue Zeit, 24. Jg. 1. Bd. 1905/06, S. 150 ff.

Winkler, Heinrich August. Revolution, Staat, Faschismus; Göttingen 1978

Wheeler, Robert. The Independent Social Democratic Party and the Internationals – An Examination of Socialist Internationalism in Germany 1915 – 1923; Diss. University of Pittsburgh 1970 (deutsch: USPD und Internationale, Frankfurt, Berlin, Wien 1975)

Wirth, Margaret. Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt a.M. 1973

Z

Zahl, R. Eine Statistik des russischen Proletariats; in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 1. Bd., 1905/06, S. 185 ff.

Zentralkomitee der KPCH. Brief des ZK der KPCH an das ZK der KPdSU vom 14.6.1963; abgedr. in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Deutsche Ausgabe Berlin 1970



## LEBENS LAUF

Ich, Franz-Josef Brüseke, wurde am 18. Januar 1954 zu Hamm in Westfalen als zweites von drei Kindern des Polsterers Josef Brüseke und seiner Ehefrau Agnes Brüseke (geb. Schlüter) geboren und römisch-katholisch getauft. Von 1960 bis 1964 besuchte ich in Hamm die Katholische Westschule I und die Bonifatiussschule. 1964 wechselte ich zum Freiherr-vom-Stein-Gymnasium über, einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium für Jungen. Nach dem dort am 18. Mai 1972 bestandenen Abitur immatrikulierte ich mich an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster und wurde Mitglied des Fachbereichs Philosophie. Ich studierte vom Wintersemester 1972/73 bis zu meinem Masterexamen (Mai 1977) und dem Ersten Staatsexamen für das Lehramt am Gymnasium (Nov. 1977) die Fächer Soziologie, Philosophie und Pädagogik. Die danach aufgenommene Arbeit an meiner Dissertation schloß ich 1981 ab.

Hiermit versichere ich, daß bei der Abfassung der Arbeit  
keine unerlaubte fremde Hilfe und nur die in der Abhandlung  
angeführten Quellen und Hilfsmittel benutzt worden sind.

Münster, den 6. Dec. 1981

Hans J. Bräuer



